DAS BÖHMISCHE STAATSRECHT UND DER
AUSGLEICHVERSUCH DES MINISTERIUMS
HOHENWART-SCHÄFFLE

Von Rudolf Wierer

*Die böhmische Verfassung und die Formung der staatsrechtlichen Doktrin
vor 1870**

Der böhmische Ausgleichsversuch des zisleithanischen Ministeriums Hohenwart-Schäffle im Jahre 1871 ist mit dem böhmischen Staatsrecht eng verbunden, da die tschechischen Partner des ausgleichswilligen Kabinetts strikt und kompromißlos aus der Vorstellungswelt des böhmischen Staatsrechts als Doktrin ihre staatspolitischen Forderungen schöpften, nach ihr diese Postulate formulierten und mit Hinweis auf das böhmische Staatsrecht, als eine in gewissem Bereich ununterbrochen geltende Rechtsordnung, wesentlichere Zugeständnisse an den zisleithanischen juristischen Ausgangspunkt ablehnten. Da die Doktrin vom böhmischen Staatsrecht historisch begründet wurde und da insbesondere die tschechischen Partner 1871 dank dem großen Einfluß des böhmischen staatsrechtlich orientierten Adels die rechtliche Kontinuität der von den österreichischen verfassungsgebenden Organen (Kaiser und beide Häuser des Reichsrates) anzuerkennenden böhmischen Verfassung mit der Verfassung im Vormärz wieder herstellen wollten, müssen wir bis zum Verfassungszustand sowie zur Verfassungswirklichkeit im Vormärz in Böhmen zurückgehen. Die Doktrin vom böhmischen Staatsrecht war einerseits von einem zeitlich entfernten, quasistaatsrechtlichen literarischen Werk¹, andererseits von staatspolitischen Forderungen² beeinflusst. Die historisch-politische Begründung der ständischen Forderungen gebrauchte bereits im Vormärz die Benennung „böhmisches Staatsrecht“.

* Der Verfasser spricht vor allem dem Collegium Carolinum seinen aufrichtigen Dank für die freundliche Gewährung einer wissenschaftlichen Beihilfe aus und dankt den Herrn Archivräten des Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchives sowie des Verwaltungsarchives, die ihm mit vielen Hinweisen und Ratschlägen behilflich waren, herzlichst für ihr freundliches Entgegenkommen. Zugleich dankt er den Beamten des Bayerischen Hauptstaatsarchives und der Bayerischen Staatsbibliothek.

¹ a Stranskii, Paulo: *Descripta Respublica Bohemiae*. Leyden 1634.

² Kalousek, Josef: *České státní právo* [Böhmisches Staatsrecht]. 2. Aufl. Prag 1892, S. 545—550; Okáč, Antonín: *Český sněm a vláda před březnem 1848. Kapitoly o jejich ustavních sporech* [Der böhmische Landtag und die Regierung im Vormärz. Kapitel über deren Verfassungstreitigkeiten]. Prag 1947 (Knihovna sněmů českých 2), S. 260—319.

Verfassungszustand und Verfassungswirklichkeit im Vormärz. Bis zum Jahre 1848 galt in Böhmen die Verneuerte Landesordnung (VL) Ferdinands II. vom 10. Mai 1627³, in Mähren die entsprechend benannte Landesordnung vom 10. Mai 1628⁴, die von der Voraussetzung der Rechtsverwirkung der ständischen Verfassung Böhmens bzw. Mährens durch die ständische Revolution 1618—1620 ausging und daher eine von oben oktroyierte Landesordnung war, die dem böhmischen König das Gesetzgebungsrecht, das *Ius legis ferendae* zusicherte (Einführungspatent und Artikel A VIII). In Schlesien blieb es dank dem sog. sächsischen Akkord vom Jahre 1621 bei den alten Landesordnungen einzelner Fürstentümer⁵. Die Verneuerte Landesordnung kann man nur mit bedeutenden Einschränkungen mit einer modernen Verfassungsurkunde vergleichen, denn sie umfaßt nur Teile des Verfassungsrechtes, enthält dagegen sehr viele Bestimmungen aus anderen Bereichen des formellen und materiellen, öffentlichen und privaten Rechtes in moderner Auffassung.

Die Stände, die nach der Landesordnung aus Prälaten, Herren, Rittern und Städten bestanden, wurden von der VL in ihren Befugnissen stark beschränkt. Sie konnten nur mit königlicher Erlaubnis zu Landtagen zusammentreten, behielten aber das wichtige Steuerbewilligungsrecht, sowie auf Grund der Novellen und Deklaratorien Ferdinands III. vom 1. Februar 1640 (A IX) das Recht der Gesetzesinitiative in geringeren, die königliche Gerechtsame nicht betreffenden Angelegenheiten. Die höchsten Landesämter wurden zu königlichen Ämtern erklärt, die vom König mit Angehörigen des Herren- oder Ritterstandes besetzt wurden.

Ferdinand II. bestätigte bereits am 29. Mai 1627 (in Mähren am 26. Juni 1628)⁶ alle Privilegien, die nicht gegen die VL verstießen. Über die juristischen Folgen dieser Bestätigung der Privilegien, die alle Nachfolger Ferdinands II. (mit Ausnahme Josephs I. und II.) bei der Krönung zum König von Böhmen wiederholten, entspann sich eine jahrzehntelang dauernde Auseinandersetzung, die früher durch den bürokratisch absolutistischen Gegensatz zur ständischen Einstellung, später durch die nationale Einstellung der Juristen, Historiker und Publizisten wesentlich beeinflußt wurde.

Unserer Meinung nach müssen wir die VL als eine einheitliche Norm interpretieren, die qualitativ den Vorrang vor allen anderen Normen gehabt hatte. Der König wollte den vermeintlichen früheren Verfassungszu-

³ Jireček, Hermenegildus: *Constitutiones regni Bohemiae anno 1627 reformatae. Codex iuris bohemicus*. Bd. V, Teil 2. Prag-Wien-Leipzig 1888.

⁴ Jireček, Hermenegildus: *Constitutiones Margraviatus Moraviae anno 1628 reformatae. Codex iuris bohemicus*. Bd. V, Teil 3. Prag-Wien-Leipzig 1890.

⁵ Huber, Alfons - Dopsch, Alfons: *Österreichische Reichsgeschichte. Geschichte der Staatsbildung und des öffentlichen Rechts*. 2. Aufl. Wien 1900, S. 187; Káprás, Jan: *Přehled právních dějin zemí české koruny. Právní prameny a dějiny státního zřízení* [Übersicht der Rechtsgeschichte der Länder der böhmischen Krone. Rechtsquellen und Geschichte der Staatsverfassung]. 5. Aufl. Prag 1935, S. 29.

⁶ Kalousek: *Právo* 440 ff.

stand im Sinne der damaligen absolutistischen Staats- und Rechtslehre des barocken Zeitalters wieder herstellen und wollte einerseits die Selbständigkeit und die Einheit dieses Staatsgebildes de iure nicht antasten, noch andererseits auf das Gesetzgebungsrecht im Bereiche des öffentlichen Rechtes verzichten, zum Vorteil der uneingeschränkten Geltung der überwiegend ständisch ausgerichteten alten Privilegien. Daher wäre die materielle böhmische und mährische Verfassung in ihren wesentlichen öffentlich-rechtlichen Bestimmungen — die die erwähnten Privilegien enthielten — nur im Einvernehmen mit den Ständen, also mit dem Landtag, zu ändern. Mit anderen Worten: Die von oben oktroyierte, revolutionäre, überwiegend absolutistische Verfassung schloß de iure eine rein absolutistische Verfassungsrevolution aus.

Die Verfassungswirklichkeit vor 1848 war jedoch eine ganz andere. Maria Theresia vereinigte durch das Hofdekret vom 1. Mai 1749 die obersten Verwaltungsbehörden der böhmischen und österreichischen Länder und schuf die „k. k. vereinigte böhmisch-österreichische Hofkanzlei“ sowie die oberste Justizstelle für beide Landesgruppen, während die oberste Finanzverwaltung nun ganz den Zentralorganen, ab 1761 hauptsächlich der obersten Hofkammer zukam⁷. Diese im Laufe der fast hundert Jahre bis 1848 öfters umbenannten und umorganisierten Zentralbehörden bedeuteten sowohl das Ende der selbständigen Verwaltung der Länder der böhmischen Krone, als auch das Entfallen der höchsten Verwaltungs- und Gerichtsinstanz, die nach der Person des Königs sicher das stärkste einigende Band des relativ partikularistisch geordneten Verbandes der drei Länder der böhmischen Krone war.

Die Stände wurden selbst in ihrer durch die VL gewährleisteten Befugnis beeinträchtigt. Ihr wichtigstes Vorrecht, das Steuerbewilligungsrecht, wurde umgangen, indem sie öfters, angeblich wegen der mangelnden Zeit (in Kriegszeiten!), nicht befragt und insbesondere neue indirekte Steuern ohne ständische Zustimmung eingeführt wurden⁸. Da nun manches ständische Recht, wie die etwaige Wahl des Königs nach dem Aussterben der Dynastie sowohl in männlicher als auch weiblicher Linie, praktisch bedeutungslos wurde und die Krönung faktisch zu einer Formalität absank, sowie die wichtigsten Landesämter manchmal gegen die Vorschrift der Landesordnung mit Nichtböhmern besetzt wurden, verblieb den Ständen nur die Verwaltung verschiedener Gefälle und Einrichtungen. Zu ihrer Administration wählten die Stände ab 1714 (in Mähren ab 1686) den Landesauschuß als ihr exekutives Organ. Dieses Organ wurde 1791 von Leopold II. wiederhergestellt, nachdem es Joseph II. 1783 aufgehoben hatte⁹.

Die Einschränkung der ständischen Macht durch den Herrscher und dessen Zentral- und Landesbehörden wurde auch ideologisch begründet. Der auf-

⁷ Kalousek: Právo 478 ff.; Kapras: Přehled 188; Huber-Dopsch: Reichsgeschichte 247.

⁸ Kalousek: Právo 468 f.; Kapras: Přehled 206.

⁹ Kalousek: Právo 472 f., 487, 512 ff.; Kapras: Přehled 187, 191 f.

geklärte Absolutismus ging dabei nicht nur, wie es beim frühen barocken Absolutismus der Fall war, von der Überzeugung aus, die ständischen Vorrechte wären nur durch Usurpationen von der ursprünglich allmächtigen Herrschergewalt entstanden, sondern er war darüber hinaus entschlossen, die vernunftmäßige Berechtigung der nach dem Krönungseid der VL (A III, AL II) „wohl hergebrachten“ Privilegien zu überprüfen. Praktisch schrumpfte der Umfang der durch die Privilegien gewährleisteten subjektiven Rechte der Stände wesentlich zusammen¹⁰, da bereits Maria Theresia die moralische Verbindlichkeit des Herrschers ablehnte, die Privilegien zu achten, die sie nach der damaligen absolutistischen Staatslehre als nicht „wohlhergebracht“ betrachtete. Wenn man nun die Reformen Maria Theresias und Josephs II. juristisch qualifiziert, kann man wohl sagen, die primären Normen der VL bzw. ihre öffentlich-rechtlichen Teile seien z. T. zu obsoleten Normen herabgesunken. Die aufklärerische Zeit hat ferner durch Normen sekundärer Qualität, besonders durch das bereits erwähnte Hofdekret vom 1. Mai 1749, eine wenig bemerkte juristische Revolution durchgeführt. So entstand, zunächst in rudimentärer Form, der österreichisch-ungarische Dualismus, da man die selbständige ungarische Verwaltung, weniger dagegen ihre staatliche Selbständigkeit, bestehen ließ.

Zusammenfassend kann man wohl behaupten, daß die Länder der böhmischen Krone ihre staatspolitische Selbständigkeit bereits vor 1526, wohl 1490, durch die Vereinigung mit den Ländern der ungarischen Krone unter König Wladislaw II. verloren haben¹¹. Nun verloren sie ihre administrative Selbständigkeit, wobei auch ihre staatsrechtliche Selbständigkeit stark geschmälert wurde, da der Herrscher die Herrschergewalt zwar immer noch als König von Böhmen ausübte, allerdings in einem zu engen Zusammenhang mit der erbländisch österreichischen. Diesen Zusammenhang kann man als das Aufkommen einer staatsrechtlich nicht gedeckten, gesamtösterreichischen Herrschergewalt bezeichnen.

Kaiser Franz I., der sonst einem reaktionären polizei-absolutistischen Konservatismus huldigte, verursachte eine bedeutende, sich jedoch nur allmählich auswirkende, staatspolitische Änderung, indem er das Patent vom 1. August 1804¹² erließ, durch das er den Titel des erblichen Kaisers von Österreich („als den Namen unseres Erzhauses“) annahm. Dieses Patent gewährleistete „sämtlichen Königreichen, Fürstentümern und Provinzen ihre bisherigen Titel, Verfassungen, Vorrechte und Verhältnisse“ auch für die Zukunft. Jedoch begannen bereits nach zwei Jahren, als Franz I. mit

¹⁰ Huber-Dopsch: Reichsgeschichte 242.

¹¹ Palacký, František: Dějiny národu českého [Geschichte des tschechischen Volkes]. Bd. 5. Neudruck. Prag 1939, S. 185 ff.

¹² Text: Bernatzik, Edmund: Die österreichischen Verfassungsgesetze mit Erläuterungen. 2. Aufl. Wien 1911, S. 49—52. Dazu Huber-Dopsch: Reichsgeschichte 296; Kalousek: Právo 524—529; Kapras: Přehled 192 f.; Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. 1. Stuttgart 1957, S. 62 ff.

dem Patent vom 6. August 1806¹³ den Titel des römisch-deutschen Kaisers niederlegte, die Wiener Versuche, der Kaiserkrone den Charakter einer symbolischen, zusammenfassenden Bindung für alle Länder der Dynastie zu verleihen. Das Entfallen der römisch-deutschen Kaiserkrone befreite nun den österreichischen Kaiser von der Notwendigkeit, dem Reiche gegenüber als König von Böhmen aufzutreten. Der spätere Beitritt der böhmischen (und österreichischen) Länder zum Deutschen Bund durch die Erklärung vom 6. April 1818¹⁴ beruhte lediglich auf der Entscheidung des Herrschers als Kaiser von Österreich. Der Ausdruck „österreichische Gesamtmonarchie“, der bereits unter Leopold I. ab und zu gebraucht wurde, wurde nun offiziell in verschiedenen Varianten übernommen. Obwohl das Patent vom Jahre 1804 die Aufrechterhaltung der Krönung zum König von Böhmen versprach, wurde nun der österreichische Kaisertitel nicht nur formell bei Titulaturen gebraucht, sondern man förderte allmählich die Auffassung, daß die Krone Böhmens wie diejenige Ungarns der Kaiserkrone Österreichs untergeordnet sei und daß der König von Böhmen begrifflich im Kaiser von Österreich aufgehe. Dies war für die bereits verengte Einheit der böhmischen Krone auch im Bewußtsein der Mährer, von den Schlesiern gar nicht zu reden, stark abträglich.

Der böhmische Landtag, der jahrzehntelang eine passive Rolle gespielt hatte, erwachte im Jahre 1841¹⁵ und griff den niedergehenden polizeilichen Absolutismus stark an. Interessanterweise vereinigte diese Opposition, die von der gleichzeitigen, freilich radikaleren Opposition im ungarischen Landtag angeregt wurde, fast den gesamten böhmischen Hochadel — ohne Unterschied seiner Sympathie zu der einen oder der anderen böhmischen Nationalität — und einen Teil der Ritterschaft, während die Prälaten sowie die Vertreter der Städte und einige Ritter mit der Regierung zusammengingen. Der mährische Landtag, der sogenannte „Musterlandtag“, stand zu dieser Opposition ganz negativ.

Vom rein juristischen Gesichtspunkt aus waren die böhmischen Länder vor 1848 staatsrechtlich *nudo iure* ein souveränes Staatsgebilde, das in einer Realunion mit anderen Ländern des Hauses Österreich, besonders mit den nichtungarischen und nichtitalienischen Ländern, verbunden war. In diesem Bereich war der österreichische Kaisertitel ein Ehrentitel ohne grundsätzliche staatsrechtliche Bedeutung geblieben. Wenn man jedoch die sekundären Normen, bzw. die konkreten Normen, besonders die organisatorischen Hofdekrete berücksichtigt, sieht man ein stark zum Dualismus oder gar Trialismus (mit Bezug auf Lombardo-Venetien) tendierendes Staatsgebilde, das seinen einzelnen Provinzen (auch den drei böhmischen Ländern) bestimmte ehrenrechtlich anmutende Anrechte ohne größeren Zuständig-

¹³ Huber-Dopsch: Reichsgeschichte 298; Kalousek: Právo 65; Huber: Verfassungsgeschichte I, 71 ff.

¹⁴ Kalousek: Právo 66 f.; Kapras: Přehled 162; Huber: Verfassungsgeschichte I, 586.

¹⁵ Okáč: Sněm 71 ff.

keitsbereich beließ. Hervorzuheben wäre dabei die Tatsache, daß die Herrscher des Hauses Österreich, durch das Beispiel der vorgesamtösterreichischen ständischen Konföderationen vom Anfang des 17. Jahrhunderts abgeschreckt, alle Ansätze zur Bildung einer selbst nur beratenden repräsentativ-ständischen Institution ablehnten, so auch dreimal Franz I. Metternich gegenüber.

Die Anfänge der böhmischen staatsrechtlichen Doktrin im Vormärz.

Die erwähnte adelige Opposition gegen den Absolutismus kämpfte vor allem mit historisch-juristischen und vielen ideologischen Argumenten gegen die ständig wiederholte These der Regierung, die Rechte der Stände wären lediglich auf dem freien Willen des unumschränkten Gesetzgebers — des Königs — aufgebaut, der die früher verliehenen Privilegien jederzeit aufheben könne.

Zu diesem Zwecke wählte der böhmische Landtag ein aus fünf Mitgliedern bestehendes Komitee zur Wahrung der ständischen Rechte. Sein formelles Haupt war der spätere zisleithanische zentralistisch-verfassungstreue Ministerpräsident Fürst Karl Wilhelm von Auersperg, dessen dynamischer faktischer Führer jedoch Graf Friedrich Deym war. Neben diesen ganz entschieden deutsch orientierten Mitgliedern wäre noch wenigstens ein Mitglied, Johann Norbert Ritter von Neuberg, zu erwähnen, der der tschechischen Nationalbewegung große Sympathien entgegenbrachte und eigentlich ihr Mitglied war. Dieses Komitee arbeitete die sog. Deduktion über die Rechtsbeständigkeit der landesverfassungsmäßigen Gerechtsame und der Freiheiten der böhmischen Stände vom 18. Februar 1847 aus¹⁶. Materiell lieferte Graf Deym viele Gedanken zur Deduktion. Neuberg war wahrscheinlich der Verfasser des Berichtes zur Deduktion, während die Deduktion bald Neuberg, bald dem späteren tschechischen Politiker im österreichischen Reichstage 1848—49, Anton Strobach, ja von manchen selbst František Palacký zugeschrieben wird.

Die letzte Meinung kann man wohl kaum für richtig halten. Palacký hatte bereits seit 1843 dem Hochadel Vorträge über die Geschichte der böhmischen Verfassung gehalten¹⁷. Eine gedrängte Zusammenfassung seiner

¹⁶ Text: Falk, Vinzenz: Der böhmische Landtag im Jahre 1847. Ständische Verhandlungen in Österreich. Bd. 1. Hamburg 1848, S. 73—99; Dazu Baxa, Bohumil: Dedukce o právní nepřetržitosti ústavních práv a svobod stavů českých [Die Deduktion über die Rechtsbeständigkeit der Verfassungsrechte und Privilegien der böhmischen Stände]. Sborník věd právních a státních 7 (1912) 298—324; Okáč: Sněm 229 ff.; Schlitter, Hans: Aus Österreichs Vormärz. Bd. 2, Böhmen. Zürich-Leipzig-Wien 1920, S. 49; Tobolka, Zdeněk V.: Politické dějiny československého národa od r. 1848 až do dnešní doby [Die politische Geschichte der tschechoslowakischen Nation vom Jahre 1848 bis zur Gegenwart]. Teil 1. 1848—1859. Prag 1932, S. 22—23. Tobolka rechnet mit dem Erwachen des böhmischen ständischen Landtages im Jahre 1843, doch ist der Annahme Okáčs, der das Archivmaterial direkt studiert hat, der Vorzug zu geben.

¹⁷ Rieger, Bohuš: Františka Palackého spisy drobné [F. Palackýs kleine Schriften]. Teil 1, Spisy a řeči z oboru politiky [Schriften und Reden aus dem Bereich der Politik]. Prag 1898, S. 1.

Ansichten bot er in seinem Schreiben an den erwähnten Grafen Deym vom 27. Dezember 1846¹⁸. Hierin gliedert er die böhmische Geschichte in die slawische Urverfassung bis zur Thronbesteigung Přemysl Ottokars II. (1253), den Feudalismus bis Ferdinand II. (1620—27) und den Absolutismus, der bis zur Gegenwart reiche. Diese drei Perioden seien eng mit dem Weltgeschehen verbunden. Die slawische Urdemokratie der Grundbesitzer habe sich in den vom Westen eingeführten Feudalismus verwandelt, der die königliche Macht so einschränkte, daß darauf die absolutistische Revolution Ferdinands II. fast notwendig folgte¹⁹. Die Bestätigung der Privilegien von Ferdinand II. im Jahre 1627 wird von Palacký eher als eine praktische Maßnahme denn als eine Anerkennung der ständischen Rechte dargelegt. In der Gegenwart würden nach dem Gesetz der Polarität drei Prinzipien wirken: die staatliche Zentralisation, die öffentliche Meinung sowie das Nationalitätenprinzip. Der Feudalismus sei überholt. Wenn die Aristokratie Einfluß und Macht behalten wolle, müsse sie sich mit einem dieser drei Prinzipien verbinden. Nun finden wir die romantische Grundthese von der urslawischen Demokratie nur in einem von Neuberg verfaßten Vortrag, jedoch weder in anderen mit der Deduktion zusammenhängenden Schriftstücken, wie der Erklärung des Landtages über die Stabilität der ständischen Verfassung Böhmens vom 11. Mai 1847²⁰, noch in der Deduktion selbst.

Die Deduktion behauptet, wohl in bewußtem Gegensatz zum Einführungspatent und zum Geist der VL überhaupt, daß der Ursprung der ständischen Verfassung in Böhmen weiter zurückreiche als die vorhandenen Urkunden, denn sie habe sich naturgemäß aus den Sitten und Gebräuchen der Bewohner entwickelt. Wesentlich für diese angenommen uralte Verfassung sei die Vertretung des Landes durch begüterte Insassen gewesen. Ihnen allein oblag die Wahl des Regenten und die Bewilligung der Steuern.

Diese der Lehre der damals mächtigen rechtshistorischen Schule Savignys vom Volksgeist²¹ zugetane Grundauffassung wurde nun in der Deduktion weiter entwickelt. Später sei ein Teil des rechtsbeständigen Herkommens in staatsrechtliche Akten und Urkunden aufgenommen worden, die zusammen mit den Beschlüssen der Landtage neben den ungeschriebenen Gepflogenheiten die Grundgesetze des Landes bildeten. So habe nach den Geschichtsquellen, Landesurkunden und Gesetzen die gemäßigte Monarchie mit landständischer Verfassung ununterbrochen bis zum heutigen Tage in Böhmen geherrscht, da die landständischen Prärogativen in den Landtagen durch begüterte Insassen in vollgültiger Vertretung des ganzen Landes ausgeübt worden seien. Auf solche Momente gründet sich das böhmische Staatsrecht²²,

¹⁸ Text: Rieger: Palackého spisy I, 2—8.

¹⁹ Interessanterweise beurteilt Palacký hier die Folgen der Schlacht am Weißen Berg bei weitem nicht so negativ wie in seinen späteren Schriften.

²⁰ Text: Falk: Landtag 141—154.

²¹ Wolff, Karl August: Kritik der Volksgeist-Lehre v. Savignys. Bonner R. Staatsw. Diss. Würzburg 1937.

²² So direkt besonders in der Deduktion: Falk: Landtag 76.

das daher die Fundamentalgesetze des Landes sowie die ständischen Freiheiten und Gerechtsame enthält. Die wichtigsten Prärogativen des Landes umfassen nebst den erwähnten das damals wesentlich eingeschränkte Recht der Königswahl und der Bewilligung, Ausschreibung und Einhebung der Steuern, auch das Recht der Mitwirkung bei der Landesgesetzgebung und Verwaltung des Königreiches.

Die Deduktion erwähnt die erste Landesordnung vom Jahre 1500, die sog. Wladislawsche, die ausdrücklich verordnete, daß an ihr niemand ohne Zustimmung des Herren- und Ritterstandes etwas ändern dürfte, denn diese beiden Stände wären seit jeher berechtigt, ihre Rechte zu mehren oder zu mindern und nur die Rechte des Bürgerstandes könnten durch Beschluß des ganzen Landtages geändert werden. Dieses Recht der Stände wurde durch die Landesordnung vom Jahre 1549 und 1564 in der Weise eingeschränkt, daß zu den Beschlüssen des Landtages oder einzelner Stände die Sanktion des Königs erforderlich wurde.

Die Deduktion stößt in ihren Ausführungen zur landesherrlichen Revolution Ferdinands II. auf keine geringen Schwierigkeiten. Wie schon gesagt, kann über die absolutistische Einstellung Ferdinands II., seiner Ratgeber, die zugleich die Verfasser der VL waren, sowie seiner Zeit, die sich auch in der damaligen Publizistik äußert, kein Zweifel bestehen. Diese Tatsachen waren den Interessenten unter den Ständen sowie ihren Helfern um die Jahreswende 1846/47, wenn auch nicht scharf genug ausgeprägt, bekannt. Trotzdem bemühten sich die Deduktion und ihre Nebenschriften, den absolutistischen Willen des Verfassungsgebers von 1627 bzw. 1628 abzuschwächen²³, eine Tendenz, die ansonsten der ziemlich objektiven Darstellung der Deduktion stark widerspricht.

Die Schrift behauptet, Ferdinand II. hätte trotz der scharfen Formulierung des Kundmachungspatentes von 1627, das im Gegensatz zu seinem Krönungsrevers vom Jahre 1617 steht, gegenüber dem treu gebliebenen Teil der Stände nicht den Standpunkt des Eroberers einnehmen können. Er habe lediglich die unbestrittene Erblichkeit des Thrones sichern, den Protestantismus vernichten und die Ruhe im Lande wieder herstellen wollen. Daher ließ er die „Fundamente und Grundfeste“ der Verfassung bestehen und erneuerte lediglich die Landesordnung. Diese Fundamentalgesetze, die im Kundmachungspatent und in Art. 1 der VL erwähnt sind, wurden durch das Reskript Ferdinands II. vom 29. Mai 1627 bekräftigt. Diese Fundamentalgesetze seien durch das *Ius legis ferendae* des Königs nicht getroffen, da dieses Recht im Reskript vom 29. Mai 1627 nicht erwähnt wird. Weiter würde das später kundgemachte Reskript vom 29. Mai 1627 den etwa gültigen Vorbehalt des königlichen Gesetzgebungsrechtes in der VL vom 10. Mai 1627²⁴ aufheben. Diese Privilegien würden weiter durch den Krönungseid nach dem Art. A III der VL sowie durch die Reverse, die bei der Postulierung der Steuer vom

²³ So die Erklärung: Falk : Landtag 153 f.

²⁴ Falk : Landtag 88 ff.

König den Ständen zum Schutze ihrer Privilegien nach Art. A V der VL gegeben werden, gewährt. Jedes bestehende Verfassungsrecht könne nur auf verfassungsmäßigem Wege abgeändert werden, was auch das Hofdekret vom 12. August 1791 anerkennt. Daher könne kein Privilegium ohne Zustimmung der Stände vom König einseitig aufgehoben werden.

Die ständische Opposition berief sich zuletzt auf die Bestimmungen des Art. XIII der Deutschen Bundesakte vom 13. Juni 1815, der die Existenz von landständischen Verfassungen in allen Bundesstaaten vorschrieb, sowie auf die Bestimmungen der Art. 54, 55 und 56 der Wiener Schlußakte vom 15. Mai 1820, die die Bundesversammlung mit dem Überwachen der Durchführung des erwähnten Art. 12 beauftragten und die Abänderung bestehender Verfassungen nur auf verfassungsmäßigem Wege erlaubten²⁵. Die Kommission erwähnte auch die Schutzmittel der Rechte des Landes: den schriftlichen Protest, die Berufung auf den Krönungseid und die königlichen Reverse, das Verweigern von postulierten Steuern und schließlich den Schutz des Deutschen Bundestages.

So gelang es im ganzen den Verfassern der Deduktion, die ständischen Rechte sozusagen in das Kleid des vormärzlichen konservativen Liberalismus, etwa im Sinne der Ideen des Freiherrn von Stein und der Opposition im preußischen vereinigten Landtag vom Jahre 1847, vor der Öffentlichkeit zu hüllen und daher auch trotz mancher Vorbehalte Sympathien sowohl im deutschen als auch tschechischen Volke zu gewinnen.

Verfassungszustand und Verfassungswirklichkeit in den Jahren 1848—49. Als die Revolution des Jahres 1848 das staatspolitische Gefüge der österreichischen Monarchie erschütterte, war man in Wien an den Regierungsstellen im staatspolitischen und staatsrechtlichen Bereich zunächst plan-, ja ratlos²⁶. Hieraus erklären wir uns die Veröffentlichung von manchen untereinander nicht zu vereinbarenden, ja sogar gegensätzlichen Normen. Am 15. März 1848 versprach die Regierung allgemein eine moderne Verfassung für die nichtungarischen und nichtitalienischen Länder. Nach den Verhandlungen mit den beiden Deputationen der revolutionären Organe²⁷ von Prag gab die Wiener Regierung, ohne sich um die Bestrebungen einiger Stände, die Kontinuität mit der böhmischen Landesverfassung durch die Einberufung des alten böhmischen Landtages genau zu wahren, zu kümmern, die sog. böhmische Charte, das Kabinettschreiben vom 8. April 1848, heraus²⁸. Das Kabinettschreiben bestimmt (Nr. 2), daß zum nächsten einzube-

²⁵ Falk: Landtag 95 f.; Okáč: Sněm 231 f.

²⁶ Voegelin, Erich: Der autoritäre Staat. Ein Versuch über das österreichische Staatsproblem. Wien 1936, S. 70—82; Bibl, Viktor: Der Zerfall Österreichs. Bd. 2. Von Revolution zu Revolution. S. 11—102.

²⁷ Das Eigenschaftswort „revolutionär“ ist im juristischen, nicht jedoch im soziologischen Sinne gemeint.

²⁸ Text: Bernatzik: Verfassungsgesetze S. 1086; dazu Burian, Peter: Die Nationalitäten in „Cisleithanien“ und das Wahlrecht der Märzrevolution 1848/49. Zur

rufenden böhmischen Landtage alle Stände des Landes zu versammeln sind. Dieser Landtag solle Vertreter aller Interessen des Landes umfassen und daher außer den berechtigten Vertretern der drei höheren Stände auch die auf einer möglichst breiten Basis der Wahlberechtigung gewählten Vertreter der Städte und Landgemeinden umfassen. Weiter wurden verantwortliche Zentralbehörden für das Königreich Böhmen in Prag mit einem breiten Wirkungskreise bewilligt. Dagegen sollte die Bitte um Vereinigung der Länder Böhmen, Mähren und Schlesien unter eine Zentralverwaltung sowie unter einen gemeinsamen Landtag in Prag auf dem nächsten Reichstage behandelt werden.

Im nationalsprachlichen Bereich verlangt das Kabinettschreiben grundsätzlich die vollkommene Gleichstellung der tschechischen Sprache mit der deutschen in allen Zweigen der Staatsverwaltung und des öffentlichen Unterrichtes (Nr. 1). Schließlich wird bestimmt, daß von nun an in Böhmen alle öffentlichen Ämter und Gerichtsbehörden nur durch Individuen, welche beider Landessprachen kundig sind, besetzt werden sollen (Nr. 9).

Das Kabinettschreiben vom 8. April entsagt indirekt dem absoluten königlichen Gesetzgebungsrecht, ohne sich um das Votum der böhmischen Stände zu kümmern; es geht also von der strikt absolutistischen Interpretation des „Ius legis ferendae“ der VL aus; also von einer Norm, die das ständische Gefüge des Landtages, ja der Landesverfassung von Böhmen überhaupt, wesentlich abänderte²⁹. Die Wiener Regierung nahm diesen Standpunkt jedoch lediglich im eng böhmischen Bereich an, denn selbst das Kabinettschreiben unterwirft die Entscheidung über die Frage der geforderten Vereinigung der drei böhmischen Länder der gemeinsamen Entscheidung des einzuberufenden Reichstages und wohl auch des Kaisers, also der Entscheidung des den böhmischen Organen übergeordneten verfassungs- und gesetzgebenden Organes. In der Nr. 4 der sog. böhmischen Charte ist zum ersten Male offiziell die Unterordnung Böhmens unter das nichtungarische und nichtitalienische Österreich im verfassungs- und gesetzgebenden Bereich ausgesprochen.

Sehr bedeutsam ist die Gleichberechtigung beider Sprachen, die hier in moderner Zeit zum ersten Male vorgeschrieben wird; wenn wir jedoch von der VL ausgehen, wird die seit 1627 von sekundären Normen der Zwischenzeit zurückgedrängte Gleichberechtigung neu verkündet. Ein absolutes Novum ist endlich die Pflicht der Beamten und Richter, beider Landessprachen kundig zu sein.

Problematik des Parlamentarismus im alten Österreich. Graz-Köln 1962, S. 52—80; Zehntbauer, Richard: Verfassungswandlungen im neueren Österreich. Heidelberg 1911, S. 92, 94; Hugelmann, Karl: Kaiserliches Kabinettschreiben vom 8. April 1848 und das Ministerium Pillersdorf. Jahrbuch d. Vereins f. Landeskunde Österreichs. Jg. 1916.

²⁹ Bezeichnenderweise sahen in diesem Oktroy weder der Jurist der Prager Delegation, P. A. Trojan, noch der herbeigezogene F. L. Rieger etwas Anstößiges; Burian: Nationalitäten 56; Tobolka: Dějiny I, 44.

Interessant ist die Reaktion der Landtage der böhmischen Krone auf das Kabinettschreiben, bzw. auf die diesem vorausgehenden staatspolitischen Probleme. Der mährische, noch ständische Landtag verwarf die administrative und legislative Vereinigung mit Böhmen. Dabei war Berichterstatter der spätere tschechische Landsmannminister Alois Pražák, der Mähren zu einem Land des österreichischen Kaiserreiches erklärte und die Gemeinsamkeit mit Böhmen lediglich auf die ethnische Verwandtschaft und Teilnahme der ständischen Deputationen bei den Krönungen beschränken wollte. Gegen die große Landtagsmehrheit sprachen sich lediglich ein adeliger Priester und die deutschen Vertreter der Stadt Iglau für die Verbindung mit Böhmen aus. Die vom Landtag beschlossene Landesverfassung, die die kaiserliche Sanktion nicht erlangte, kennt eine Verbindung mit Böhmen nicht an³⁰. Der schlesische Landtag sprach sich noch entschiedener gegen eine Verbindung mit Prag aus. Der böhmische ständische Landtag wurde dagegen nicht einberufen und auch der im Sinne des Kabinettschreibens reformierte, bzw. demokratisierte Landtag trat nicht zusammen.

Ganz im Stil der damaligen planlosen Lage der Regierung in Wien nimmt die im Sinne der kaiserlichen Proklamation vom 16. Mai 1848 für provisorisch zu betrachtende Verfassungsurkunde des österreichischen Kaiserstaates vom 25. April 1848³¹ gar keinen Bezug auf das erwähnte Kabinettschreiben. Sie setzt nicht nur die Unterordnung der nichtungarischen und nichtitalienischen Länder unter die verfassungs- und gesetzgebende Reichsgewalt voraus, sondern stellt dem Reichstag als eine der ersten Aufgaben die Prüfung und Würdigung der von den Provinzialständen vorzulegenden zeitgemäßen Änderungen ihrer bisherigen Verfassungen (§ 55), womit sie die Unterordnung der Länder unter das (Teil-)Reich des Kabinettschreibens direkt ausspricht. Die Länder werden abwechselnd Länder und Provinzen genannt, ihre historischen Titel werden nur einmal (§ 2) — wohl nur als Titel — erwähnt. Die Provinzialstände in den einzelnen Ländern sollten die Provinzialinteressen wahrnehmen und zur Besorgung der für diese Interessen sich ergebenden Erfordernisse beitragen, soweit solche nicht unter den allgemeinen Staatserfordernissen begriffen seien. Den bisherigen Provinzialständen wird, insofern die Verfassungsurkunde keine Änderung enthält, ihre Einrichtung und Wirksamkeit erhalten (§ 54). So kann man wohl sagen, daß die Verfassungsurkunde vom 25. April 1848 gar nicht von der rechtlichen Sonderstellung des Königreiches Böhmen spricht. Es entsteht nun die Frage, wie sich juristisch beide Normen zueinander verhalten: Das

³⁰ D'Elvert, Christian: Die Vereinigung von Böhmen, Mähren und Schlesien zu einem gemeinschaftlichen Landtag mit einer Zentralverwaltung. 1. Aufl. Brünn 1848, S. 70 f.; Hugelmann, Karl: Die österreichischen Landtage im Jahre 1848. Archiv für österreichische Gesch. Teil III, Bd. 115 (I) 143, besonders 38 f.; Burian: Nationalitäten 80—93, besonders 81 f.; Kameníček, František: Paměti a listář Dra. Aloise Pražáka [Erinnerungen und Briefsammlung von Dr. A. P.]. Bd. 1. Prag 1926, S. 4.

³¹ Text: Bernatzik: Verfassungsgesetze 102—109.

Kabinettschreiben ist eine Spezialnorm für Böhmen, während die Verfassungsurkunde eine allgemeine Norm ist, die das Kabinettschreiben nicht aufhebt.

Während sich die beiden erwähnten Normen über die Einheit der Länder der Krone Böhmen entweder aufschiebend (Kabinettschreiben), oder gar nicht äußern (Verfassung), und die Unterordnung Böhmens unter das Reich, bzw. Kaisertum Österreich im Gegensatz zu der anerkannten Gleichordnung des Königreiches Ungarn seit den ungarischen Verfassungsgesetzen von 1847—48 mit Österreich, anordnen, verkündet das Patent des den Thron besteigenden Kaisers Franz Joseph I. vom 2. Dezember 1848 RGrBl. Nr. 1 ex 1849³² zum ersten Male in der Geschichte des Habsburger Reiches öffentlich den Willen, alle Länder und Stämme der Monarchie staatsrechtlich zu einem großen Staatskörper zu vereinigen und die Kronen . . . [des] . . . Reiches auf sein Haupt zu setzen. In dieser zu reorganisierenden oder erst zu erkämpfenden (gegen die madjarische und italienische Revolution) Einheitsmonarchie soll die Krönung zum König von Böhmen, Ungarn und wohl auch der Lombardei bestehen bleiben, kaum jedoch mit dem Zweck, den sogenannten Königreichen im Rahmen des Einheitsreiches eine eigene autonome Sonderstellung zu gewähren.

Die folgenden Verfassungsentwürfe und Verfassungen stehen ebenfalls auf dem Standpunkt der juristischen Überordnung der Reichsverfassung über die Länder und die von den Landtagen ausgearbeiteten Landesverfassungen, die erst von dem Reichstag bestätigt werden sollen (Kremsierer Entwurf³³ § 111, Märzverfassung³⁴ § 83). Sogar die relativ konservative Reichsverfassung vom 4. März 1849 RGrBl. Nr. 150 (Märzverfassung) schreibt vor, daß alle nichtungarischen und nichtitalienischen Kronländer eigene Landesverfassungen erhalten sollen, wobei die ständischen Verfassungen außer Wirksamkeit treten. So nehmen weder der Verfassungsentwurf des Kremsierer Reichstages noch die Märzverfassung, sowie die auf deren rechtlicher Grundlage veröffentlichten Landesverfassungen aus dem Jahre 1850, Rücksicht auf das böhmische Staatsrecht oder gar auf die rechtliche Kontinuität mit diesem im Vormärz. Dieses Urteil ist selbst dann berechtigt, wenn wir das relativ große Ausmaß an Zuständigkeit der Landtage berücksichtigen; denn dieser Umfang wird von der rechtlich übergeordneten Reichsgewalt gewährt, die jedoch diesen Umfang auch beschneiden oder aufheben kann.

Die Versuche der Kristallisierung der böhmischen staatsrechtlichen Doktrin in den Jahren 1848/49. Die böhmische staatsrechtliche Doktrin erscheint im Revolutionsjahr 1848/49 nicht in ihrer relativen Geschlossenheit und Folgerichtigkeit wie in der Schlußperiode der Vormärzzeit. Die erste Äußerung dieser Art stammt von dem tschechischen Politiker Franz Aug. Brauner,

³² Text: Bernatzik: Verfassungsgesetze 113—114.

³³ Text: Bernatzik: Verfassungsgesetze 115—133.

³⁴ Text: Bernatzik: Verfassungsgesetze 150—166.

dem Bauernverteidiger im Vormärz, der die Petition der Versammlung im Wenzelsbad in Prag³⁵, die den ersten Anlaß zur Herausgabe des Kabinettschreibens vom 8. April 1848 gab, verfaßte. Brauner verlangte die Anerkennung und Durchführung der Sonderstellung der Länder der böhmischen Krone in der Gesamtmonarchie im Sinne des böhmischen Staatsrechts und analog zu der Stellung der Länder der ungarischen Krone. Er forderte daher die verfassungs- und verwaltungsrechtliche Vereinigung dieser Länder und ihre Unterstellung unter die Zentralbehörden in Prag. Der General-Landtag der böhmischen Länder sollte dem Prinzip der Kontinuität des böhmischen Staatsrechtes entsprechend in seiner ständischen Zusammensetzung durch neue städtische und besonders ländliche gewählte Vertreter ergänzt werden. Da die erste Antwort aus Wien vom 23. März 1848 den Prager Forderungen wenig entgegenkam, erhob der nun in seiner Zusammensetzung radikalisierte Ausschuß die alten Forderungen in einer geänderten Weise. Bezeichnenderweise verlangte man die Vereinigung der böhmischen Länder jetzt durch ein königliches Oktroy³⁶, also nicht im Einvernehmen mit den Ständen, jedoch, wie wir bereits aus dem Inhalt der Antwort (des Kabinettschreibens) gesehen haben, ohne Erfolg.

Für den vorbereiteten neuen böhmischen Landtag arbeitete das Verfassungskomitee des Nationalausschusses einen Entwurf der böhmischen Verfassung aus, das dem Nationalausschuß am 29. Mai 1848 vorgelegt wurde³⁷. Dieser Verfassungsentwurf überließ dem Gesamtstaate Österreich die Außenpolitik, das Kriegswesen, Verkehrswesen, Handels-, Zoll-, Post-, Münz-, Maß- und Gewichtswesen und den materiellen Teil der Zivil- und Kriminaljustiz, während alle anderen Angelegenheiten in die Zuständigkeit des Landtages und der Landesexekutive fallen sollten. An der Spitze dieser Landesexekutive sollte ein Vizekönig oder Statthalter mit einem „verantwortlichen Statthaltereirat“ mit fünf Räten (Landesministern) stehen.

Dieser Entwurf hätte die formelle Kontinuität mit dem vormärzlichen, nudo iure geltenden böhmischen Staatsrecht nicht strikt aufrecht erhalten, da solche radikalen Änderungen der alten böhmischen Verfassung (Schmälerung der Rechte der Stände!), wie die Demokratisierung der Zusammensetzung des Landtages, die Zustimmung des bisherigen ständischen Landtages erfordert hätten. Die Oktroyierung einer neuen Wahlordnung verstieß zweifellos gegen die Vorschriften der Privilegien und gegen die Vorschriften über die Zahl der Stände. Die Zustimmung eines gemischt ständisch-demokratisierten Landtages zum Verfassungsentwurf, mit der Sanktionierung durch den König, hätte eine Verfassung geschaffen, die vom böhmischen staatsrechtlichen Standpunkt aus gesehen rechtlich auf teilweise revolutionärer Grundlage das Übertragen breiter Zuständigkeitsbereiche an

³⁵ Burian: Nationalitäten 52; Kazbunda, Karel: České hnutí roku 1848 [Die tschechische Bewegung im Jahre 1848]. Prag 1929, S. 40.

³⁶ Burian: Nationalitäten 56; Kazbunda: Hnutí 99—104; D'Elvert: Vereinigung 75 f.

³⁷ Burian: Nationalitäten 71.

das Reich (Österreich) gutgeheißen und dabei einen dennoch ziemlich breiten Umfang der Landesautonomie gesichert hätte.

Palacký, der im Verfassungskomitee des Nationalausschusses eine wichtige Rolle spielte, ließ selbst nach dem Nichtzustandekommen des böhmischen verfassungsgebenden Landtages den böhmischen Verfassungsplan nicht fallen, sondern arbeitete diesen nach dem Zusammentritt des österreichischen Verfassungsgebenden Reichstages um. Nach diesem im September 1848 verfaßten Plan³⁸ sollten die drei böhmischen Länder zusammen eine der vier vorgeschlagenen Gruppen der nichtungarischen und nichtitalienischen Länder Österreichs bilden. Die Landtage wären danach direkt, der Reichstag indirekt von den Landtagen gewählt worden. Zu den gemeinsamen Angelegenheiten sollten die Außenpolitik, das Militärwesen, die allgemeine Handelspolitik, die öffentlichen Arbeiten, die Zivil- und Strafrechtsgesetzgebung sowie das Zoll-, Post-, und Kommunikationswesen gehören. Dabei sollten etwaige Konflikte zwischen einzelnen Gruppen oder Ländern durch ein Schiedsgericht entschieden werden, in dem jede nationale Partei paritätisch vertreten gewesen wäre. Dieser sog. erste Verfassungsplan Palackýs im Reichstage unterscheidet sich — gemessen am Umfang der Zuständigkeit des Reiches — kaum wesentlich von dem von Palacký wohl wenigstens stark beeinflussten böhmischen Verfassungsentwurf. Dieser Entwurf wäre jedoch nach seiner Genehmigung praktisch eine österreichische Verfassung geworden. Diese hätte die Kontinuität mit der alten böhmischen Verfassung, trotz der engen Verbindung der drei böhmischen Länder, ganz unterbrochen. Palacký nahm übrigens in seinen beiden folgenden Verfassungsentwürfen von dem materiellen Inhalt des böhmischen Staatsrechts ganz Abstand und prägte das naturrechtlich-revolutionäre Nationalitätenprinzip, das dem konservativen böhmischen staatsrechtlichen Standpunkt entgegengesetzt war³⁹.

Verfassungszustand und Verfassungswirklichkeit in den Jahren 1860—1865. Die Märzverfassung wurde durch das Patent vom 31. Dezember 1851 Nr. 4 ex 1852 aufgehoben und somit ein zentralistischer Absolutismus eingeführt⁴⁰, der der alten böhmischen Verfassung viel stärker entgegengesetzt war als der vormärzliche. Jedoch hat die Niederlage im italienischen Krieg des Jahres 1859 sowie die Finanznot Kaiser Franz Josephs zu gewissen kon-

³⁸ Text: Rieger: Palackého spisy I, 59—64; dazu Redlich, Josef: Das österreichische Staats- und Reichsproblem. Bd. 1. Leipzig 1920, S. 226—232, 272—317; Springer, Anton: Geschichte Österreichs seit dem Wiener Frieden 1809. Bd. 2. Leipzig 1865, S. 617; Münch, Hermann: Böhmisches Tragödie. Das Schicksal Mitteleuropas im Lichte der tschechischen Frage. Braunschweig-Berlin-Hamburg 1949, S. 209; Rieger, Bohuš: Ustava Rakouska dle F. Palackého v letech 1848/49 [Die Verfassung Österreichs nach Franz Palacký in den Jahren 1848/49]. In: Památník na oslavu stých narozenin F. Palackého. Prag 1898, S. 613 f.

³⁹ Rieger, Bohuš, der Enkel Palackýs, sagt in „Ústava“ S. 641—42 ausdrücklich: „... das sog. föderalistische Programm Palackýs in dieser Zeit [1848/49] läßt sich mit dem staatsrechtlichen [Programm] nicht versöhnen.“

⁴⁰ Text: Bernatzik: Verfassungsgesetze 208—215.

stitutionell anmutenden Zugeständnissen gezwungen. So wurde durch das Patent vom 5. März 1860 RGBl. Nr. 56⁴¹ der verstärkte Reichsrat geschaffen, der zum großen Teil von den zu errichtenden Landtagen der nichtungarischen Länder besetzt werden sollte. (Einstweilen wurden die „Vertreter der Länder“ vom Kaiser selbst ernannt.) Dieser verstärkte Reichsrat erhielt später durch das a. h. Handschreiben vom 17. Juli 1860 RGBl. Nr. 181⁴² die Befugnis zur Genehmigung neuer Steuern und Auflagen, der Erhöhung der bestehenden Steuern und Gebührensätze sowie der Aufnahme neuer Anleihen: Damit wurde den ernannten Vertretern der böhmischen Kronländer in Bezug auf die Steuerbewilligung eine Zuständigkeit gewährt, die die erwähnte revolutionäre VL vom Jahre 1627 dem ständischen Landtag gegeben hatte.

Der verstärkte Reichsrat beschloß nach längerer Tagung ein Mehrheitsgutachten der Anhänger der „historisch-politischen Individualitäten“, bzw. des Kronländerföderalismus, die unter der Führung des altkonservativen ungarischen Grafen Anton Szécsen⁴³ und des damals noch landespatriotisch orientierten böhmischen Grafen Heinrich J. Clam-Martinić⁴⁴ beim Kaiser die Oberhand über die von dem Schlesier Franz Hein geführten liberalen und josephinistischen Zentralisten und deren Gutachten gewannen. Danach erließ der Kaiser das vom neuernannten Staatsminister Szécsen verfaßte Diplom vom 20. Oktober 1860 RGBl. Nr. 226⁴⁵ als ein „beständiges und unwiderrufliches Staatsgrundgesetz“. Das Diplom geht von der pragmatischen Sanktion aus und erklärt besonders: „Nur solche Institutionen und Rechtszustände, welche dem geschichtlichen Rechtsbewußtsein der bestehenden Verschiedenheit Unserer Königreiche und Länder und den Anforderungen ihres unteilbaren und unzertrennlichen kräftigen Verbandes gleichmäßig entsprechen, können diese Bürgschaften in vollem Maße gewähren“⁴⁶.

Das Diplom verordnet, daß das Recht der Gesetzgebung nur unter Mitwirkung der Landtage bzw. des von den Landtagen besetzten Reichsrates ausgeübt werden soll. Der Mitwirkung des Reichsrates obliegt namentlich⁴⁷ die Gesetzgebung über das Münz-, Geld-, und Kreditwesen,

⁴¹ Text: Bernatzik: Verfassungsgesetze 217—220.

⁴² Text: Bernatzik: Verfassungsgesetze 221.

⁴³ Szécsen, Anton Graf: Politische Fragen der Gegenwart. Wien 1851, besonders S. 12.

⁴⁴ Höglinger, Fritz: Ministerpräsident Heinrich Graf Clam-Martinić. Phil. Diss. Wien 1961, S. 8; Kameníček, František: Paměti 67 f.

⁴⁵ Text: Bernatzik: Verfassungsgesetze 223—227; Kolb, Ernst: Das Oktober-Diplom. Zum 100 jährigen Geburtstag der Einführung der konstitutionellen Monarchie in Österreich. Der Donauraum 6 (1961) 1—11; Wierer, Rudolf: Der Föderalismus im Donauraum. Graz-Köln 1960, S. 65 ff.; Redlich: Staatsproblem I, 228 f., 240—265, 572—671; Tobolka: Dějiny II, 25—33.

⁴⁶ Eben dieser Passus bot die gediegene Grundlage für die Programme der staatsrechtlich orientierten Föderalisten in Österreich nach 1860.

⁴⁷ Diese Aufzählung ist also demonstrativ.

über die Zölle und Handelssachen, ferner über die Grundsätze des Zettelbankwesens, die Gesetzgebung über die Grundsätze des Post-, Telegraphen-, und Eisenbahnwesens, über die Militärpflicht, die Prüfung und Feststellung der Voranschläge der Staatsausgaben für das jeweils kommende Jahr, sowie die Prüfung der Staatsrechnungsabschlüsse und der Resultate der jährlichen Finanzgebarung.

Der Zustimmung des Reichsrates obliegt die Einführung neuer Steuern und Auflagen, die Erhöhung der bestehenden Steuern und Gebührensätze, insbesondere die Erhöhung des Salzpreises und die Aufnahme neuer Anleihen, sowie die Konvertierung bestehender Staatsschulden und die Veräußerung, Umwandlung oder Belastung des unbeweglichen Staatseigentums (Art. II.)⁴⁸.

Alle anderen Gegenstände der Gesetzgebung, welche in den vorhergehenden Punkten nicht enthalten sind, werden in und mit den betreffenden Landtagen und zwar in den Ländern der ungarischen Krone im Sinne ihrer früheren Verfassungen, in den übrigen Ländern jedoch im Sinne und gemäß ihrer Landesordnungen verfassungsmäßig erledigt werden (Art. III). In den nichtungarischen Ländern sollten jedoch die Befugnisse der Landtage im Vergleich zu den Ländern der ungarischen Krone sowohl qualitativ als auch quantitativ schwächer sein. Nach den alten Verfassungen der ungarischen Länder (Ungarn, Siebenbürgen, Kroatien) war bei der Gesetzgebung die Zustimmung der Landtage erforderlich. Der Art. III Abs. 2 und 3 ordnete die gemeinsame Behandlung von Gegenständen — welche nicht der ausschließlichen Kompetenz des gesamten Reichsrates zukamen und die seit einer Reihe von Jahren gemeinsam absolutistisch durch die Zentralbehörden der nichtungarischen Länder geregelt wurden — durch die Mitwirkung der nichtungarischen Reichsräte an. Dadurch gewann das Staatsgefüge erneut jenen dualisierenden Charakter, den die Märzverfassung und der Absolutismus abzuschaffen bestrebt waren.

Die Zeit der Versuche, das Oktoberdiplom durchzuführen, war verhältnismäßig kurz. Sie bedeutete jedoch eine starke Anregung für die Formung der Programme aller österreichischen Föderalisten und konservativen Autonomisten. Das Oktoberdiplom blieb die ideelle Grundlage, auf die sich über 30 Jahre diese Gruppen beriefen und stützten⁴⁹. Das Oktoberdiplom schien den Hoffnungen der Föderalisten zu entsprechen, da es in erster Linie (Abs. 1) die Mitwirkung der Landtage an der Gesetzgebung feststellte und erst in zweiter Linie von den Befugnissen des föderalistisch beschickten Reichsrates sprach. Freilich übersahen die Föderalisten häufig den 2. Absatz des Art. III über die Kompetenz des engeren Reichsrates, der so unklar verfaßt war, daß die Föderalisten mit besserem Recht die Bereiche des Zivil-, Prozeß- und Strafrechtes für die Zuständigkeit der Landtage,

⁴⁸ Diese Aufzählung ist also taxativ.

⁴⁹ Dies war besonders bei den Polen und alpenländischen Deutschkonservativen der Fall.

andererseits die Zentralisten diese Bereiche auf der Grundlage der praktischen Kompetenz der gemeinsamen österreichisch-böhmischen Organe seit Maria Theresia für die Kompetenz des engeren Reichsrates beanspruchen konnten⁵⁰. Über Außenpolitik und Militärfragen außerhalb der Militärflicht sprach das Oktoberdiplom kein Wort, offenbar deshalb, weil diese Belange der absolutistischen Entscheidung des Herrschers überlassen wurden.

Vom Gesichtspunkt der böhmischen Verfassung im Vormärz aus kann man sagen, daß sich das Oktoberdiplom dieser gewiß nähert, da für die im Diplom nicht erwähnten Belange die Vermutung für die Zuständigkeit des Landtags spricht. Der primären rechtlichen Stellung der Landtage widersprach andererseits die Kompetenz des Reichsrates, weil z. B. die böhmische Verfassung die Befugnis der Zustimmung zur Einführung und Erhöhung von Steuern dem böhmischen Landtag gewährte, nicht jedoch einem Körper, dem auch Vertreter anderer Landtage angehörten. Ganz besonders widersprach der alten böhmischen Verfassung der Abs. 2 des Art. III, der die Kompetenz eines engeren, nichtungarischen Reichsrates umschreibt, nicht nur dadurch, daß er eine Reihe von Angelegenheiten, die der aufgeklärte Absolutismus ohne Befragung der Stände dem Landtag wegnahm, einem nichtböhmischen Vertretungskörper zuteilte, während die gleichen Aufgaben der Kompetenz der Landtage der ungarischen Krone zugeteilt wurden, sondern auch dadurch, daß die böhmische Krone vom Diplom gar nicht erwähnt wurde.

Das Oktoberdiplom mit seinem Reichsrat trat praktisch jedoch nicht in Kraft und selbst die einstweilen nur für vier Alpenländer oktroyierten Landesordnungen, mit Wahl- und Geschäftsordnungen, wurden durch die neu oktroyierte Verfassung — das kaiserliche Patent vom 26. Februar 1861 RGBL. Nr. 20⁵¹ — aufgehoben. Diese sog. Februarverfassung, vom Staatsminister Anton Ritter von Schmerling getragen, wurde sowohl durch die außenpolitische Lage (wie früher das Oktoberdiplom) als auch insbesondere durch die Opposition der Deutschliberalen und Madjaren hervorgerufen. Das Patent hatte 46 Beilagen — darunter ein Grundgesetz über Reichsvertretung, Landesordnungen, Landtagswahlordnungen — sowie Anhänge über die Verteilung der jedem Lande zugewiesenen Zahl von Reichsratsabgeordneten. So wurden ohne Befragung des Reichsrates des Oktoberdiploms das Reich sowie die nichtungarischen und nichtitalienischen Kronländer organisiert.

Das Grundgesetz über die Reichsvertretung schuf einen aus zwei Kammern bestehenden Reichsrat (§ 1). Das Herrenhaus bestand aus großjährigen Prinzen der Dynastie (§ 2), erblich begüterten adeligen Mitgliedern (§ 3), Erzbischöfen und Fürstbischöfen (§ 4) sowie aus vom Kaiser auf Lebens-

⁵⁰ Kolb: Oktober-Diplom 8; Wierer: Föderalismus 67.

⁵¹ Text: Bernatzik: Verfassungsgesetze 255—259; Tzöbl, Josef A.: Die Anfänge des Parlamentarismus in Österreich. Der Donauraum 7 (1962) 69—81; Mollisch, Paul: Anton Ritter von Schmerling und der deutsche Liberalismus in Österreich. Wien 1944; Wierer: Föderalismus 70 ff.

dauer berufenen Mitgliedern (§ 5). Das Haus der Abgeordneten sollte aus von den einzelnen Landtagen gewählten Abgeordneten bestehen. Diese Abgeordneten wurden (§ 7) nach einzelnen Gebieten, Städten und Körperschaften gewählt, wobei sich der Kaiser vorbehielt, den Vollzug der Wahl unmittelbar durch die Gebiete, Städte und Körperschaften anzuordnen, wenn ein Landtag die Abgeordneten nicht wählen sollte. Daher hatte das Herrenhaus einen unitarisch-zentralistischen, das Abgeordnetenhaus dank der Art seiner Wahl einen föderalistischen Charakter.

Die Kompetenz des breiteren Reichsrates wurde nach § 10 mit denselben Ausdrücken umschrieben, wie im Art. II des Oktoberdiploms. Auch hier war die Aufzählung der Gegenstände demonstrativ. Neu waren lediglich die Vorschriften, daß die Steuern, Abgaben und Gefälle nach den bestehenden Gesetzen einzuheben seien, solange diese nicht verfassungsgemäß geändert würden, sowie daß die Staatsschuld unter die Kontrolle des Reichsrates gestellt wurde.

Der sog. engere Reichsrat, dessen Mitglieder außerhalb der ungarischen Krone und Venetiens gewählt wurden, bekam nach § 11, Abs. 1 neben dem im Art. III Abs. 2 des Oktoberdiploms umschriebenen Belangen laut § 11, Abs. 2 mit Ausnahme der im § 10 aufgezählten Angelegenheiten alle Gegenstände der Gesetzgebung, welche nicht ausdrücklich durch die Landesordnungen den einzelnen im engeren Reichsrate vertretenen Landtagen vorbehalten wurden. Durch diese Bestimmung wurde die Generalklausel des Art. III, Abs. 1 des Oktoberdiploms, die zugunsten der Landtage gelautet hatte, nun zugunsten des engeren Reichsrates umgekehrt. Während die Bestimmung, daß die Landtage ihre Belange dem engeren Reichsrat übertragen können, blieb (§ 11, Abs. 3), sollte bei vorkommenden Zweifeln in Bezug auf die Zuständigkeit eines im engeren Reichsrate vertretenen Landtages auf Antrag des engeren Reichsrates der Kaiser entscheiden (§ 11, Abs. 4). Die Stellung des Reichsrates wurde qualitativ verstärkt, da er die Gesetzgebungsinitiative in seine Zuständigkeit bekam und da bei diesen Gesetzen die Übereinstimmung beider Häuser sowie die Sanktion des Kaisers erforderlich war (§ 12). Schließlich wurde auch die Abänderung dieses Grundgesetzes erschwert, da nach § 14, Abs. 2 Anträge auf Änderungen in beiden Häusern eine Mehrheit von wenigstens zwei Drittel der Stimmen erforderten.

Die Landesordnungen wurden nach einem Muster ausgearbeitet. Sie organisierten in jedem Kronland Kurienlandtage, die sich aus einigen Viriliten, den Vertretern des landtäflichen Großgrundbesitzes, der Städte sowie der Handels- und Gewerbekammern und der Landgemeinden zusammensetzten (§ 3). Der Kaiser ernannte zur Leitung des Landtages in Böhmen aus dessen Mitte den Oberstlandmarschall, in Mähren und Schlesien den Landeshauptmann und deren Stellvertreter (§ 4). Die Funktionsdauer des Oberstlandmarschalls (Landeshauptmanns) und der Landtagsperiode wurde auf sechs Jahre festgesetzt (§ 6), jedoch konnte der Landtag vom Kaiser zu jeder Zeit aufgelöst werden (§ 10, Abs. 2). Als verwaltendes und ausführendes

Organ der Landesvertretung bestand der Landesausschuß unter dem Vorsitz des Oberstlandmarschalls (Landeshauptmanns) aus acht aus dem Landtag gewählten Mitgliedern⁵². In den Landesausschuß wurden Vertreter der drei Wählerklassen in ungefähr gleicher Zahl (§ 12) gewählt. Die Funktionsdauer des Landesausschusses war wie jene des Landtages, sie währte jedoch noch so lange fort, bis aus dem neuen Landtag ein anderer Ausschuß bestellt worden war.

Dem Landtag wurde das Recht der gesetzgebenden Initiative gewährt, zu jedem Landesgesetze war die Zustimmung des Landtages und die Sanktion des Kaisers erforderlich (§ 17). Als Landesangelegenheiten galten alle Anordnungen in Bezug auf die Landwirtschaft, die öffentlichen Bauten, welche aus Landesmitteln bestritten wurden, die aus Landesmitteln dotierten Wohltätigkeitsanstalten sowie die Voranschläge und die Rechnungslegung des Landes. Weiter waren die Länder befugt, nähere Anordnungen im Bereiche der allgemeinen Gesetze über Gemeinde-, Kirchen- und Schulangelegenheiten, Vorspannleistung, dann Verpflegung und Einquartierung des Heeres sowie Anordnungen über sonstige, die Wohlfahrt oder die Bedürfnisse des Landes betreffende Gegenstände, welche durch besondere Verfügungen der Landesvertretung zugewiesen wurden, zu erlassen (§ 18).

Schließlich erhielt der Landtag das Recht, über allgemeine Gesetze und Einrichtungen, die eine besondere Rückwirkung auf das Wohl des Landes haben, zu beraten und Anträge zu stellen und allgemeine Gesetze und Einrichtungen zu erlassen, welche die Bedürfnisse und die Wohlfahrt des Landes erheischten. Weiter war der Landtag befugt, Vorschläge über alle Gegenstände abzugeben, worüber er von der Regierung zu Rate gezogen wurde (§ 19)⁵³.

In mehr administrativer Hinsicht sorgte der Landtag für die Erhaltung des landständischen (Domestikal-) Vermögens und des sonstigen Landesvermögens sowie der aus ständischen oder Landesmitteln errichteten oder erhaltenen Fonds und Anstalten. Landtagsbeschlüsse, welche eine Veräußerung, bleibende Belastung oder eine Verpfändung des Stammvermögens mit sich brachten, bedurften der kaiserlichen Genehmigung (§ 20). Diese Vermögen und Fonds sowie den Kredit des Landes verwaltete ebenfalls der Landtag (§ 21). Der Landtag war berechtigt, zu diesen Zwecken zu den direkten Staatssteuern Zuschläge bis zur Höhe von 10% auszuschreiben; höhere Zuschläge oder sonstige Landesumlagen bedurften der kaiserlichen Genehmigung (§ 22). Schließlich regelte der Landtag die Übernahme in den Landesdienst, die Besoldung, Disziplinarbehandlung, Ruhegenüsse und die Grundzüge der Dienstleistung der Landesbeamten und Diener (§ 25). Der Landesausschuß hatte überdies alle Geschäfte des bisherigen ständischen Ausschusses zu besorgen, soweit dieselben nicht an andere Organe über-

⁵² In Mähren bestand der Landesausschuß aus 6 (nach 1905 aus 8), in Schlesien aus 4 Mitgliedern.

⁵³ Dieser § 19 der Landesordnungen bot ebenfalls einen Impuls für die Bestrebungen der Föderalisten.

gehen oder infolge der geänderten Verhältnisse aufhören sollten (§ 29). Die bisher dem Lande oder den vormaligen Ständen des Landes zustehenden Patronats- und Präsentationsrechte — das Vorschlags- oder Ernennungsrecht für Stiftsplätze oder Stipendien, das Recht der Aufnahme in ständische Anstalten und Stiftungen — wurden vom Landesausschuß ausgeübt.

Verhängnisvoll für die Zukunft sollte die Klausel über die Abänderung der Landesordnung werden: Nach § 38, Abs. 3 war zu einem Beschluß über beantragte Änderungen der Landesordnung die Gegenwart von mindestens drei Viertel aller Mitglieder und die Zustimmung von mindestens zwei Drittel der Anwesenden erforderlich.

Den Landtagen sollte jede weitgehende Opposition gegen die Regierung unmöglich gemacht werden. Der Landtag durfte deshalb mit keiner Landesvertretung eines anderen Kronlandes in Verkehr treten und durfte auch keine Kundmachungen erlassen (§ 41, Abs. 1). Deputationen durften weder in die Versammlung des Landtages zugelassen (§ 41, Abs. 2) noch vom Landesausschuß empfangen werden (§ 43, Abs. 2). Der Oberstlandmarschall (Landeshauptmann) war, wenn er einen Beschluß des Landesausschusses als dem öffentlichen Wohle oder den bestehenden Gesetzen zuwiderlaufend ansah, berechtigt und verpflichtet, die Ausführung einer solchen Norm zu sistieren und die Angelegenheit unverzüglich der a. h. Schlußfassung, auf dem Dienstwege über den Statthalter, zu unterziehen (§ 42, Abs. 3).

Andererseits gab es in der Landesordnung keine Parallelbestimmung zum § 13 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung, der der Regierung die Befugnis gab, zu Zeiten, in denen der Reichsrat nicht versammelt war, dringende Maßregeln selbst zu treffen.

Das Wahlsystem der Februarverfassung näherte sich entfernt dem Ständewesen des Vormärz. Die Virilisten waren ein schwacher Ersatz des Prälatenstandes, während der landtäfliche Großgrundbesitz, der als Wahlkörper in zwei Gruppen geteilt wurde⁵⁴, den Herren- und Ritterstand ersetzte. Da jedoch das ganze Land einen einzigen Wahlbezirk bildete, konnte eine von der Regierung erwünschte oder gar unterstützte Schwenkung einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Wählern in der Vertretung des Großgrundbesitzes bald eine staatsrechtlich-konservativ-tschechenfreundliche, bald eine verfassungstreu-josephinisch-deutschliberale und dadurch auch eine tschechisch-konservative oder deutschliberale Mehrheit in Böhmen und Mähren zustande bringen. Dies war umso eher möglich, als eine große Zahl des Hochadels, insbesondere in Böhmen, landespatriotisch gesinnt war und die beiden erwähnten Parteifronten im landsässigen Adel sich erst zu formen begannen.

In der Kurie der Städte und der Handels- und Gewerbekammern erreich-

⁵⁴ In Böhmen wählten die nichtfideikommissarischen Großgrundbesitzer 54, die fideikommissarischen 16 Landtagsabgeordnete; in Mähren (vor 1905) 25 und 5, in Schlesien wählten alle Großgrundbesitzer 7, dazu noch die 4 Fürsten 2 Landtagsabgeordnete.

ten Schmerling und seine Mitarbeiter Lasser und Ignaz von Plener durch ihre Wahlgeometrie und den hohen Zensus, der der rechtsliberalen hohen Wertung des Besitzes und der Intelligenz entsprach, die deutsche Mehrheit in allen drei Ländern. Dieses Ergebnis wurde besonders durch die Tatsache gefördert, daß das Bürgertum in Mähren und Schlesien, auch das in tschechischer und polnischer ländlicher Umgebung, zum großen Teile deutsch oder mindestens deutschsprachig war. So blieb den Tschechen die Mehrheit nur in der Kurie der Landgemeinden in Böhmen und Mähren⁵⁵, in der aber nicht nur das zensitäre Wahlrecht, sondern auch die indirekte Wahl die breiteren Massen von der Wahl ausschloß. Äußerst problematisch war die Bestimmung des § 54 der Landtagswahlordnung, die die Möglichkeit der Änderung der Wahlordnung nach Ablauf der ersten Landtagsperiode der qualifizierten Mehrheit im Sinne des § 38 der Landesordnung unterwarf.

Die Februarverfassung stand mit ihren Bestimmungen der alten böhmischen Verfassung gegenüber in noch weit schärferem Gegensatz als das Oktoberdiplom. Die Generalklausel der Februarverfassung, die sich doch als die durchführende Norm des Oktoberdiploms bezeichnete, drückte die Zuständigkeit der Landtage zugunsten des engeren Reichsrates auf ein bescheidenes Minimum herab, während die Generalklausel des Oktoberdiploms verschwand. Die Sonderstellung der ungarischen Krone wurde gegenüber dem Oktoberdiplom noch mehr unterstrichen. Besonders waren die Bestimmungen über das Herrenhaus eigenartig, das trotz seiner stark ständischen Zusammensetzung streng unitarisch-zentralistisch organisiert wurde. Die Landesordnungen, nach einer Schablone redigiert, ließen den Kronländern zwar ihre historischen Titel: Königreich, Markgrafschaft und Herzogtum, gebrauchten jedoch ausschließlich den zentralistischen Titel Kaiser für den Herrscher. Selbst das Haupt der Selbstverwaltung bekam nicht den historisch richtigen Titel Oberstburggraf, sondern nach dem niederösterreichischen Muster den Titel Oberstlandmarschall. Die Kronländer, wie der Titel lautete, oder die historisch-politischen Individualitäten, wie sie die Theorie im Sinne der Ideen von Josef von Eötvös⁵⁶ und Anton Graf von Szécsen nannte, wurden, gemessen am engen Ausmaß ihrer gesetzgebenden Kompetenz, in Provinzen mit eng umschriebener Autonomie verwandelt, die in manchen Belangen (nach § 20—22) eine Autonomie ohne Einschränkung im

⁵⁵ In Schlesien errangen die beiden nichtdeutschen Gruppen, Polen u. Tschechen, erst bei den Landtagswahlen von 1890 in der Kurie der Landgemeinden die Mehrheit. Dazu Srb, Adolf: *Politické dějiny národa českého od roku 1861 až do nastoupení ministerstva Badenova* [Die politische Geschichte des tschechischen Volkes vom Jahre 1861 bis zum Antritt des Ministeriums Badeni 1895]. Prag 1899, S. 817.

⁵⁶ N. N. [Josef Frh. v. Eötvös]: *Über die Gleichberechtigung der Nationalitäten in Österreich*. Budapest 1850, S. 20; Ders.: *Die Garantien der Macht und Einheit Österreichs*. Leipzig 1859, S. 26, 92; dazu Voegelin: *Staat* 56; Redlich: *Staatsproblem* I, 547—571; Radvānszky, Anton: *Baron Josef Eötvös, ungarischer Staatsmann und Denker (1813—1871)*. Seine Bedeutung als Denker und Staatsmann für die Gegenwart. Köln-Detroit 1959, besonders S. 18—20; Wierer: *Föderalismus* 56—58.

ursprünglichen Sinne war. Lediglich die Landwirtschaft kann man als eine Sphäre der Zuständigkeit des Landes bezeichnen, während die Befugnisse, die Kirchen- und Schulangelegenheiten im Rahmen der Reichsgesetze durch konkrete Gesetze zu ordnen, in einem ethnisch so gemischten Staatswesen wie Österreich zu eng waren. Die beratende Funktion der Landtage blieb in einem Verfassungsstaat eine sonderbare Einrichtung.

Es ist sehr interessant, daß den Ländern zwar eine gewisse gesetzgebende Gewalt gewährt wurde, jedoch gar keine richterliche Gewalt und nur eine eng umschriebene Verwaltungs-Befugnis ohne Exekution zukam. So verblieb eigentlich die gesamte faktische Macht in den Händen der im Vormärz und besonders im neuen Absolutismus fast allmächtigen Beamtenschaft. Diese Beamtenschaft, die in ihren Spitzen im Vormärz manchmal auch den fortschrittlichen und segensreichen Vorschlägen der ständischen Landtage⁵⁷ kein großes Verständnis entgegenbrachte, schien daher kein allzu großes Wohlwollen für eine nicht partikularistische Länderautonomie zu bieten. Äußerst problematisch war der schwierige Modus der Abänderung der Landesordnungen, die sowohl nationalen als auch sozialen Opponenten reformbedürftig erschienen und im Laufe der Zeit immer reformbedürftiger werden mußten. Wenn man auch vieles aus den Landesordnungen als wirklich oder vermeintlich überholt ausschaltete, so griff man zuletzt bei der Festsetzung der Kautelen gegen die Bündeleien der Landtage doch fast zu den Sicherungen des alten Absolutismus gegen ständische Konföderationen der Landstände des 16. und besonders des 17. Jahrhunderts.

Das Oktoberdiplom, von den Deutschliberalen, also von dem wahlberechtigten Bürgertum, als unangenehmes Symbol der Adelherrschaft empfunden, wurde von den Tschechen erst allmählich positiv aufgenommen⁵⁸. Die Tschechen waren im verstärkten Reichsrat gar nicht vertreten gewesen und beharrten überwiegend auf ihrem liberalen bürgerlich-nationalen Standpunkt, den sie bereits 1848 eingenommen hatten und hegten gewisse Sympathien für die liberale Minderheit des verstärkten Reichsrates, da ja auch die adelig-konservative Mehrheit ihren nationalen Belangen kein aktives Verständnis entgegenbrachte. Erst nach dem Oktoberdiplom, das eine neue Situation brachte, kam es um die Jahreswende 1860/61 zu einem langsamen Umschwung. Die Vertreter der rechtsliberalen, tschechischen Mehrheit von 1848, besonders František Ladislav Rieger, kamen mit dem Führer des konservativen staatsrechtlichen Adels, Graf Heinrich J. Clam-Martinić, zu einem Übereinkommen. Die tschechische nationale und liberale Partei, neben der die Reste der Radikalen von 1848/49 weder quantitativ noch qualitativ her-

⁵⁷ Zu erwähnen wären die Bestrebungen der böhmischen Stände, eine Landeshypothekenbank zu errichten und das die armen Schichten schädigende Lottospiel abzuschaffen. So K ü b e c k, Max Frh. von: Metternich und Kübeck. Ein Briefwechsel. Wien 1910, S. 29.

⁵⁸ K a z b u n d a, Karel: Národní program český roku 1860 a zápas o politický list [Das tschechische Nationalprogramm im Jahre 1860 und die Auseinandersetzung um eine politische Tageszeitung]. ČCH 33 (1927) 473—547.

vortraten, übernahmen das staatsrechtliche Programm des Adels, während die Adelsfraktion die Verteidigung der nationalen, insbesondere der sprachlichen Forderungen versprach. Freilich blieb dabei ein nicht unbedeutender Unterschied in der Einstellung beider Partner bestehen, und zwar nicht nur zu sozialen und staatspolitischen Fragen.

Trotz dieser politischen Verbindung verhielten sich die Tschechen zur Februarverfassung und Schmerlings Politik anfangs viel gemäßiger als die Adelsfraktion, da sie große Hoffnungen auf dessen liberale Gesinnung hegten⁵⁹. So traten sie sowohl in den böhmischen als auch mährischen Landtag ein und protestierten lediglich gegen die für sie ungünstige Wahlordnung⁶⁰. Die mährischen Tschechen sprachen sich diesmal, im Gegensatz zum Jahre 1848, für die staatsrechtliche Einigung der drei Länder der böhmischen Krone aus, obwohl sich ihre staatsrechtliche programmatische Gesinnung an Intensität erst in den späten siebziger Jahren der tschechisch-böhmischen nähern konnte. Die konservativ-staatsrechtlichen adeligen Abgeordneten des Großgrundbesitzes verwahrten sich sowohl in Prag als auch in Brünn gegen die Mißachtung der Rechte und Privilegien Böhmens und Mährens durch die Verfassungsgesetze vom 26. Februar 1861 sowie gegen die Unterbrechung der juristischen Landeskontinuität, indem sie sich als „Depositäre und Verteidiger“ der Rechte des Landes erklärten⁶¹.

In dieser Richtung lag auch der Antrag des Erzbischofs von Prag, des Kardinals Fürst Schwarzenberg, vom 11. April 1861, eine Deputation zum Kaiser zu senden mit der Bitte, sich zum König von Böhmen krönen zu lassen. Dieser Antrag wurde einstimmig (also auch von den Deutschliberalen!) angenommen und der Kaiser versprach am 13. April 1861, sich krönen zu lassen⁶². Die Wiener Regierung war mit Ausnahme Schmerlings für die Krönung, in der sie staatsrechtlich lediglich die eidliche Bestätigung der Landesordnung vom 26. Februar 1861 sah. Da sich jedoch in dieser Zeit der Widerstand der Ungarn gegen die Februarverfassung regte, der im Landtag bis zur absoluten Negation ging und sich auch in der Nichtbeschickung des Reichsrates äußerte, wollte sich der Kaiser nicht nur zum böhmischen, sondern zugleich auch zum ungarischen König krönen lassen.

Das Auseinandergehen der nationalen Parteien äußerte sich erst bei der Wahl der Abgeordneten in den Reichsrat. Die Tschechen entschieden sich

⁵⁹ Tobolka: Dějiny II, 58.

⁶⁰ Tobolka: Dějiny II, 59f.; dazu besonders F. Palackýs Rede vom 29. Januar 1863 über die Notwendigkeit der Revision der Landtagswahlordnung. Text: Rieger: Palackého spisy I, 154—170.

⁶¹ Text der böhmischen Erklärung vom 5. April 1861: Zeithammer, Anton Ottokar: Zur Geschichte des böhmischen Ausgleichsversuches (1865—1871). I. Teil: von Belcredi bis Hohenwart. Prag 1912, S. 101—102; Srb: Dějiny 11—12.

⁶² Kazbunda, Karel: Otázka české korunovace r. 1861 [Die Frage der böhmischen Krönung im Jahre 1861]. ČCH 33 (1927) 60—116; Kolmer, Gustav: Parlament und Verfassung in Österreich. Bd. 1. 1848—1869. Wien 1902, S. 55; Tobolka: Dějiny II, 60—61.

mit Schwanken und Unlust zur Wahl, die ihnen nur eine schwache Vertretung in Wien versprach⁶³. So formte sich im Wiener Reichsrat, in den neben den Ungarn auch die Kroaten und Venetianer nicht eintraten, die Mehrheit der sogenannten Verfassungspartei, die auch von den Ruthenen und einem Teile der Italiener unterstützt wurde. Dagegen schlossen sich die Tschechen mit anderen Föderalisten, Polen, Slowenen und deutschen Vertretern der alpenländischen Landgemeinden zur sogenannten Rechten zusammen⁶⁴. Die Enttäuschung der Tschechen über die Mehrheitsverhältnisse und die wenig liberale Haltung der Regierung, deren großdeutsche Politik innerhalb des Deutschen Bundes ihnen wenig zusagte, ließ sie den Reichsrat im März 1863 verlassen. Dieser folgenschwere Entschluß zu einer sechzehn Jahre langen, bis 1879 dauernden Abstinenz wurde mit einer kleinen Stimmenmehrheit^{64a} erreicht, von den mährischen Tschechen nicht immer befolgt und von den anderen Föderalisten nur ab und zu nachgeahmt. Die parlamentarische Abstinenz wurde mit feierlichen schriftlichen Erklärungen am Anfang der Reichsrats-Session begründet und sie wurde zeitweise auch im Landtag gehandhabt.

Das Formen der böhmischen staatsrechtlichen Doktrin in den Jahren 1860—1865. Die ideologischen Voraussetzungen für den Sieg des staatsrechtlichen Programms waren noch Anfang 1860 nicht vorhanden⁶⁵. Rieger selbst blieb in der im März 1860 veröffentlichten Broschüre „Les Slaves d'Autriche et les Hongrois“ dem Adel gegenüber sehr zurückhaltend und stellte sich eher auf einen liberal-nationalen, als auf einen konservativ-staatsrechtlichen Standpunkt. Erst nach der Veröffentlichung des Oktoberdiploms wandte sich Rieger dem staatsrechtlichen Programm zu, in seinen in den deutschen Zeitungen „Reichenberger Zeitung“ und „Prager Morgenpost“ im Oktober und November 1860 veröffentlichten Artikeln. Dabei versuchte er immer noch das alte tschechische Programm vom Jahre 1849 mit der Doktrin Eötvös' von den historisch-politischen Individualitäten zu vereinbaren. Rieger verlangte die Anerkennung der Zusammengehörigkeit aller

⁶³ Tobolka: Dějiny II, 61f. (von 54 böhmischen Abgeordneten wurden nur 20 Tschechen, von 22 mährischen nur 4, von 6 schlesischen keiner gewählt).

⁶⁴ Die Verfassungspartei umfaßte etwa 130 Abgeordnete (Deutschliberale, Ruthenen und einige Italiener). Die Rechte zählte etwa 70 Abgeordnete, neben Tschechen, Polen und Slowenen auch alpenländische Deutschkonservative, denen sich der Tiroler Adel zum großen Teile anschloß, sowie Kroaten und einige Italiener. Kolmer: Parlament I, 67—70.

^{64a} Bei der Entscheidung über die weitere Mitarbeit im Abgeordnetenhaus des Reichsrates stimmte eine beträchtliche Minderheit der tschechischen Abgeordneten aus Böhmen für eine weitere Mitarbeit im Reichsrat. Von dieser Minderheit legten fünf (Grünwald, Havelka, Zák, Tonner und Dvořák) ihre Mandate unmittelbar, einer (Bischof Jirsík) später nieder, während drei Abgeordnete fast ein Jahr lang eine organisierte Aktivität versuchten (Krása, Čupr, Vokoun) und einer sogar zu der liberalen Mehrheit überging (Sadil).

⁶⁵ Heidler, Jan: Příspěvky k listáři Dra. Frant. Lad. Riegra [Beiträge zur Briefsammlung von Dr. F. L. Rieger]. I. Teil: 1836—1871. Prag 1924, S. 123—145.

drei Länder der böhmischen Krone als einer historisch-politischen Individualität. Er stellte Böhmen Ungarn gleich, lehnte den Dualismus ab, indem er zugleich ökonomisch-politische und psychologische Elemente in seine historisch-politische Argumentation hineinbrachte. Beide Landesgruppen sind nach ihm gleich an Reichtum und Kultur, es bestehe jedoch ein wichtiger Unterschied: Der Tscheche sei mehr gebildet, während der Madjare mehr politisch gewandt sei. Die politischen Rechte sollten von der Steuerkraft abhängig sein. Die Rücksicht auf die Rechtskontinuität im Sinne der ständischen Forderungen wurde von Rieger weder durchdacht noch folgerichtig übernommen. Beide Landessprachen sollten gleichberechtigt werden. Die Landesregierung sollte dem Landtag verantwortlich sein. An der Spitze der Verwaltung der böhmischen Krone sollte der böhmische Hofkanzler stehen, der einerseits der Vorsitzende der Landesgruppenregierung und andererseits Mitglied des Reichsministeriums sein sollte. Der Hofkanzler hätte sowohl dem Herrscher als auch dem Landtag verantwortlich zu sein; sein Vertreter sollte der Statthalter sein⁶⁶.

Riegers Programm wurde in der ersten Nummer der lang angestrebten und endlich bewilligten tschechischen Zeitung „Národní listy“ abgeändert und ohne Nennung des Verfassers am 1. Januar 1861 abgedruckt⁶⁷. Es war sehr bezeichnend, daß die liberalen Forderungen (Pressefreiheit, Selbstverwaltung, Religionsfreiheit, wirtschaftliche Reformen) sehr breit ausgeführt wurden. Hervorgehoben wurden auch die nationalen, besonders sprachlichen und slawischen (Hilfe für die Slowaken gegen die Madjarisierung) Forderungen. Die historisch-staatsrechtlichen Punkte wurden dagegen ziemlich abgeschwächt aufgenommen. Es war offensichtlich, daß das historisch-staatsrechtliche Prinzip trotz des Abkommens mit dem Adel den tschechischen Liberalen noch nicht ganz behagte; daher wurde auch die Zusammenarbeit mit dem Adel im Programm nur zurückhaltend bejaht. Selbst Palacký stellte sich, den Zentralisierungsprozeß der Gegenwart hervorhebend, gegen separatistische oder weitgehend partikularistische praktische Folgerungen aus dem ungarischen oder etwa auch dem böhmischen Staatsrecht⁶⁸. Durch die Schrift von Peter Ritter von Chlumecký⁶⁹ angeregt suchte er den Mähren zu erklären, daß die Vereinigung der drei böhmischen Länder keineswegs die Aufhebung eines mährischen Landtages sowie einer mährischen Landesregierung bedeuten würde⁷⁰.

Verfassungszustand und Verfassungswirklichkeit in den Jahren 1865—1867. Der Widerstand Ungarns und Kroatiens gegen die Februarverfassung,

⁶⁶ Tobolka, Dějiny II, 36f.; Saupper, Philipp: Das österreichische Staatsproblem um die Mitte des 19. Jahrhunderts und Frh. v. Eötvös. Phil. Diss. Wien 1938, S. 22, 25 ff.

⁶⁷ Tobolka: Dějiny II, 34 f.

⁶⁸ Rieger: Palackého spisy I, 142—147.

⁶⁹ Chlumecký, Peter Ritter von: Darstellung der altständischen Verfassung des Markgrafentums Mähren. Brünn 1861.

⁷⁰ Rieger: Palackého spisy I, 122—127.

der durch die Bereitwilligkeit des reformierten Landtags von Siebenbürgen, ab 1863⁷¹ den breiteren Reichsrat zu beschicken, kaum ausgeglichen wurde, führte zur Demission Schmerlings und zur Berufung des Ministeriums des Grafen Richard von Belcredi. Dieser konservativ orientierte Beamte bewog den Kaiser zur Veröffentlichung des Manifestes vom 20. September 1865 RGBl. Nr. 88 und des Patentbeschlusses vom selben Tage, Nr. 89⁷². Das Patent erklärt die Notwendigkeit, den Weg der verfassungspolitischen Verständigung mit den legalen Vertretern der Länder der ungarischen Krone zu betreten und zu diesem Zwecke diesen das Oktoberdiplom und die Februarverfassung zur Annahme vorzulegen. Da, wie das Manifest sagt, es rechtlich unmöglich ist, dieselbe Bestimmung in einem Teile des Reiches zum Gegenstand der Verhandlung zu machen, während sie gleichzeitig in den anderen Teilen als allgemein bindendes Reichsgesetz behandelt wird, wurde die Wirksamkeit des Gesetzes über die Reichsvertretung mit dem Vorbehalt sistiert, die Ergebnisse der Verhandlungen mit dem ungarischen und dem kroatischen Landtag vor einer kaiserlichen EntschlieÙung den legalen Vertretern der anderen Kronländer vorzulegen, um ihren gleichgewichtigen Ausspruch zu vernehmen und zu würdigen. Weiter sollte die Regierung die unaufschiebbaren Maßregeln treffen und zwar besonders jene, welche das finanzielle und volkswirtschaftliche Interesse des Reiches erheischt.

Auf den ersten Blick scheint es, daß die beiden Sistierungsdokumente die Ergebnisse der Verhandlungen mit den Landtagen der ungarischen Krone den anderen, nichtungarischen Partnern (also Landtagen) zur rechtlichen Genehmigung vorlegen wollen, um dann deren gleichgewichtige Stellungnahmen rechtlich qualitativ gleichmäßig zu behandeln. Jedoch ist die Bedeutung der Worte „zu vernehmen und zu würdigen“ näher zu untersuchen. Der Monarch, der nun als verfassungsmäßiger König von Ungarn und Kroatien im Einvernehmen mit den beiden Landtagen handeln will, betrachtet den gleichgewichtigen Ausspruch der legalen Vertreter der nichtungarischen Länder, unter denen wir wohl die Landtage zu verstehen haben, höchstens als eine qualifizierte Mitwirkung, nicht jedoch als eine Zustimmung, die man vor der eigentlichen königlichen Sanktion vernehmen und würdigen muß. Die Stellungnahme der drei „böhmischen“ Landtage hatte daher keinen solchen qualitativen Wert, wie die Entscheidung des ungarischen Landtages. Infolgedessen wurde auch die ungarische Verfassung qualitativ — wohl nicht nur quantitativ — höher als die böhmische gewertet.

In dieser Zeit beschloß der böhmische Landtag, der am 23. November 1865 zusammen getreten war, eine Adresse an den Kaiser, die das Einvernehmen mit dem Inhalt des Septembermanifestes aussprach und den Kaiser bat, sich zum böhmischen König krönen zu lassen. Der Kaiser sprach darauf

⁷¹ Marczali, Heinrich: Ungarische Verfassungsgeschichte. Tübingen 1910, S. 160; Redlich: Staatsproblem II, 230—263, 304—307, 319—332, 359—361; Tobolka: Dějiny II, 88 ff.; Wierer: Föderalismus 74 f.

⁷² Text beider Schriftstücke: Bernatzik: Verfassungsgesetze 315—318; dazu Redlich: Staatsproblem II, 768; Tobolka: Dějiny II, 82 f.

am 29. Dezember 1865 dem böhmischen Oberstlandmarschall gegenüber die „Hoffnung“ aus, sich krönen zu lassen⁷³.

Praktisch freilich fiel der „gleichgewichtige Ausspruch“ noch viel schwächer in die Waagschale. Siebenbürgen wurde die alte Wahlordnung im Jahre 1865 aufoktroiyert und der auf Grund dieser Wahlordnung gewählte Landtag beschloß die Vereinigung des Landes mit Ungarn. Der vom ungarischen Reichstag gewählte Ausschuß von 67 Mitgliedern entwarf die neue Verfassung, die nach dem großen ungarischen Staatsmann Ferenc Deák zuerst dem österreichischen Reichsrat zur Verhandlung übergeben und erst dann als ungarisches Gesetz verfassungsmäßig verabschiedet und sanktioniert werden sollte. Jedoch siegte hier der Standpunkt des ab Februar 1867 neu ernannten ungarischen Ministerpräsidenten Graf Julius Andrassy, der das bereits ausgefertigte ungarische Ausgleichsgesetz⁷⁴ erst nachträglich von Österreich und Kroatien durch deren sog. Beitritt genehmigen ließ. Kein verfassungsmäßiger Körper der böhmischen Krone wurde direkt um seine Zustimmung angegangen.

Inzwischen (in der zweiten Julihälfte und im August 1866) versuchten die österreichischen Föderalisten der Regierung Belcredi ein gemeinsames staatspolitisches Programm zu bieten⁷⁵. In einer Versammlung von Tschechen, Polen und Kroaten entwarf Rieger ein Programm, das vor allem die Senkung der Steuerlasten verlangte, die durch Entlassung überzähliger Soldaten und Beamten ermöglicht werden sollte. Man ging vom Oktoberdiplom und von dem historischen Rechte aus und wollte das Prinzip der Autonomie und Selbstverwaltung durchführen. Dem Reiche sollten nur die Rechte zustehen, die zur Einheit und Machtstellung des Reiches nötig sind. In allen staatsrechtlichen Fragen sollte die Autonomie der staatsrechtlichen Ländergruppen im wesentlichen so sein, daß diese ihre Vertretung in den General- oder Kronlandtagen haben würden, während in den eigentlichen Belangen eines Landes die Autonomie des entsprechenden Landtages gelten sollte. Die Zentralisierung der gesetzgebenden und ausübenden Gewalt des Gesamtstaates sollte sich nur auf die vom Oktoberdiplom ausdrücklich genannten Angelegenheiten beschränken. Die nähere Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen den Generallandtagen und den Landtagen sollte im Einvernehmen mit den zuständigen Landtagen unter Vermittlung der Krone durchgeführt werden. Diesen Generallandtagen sollte im ganzen die Befugnis des ehemaligen engeren Reichsrates zufallen. Jede staatsrechtliche Landesgruppe sollte im Reichsministerium durch einen Hofkanzler, der ihr Staatsangehöriger sein und ihre Sprachen beherrschen müsse, vertreten sein. Der Hofkanzler sollte in seiner Person die Führung der Re-

⁷³ T o b o l k a : Dějiny II, 92 ff.

⁷⁴ Text des XII. Gesetzesartikels von 1867 über die zwischen den Ländern der ungarischen Krone und den übrigen unter der Regierung Sr. Majestät stehenden Ländern obwaltenden Verhältnisse von gemeinsamem Interesse und über den Modus ihrer Behandlung. B e r n a t z i k : Verfassungsgesetze 329—350.

⁷⁵ T o b o l k a : Dějiny II, 111 ff.

gierung seiner Ländergruppe vereinigen. Er sollte besonders im Lande im Einvernehmen mit dem Reichsministerium die Reichsangelegenheiten verwalten, die indirekt vom Reichsministerium verwaltet werden sollten; in Landesangelegenheiten sollte er im Einvernehmen mit dem Landtage vorgehen. Für jeden Hauptzweig seines Wirkungskreises sollte er einen Vizekanzler zur Seite haben.

Jede von den wohl fünf Landesgruppen sollte ihren höchsten Gerichtshof haben. Der Hofkanzler sollte dem Generallandtag gegenüber, an dessen Verhandlung er teilnehmen müsse, verantwortlich sein. In den einzelnen Ländern sollten Landesregierungen bzw. Landesministerien bestehen, die nach dem Vorschlag des Hofkanzlers zu organisieren wären und denen die unmittelbare Landesverwaltung und Ausführung der Landesgesetze zugehören sollten. Diese Landesregierungen wären dem Landtag gegenüber für die Ausführung dieser Gesetze verantwortlich. Um die Reichsangelegenheiten, die direkt dem Reichsministerium vorbehalten wurden, zu erledigen, sollte die Krone außer dem Militärkommandanten nach Vorschlag des Gesamtministeriums den Staathalter oder Landeshauptmann (mit einer notwendigen Zahl von Beamten) ernennen, der mit dem Reichsministerium durch die Vermittlung der Hofkanzlei verkehren würde und diesem auch verantwortlich wäre.

Das Prinzip der nationalen Gleichberechtigung sollte auf der ganzen Linie gelten: Die Durchführung der sprachlichen Gleichberechtigung in Schule und Behörde sollte die Aufgabe der Gesetzgebung einzelner Landtage sein. Jedem Volksstamm sollte die Möglichkeit der vollkommen freien Entwicklung seiner Nationalität gewährt werden. Die Steuern und die Militärfkraft sollten nach der Steuerkraft der Bevölkerung zwischen den einzelnen Ländern verteilt werden. Die indirekten Steuern sollten von der Reichsvertretung gleichmäßig für alle Länder bewilligt und zur Deckung der gemeinsamen Ausgaben und zur Verzinsung der Staatsschuld benützt werden. Über die direkten Steuern sollten die Landtage entscheiden, die, falls der Ertrag der indirekten Steuern nicht ausreichen sollte, zum Reichsschatz, mit ihrer Steuerkraft entsprechenden Quoten, beisteuern sollten. Die Verwaltung der Landesfinanzen und des Landeskredites sollte den Landesministerien oder Landesregierungen vorbehalten werden.

Die Reichsvertretung sollte ein aus Vertretungen der Kronländer oder der staatsrechtlichen Gruppen gebildeter Kongreß sein. Diese Vertretungen der staatsrechtlichen Gruppen müßten aus den zu diesem Zweck, im Sinne besonderer Statuten nach der Zahl der Bevölkerung, Steuerkraft und Größe einzelner Kronländer, gewählten Delegierten der einzelnen Landtage zusammengesetzt werden. Jede Gruppenvertretung sollte für sich eine Einheit bilden. Die Vertretungen wären untereinander gleich. Die Krone sollte sie jährlich zum Kongreß einberufen. Jeder Kongreß sollte aus jeweils neu-gewählten Vertretungen zusammengestellt werden. Diesen Vertretungen sollten alle Gesetzentwürfe vorgelegt werden, ohne Rücksicht darauf, ob sie vom Reichsministerium, von einzelnen Vertretungen oder von Landtagen

stammten. Die Vertretungen sollten die Entwürfe zuerst untereinander beraten, dann ihr Votum aussprechen und zu dessen Verteidigung den Berichterstatter für den Kongreßrat wählen. Käme es dann im Kongreßrat zu keiner Entscheidung, so sollte das von der Krone aus der Mitte des Rates ernannte Präsidium sämtliche sich unterscheidende Voten den Vertretungen zur neuen Beratung sowie zum Einreichen neuer Voten durch ihre Berichterstatter vorlegen. Die einzelnen Vertretungen dürften Sachverständige beiziehen, sich untereinander treffen, ja sogar untereinander Parlamentäre austauschen. Wenn nach der Vorlage der neuen Stellungnahmen im Kongreßrate kein Beschluß zustande kommen würde, hätte die Krone das Plenum aller Vertretungen einzuberufen, in dem es jedem Landesdelegierten erlaubt wäre, seine persönliche Meinung zu vertreten. Daraufhin würde man zur allgemeinen Abstimmung schreiten. Zum gültigen Beschluß wären drei Fünftel aller Stimmen erforderlich, andernfalls wäre der Antrag verworfen und in der betreffenden Angelegenheit würde der Status quo gelten. Die Kongreßbeschlüsse und die abgeschlossenen Verträge sollten die Sanktion des Herrschers erhalten, von den Ministern kontrasigniert und wie Reichsgesetze veröffentlicht werden.

Der praktische Ausgangspunkt der Vorschläge Riegers war der Wille, die Delegationen einzelner Kronländergruppen nach Möglichkeit als Einheiten abstimmen zu lassen. Um den Willen einer Kronländergruppe nicht in eine überstimmbare Minderheit zu setzen, setzt Rieger den einstimmigen Beschluß aller Delegationen als normales Abstimmungsergebnis voraus. Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ländergruppendelegationen sind nur durch sehr verwickelte Maßnahmen zu bewältigen. Letzten Endes kommt aber doch die normale parlamentähnliche Abstimmung, obzwar mit einer qualifizierten Mehrheit, zustande. Dieser Entwurf paart staatsrechtliche Elemente mit den Konsequenzen des Prinzips der Gleichberechtigung der Nationen. Hier ist der Einfluß der Ideen Palackýs von 1848/49 unverkennbar. Vom folgerichtigen staatsrechtlichen Gesichtspunkt aus gesehen, berücksichtigt Riegers Entwurf keinerlei Bindungen Ungarns und Kroatiens im Sinne des ungarischen Staatsrechtes.

Die Bestrebungen der Tschechen hatten jedoch keinen Erfolg. Die Tschechen wurden diesmal vom eigenen Adel nicht unterstützt und die Polen wollten nur Galiziens Autonomie erweitern, nicht jedoch — hauptsächlich aus steuerpolitischen Gründen — in ihren Postulaten weitergehen. So blieben den Tschechen als Verbündete die deutschen alpenländischen Föderalisten und die Slowenen in einer politisch schwachen Front übrig.

Die böhmische staatsrechtliche Doktrin in den Jahren 1865—1867. František Palacký veröffentlichte im April und Mai 1865 seine „Österreichische Staatsidee“⁷⁶, in der er dem staatsrechtlich-historischen Prinzip stark entgegenkommt, ohne sich aber mit ihm gänzlich zu identifizieren. Palacký

⁷⁶ Text: Rieger: Palackého spisy I, 211—267.

geht von der Polarität der Zentralisation der Welt sowie des Nationalitätenprinzips aus. Während die Zentralisation der Welt (-Gewalten) durch den technischen Fortschritt zur Bildung großer Staatswesen führt, führt das Prinzip der Nationalität zur Bildung von nationalen Staatswesen, die sich manchmal desintegrierend in der Staatenwelt der Gegenwart auswirkt⁷⁷. Diese beiden sich gegensätzlich auswirkenden Prinzipien sind eigentlich nicht miteinander zu vereinbaren. Für Palacký jedoch ist die Lösung dieses Gegensatzes nicht schwer zu finden: es ist der Föderalismus. Im konkreten Falle Österreichs verwirft Palacký den Zentralismus, der angeblich die Aufgabe einer ostwärtsgerichteten Verbreitung der deutschen Kultur hat und in Wirklichkeit nur die Germanisierung fördere. Der Zentralismus habe nur die schwache niedergehende Kraft der absolutistischen Bürokratie und teilweise der Armee hinter sich. Der Dualismus dagegen werde von einer viel stärkeren Macht gestützt, denn sowohl der ungarische, madjarisch orientierte Adel, als auch die ungarische Verfassung seien nicht zu unterschätzende Kräfte. Längerfristig gesehen sei der Dualismus jedoch nicht stark genug, um die slawisch-romanische Opposition zu überwinden, und zwar vor allem deshalb, weil die Madjaren ein isoliertes, geburtschwaches Volk seien⁷⁸.

So ist für Österreich, sowohl vom Gesichtspunkt der dynamischen Kräfte der Welt als auch vom Ausgangspunkt der Erwägung über die österreichischen Aussichten des Zentralismus und Dualismus, der Föderalismus die einzig geeignete Lösung: Dieses Urteil ist bei Palacký durch seine hohe Bewertung der nationalen Sprache bedingt. Er bezeichnet sich zwar noch immer als Anhänger des naturrechtlichen, nationalen Prinzips, hält jedoch seinen ethnisch-nationalen Verfassungsentwurf für Österreich vom Jahre 1849 nun für gänzlich undurchführbar. Palacký ist zwar noch immer nicht bereit, die feudal organisierten Stände als Vertreter der rechtlich-historischen Kontinuität anzuerkennen⁷⁹, lehnt aber die Theorie der Rechtsverwirkung der historischen Rechte Böhmens und Ungarns vom naturrechtlichen Standpunkt ab. Mehr oder weniger indirekt gezwungen, bekennt sich Palacký in der „Österreichischen Staatsidee“ zu den „historisch-politischen Individualitäten“⁸⁰. Nach ihm sollten die Kronländer in Gruppen vereinigt werden, wobei nicht unbedingt nach historisch-traditionellen Gesichtspunkten vorgegangen werden müsse. So ist sich Palacký selbst nicht ganz darüber schlüssig, wohin er die slowenischen Karstländer zuteilen und ob er Ungarn als Einheit mit Siebenbürgen vorschlagen soll. An die Spitze der Verwaltung der Kronländergruppen sollen Hofkanzler gestellt werden. Das Verhältnis der Zuständigkeit der Landtage zu der Befugnis der Generallandtage (Kronländergruppenlandtage) mit zwei Kammern ist nicht einmal

⁷⁷ Rieger: Palackého spisy I, 219 f.

⁷⁸ Rieger: Palackého spisy I, 223 f.

⁷⁹ Rieger: Palackého spisy I, 240.

⁸⁰ Rieger: Palackého spisy I, 249.

allgemein angedeutet⁸¹. Das Zentralparlament sollte nur aus Delegierten der Landtage bestehen, die eine Kammer bilden und von den Landtagen noch mehr abhängig sein sollten als der Reichsrat der Februarverfassung. Die Landtage sollten im Geiste des Oktoberdiploms den größten Anteil an der Gesetzgebung bekommen. Bei der Abgrenzung der Zuständigkeiten sollte man die Teilung einzelner Angelegenheiten zwischen Landtag und Reichsrat vermeiden.

Für die innere Struktur befürwortet Palacký das Muster der alten ungarischen Verfassung ohne ihre mißbräuchlichen Auswüchse⁸². Er sieht besonders in dem Institut der Behörden- und Komitatsverhandlungen, die auf dem Prinzip der Wahl aufgebaut sind, ein richtiges Palladium der autonomen Ordnung. Palacký will die typisch österreichischen breiten Befugnisse der Bürokratie beseitigen. Zweifellos hat František Palacký manchen Gegenstand wenig klar abgegrenzt, wie z. B. den Sprachgebrauch im Reichsparlament, der bei dem Vorhandensein mehrerer gleichberechtigter Sprachen eigentlich nach seinen Prinzipien nicht zu lösen wäre⁸³. Freilich ist dieser Mangel ebenso wie das etwas verklausulierte Bekenntnis zum böhmischen historischen Staatsrecht eine Folge seiner zum Pessimismus neigenden Grundeinstellung, die eher vor dem kommenden Dualismus warnt als den Föderalismus vielseitig genug befürwortet. Palacký sagt voraus, daß der Tag, an dem der Dualismus proklamiert wird, naturnotwendig der Geburtstag des Panslawismus sein wird: „Wir waren vor Österreich da, wir werden auch nach ihm sein“⁸⁴.

Verfassungszustand und Verfassungswirklichkeit in den Jahren 1867—1870. Das Ministerium Belcredi stürzte nach dem Kriege vom Jahre 1866, weil es den faktisch abgeschlossenen ungarischen Ausgleich einem außerordentlichen Reichsrat der nichtungarischen Länder vorlegen wollte. Die Ereignisse von 1866 riefen beim Kaiser einen starken Zug zur Resignation hervor. Er wollte den nun seiner Meinung nach unvermeidlichen Dualismus relativ bald genehmigen lassen und selbst sanktionieren. So wurde am 18. Februar 1867 das ungarische Ministerium ernannt und am 8. Juni 1867 Franz Joseph zum ungarischen König gekrönt⁸⁵.

Das Verhältnis zwischen den Ländern der ungarischen Krone und den „im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern“ (wie der offizielle Titel lautete) oder den zisleithanischen Ländern (wie man diese inoffiziell nannte) wurde durch den umfangreichen ungarischen Gesetzesartikel XII

⁸¹ Rieger: Palackého spisy I, 256.

⁸² Rieger: Palackého spisy I, 254 f.

⁸³ Wierer: Föderalismus 77 f.

⁸⁴ Text: Rieger: Palackého spisy I, 266.

⁸⁵ Über die rechtliche Seite der Krönung: Bernatzik: Verfassungsgesetze 319—327. — Über die Krönung selbst: Corti, Egon Caesar Conte: Mensch und Herrscher. Wege und Schicksale Kaiser Franz Josef I. zwischen Thronbesteigung und Berliner Kongreß. Graz-Wien 1952, S. 393—396.

von 1867⁸⁶ sowie durch das Gesetz vom 21. Dezember 1867 RGBl Nr. 146, das materiell eine ungenaue, gekürzte, ja mancherorts fehlerhafte Wiedergabe aus dem ungarischen Gesetz bietet, geregelt. Das zisleithanische Gesetz erklärt als gemeinsam (§ 1): Die auswärtigen Angelegenheiten — wobei jedoch die Genehmigung der internationalen Verträge, insoweit eine solche verfassungsmäßig notwendig ist, den Vertretungskörpern beider Reichshälften vorbehalten bleibt —, das Kriegswesen einschließlich der Kriegsmarine, jedoch mit Ausschluß der Rekrutenbewilligung und der Gesetzgebung über die Art und Weise der Erfüllung der Wehrpflicht, der Verfügungen hinsichtlich der Truppenverteilung und Verpflegung, ferner die Regelung der bürgerlichen Verhältnisse und der sich nicht auf den Militärdienst beziehenden Rechte und Verpflichtungen der Angehörigen des Heeres und schließlich das Finanzwesen bezüglich der gemeinschaftlich zu bestreitenden Auslagen, insbesondere die Festsetzung des jährlichen Haushaltes und die Prüfung der hierauf bezüglichen Rechnungen. Dieser gesamte Zuständigkeitssektor wurde „pragmatische“ gemeinsame Angelegenheiten genannt.

Weiter sollten folgende Belange (§ 2) zwar nicht gemeinsam verwaltet, aber nach gleichen, von Zeit zu Zeit zu vereinbarenden Grundsätzen behandelt werden — sog. dualistische gemeinsame Angelegenheiten: Die kommerziellen Angelegenheiten — speziell die Zollgesetzgebung —, die Gesetzgebung über die mit der industriellen Produktion in enger Verbindung stehenden indirekten Abgaben, die Feststellung des Münzwesens und des Geldfußes, Verfügungen bzgl. jener Eisenbahnlinsen, die das Interesse beider Reichshälften berühren und die Feststellung des Wehrsystems. Die Kosten der gemeinsamen Angelegenheiten sind von den beiden Reichshälften nach einem Verhältnis zu tragen, welches durch ein vom Kaiser zu sanktionierendes Übereinkommen der beiderseitigen Vertretungen von Zeit zu Zeit festgesetzt wird. Sollte zwischen beiden Vertretungen kein Übereinkommen erzielt werden, so bestimmt der Kaiser dieses Verhältnis, jedoch nur für die Dauer eines Jahres. Die Vereinbarung über das Beitragsverhältnis zu den Kosten der gemeinsamen Angelegenheiten kommt in der Weise zustande, daß beide Vertretungskörper aus ihrer Mitte eine gleich zahlreiche Deputation wählen, welche sodann einen Vorschlag für die Vertretungskörper auszuarbeiten habe.

Die Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheiten wurde durch ein gemeinsames verantwortliches Ministerium besorgt, welchem jedoch ausdrücklich nicht gestattet wurde, neben den gemeinsamen Angelegenheiten auch

⁸⁶ Text: Bernatzik: Verfassungsgesetze 439—451; Ulbrich, Josef: Die rechtliche Natur der österreichisch-ungarischen Monarchie. Prag 1879; Žolger, Ivan: Der staatsrechtliche Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn. Leipzig 1911; Kunz, Josef L.: Die Staatenverbindungen. Stuttgart 1929, S. 410—413; Fiedler, František: Dualismus rakousko-uherský z roku 1867 [Der österreichisch-ungarische Dualismus vom Jahre 1867]. In: Česká politika. Hrsg. von Tobolka Zdeněk. Bd. 2. Teil 1. Prag 1907, S. 135—269; Wierer: Föderalismus 81—86.

die besonderen Regierungsgeschäfte einer der beiden Reichshälften zu führen. Die Anordnungen bzgl. der Leitung und inneren Organisation der gesamten Armee stehen ausschließlich dem Kaiser zu (§ 5). Das den Vertretungskörpern beider Reichshälften zustehende Gesetzgebungsrecht wurde durch zu entsendende Delegationen ausgeübt. Die Delegation des zisleithanischen Reichsrates zählte 60 Mitglieder, wovon ein Drittel vom Plenum des Herrenhauses und zwei Drittel vom Abgeordnetenhaus in der Weise gewählt wurden, daß die Abgeordneten aus den einzelnen Landtagen nach einem festen Verteilungsmodus Delegierte aus ihrem Gremium bestimmten (z. B. Böhmen 10, Mähren 4, Schlesien 1, §§ 7, 8). Die beiden Delegationen der Vertretungen jeder Reichshälfte sollten selbständig tagen (§ 19), nur schriftlich miteinander verkehren und lediglich ausnahmsweise (nach dreimaligem erfolglosen Schriftenwechsel) gemeinsam abstimmen (§ 31). Man kam den ungarischen Forderungen soweit entgegen, daß man neben dem gemeinsamen Heer für die beiden Reichshälften noch besondere Landwehren schuf. Dafür übernahm Ungarn einen Teil der Zinsenlast der österreichischen Staatsschuld (Gesetz vom 24. Dezember 1867 RGBl. Nr. 3 ex 1868⁸⁷). Auf Grund der Bestimmungen über die dualistischen Angelegenheiten wurde jeweils für zehn Jahre ein Zoll- und Handelsbündnis abgeschlossen.

Der ungarische Gesetzesartikel XII/1867 enthält gegenüber dem Gesetz Nr. 146/1867 sehr bedeutsame materiell unterschiedliche Vorschriften. Er spricht von zwei Staaten, zwei Subjekten des Völkerrechtes, die gemeinsame Institutionen besitzen; manchmal spricht er sogar vom ungarischen Heer (§ 12). Weiter wäre zu erwähnen, daß das ungarische Gesetz (§ 10) den Delegationen nur rein formelle Gesetzgebungs-Befugnisse für die Festsetzung des Etats gewährt, von anderen zahlreichen Unterschieden gar nicht zu sprechen. Die österreichische Auffassung wurde auch vom a. h. Handschreiben vom 14. November 1868⁸⁸, das den abwechselnden Gebrauch der Benennungen „österreichisch-ungarische Monarchie“ und „österreichisch-ungarisches Reich“ einführt, übernommen. Charakteristischerweise wurde dieses Handschreiben aber weder offiziell veröffentlicht noch den Parlamenten vorgelegt.

Der direkte und formelle Dualismus widersprach vollständig dem alten böhmischen Staatsrecht. Denn nun wurden die Länder der böhmischen Krone nach der Terminologie der ungarischen Verfassungsgesetze Teile des Sammelbegriffes, „übrige Länder seiner Majestät“ genannt, denen nun auch nach der Darstellung des ungarischen Gesetzes die konstitutionelle Regierungsweise — im Gegensatz zur bisherigen langdauernden Periode des Absolutismus — ähnlich wie den Ländern der ungarischen Krone zuteil werden sollte. Die österreichische gesetzliche Terminologie wirkte auf die psychologische Empfindlichkeit der Anhänger des böhmischen Staatsrechtes kaum weniger unsympathisch; denn die „Vermengung Böhmens unter der

⁸⁷ Text: Bernatzik: Verfassungsgesetze 529—535.

⁸⁸ Text: Bernatzik: Verfassungsgesetze 52—53.

Masse der zisleithanischen Kronländer“, wie die radikalen Staatsrechtler die Einfügung der böhmischen Länder unter die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder vereinfacht darstellten, wirkte psychologisch abwertend. Wenn wir nun die Zuständigkeit der gemeinsamen Organe mit dem vergleichen, was von den alten böhmischen Verfassungsvorschriften und Gepflogenheiten vorgeschrieben wurde, sehen wir, daß die Regelung des Dualismus der böhmischen Verfassungswirklichkeit in ihrer späteren Phase praktisch relativ wenig widersprach. Die auswärtigen Angelegenheiten gehörten in den Bereich der freien Entscheidung des böhmischen Königs. Freilich wurden die Verträge, die der König abschloß, nur dann der Genehmigung des Landtages unterworfen, wenn daraus militärische oder beträchtliche finanzielle Lasten entstehen konnten. Das Genehmigungsrecht des Reichsrates war dem böhmischen Staatsrecht entgegengesetzt. Das Militärwesen gehörte seit langem ebenfalls in den freien Bereich der Macht des Königs⁸⁹. Die Einteilung der Ausgaben des Königs gehörte ebenfalls in dessen freien Bereich. Die sog. dualistischen Angelegenheiten befanden sich z. T. ebenfalls bereits im absolutistischen Bereich des Herrschers: so die Zollgesetzgebung, der neuzeitliche Bereich der industriellen Urproduktion und das Eisenbahnwesen. Die indirekten Abgaben wurden vom Absolutismus ohne Zustimmung der Stände inkammeriert. Dagegen war die Feststellung des Münzwesens und des Geldfußes ein altes Postulat der Stände, das vom König berücksichtigt wurde.

In Zisleithanien ging der Kaiser nun zum stark liberalen Konstitutionalismus über, dessen erster rechtlicher Ausdruck das Gesetz vom 25. Juli 1867 RGBl. Nr. 101⁹⁰ über die Verantwortlichkeit der Minister war. Später wurde die Dezemberverfassung verabschiedet. Dazu gehörten die Staatsgrundgesetze vom 21. Dezember 1867 RGBl. Nr. 141—146⁹¹ über die Reichsvertretung, die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, das Reichsgericht, die richterliche Gewalt, die Ausübung der Regierungs- und Vollzugsgewalt sowie das besprochene Gesetz über die gemeinsamen Angelegenheiten.

Die Dezemberverfassung hatte im Gegensatz zur Februarverfassung einen mehr föderalistischen Charakter. Die Zusammensetzung beider Häuser des Reichsrates blieb bestehen, ebenso wie die indirekte Wahl der Abgeordneten nach den Kurien und Wahlgruppen. Die Gesamtzahl der Mitglieder des Reichsrates betrug nun 203. Gegenüber dem Februarpatent bekam das Abgeordnetenhaus das Recht, sein Präsidium zu wählen, und den Abgeordneten wurde die Immunität gewährt. Nach § 11 des Staatsgrundgesetzes über

⁸⁹ Kapras: Přehled 199 ff.

⁹⁰ Text: Bernatzik: Verfassungsgesetze 371—378.

⁹¹ Text: Bernatzik: Verfassungsgesetze 390—451; dazu: Jellinek, Georg: Die Lehre von den Staatenverbindungen. Wien 1882, S. 76 ff.; Kunz: Staatenverbindungen 212 ff.; Vavřínek, František: Výklad dnešního zřízení království a země na radě říšské zastoupených [Die Darlegung der heutigen Verfassung der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder]. In: Politika. Hrsg. von T o b o l k a. Bd. 2. Prag 1907, S. 451—722.

die Reichsvertretung Nr. 141/1867 umfaßte der Wirkungskreis des Reichsrates alle Angelegenheiten, welche sich auf Rechte, Pflichten und Interessen beziehen, die allen Kronländern gemeinsam sind, insofern dieselben nicht infolge der Vereinbarung mit den Ländern der ungarischen Krone zwischen diesen und den übrigen Ländern nicht gemeinsam zu behandeln sein sollten. Es gehörte daher zum Wirkungskreis des Reichsrates:

- a) Die Prüfung und Genehmigung der Handelsverträge und jener Staatsverträge, die das Reich oder Teile desselben belasten, oder einzelne Bürger verpflichten, oder eine Gebietsänderung der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder zur Folge haben.
- b) Alle Angelegenheiten, welche sich auf die Art und Weise sowie auf die Ordnung und Dauer der Militärflicht beziehen und insbesondere die jährliche Bewilligung der Anzahl der auszuhebenden Mannschaft und die allgemeinen Bestimmungen in Bezug auf Vorspannleistung, Verpflegung und Einquartierung des Heeres.
- c) Die Feststellung der Vorschläge des Staatshaushaltes und insbesondere die jährliche Bewilligung der einzuhebenden Steuern, Abgaben und Gefälle; die Prüfung der Staatsrechnungsabschlüsse und Resultate der Finanzgebarung, die Erteilung des Absolutariums; die Aufnahme neuer Anleihen, Konvertierung der bestehenden Staatsschulden; die Veräußerung, Umwandlung und Belastung des unbeweglichen Staatsvermögens, die Gesetzgebung über Monopole und Regalien und überhaupt alle Finanzangelegenheiten, welche den im Reichsrate vertretenen Kronländern gemeinsam sind.
- d) Die Regelung des Geld-, Münz- und Zettelbankwesens, der Zoll- und Handelsangelegenheiten sowie des Telegraphen-, Post-, Eisenbahn-, Schifffahrts- und sonstigen Reichskommunikationswesens.
- e) Die Kredit-, Bank-, Privilegien- und Gewerbegesetzgebung mit Ausschluß der Gesetzgebung über die Propinationsrechte, dann die Gesetzgebung über Maß und Gewicht, über Marken- und Musterschutz.
- f) Die Medizinalgesetzgebung sowie die Gesetzgebung zum Schutze gegen Epidemien und Viehseuchen.
- g) Die Gesetzgebung über Staatsbürger- und Heimatsrecht, über Fremdenpolizei und Paßwesen sowie über Volkszählung.
- h) Regelung der konfessionellen Angelegenheiten, des Vereins- und Versammlungsrechtes, des Pressewesens und des Schutzes des geistigen Eigentums.
- i) Die Feststellung der Grundsätze des Unterrichtswesens bzgl. der Volksschulen und Gymnasien sowie die Gesetzgebung über die Universitäten.
- k) Die Strafjustiz- und Polizeistraf- sowie die Zivilrechtsgebung mit Ausschluß der Gesetzgebung über die innere Einrichtung der öffentlichen Bücher und über solche Gegenstände, welche auf Grund der Landesordnungen und dieses Grundgesetzes in den Wirkungskreis der Landtage gehören, ferner die Gesetzgebung über Handels- und Wechselrecht, See-, Berg- und Lehensrecht.

- l) Die Gesetzgebung über die Grundzüge der Organisierung der Gerichts- und Verwaltungsbehörden.
- m) Die zur Durchführung der Staatsgrundgesetze über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, über das Reichsgericht, über die richterliche Regierungs- und Vollzugsgewalt zu erlassenden und dort berufenen Gesetze.
- n) Die Gesetzgebung über jene Gegenstände, welche sich auf Pflichten und Verhältnisse der einzelnen Länder untereinander beziehen.
- o) Die Gesetzgebung betreffend die Form der Behandlung der durch die Vereinbarung mit den zur ungarischen Krone gehörigen Ländern als gemeinsam festgestellten Angelegenheiten.

Alle übrigen Gegenstände der Gesetzgebung, die in dem Grundgesetz über die Reichsvertretung dem Reichsrat nicht ausdrücklich vorbehalten sind, gehören in den Wirkungskreis der Landtage (§ 12). So wurde im ganzen die Kompetenz der Landtage erweitert, während die Kompetenz des Reichsrates im allgemeinen etwas verringert wurde. Weiter ermächtigte der § 14 des Grundgesetzes Nr. 141/1867 die Regierung, zu einer Zeit, in der der Reichsrat nicht versammelt ist, kaiserliche Verordnungen mit provisorischer Gesetzeskraft zu erlassen, die jedoch im Gegensatz zu den Verordnungen gemäß § 13 der Februarverfassung bestimmte Gegenstände nicht regeln durften und die der Genehmigung des nächsten zusammentretenden Reichsrates bedurften. Die Änderung der Staatsgrundgesetze bedurfte einer qualifizierten Mehrheit von zwei Drittel der Stimmen im Reichsrat (§ 15). Das Staatsgrundgesetz Nr. 142/1867 verstärkte die früheren verfassungsrechtlichen Garantien der nationalen Gleichberechtigung durch die Vorschriften des Art. 19: Alle Volksstämme des Staates sind gleichberechtigt und jeder Volksstamm hat ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache. Die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen in Schule, Amt und öffentlichem Leben wird vom Staate anerkannt. In den Ländern, in welchen mehrere Volksstämme wohnen, sollen die öffentlichen Unterrichtsanstalten derart eingerichtet sein, daß ohne Anwendung eines Zwanges zur Erlernung einer zweiten Landessprache jeder dieser Volksstämme die erforderlichen Mittel zur Ausbildung in seiner Sprache erhält⁹².

Die Entscheidung über Kompetenzkonflikte zwischen den Landesvertretungen und den Regierungsbehörden in administrativen Angelegenheiten, ferner zwischen den Organen verschiedener Kronländer fiel nach dem Staatsgrundgesetz Nr. 143/1867 dem Reichsgericht zu, das auch über die Ansprü-

⁹² Hugelmann, Karl G.: Das Nationalitätenrecht nach der Verfassung von 1867. Der Kampf um ihre Geltung, Auslegung und Fortbildung. In: Das Nationalitätenrecht des alten Österreich. Wien-Leipzig 1934, S. 79—96; Frind, Wenzel: Das sprachliche und sprachlich-nationale Recht. Wien 1899, S. 198—209; Steinacker, Wolfgang: Der Begriff der Volkszugehörigkeit und die Praxis der Volkszugehörigkeitsbestimmung im alten österreichischen Nationalitätenrecht. Innsbruck 1932, S. 2 ff.

che der Gemeinden und Körperschaften einem Land oder der Gesamtheit der Kronländer gegenüber — wenn diese Ansprüche zur Austragung auf ordentlichem Rechtswege nicht geeignet waren — sowie über Beschwerden der Staatsbürger wegen Verletzung ihrer durch die Verfassung gewährleisteten Rechte — nachdem die Angelegenheit im gesetzlich vorgeschriebenen administrativen Wege ausgetragen worden ist — endgültig zu entscheiden hatte. Die Mitglieder dieses Reichsgerichtes sollten über Vorschlag der beiden Häuser des Reichsrates vom Kaiser ernannt werden, der Vorsitzende und dessen Vertreter wurden vom Kaiser frei ernannt.

Das Staatsgrundgesetz Nr. 144/1867 über die richterliche Gewalt verspricht neben dem bereits lange bestehenden obersten Gerichts- und Kassationshof (Art. 12) die Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes durch ein besonderes Gesetz (Art. 15). Diese Linie tritt noch mehr im Staatsgrundgesetz Nr. 145/1867 über die Ausübung der Regierungs- und der Vollzugsgewalt hervor. Der Kaiser sollte beim Antritt der Regierung in Gegenwart beider Häuser des Reichsrates das eidliche Gelöbnis ablegen: „Die Grundgesetze der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder unverbrüchlich zu halten und in Übereinstimmung mit denselben und den allgemeinen Gesetzen zu regieren“ (Art. 8).

In demselben Sinne sind die Minister für die Verfassungs- und Gesetzmäßigkeit der in die Sphäre ihrer Amtswirksamkeit fallenden Regierungsakte verantwortlich (Art. 9, Abs. 1). Die Kundmachung der Gesetze erfolgte im Namen des Kaisers mit Berufung auf die Zustimmung der verfassungsmäßigen Vertretungskörper und unter Mitfertigung eines verantwortlichen Ministers (Art. 10). Weiter waren sämtliche Staatsdiener innerhalb ihres amtlichen Wirkungskreises für die Beachtung der Staatsgrundgesetze sowie für die den Reichs- und Landesgesetzen entsprechende Geschäftsführung verantwortlich (Art. 12, Abs. 1). Endlich haben alle Organe der Staatsverwaltung in ihrem Diensteide auch die unverbrüchliche Beachtung der Staatsgesetze zu beschwören.

Trotz mancher bedeutender Zugeständnisse, die die verfassungstreue Mehrheit des Reichsrates den gemäßigten Autonomisten in der Schlußredaktion der Entwürfe der Staatsgrundgesetze machte, war der Grundzug der Dezemberverfassung zentralistisch und dieser Zug wurde durch die formelle Betonung der Staatseinheit verstärkt. Die Unterschiede oder vielmehr Gegensätze zu der alten böhmischen Verfassung wurden gegenüber der Februarverfassung mehr unterstrichen als materiell vergrößert⁹³.

Wenn wir nun das Staatsgrundgesetz Nr. 141/1867 mit seiner Zuständigkeitsumschreibung betrachten, sehen wir vor allem, daß ein nichtböhmischer gesetzgebender Körper formell die Kompetenz der Landtage der böhmischen Länder umschrieb, während diese Landtage selbst dabei gar nicht befragt

⁹³ Dies war deshalb der Fall, weil trotz der föderalistischen Zugeständnisse an die Zuständigkeit der Landtage die Dezemberverfassung die Zahl der zentralen Behörden und Gerichtshöfe vergrößerte.

wurden. In materieller Hinsicht wurde bei der Prüfung und Genehmigung der Staatsverträge die Befugnis der böhmischen Landtage übergangen, obwohl nach dem Privilegium König Wladislaws II. vom 12. November 1499⁹⁴ die Zustimmung des böhmischen Landtages zum Verkauf des unbeweglichen Vermögens und zur Abtretung von Gebieten der böhmischen Krone notwendig war. Ähnlich wäre die Zustimmung des betreffenden Landtages besonders bei der Belastung der böhmischen Teile des Reiches notwendig. Während man von der Regelung der Militärflicht nur das wiederholen könnte, was über den Gegensatz dieser Bestimmungen in der Februarverfassung zum böhmischen Recht gesagt wurde, kann man für die Haushaltsbestimmungen nur das früher über den Gegensatz zu dem bis in die Vormärzzeit geltenden jährlichen Bewilligungsrecht der böhmischen Landtage Gesagte wiederholen und auf die Umgehung des Steuerbewilligungsrechtes dieser Landtage durch die Einführung von indirekten Steuern hinweisen. Ebenso widersprach das Zuteilen der Kompetenz über das Münzwesen dem alten böhmischen Recht. Dasselbe kann man über die Zuweisung der Bank- und Gewerbegesetzgebung sowie besonders über die Gesetzgebung für Maße und Gewichte an den Reichsrat sagen, da diese auch den alten böhmischen Maß- und Gewichtsnormen widersprachen. Die Medizinalgesetzgebung war ein relativ moderner Zweig der Gesetzgebung, in der die Kompetenz des Reichsrates gegenüber den alten Normen kaum auffiel. Dagegen widersprach die Zuteilung der Gesetzgebung über Staatsbürger- und Heimatrecht den alten böhmischen Vorschriften, besonders über die Staatsangehörigkeit der höheren Stände (Inkolat). Das Inkolat verlieh früher der Landtag und seit 1627 der König für die einzelnen Kronländer, jedoch mit Gültigkeit für die gesamte Krone⁹⁵.

Die Zuordnung der konfessionellen Angelegenheiten sowie der Grundsätze für das Unterrichtswesen war die Folge der gemeinsamen Regelung beider Belange seit Maria Theresia. Trotzdem wurde dieser formelle Gegensatz zu den alten böhmischen Vorschriften als besonders schwer empfunden, weil man in die staatsrechtlichen Postulate bereits die tschechischen modernen nationalen Schulforderungen einfügte und damit das Befremden über die sprachliche Verdeutschung der Prager Karls-Universität seit Maria Theresia verband. Das Zusammenfließen der böhmischen und österreichischen Länder im Bereiche der Zivil-, Strafrechts- und Handelsrechtsgesetzgebung hatte ebenfalls ältere Wurzeln; trotzdem wurde diese Kompetenzteilung unangenehm empfunden. Ganz besonders verstieß die Zuteilung der Lehensrechtsgesetzgebung in die Sphäre des Reichsrates gegen das alte böhmische Recht, da hier die traditionellen Gründe hoch gewertet wurden.

Die Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes über die Grundzüge der Organisation der Gerichte und Verwaltungsbehörden und die Bestimmungen über

⁹⁴ Kalousek: Právo 155; Kapras, Přehled 151.

⁹⁵ Baxa, Bohumil: Inkolát (a indigenát) v zemích koruny české od roku 1749—1848 [Inkolat und Indigenat in den Ländern der böhmischen Krone vom Jahre 1749—1848]. Prag 1908, (Knihovna Sborníku věd právních a státních. B, Řada státovědecká Nr. XVI).

die Durchführung der Staatsgrundgesetze als Teil der Zuständigkeit des Reichsrates widersprachen nicht nur grundsätzlich der alten böhmischen Verfassung, sondern auch den typischen Konsequenzen der erwünschten Sonderstellung der böhmischen Ländergruppe. Ein Reichsrat, der das Netz der staatlichen Organisation über die böhmischen Länder legte und der durch die Verfassung befugt wurde, für diese Länder nicht nur die primären sondern auch die durchführenden sekundären Normen zu erlassen, verkörperte praktisch die Negation des böhmischen Staatsrechtes. Dies war in den Augen der Anhänger des böhmischen Staatsrechtes umso mehr der Fall, als der Reichsrat noch dazu die Befugnis bekam, die Pflichten der Kronländer untereinander und dem Reiche gegenüber zu umschreiben.

Die Garantie der nationalen Gleichberechtigung wurde zweifellos sehr vervollkommenet, wenn wir vom stilistisch schwachen Kabinettschreiben vom 8. April 1848 ausgehen; von den alten komplizierten konkreten Normen über den Sprachgebrauch bei den Behörden vor 1848 ganz abgesehen. Freilich kann man die sog. Beseitigung des Sprachenlernzwanges durch Art. 19, Abs. 3 kaum de lege ferenda als eine vorteilhafte Vorschrift ansehen.

Die Organisation neuer höchster Instanzen, des Reichsgerichtes sowie des vorbereiteten Verwaltungsgerichtshofes, verstärkte die Zentralisation der Justiz und bedeutete zugleich negativ das Unterstreichen des Abbaues der letzten Schatten der judiziellen Souveränität der böhmischen Krone. Zu bemerken wäre endlich, daß diese beiden neuen Instanzen für die Projizierung der abstrakten Normen über die Gleichberechtigung der Nationen in das praktische Leben von wesentlicher Bedeutung waren. Auch hier traf es zu, daß sich manche zentralistischen und etwa antistaatsrechtlichen Institutionen zum tschechischen nationalen Vorteil auswirkten.

Als sehr wichtig sind die Sicherungen der Verfassung und der verfassungsmäßigen Normsetzung, der Rechtsprechung und Verwaltungsrechtsprechung, auch durch eidliche Verpflichtungen, zu betrachten. Diese Verpflichtungen waren eine Garantie des verfassungsmäßigen Rechtslebens für die kommende Zeit. Das eidliche Gelöbniß des Kaisers und die Verpflichtung der Minister bedeuteten praktisch keine geringe Verengung eines selbst verfassungsmäßigen Verfassungsumbaues im föderalistischen Sinne und zwar nicht nur im Sinne der böhmischen staatsrechtlichen Forderungen; dies war umso wichtiger in Anbetracht des folgenschweren ungarischen Krönungseides und seiner möglichen breiten Deutung in der Zukunft.

In der Verfassungswirklichkeit begannen die praktischen Schwierigkeiten sehr bald nach dem Verabschieden der Dezemberverfassung. Zu der parlamentarischen Abstinenz sowohl der böhmischen als auch der mährischen Tschechen gesellte sich noch die Abstinenz der staatsrechtlich fast ebenso orientierten Tiroler, die besonders durch die konfessionelle Gesetzgebung des Jahres 1868 gereizt wurden⁹⁶. Begreiflicherweise versuchten selbst einige Mitglieder des ersten zisleithanischen liberalen „Bürgerministeriums“ die Oppo-

⁹⁶ Kolmer: Parlament II (1869—1879), 31—32.

sition, durch konkrete Zugeständnisse im Rahmen der Verfassung, zum Aufgeben der Abstinenz vom Reichsrat zu gewinnen⁹⁷. Die Bestrebungen dieser Regierungsmehrheit waren besonders darauf gerichtet, die damals fast immer kompromißbereiten Polen zu gewinnen, während man sich gegenüber den Forderungen der Tiroler und besonders der Tschechen viel reservierter verhielt.

Als nach der Demission des Ministerpräsidenten Fürst Karl Auersperg im Jahre 1868 der gemäßigte Vertraute des Kaisers Graf Eduard Taaffe das Amt des Ministerpräsidenten übernahm, wurde die Revision der Verfassung im Ministerrat immer aktueller. Die liberale zentralistische Mehrheit des Kabinetts strebte eine Revision der Verfassung im zentralistischen Sinne an. Sie schlug direkte Wahlen für das Abgeordnetenhaus vor, um dieses von den föderalistischen Neigungen der Landtage zu lösen. Die autonomistische Minderheit wurde jedoch durch die Bestrebungen des Kaisers unterstützt.

Nach der Thronrede vom 13. Dezember 1869 übergab die Mehrheit des Ministeriums dem Kaiser am 18. Dezember ein Memorandum, in dem sie auf die Dezemberverfassung als auf das Ergebnis von Kompromissen mit den Föderalisten hinwies und vor einem weiteren wesentlichen Nachgeben den Föderalisten — besonders den Tschechen — gegenüber warnte, da diese Zugeständnisse das Gefüge des Staates bedrohen und das deutsche Element dem Reich entfremden würden⁹⁸. Die Minderheit des Ministeriums, die vom Kaiser aufgefordert wurde, sich zum Mehrheitsmemorandum zu äußern, lehnte mit ihrem Memorandum vom 26. Dezember 1869 direkte Reichsratswahlen ab und warnte vor der Entfremdung der nichtdeutschen Bevölkerung Zisleithaniens, fand jedoch im Abgeordnetenhause nicht ihre angemessene Vertretung⁹⁹. Der Kaiser ließ beide Memoranden offiziell veröffentlichen und, da beide Teile des Ministeriums ihre Demission einreichten, ernannte am 1. Februar 1870 aus den Reihen der Mehrheit das Ministerium Hasner¹⁰⁰. Auch das Kabinett Hasner konnte die Zweidrittel-Mehrheit laut § 15 für die Einführung direkter Wahlen nicht gewinnen und mußte am 21. März 1870 seine Demission einreichen. Am 31. März 1870 verließen nun auch die gemäßigten polnischen, südslawischen, italienischen und rumänischen Föderalisten das Abgeordnetenhaus, nachdem ihre föderalistischen und nationalpolitischen Vorschläge von der deutschliberal-zentralistischen Mehrheit abgelehnt worden waren¹⁰¹. Die staatspolitische Krise Zisleithaniens, die die Bestrebungen zur Abänderung der Dezemberverfassung schürte, trat damit offen zutage.

Die böhmische staatsrechtliche Doktrin in den Jahren 1867—1870. Die politischen Vorbereitungen für die Dezemberverfassung und die Durchfüh-

⁹⁷ Kolmer: Parlament I, 346 f.; Zeithammer: Geschichte I, 40—64.

⁹⁸ Text: Kolmer: Parlament II, 6—10, unterschrieben von den Ministern Plener, Hasner, Giskra, Herbst, Brestel.

⁹⁹ Text: Kolmer: Parlament II, 10—17, unterschrieben von Taaffe, Potocki, Berger.

¹⁰⁰ Kolmer: Parlament II, 34.

¹⁰¹ Kolmer: Parlament II, 36—38; Tobolka: Dějiny II, 197—198.

rung des Dualismus hatten die Stimmung bei den Tschechen verschärft. Daher übergab Rieger sein Memorandum an Napoleon III., und die tschechische politische Führung entschloß sich zur Pilgerfahrt zur slawischen Ausstellung nach Moskau (1867)¹⁰². Inzwischen verließen die tschechischen Abgeordneten am 13. April 1867 mit einer staatsrechtlich- und nationalpolitisch ausgerichteten Begründung den Landtag¹⁰³. In der folgenden Zeit brach zwischen der altschechischen und der jungtschechischen Richtung — die sich einstweilen von der altschechischen Mehrheit formell noch nicht trennte — ein Streit um die Taktik aus, der eng mit dem Streit um die Interpretation der Doktrin des böhmischen Staatsrechtes verknüpft war. Die Altschechen standen bei ihrem Bündnis mit dem staatsrechtlichen Adel auf dem streng staatsrechtlichen Standpunkt und wollten in möglichst allen zisleithanischen Vertretungskörpern Abstinenz üben. Die Jungtschechen, dem Adel im besten Falle zurückhaltend gegenüberstehend, glaubten nicht an die Durchführbarkeit der Abstinenz, wiesen auf die Verschiedenheit des Rückhaltes der Abstinenz bei den Ungarn einerseits (Selbstverwaltung der Komitate!) und den Tschechen andererseits und leugneten die Richtigkeit der Forderungen der Altschechen von der kommenden notwendigen Umstellung der österreichischen Außen- und Innenpolitik. Einstweilen siegten, unterstützt von der Stimmung des Volkes, die Altschechen und zwangen der kleinen jungtschechischen Minderheit ihre Abstinenz auf¹⁰⁴.

In dieser Atmosphäre überreichte am 22. August 1868 Palacký dem böhmischen Oberstlandmarschall im Namen von 81 tschechischen Landtagsabgeordneten die von Rieger stilisierte und von Anton Ottokar Zeithammer benannte Deklaration¹⁰⁵, um ihre Abstinenz zu begründen. Die Deklaration war die radikalste Formulierung der böhmischen staatsrechtlichen Doktrin. Nach ihr besteht zwischen dem Herrscher und der politischen böhmischen Nation ein beiderseitig gleichmäßig bindendes Rechtsverhältnis, das durch einen Vertrag der politischen Nation mit Ferdinand I. begründet wurde und bis in die Gegenwart durch den Krönungseid und Huldigungseid der gesetzmäßigen Landesvertreter jederzeit erneuert wurde. Die Konstruktion der politischen böhmischen Nation, die aus Tschechen und Deutschböhmen bestehen soll, zeugt von dem starken Einfluß der Ideen Eötvös' und des von ihm entworfenen ungarischen Nationalitätengesetzes auf Palacký.

Die Länder des Hauses Österreich, die bloß durch die pragmatische Sanktion zu einem Reiche vereinigt wurden, bildeten nach der Deklaration bis zum Jahre 1848 keinen einheitlichen Staat. Selbst das Patent vom 1. August 1804 habe auf allen Rechten des Landes und besonders auf den Königskrönungen beharrt. Die Krone Böhmen mit den ihr zugehörigen Ländern sei nie in einer Realunion mit irgend einem österreichischen, geschweige denn

¹⁰² T o b o l k a : Dějiny II, 153—158, 171—177.

¹⁰³ T o b o l k a : Dějiny II, 142 ff.

¹⁰⁴ T o b o l k a : Dějiny II, 162—165.

¹⁰⁵ Text: Bernatzik: Verfassungsgesetze 1087—1091; Kolmer: Parlament I, 347—350; Srb: Dějiny 220—225.

zisleithanischen Staate gestanden, denn die Vereinigung durch die gemeinsame Dynastie für die Dauer derselben vereinte diese Länder zwar zu einer Monarchie, jedoch immer unbeschadet ihrer Selbständigkeit und besonders ihrer historischen und staatsrechtlichen Individualität, was selbst zur Zeit des Absolutismus niemals bestritten worden sei. Das Königreich Böhmen habe auch damals das Recht gehabt, nach dem Aussterben des regierenden Hauses frei und unbeschränkt einen König zu wählen und auf diese Weise wieder einen selbständigen Staat zu bilden.

Alle Änderungen in dem Rechtsverhältnis zwischen Böhmen und der Dynastie, also auch alle Änderungen der Verfassung Böhmens, wie auch die definitive Wahlordnung, könnten nach der historischen Landesverfassung und dem Kabinettschreiben vom 8. April 1848, ja selbst nach dem Oktoberdiplom nur auf dem Wege eines neuen Vertrages — wie wiederholt betont wird — zwischen dem König und der rechtmäßig vertretenen politischen Nation Böhmens vorgenommen werden.

Kein außerböhmischer Vertretungskörper, also kein Reichsrat und auch keine Delegation — mit der einzigen Ausnahme einer selbständigen Delegation der Länder der böhmischen Krone, welche mit Rücksicht auf gemeinsame Angelegenheiten dazu ordentlich bevollmächtigt wäre —, könne für Böhmen einen Teil der Reichsschulden übernehmen, noch Böhmen Schulden auferlegen oder dasselbe irgendwie binden.

Das Oktoberdiplom und die Februarverfassung hätten ihre subjektive und objektive Gültigkeit von dem Moment an verloren, in dem ihr Hauptzweck, die Umgestaltung einer absoluten Monarchie in zwei Staaten, erfüllt würde.

Ohne der politischen Nation Ungarns ihr Recht zum Vertrag mit dem Monarchen abzusprechen, können die Deklaranten nicht zugeben, daß durch derartige Verträge zugleich über die Rechte der böhmischen Krone entschieden werde und daß damit Böhmen — wenigstens faktisch — sein gleichartiges und ebenso altes historisches Recht¹⁰⁶ der Selbstbestimmung in seinen Staats- und Verfassungsangelegenheiten genommen werde.

Die Übertragung des Rechtes, der Gesetz- und Verfassungsgesetzgebung vom gesamten Reichsrat auf einen engeren Reichsrat, die Schaffung einer Delegation irgend eines Zisleithaniens — einer nie dagewesenen und zufälligen Gruppe der „übrigen Länder“ ohne historische Grundlage — und die daraus folgende Beeinträchtigung der Landesautonomie und deren Unterwerfung unter das Votum einer vielleicht zufälligen Majorität in den Delegationen: dies alles betrachten die Deklaranten als neue, für Böhmen verderbliche Oktroyierungen, die in Böhmen ohne die vollständige Zustimmung einer berechtigten und gerechten Vertretung Böhmens nie Rechtsgültigkeit erlangen können.

Die Abgeordneten des Landtages hätten weder ein Recht noch ein Mandat zur Wahl oder zum Eintritt in den jetzigen, seinem Wesen nach veränderten

¹⁰⁶ Das ungarische Königtum ist älter als das böhmische, daher ist auch das ungarische Staatsrecht älter als das böhmische.

Reichsrat. Da die große Mehrheit Böhmens gegen den Reichsrat gestimmt hatte, könnten dessen Beschlüsse nicht rechtskräftig bindend sein.

Zuletzt betont man die Gesinnung der tschechischen Mehrheit der böhmischen Länder und die Notwendigkeit sowohl einer gerechten Wahlordnung als auch einer Durchführung der Gleichberechtigung beider Nationalitäten, sowie das Erfordernis für ein Übereinkommen mit den deutschen Landsleuten, damit die Benachteiligung der einen oder anderen Nationalität durch die bloße Mehrheit ausgeschlossen wird.

In Mähren übergaben die tschechischen Landtagsabgeordneten am 25. August dem Landeshauptmann eine Deklaration vom 22. August 1868¹⁰⁷. Die mährische Deklaration unterscheidet sich sowohl formell als auch inhaltlich von der Deklaration von Prag. Sie wurde vor allem von den geistlichen Virilisten und einigen Adelligen unterzeichnet. Schon deshalb war ihr Ton viel gemäßigter. Hier fehlen die so scharf formulierten Artikel der böhmischen Deklaration. Die böhmische Krone wird auch hier einige Male erwähnt, das vertragliche Verhältnis zwischen König (Markgraf) und Land wird aber nur angedeutet. Die Oktroyierung der Februarverfassung gegenüber den Verfassungen der Jahre 1848/49 wurde ziemlich unterstrichen, die Dezemberverfassung sowie der Dualismus wurden zurückhaltend kritisiert und ihre Ungültigkeit nicht direkt behauptet. Die mährischen Deklaranten erklärten die ungarische und böhmische Krone für gleichberechtigt, da auch der größte Widerstand gegen den landesherrlichen Absolutismus kein qualitativ werterhöhender Faktor für das ungarische Staatsrecht sein könne. Der engere Reichsrat sei 1867 übrigens für die überstürzte Verfassungsgesetzgebung gar nicht kompetent gewesen. Die mährischen Deklaranten kritisierten den Mangel an tschechischen Schulen sowie an tschechischen Beamten in Mähren.

Die deutsche verfassungstreue Mehrheit des böhmischen Landtages übergab diese Deklarationen einer Kommission, die unter anderem die Auffassung vertrat, daß der Landtag seine staatsrechtliche Grundlage lediglich in den geltenden Staatsgrundgesetzen, nicht jedoch in den längst verfallenen ständischen Rechten haben könne¹⁰⁸. Weiter lehnte die Kommission die Annahme der Deklaration von der tschechischen Landtagsminderheit als der Vertretung der tschechischen Mehrheit des Landes ab, da der Landtag die einzige Vertretung Böhmens sei.

Die Kommission betonte außerdem die Gleichberechtigung beider Völkstämme, von denen keiner vor dem anderen auf sein stärkeres Recht pochen dürfe. Denselben Standpunkt zur Deklaration nahm der mährische Landtag ein, der darüber hinaus die Unabhängigkeit Mährens von Böhmen, sowie von jeder staatsrechtlichen Bindung mit der böhmischen Ländergruppe hervorhob¹⁰⁹. Der schlesische Landtag schließlich warf den böhmischen Deklaranten außer den erwähnten Argumenten die Leugnung von zahlreichen historischen

¹⁰⁷ Text: S r b : Dějiny 229—235; K a m e n í ě k : Listář II, 95 f.

¹⁰⁸ Text: S r b : Dějiny 227—229.

¹⁰⁹ Text: S r b : Dějiny 235.

Tatsachen vor und wies auf die Inkonsequenz derer hin, die mit den rechtlich revolutionären Parlamenten in den Jahren 1848/49 zusammengearbeitet hatten¹¹⁰.

Die Deklaration ist die radikalste Formulierung des böhmischen Staatsrechtes¹¹¹. Sie leugnet die Existenz einer realen Union der Krone Böhmen mit den anderen habsburgischen Ländern. Dies ist freilich unrichtig, da die pragmatische Sanktion de iure eine zwar nur dynastische Union schuf, die jedoch zur Sicherung ihrer Existenz sowohl die gemeinsame Außenpolitik als auch die gemeinsame Verteidigung voraussetzte; doch war die pragmatische Sanktion eher die Grundlage für eine Realunion, als eine Schaffung der Realunion selbst. Die Deklaration trägt dem Charakter der Organisation des ständischen Staates der früheren Neuzeit nicht genügend Rechnung. Hier waren dem fast absoluten Willen des Herrschers bestimmte Belange vorbehalten, wie die Außenpolitik — mit Ausnahme der das Land dauernd belastenden Verträge —, ein bedeutender Sektor der Finanzen sowie die Verteidigung des Landes, insofern sie aus königlichen Mitteln getragen wurde. Die ständischen Verfassungen verpflichteten den Herrscher nicht zum Mitwirken in allen Belangen des öffentlichen Lebens, sondern teilten die Belange in rein landesherrliche, ständische und gemeinsame Angelegenheiten (mit Bezug auf das Recht, zu entscheiden). Abgesehen von kleineren, rein königlichen Belangen, vereinigten die habsburgischen Könige die Außenpolitik, die Verteidigung und teilweise auch die Finanzen ihrer drei Ländergruppen in ihrer Hand und schufen zu diesem Zwecke dauernde kaiserliche und königliche Behörden sowie eine stehende Wehrmacht, deren Anfänge auch in der Militärgrenze zu suchen sind. Diese Institutionen prägten dem habsburgischen Staat mindestens in der Barockzeit den Charakter einer realen Union auf.

Die pragmatische Sanktion war auch von einem anderen Gesichtspunkt aus gesehen sehr wichtig. Die Zahl der für die etwaige Thronfolge in Betracht kommenden Anwärter war quantitativ so groß, daß die freie Königswahl praktisch zum nudum ius herabsank. Die böhmische Deklaration projizierte teilweise anderswo gewonnene Begriffe in die böhmische Verfassungsgeschichte zurück. Dies ist besonders bei dem Begriff der böhmischen politischen Nation, der in der böhmischen Rechtsgeschichte ohne seinen modernen Beigeschmack nur ganz vereinzelt vorkommt, der Fall. In diesem Zusammenhang ist auch der etwas allzu knappe Vergleich zwischen dem ungarischen und dem böhmischen Staatsrecht in der Deklaration hervorzuheben. Die Behauptung, das böhmische Recht sei zumindest faktisch mit dem ungarischen Recht gleichartig, ist unrichtig. Die schon erwähnte Hochschätzung Palackýs gegenüber der Selbstverwaltung der ungarischen Munizipien in seiner „österreichischen Staatsidee“ hätte Rieger zur Erwähnung der sozialen Grundlage der ungarischen Selbstverwaltung führen müssen und damit zum Erkennen der gegen-

¹¹⁰ Text der Erklärung: S r b : Dějiny 235—236.

¹¹¹ Dies ist wohl begründet, denn die tschechischen Deklarationen im Weltkrieg 1914—1918 stehen nicht mehr auf dem Boden des reinen Staatsrechtes.

sätzlichen böhmischen Gegebenheiten. Die Konstruktion der politisch-historischen böhmischen Nation brauchte, um modern zu wirken, die ausdrückliche Einfügung beider Volksstämme in die Konstruktion selbst, oder eine eingehende Auseinandersetzung mit dem Problem des damaligen doppelnationalen Staatswesens¹¹².

Die böhmische Deklaration erwähnt den Verband der böhmischen Krone, ohne sich mit diesem näher zu befassen. Meist beruft sich die Deklaration auf die Rechte Böhmens, erwähnt jedoch manchmal auch den Verband der Länder der Krone Böhmen. Der historisch-juristische Unterschied zwischen dem Königreich Böhmen und der Krone Böhmen wird nirgends näher ausgeführt. Die Ursache dieser Zurückhaltung ist wohl eine zweifache. Rechtshistorisch war das gegenseitige Gefüge der Länder der böhmischen Krone ein ziemlich partikularistisches. Die Institution des Generallandtages trat nicht immer bei allen wichtigen Entscheidungen für die ganze böhmische Krone praktisch in Erscheinung. Vor der Schlacht am Weißen Berge hat der böhmische Landtag sogar das Recht der Wahl bzw. der Annahme des Königs öfters allein ausgeübt. Nach der Schlacht am Weißen Berge kam der Generallandtag nur bei der Krönung zustande, dafür wuchs die Zuständigkeit der Hofkanzlei. Maria Theresia beeinträchtigte den psychologischen Verband der böhmischen Krone sehr wesentlich, auch im Bewußtsein der Mährer und Schlesier. Da den böhmischen Tschechen der lose Charakter der Verbindung der böhmischen Krone bewußt war und sie durch die Einstellung des mährischen und schlesischen Landtages von 1848 das Selbständigkeitsbewußtsein beider Länder kannten, wichen sie einer näheren Erörterung der Qualität dieser Verbindung lieber aus.

Die mährische Deklaration bestätigte nur das eben Gesagte. Andererseits zeigte diese Deklaration die seit 1848 und 1861 im Wachstum begriffene staatsrechtliche Gesinnung der Mährer. Wenn diese Annäherung an den tschechisch-böhmischen Standpunkt auch noch nicht bis zur Übernahme der ganzen staatsrechtlichen Doktrin ging, bedeutete sie doch sehr viel für das politische Zusammenwirken der böhmischen und mährischen Tschechen.

Der Versuch eines Ausgleiches

Die einleitenden Versuche des Ministeriums Potocki. Die Dezemberverfassung, insbesondere das Ausgleichsstaatsgrundgesetz, umriß nun die Kompetenz der gemeinsamen österreichisch-ungarischen, zisleithanischen und böhmischen Vertretungskörper sowie deren Organe in einer — verglichen mit dem Februarpatent und besonders mit dem Oktoberdiplom — relativ präzisen Weise. Dagegen wurde die Doktrin vom böhmischen Staatsrecht zuerst von den Ständen ausgeprägt, faktisch jedoch nicht einmal von einem kleinen Kreis konsequent verteidigt. Später wurde sie von den gegensätzlichen ethnisch-

¹¹² E ö t v ö s, Josef Freiherr von: Die Garantie der Macht und Einheit Österreichs. 2. Aufl. Leipzig 1859, S. 10, 85, 89, 92; S a u p p e r: Staatsproblem 26, 35 ff., 175 ff.

naturrechtlichen Prinzipien fast verdrängt (1848/49) und dann in nicht genügend ausgeprägter Weise umschrieben und praktisch verteidigt. Erst 1868 wurde die staatsrechtliche Doktrin durch die böhmische Deklaration in radikaler und breiter Fassung geprägt und zum gesamtnationalen Programm erhoben. Dadurch wurden die praktischen Möglichkeiten oder Aussichten für einen Ausgleich mit Zisleithanien sehr verengt, zumal beide Parteien — Regierung und Tschechen — eine grundsätzlich unterschiedlich ausgeprägte Stellung einnahmen. Interessanterweise sehen wir nun, nachdem sich das Feld der möglichen Kompromisse verengt hatte, mehrere Versuche — und zwar auch großangelegte Versuche — zur Überbrückung der steilen und entfernten Ufer der beiden etwaigen Vertragsparteien.

Ministerpräsident Graf Alfred Potocki war Autonomist, wollte jedoch den verfassungsmäßigen Weg gehen, ohne die Gleichberechtigung und die Gefühle der Völker zu beeinträchtigen¹¹³. So wollte man in vertraulichen Verhandlungen einen Entwurf der Verfassungsreform ausarbeiten, der dann nach Genehmigung durch den Kaiser dem Reichsrat vorgelegt werden sollte. Dabei gab sich Potocki gewissen, untereinander schwer auszugleichenden Hoffnungen hin; er wollte zwar einige tschechische Forderungen befriedigen, war jedoch andererseits bereit, die direkten Wahlen in den Reichsrat notfalls zu billigen. Potocki sollte jedoch bald die Grenzen dieses Kompromisses kennen lernen. Bereits bei den Verhandlungen mit den tschechischen Vertretern ab 20. (besonders am 29. und 30.) April 1870 in Wien ließen die Tschechen erkennen, daß sie zwar nicht radikal auf ihren Forderungen bestünden, andererseits jedoch die Beschickung des Reichsrates nach wie vor absolut ablehnten. Sie waren bereit, den Ausgleich mit Ungarn als vollendete Tatsache anzuerkennen wie auch die Delegationen, sofern diese in der Weise reformiert würden, daß sie zu Delegationen der Landtage würden. Ansonsten wollten sie sich mit Hilfe der Regierung die Mehrheit im böhmischen Landtag sichern, um die Wahlordnung zu revidieren und eine Adresse an den Kaiser verabschieden zu lassen, die das Programm der Verfassungsreform enthalten sollte¹¹⁴.

Potocki ließ sich durch die bescheidenen Vorergebnisse von Wien nicht abschrecken und begab sich zu offiziellen Verhandlungen mit den Tschechen nach Prag. Die tschechischen bürgerlichen Vertreter sowie die Vertreter des staatsrechtlichen Adels mußten sich zuerst auf eine Linie einigen, was mit keinen geringen Schwierigkeiten verbunden war. Der Adel bekannte sich zur

¹¹³ Programm: Wiener Abendpost 15. April 1870; Beust, Friedrich F. Graf v.: Aus Drei-Viertel-Jahrhunderten. Bd. 2. Stuttgart 1887, S. 530; Büchsel, Elisabeth Ch.: Die Fundamentalartikel des Ministeriums Hohenwart-Schäffle von 1871. Ein Beitrag zu dem Problem des Trialismus im Habsburgerreich. Breslau 1941, S. 8. (Breslauer historische Forschungen 17); Nachlaß Hohenwart, Tagebuchaufzeichnungen S. 9; Kolmer: Parlament II, 53 ff.; Schäffle, Albert E.: Aus meinem Leben I. Berlin 1905, S. 189; Schenk-Sudhof, Emilie: Karl Graf Hohenwart. Phil. Diss. Wien 1952, S. 33; Skedl, Arthur-Weiß, Egon: Der politische Nachlaß des Grafen Eduard Taaffe. Wien 1922, S. 95 ff.; Tobolka: Dějiny II, 199 ff.

¹¹⁴ Kolmer: Parlament II, 56 ff.; Tobolka: Dějiny II, 203 ff.; Zeithammer: Geschichte I, 94.

Deklaration, obwohl ihm diese zu nationalistisch orientiert war. Um nun die staatsrechtliche Kontinuität mit dem Vormärz zu wahren, verlangte der Adel die Einberufung des böhmischen Landtages im Sinne des Kabinettschreibens vom 8. April 1848, der dann eine gerechte und modernisierte Landtags-Wahlordnung beschließen sollte. Diese Forderung des Adels und der Altschechen wurde von den Jungtschechen bekämpft, die eine mehr demokratische Basis verlangten und bereit waren, sich einstweilen mit der Landtags-Wahlordnung von 1861 abzufinden, und sich der Mehrheit nur ungern fügten. Bei den Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten am 17. und 18. Mai verlangten die Tschechen aller Schattierungen die Ernennung eines Landesministers (Hofkanzlers) für die böhmische Krone und waren nur bereit, zu Verhandlungen mit den anderen Landtagen Deputationen aus dem Landtag zu senden¹¹⁵. So scheiterten die Verhandlungen. Die späteren Aufforderungen der Regierung, die Wahlen für den Reichsrat doch durchzuführen, gingen fehl, obwohl die Regierung auf die gefährliche Lage während des deutsch-französischen Krieges hinwies und am 29. Juli 1870 den böhmischen Landtag auflöste, um der tschechisch-staatsrechtlichen Mehrheit den Sieg zu sichern¹¹⁶.

Die Regierung wollte den Faden mit der staatsrechtlichen Opposition nicht ganz abreißen lassen und beschritt den sozusagen halboffiziellen Weg: Potocki und der Innenminister Graf Taaffe sandten den staatsrechtlich orientierten deutschböhmischen ehemaligen Staatssekretär, Freiherr Josef Alexander von Helfert, um bei dessen tschechischen Freunden und Bekannten deren etwaige Bereitwilligkeit, gegen Zugeständnisse staatspolitischer Art in den Reichsrat einzutreten, zu erforschen. Helfert kam mit einer Niederschrift der tschechischen Forderungen nach Wien zurück, wo diese am 11.—16. August 1870 besprochen wurden¹¹⁷. Die Wiener Konferenzteilnehmer, Männer des Vertrauens des Kaisers und der Minister, bearbeiteten die tschechischen Forderungen und beurteilten sie nach juristischen und staatspolitischen Gesichtspunkten.

Obwohl sie die tschechischen Forderungen, in Anbetracht des Willens des Kaisers beim verfassungsmäßigen Wege zu verbleiben, als nicht geeignete Grundlage für Verhandlungen mit der Regierung erklärten, fanden sie, daß man einen „böhmisch-mährischen Hofkanzler“ ernennen sollte, der dem Kai-

¹¹⁵ Tobolka: *Dějiny II*, 205 ff.; Zeithammer: *Geschichte I*, 103 ff.

¹¹⁶ Mattuš, Karel: *Paměti*. Prag 1921, S. 71 ff.; Tobolka: *Dějiny II*, 208 ff.; Zeithammer: *Geschichte I*, 109 f.

¹¹⁷ Text der Beschlüsse; Zeithammer: *Geschichte I*, 111—120; An den Konferenzen nahmen teil: Graf Friedrich Dürckheim, Hohenwart, Schäffle, Anton Ritter von Beck, Professor Karl Habietinek und Freiherr Josef Alexander von Helfert. — Büchsel: *Fundamentalartikel* 18 ff.; Wien *Verwaltungsarchiv*, Hohenwart: *Tagebuchaufzeichnungen II Fasc. I. Nr. 79*, S. 2 ff.; Friedjung, Heinrich: *Josef Alexander Freiherr von Helfert. Historische Aufsätze*. Stuttgart-Berlin 1919, S. 224 ff., 238; Rosler, Marie: *Das Ministerium Hohenwart und die deutschböhmischen Ausgleichsverhandlungen i. J. 1871*. Phil. Diss. Wien 1926, S. 28; Ruso, Kurt: *Albert Schäffle und Österreich. Ein Beitrag zur internen Geschichte der Donaumonarchie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts*. Phil. Diss. Wien 1960, S. 49 f.; Schäffle: *Leben I*, 190, 194; Schenk-Sudhof: *Hohenwart* 36 f.; Tobolka: *Dějiny I*, 213 ff.

ser die Beschlüsse des böhmischen und mährischen Landtages zur Sanktion vorlegen sollte. Zuvor hatte man sich im Ministerrat vergewissert, daß die Vorlage dieser Beschlüsse nicht in die Zuständigkeit eines anderen Vertretungskörpers fiel. Die administrativen Angelegenheiten, die an das Ministerium gelangten, wären von den betreffenden Ressortministern mit Zustimmung des Hofkanzlers zu entscheiden. Die Konferenz stellte sich gegen die Forderung, den Hofkanzler aus den Reihen des nationalen Adels zu nehmen. Die Statthalter in Böhmen und Mähren sollten das Land und Volk kennen und vor der Ernennung vom erwähnten Hofkanzler vorgeschlagen werden.

Die Tschechen verlangten, daß der Kaiser ein Manifest an das böhmische Volk erlasse, in dem das böhmische Staatsrecht im Grundsatz anerkannt und bindende Versprechen gegeben würden, im Geiste desselben den Frieden in den Ländern der böhmischen Krone anzubahnen. Die Konferenzteilnehmer gelangten „nach reiflicher Erwägung alles dessen, was heute unter dem Begriffe des böhmischen Staatsrechtes“ verstanden wird, zur Überzeugung, daß die Anerkennung dieses Staatsrechtes als Ganzes durch einen feierlichen Akt der Krone zur Negation sowohl des — selbst von den Tschechen anerkannten — Oktoberdiploms als auch der gesamten Entwicklung des öffentlichen Lebens in allen Teilen des Reiches führen würde. Durch die angestrebte Wahrung der staatsrechtlich böhmischen Rechtskontinuität würde vor allem die von allen anderen Seiten festgehaltene zisleithanische Rechtskontinuität unterbrochen und hierdurch eine noch weit folgenschwerere Diskontinuität im öffentlichen Rechtszustande des ganzen Reiches heraufbeschworen. Dagegen einigten sich die Beratungsteilnehmer, daß es nicht bloß möglich, sondern geradezu geboten erscheine, dem berechtigten Gehalte dieses Staatsrechtes in der weitgehendsten Weise Geltung zu verschaffen¹¹⁸.

Nun sind die Folgen dieser prinzipiellen Einstellung der zisleithanischen Ministerien, die uns mehrfach begegnen werden, zu analysieren. Das zisleithanische Ministerium, besonders dessen einflußreiche Mitglieder und vor allem der Kaiser selbst waren bereit, einzelne Teile der Forderungen der Tschechen und Staatsrechtler und der Doktrin vom böhmischen Staatsrecht gutzuheißen und als Normen, Staatsgrundgesetze, Gesetze oder auch nur als Verordnungen des Ministeriums in die zisleithanische Rechtsordnung zu übernehmen. Es ist juristisch klar, daß etwaige restaurierte Institutionen, wie z. B. der Hofkanzler der böhmischen Krone oder bestimmte, neu dem böhmischen Landtag zugesprochene Bereiche der Zuständigkeit, ihre juristische Existenz — entsprechend den Anmerkungen der Wiener Konferenz — nur vom zisleithanischen Recht, vom Oktoberdiplom, von der Februar- und Dezemberverfassung hätten ableiten können. Über das Oktoberdiplom, also über eine oktroyierte Norm, konnte man nicht weiter zurückgehen. Daher wären diese Institutionen und deren Zuständigkeitsbereiche trotz ihres materiellen Ursprunges vom böhmischen Staatsrecht formell dem zisleithanischen Rechte entsprungen und würden dessen Teile bilden.

¹¹⁸ Zeithammer: Geschichte I, 115 f., 119.

Nun ist zu bedenken, daß, wie schon gesagt wurde, seit der Deklaration ein prinzipieller Radikalismus in der ganzen böhmischen staatsrechtlichen Doktrin eingetreten war, der insbesondere Nachdruck auf die rechtshistorische Kontinuität legte. Dadurch wurde das ganze Ausgleichsproblem auch praktisch verändert. Verlangte man tschechischerseits noch nach 1861 von der Regierung in der Hauptsache materielle Zugeständnisse, so war man nun selbst bei einem opportunistisierenden Abweichen von der Deklaration tschechischerseits psychologisch nicht gewillt, auf das Hauptsächlichste oder Wesentlichste — die Kontinuität — zu verzichten. Das wichtigste Ziel war nun diese juristische Kontinuität mit dem vormärzlichen böhmischen Staatsrecht geworden — wie es vielfach lediglich *nudo iure* bestanden hatte — und diese war wieder herzustellen. Dies bedeutete freilich psychologisch ein sehr wichtiges Problem, denn die Kontinuität wurde von den breiten tschechischen Volksschichten als eine rechtliche Sonderstellung und Selbständigkeit — mit bestimmten, kleinen Einschränkungen nach ungarischem Muster — verstanden¹¹⁹. Das materielle Recht erschien der tschechischen Bevölkerung dank der Kontinuitätsthese als das ursprüngliche, tschechische oder slawische Recht, gegenüber dem später überhand nehmenden fremden römischen, deutschen oder österreichischen Recht. So wurden die faktischen Voraussetzungen — besonders die psychologischen — des Ausgleiches erschwert.

Die Teilnehmer der Konferenz schlugen folgende konkrete Zugeständnisse vor: Die Gleichberechtigung beider Nationalitäten sollte durch Landesgesetze gesichert werden. Die Landtags-Wahlordnungen sollten revidiert werden durch Abschaffung der Virilisten und durch Beschickung der Landtage nur mit direkt gewählten Abgeordneten. Dabei sollte nur nach zwei Hauptgruppen gewählt werden: der städtisch-gewerblichen und der ländlich grundbesitzenden Bevölkerung¹²⁰; letztere sollte aus dem Wahlkörper der höchst- und minderbesteuerten bestehen. Die Landesautonomie in der Gesetzgebung sollte besonders dadurch erweitert werden, daß der böhmische und mährische Landtag das Recht erhielten, selbst in den dem Reichsrat vorbehaltenen Gegenständen Spezialgesetze zu beraten und zu beschließen, wobei jedoch jedes derartige Gesetz vor seiner Sanktionierung der Beschlußfassung des Reichsrates unterliegen sollte. Der Reichsrat hätte dabei zu prüfen, ob sich das Gesetz mit den Interessen des Reiches vertrüge oder nicht¹²¹.

Auch in administrativen Angelegenheiten sollte die Landesautonomie erweitert werden: Zunächst wären die Statthalter für jede Verletzung der Landesgesetze aus Vorsatz oder aus grober Nachlässigkeit verantwortlich zu erklären. Unter Festhaltung der Verantwortlichkeit der Regierung für die Durchführung sowohl der Reichs- als der Landesgesetze wäre sodann die

¹¹⁹ Diese radikale Stimmung äußerte sich in den zahlreichen Volksversammlungen, die „Tábory“ genannt wurden; dazu: *Mattuš*: *Paměti* 77.

¹²⁰ So würde also die Kurie des Großgrundbesitzes — allerdings nicht bloß des landtäflichen — wiederum unter einer anderen Benennung im Landtag vertreten sein.

¹²¹ Nachlaß Hohenwart Fasc. I, Nr. 78, Beilage. Text: *Büchsel*: *Fundamentalartikel*, Anhang A „Innere Politik“, S. 73—81.

politische Verwaltung in den Ländern in nachstehender Weise zu organisieren:

- a) Als autonome Körperschaften in jedem dieser beiden Länder werden die Ortsgemeinde, die Bezirksausschüsse und der Landesausschuß anerkannt. Dieselben genießen mit Unterordnung unter die Reichs- und Landesgesetze die vollste Autonomie.
- b) Gegen die Verfügungen dieser Körperschaften gibt es keinen Rekurs, wohl aber steht jedem, der sich durch derlei Verfügungen in seinem Rechte verletzt fühlt, die Beschwerde an die Regierung offen.
- c) Die Regierung kann Verfügungen der autonomen Körperschaften, durch welche ein bestehendes Gesetz verletzt wurde, jeder Zeit aufheben.
- d) Autonome Körperschaften, denen die Regierung einen Teil ihrer vollziehenden Gewalt überträgt, sind die Bezirksausschüsse und der Landesausschuß. Jede Übertragung erfolgt stets nur in widerruflicher Weise.
- e) Der Bezirksausschuß besteht aus einer entsprechenden Vertretung des Bezirkes unter dem Vorsitze eines Obmannes, den der Ausschuß selbst aus seiner Mitte wählt. Der Obmann soll die zu diesem Posten erforderliche Gesetzeskenntnis und praktische Eignung aufweisen. Er ist einerseits der Regierung für die Beachtung der Gesetze und andererseits sowohl der Regierung als auch dem Ausschuß für seine ganze Amtsführung verantwortlich.
- f) Den so zu bildenden Bezirksausschüssen überträgt die Regierung die gesamte Verwaltung in erster Instanz und überläßt ihnen dazu auch einen entsprechenden Teil der Steuern.
- g) Die Landesverwaltung wird von der Statthalterei und vom Landesausschuß besorgt. Die Entscheidung über die unter b) erwähnten Beschwerden steht jederzeit der Statthalterei zu. Dagegen geht die Vollziehung und Handhabung der Landesgesetze möglichst vollständig an den Landesausschuß über.
- h) Der Landesausschuß ist verpflichtet, seine Beratungsprotokolle dem Statthalter zur Einsicht vorzulegen und demselben nach seinem Begehren die betreffenden Verhandlungsarten mitzuteilen.
- i) Die oberste Instanz in Administrativsachen ist das Ministerium, und der Hofkanzler. Vor diese Instanz werden nur die wichtigsten Angelegenheiten gebracht.

Zu dem Wunsch, daß der Kaiser den bevorstehenden Landtag in Prag persönlich eröffnen solle, wurde die Krönung unter Zuziehung der Vertreter von Mähren und Schlesien vorgeschlagen, die persönliche Landtagseröffnung durch den Kaiser jedoch offen gelassen. Schließlich wurde zu der Forderung, daß der Landtag ohne Präjudiz für die Zukunft die Delegation wählen solle, gesagt, daß die Mitwirkung der Abgeordneten aus Böhmen bei der Erledigung etwaiger Verhandlungen dieser Forderungen notwendig sei.

Die Konferenz war sich einig, daß der Ausgleich mit Ungarn in keiner Weise berührt werden dürfe, daß die Anwendung der auf den böhmischen Ausgleich formulierten Grundsätze auf andere zisleithanische Kronländer

möglich sein müsse, daß die Forderung nach einem Landesminister (Hofkanzler) für Galizien analog auch anderswo erfüllt werden und daß der Reichsrat die Wahl der Abgeordneten neu ordnen solle.

Wenn man nun die Denkschrift und die vorgeschlagenen Zugeständnisse vom Gesichtspunkt der Aussichten auf deren Verwirklichung durch die verfassungsmäßige Behandlung im Reichsrat sowie im böhmischen Landtag und deren Durchführbarkeit im praktischen Leben beurteilen will, dann kann man diese Vorschläge als ziemlich nüchtern und der damaligen Lage angemessen erklären. Die Vorschläge nehmen Abstand von der unumschränkten Unterordnung unter die Wünsche des staatsrechtlichen Adels und entfernen sich dadurch von den radikalen Forderungen des staatsrechtlichen Programms. Besonders bemerkenswert ist die Übernahme der Ideen des Grafen Hohenwart aus dessen Denkschrift vom März 1870 über die Erweiterung der Landesautonomie im Bereich der Administrative. Hier wurde ein großzügiger Plan entwickelt: Die Selbstverwaltung in dem Verwaltungswesen Zisleithaniens in einem breiten Ausmaß einzuführen und diese dadurch zu entbürokratisieren. Dieser Plan war jedenfalls der erste, der von halboffizieller Seite ausgearbeitet wurde. Freilich war dieser Plan von Anfang an realpolitisch schwach, da sich die tschechisch-staatsrechtliche Koalition dem Radikalismus bereits ziemlich stark verschrieben hatte und die Zustimmung des Kaisers noch nicht sicher war.

Die führenden Teilnehmer der Wiener Konferenzen trafen sich mit ihrem Schriftstück am 20. August 1870 in Pardubitz geheim mit den tschechischen Führern¹²². Nun fanden die Wiener sehr zähe Partner, die in der vom Grafen Clam verfaßten Antwortschrift die virtuelle Anerkennung des böhmischen Staatsrechts, ein wirklich ausgleichsfreundliches Ministerium, einen böhmischen Statthalter, der das Vertrauen der Bevölkerung besäße und beide Sprachen beherrschte, und die Ernennung eines böhmischen Hofkanzlers oder Ministers verlangten. Zuletzt forderte man die Einfügung Mährens in die Ausgleichspläne. Schließlich entschloß sich der tschechisch-staatsrechtliche Block, doch in den böhmischen Landtag einzutreten, in der Hoffnung, in der königlichen Botschaft ein Bekenntnis zum böhmischen Staatsrecht hören zu können.

Zu dieser Zeit wurden von beiden Seiten bedeutende und anscheinend erfolgversprechende Schritte zum nationalen Ausgleich getan. Am 21. Mai 1870 schlug das altschechische Tagblatt „Pokrok“ den deutschen Landsleuten vor, den Entwurf eines Nationalitätengesetzes auszuarbeiten und in diesen sämtliche Kautelen einzufügen, um die Deutschen vor der tschechischen Mehrheit (in Böhmen) zu sichern. Die Tschechen verlangten nach „Pokrok“ nur, daß

¹²² Als Vertraute der Regierung Potocki waren anwesend Beck, Habietinek, Helfert. Die Tschechen vertraten Clam, Rieger und Pražák. Das Ergebnis des Pardubitzer Treffens wurde vom Grafen Clam in einer Denkschrift niedergeschrieben. — Nachlaß Hohenwart, Anlage zur Biographie, Fasc. I, Nr. 79, Beil. 4; Text: Zeithamer: Geschichte I, 122—127; dazu: Büchsel: Fundamentalartikel 21; Hohenwart: Tagebuchaufzeichnungen 4f.; Ruso: Schäffle 51 ff.; Schäffle: Leben I, 194 f.; Tobolka: Dějiny I, 217.

alles, was zum Vorteil der Deutschen festgelegt worden wäre, auch umgekehrt zum Vorteil der Tschechen gelten solle. Um die Deutschen ganz vor einer Überlistung zu sichern, sollte das Nationalitätengesetz verabschiedet und sanktioniert werden, bevor man zur Lösung der staatsrechtlichen Probleme und den Verfassungsfragen überging. Nachdem die deutschliberale „Bohemia“ diese Idee positiv gewertet hatte, begann knapp vor der Landtagseröffnung eine Verhandlung der tschechischen und deutschen politischen Vertreter^{122a}. Nun kam jedoch die erste praktische, wohl psychologisch bedingte Schwierigkeit. Die Tschechen erklärten das Nationalitätengesetz und die Revision der Landtagswahlordnung als das beste Mittel zur Verständigung. Die Deutschen werteten diese Initiative günstig, warfen jedoch die Frage auf, ob es nicht zweckmäßiger wäre, zuerst zur Lösung der staatsrechtlichen Fragen zu schreiten. Die Tschechen meinten, man könnte sich in den praktischen Fragen eher verständigen und verlangten diesmal von den Deutschen direkt den Entwurf eines Nationalitätengesetzes. Die Deutschen beharrten jedoch darauf, daß die Tschechen einen solchen Entwurf vorlegen sollten. Die Tschechen stimmten zu, jedoch haben die staatspolitischen und staatsrechtlichen Fragen diese sehr wichtige, ja eigentlich wesentliche Voraussetzung für eine etwaige staatsrechtliche Lösung vorübergehend in den Hintergrund gedrängt¹²³.

Der böhmische Landtag wurde am 30. August 1870 mit einer kaiserlichen Botschaft eröffnet, die zu den Reichsratswahlen aufforderte¹²⁴. Der Landtag beantwortete diese Botschaft mit der Adresse vom 14. September 1870 und der beigelegten Denkschrift, die auf der radikalen staatsrechtlichen Einstellung beharrte¹²⁵. Die Regierung antwortete mit einem Reskript vom 26. September¹²⁶, in dem einerseits die Bereitwilligkeit des Kaisers ausgesprochen wurde, dem Königreiche Böhmen die Unteilbarkeit und Unveräußerlichkeit zu bestätigen und durch die Krönung die innere Verbindung mit dem böhmischen Volk zu demonstrieren, in dem jedoch die Bindung durch die Staatsgrundgesetze von 1860, 1861 und 1867 erwähnt und die Notwendigkeit, nur auf verfassungsmäßigem Wege die Staatsgrundgesetze sowie die Landtagswahlordnung vom Jahre 1861 abzuändern, hervorgehoben wurde. Am Schluß kam die übliche Aufforderung zu den Wahlen in den Reichsrat. Die darauf folgende neue Adresse^{126a} beharrte auf dem alten Standpunkt und sprach von der Krönung als dem Symbol der staatsrechtlichen Selbständigkeit und der Souveränität des böhmischen Staates. Darauf wurde der böhmische Landtag

^{122a} Die Verhandlungen gingen wahrscheinlich auf tschechische Initiative zurück. Die tschechischen Vertreter bei den Verhandlungen waren: Rieger, Bělský, Klauďy, Grünwald und der Jungtscheche Sladkovský, die deutschen Vertreter: Herbst, Schmeykal, Hasner, Banhans und Czyhlarz.

¹²³ Srb: Dĕjiny 276 f.; Tobolka: Dĕjiny II, 219; Zeithammer: Geschichte I, 131.

¹²⁴ Text: Srb: Dĕjiny 278—279; dazu: Tobolka: Dĕjiny II, 220 f.

¹²⁵ Text der Adresse: Srb: Dĕjiny 281—284, der Denkschrift 284—297; dazu Tobolka: Dĕjiny II, 221 f.; die Adresse wurde von Clam, die Denkschrift von Rieger verfaßt.

¹²⁶ Text: Srb: Dĕjiny 304—306; dazu Tobolka: Dĕjiny II, 224 f.

^{126a} Text: Srb: Dĕjiny 306—309.

vertagt und mit dem Patent vom 5. Oktober 1870 wurden auf der Grundlage des Notwahlgesetzes vom 29. Juli 1868 RGBl. Nr. 81 direkte Wahlen für den Reichsrat ausgeschrieben. Da nun von den Gewählten lediglich die Deutschliberalen in den Reichsrat eintraten, während die Tschechen in der Abstinenz beharrten, gewannen die Verfassungstreuen im Reichsrat die Mehrheit und zwangen das Kabinett Potocki am 23. November 1870 zur Demission¹²⁷.

Die Stabilisierung der böhmischen staatsrechtlichen Doktrin in den Jahren 1870—1871. Die böhmische staatsrechtliche Doktrin wurde rein historisch von Hugo Toman¹²⁸, mehr allgemeinverständlich von Karel Matuš¹²⁹ und ganz ausführlich von dem Historiker Josef Kalousek¹³⁰ ausgearbeitet. Kalousek widmet sein Buch bezeichnenderweise den „Wiederherstellern des beiderseitigen Vertrages zwischen dem König und der böhmischen Nation“ und bringt ein Zitat des französischen Rechtsliberalen Royer-Collard von 1822, der das öffentliche Recht gänzlich auf der Lehre vom Vertrag und der Gegenseitigkeit aufbaut. Dieses Recht, selbst wenn es in den Gesetzen aufgehoben wurde, habe sich in der Stimmung des Volkes erhalten. Kalousek unterscheidet im öffentlichen Recht zwischen Verfassungsrecht und Staatsrecht¹³¹. Das Verfassungsrecht enthält die grundlegende Bestimmung, die den Anteil der Krone sowie der Landesvertretung an der inneren Gesetzgebung umschreibt, während das Staatsrecht die anderen Vorschriften des öffentlichen Rechtes enthält, die die auswärtigen Verhältnisse regeln. Nun versteht der Verfasser unter diesen auswärtigen Verhältnissen offenbar nicht nur internationale Beziehungen der Staaten, sondern besonders bei zusammengesetzten Staatsgebilden wie Österreich-Ungarn auch die Normen, die das Verhältnis eines Teiles (der böhmischen Krone) zu den anderen Kronländern und Kronländergruppen sowie zu deren Gesamtheit regeln.

Von diesen Voraussetzungen ausgehend, bietet Kalousek vor allem die Geschichte des rechtlichen Verhältnisses des böhmischen Staates zum deutschen Reich. Der Verfasser geht auch hier von dem Vertrage aus und findet kein

¹²⁷ Das neue Ministerium Hohenwart wurde erst später (im Februar 1871) ernannt, sodaß das demissionierte Ministerium Potocki die Geschäfte vorerst weiterführte.

¹²⁸ Toman, Hugo: Schicksale des böhmischen Staatsrechtes in den Jahren 1620—1627. Prag 1870; Ders.: Das böhmische Staatsrecht und die Entwicklung der österreichischen Reichsidee vom Jahre 1527—1848. Eine rechtsgeschichtliche Studie. Prag 1872.

¹²⁹ Matuš, Karel: Historické právo a národnost co základové státního zřízení říše Rakouské [Das historische Recht und die Nationalität als Grundlagen der staatlichen Verfassung Österreichs]. Prag 1867; Derselbe: Několik myšlének o českém státu [Einige Gedanken über den böhmischen Staat]. Prag 1870.

¹³⁰ Kalousek verfaßte zuerst die Broschüre: Einige Grundlagen des böhmischen Staatsrechtes. Prag 1869 (2. Aufl. 1871), sowie die große Arbeit: České státní právo. Prag 1871. Diese erste Ausgabe wird nun in unserer Abhandlung herangezogen und zitiert, nicht jedoch die zweite Ausgabe des Werkes von Kalousek aus dem Jahre 1892, die mancherorts von der neuen Situation nach 1871 nicht unbeeinflusst ist.

¹³¹ Kalousek: Právo 1, 26.

lehensrechtliches Verhältnis Böhmens zum römisch-deutschen Reiche¹³². Böhmen sei auch in der Außenpolitik souverän gewesen. Besonders werden die qualifizierten Äußerungen der habsburgischen Könige über den Mangel an militärischen und steuerlichen Verpflichtungen zum Reich betont. Die Terminologie Kalouseks ist manchmal sehr modernisierend. Bei der Erörterung der Thronstreitigkeiten der Přemysliden spricht er z. B. von der Wahl der Nation¹³³; von dem Terminus Staat gar nicht zu sprechen.

Weiter analysiert Kalousek die Unteilbarkeit und staatsrechtliche Selbständigkeit Böhmens. Hier geht er von der Gesamtheit der aus den Inkorporationsurkunden Karls IV. geschöpften Rechtspersönlichkeit der Krone Böhmens aus, erwähnt etwas verlegen die Bestätigung dieser Urkunden durch die kaiserliche Macht¹³⁴ und legt den stark partikularistischen Charakter der Einheit der Länder der böhmischen Krone dar. Auch hier findet er ein vertragliches Verhältnis zwischen jedem Land der böhmischen Krone und dem König. Dabei stößt er auf die Tendenz der böhmischen Stände, die bestrebt waren, bei der Regelung von Angelegenheiten, die von Bedeutung für die ganze Krone waren, mit dem König im Namen der Krone selbst zu entscheiden, wodurch zahlreiche Proteste der Nebeländer hervorgerufen wurden¹³⁵, die wiederum zu Versicherungen der böhmischen Stände führten, in Zukunft die Mitwirkung der Stände der Nebeländer zu beanspruchen. Kalousek legt diese Tatsache objektiv dar, gerät jedoch beim Ziehen der Folgerungen für die Gegenwart in unverkennbare Verlegenheit, da er selbst die böhmischen Stände rügen muß, einen schlesischen Separatismus zu schüren¹³⁶. Dabei betont er den fideikommissarischen, nicht patrimonialen Charakter der böhmischen Krone, wofür er als Hauptargument das Wahlrecht der Krone nach dem Aussterben der Dynastie anführt¹³⁷. Die Könige als stärkstes Bindeglied zwischen den einzelnen Ländern der Krone seien durch dieses Wahlrecht verpflichtet gewesen, die Selbständigkeit der Krone Böhmens aufrecht zu erhalten und jede staatspolitische Vermengung mit anderen Ländern und Staatsgebilden zu vermeiden. Da die ständischen Verfassungen bestimmte Belange, besonders einige Einkünfte, der unbeschränkten Macht des Königs überließen, hätten die Könige diese Befugnisse benutzt, um in dieser Sphäre die Krone Böhmens mit anderen Ländern zu unifizieren und in dieser Hinsicht eine Realunion auszubauen¹³⁸, während die habsburgischen Länder ansonsten bis zur Hälfte des 18. Jahrhunderts eine Personalunion dargestellt hätten.

Kalousek betont, daß neben dem König auch bestimmte Finanzen, das Berg-, Münz-, Lehnwesen, das Kammergericht sowie der Appellationsgerichts-

¹³² Kalousek: *Právo* 6, 20 f., 23 f., 36 f.

¹³³ Kalousek: *Právo* 8, 18, 25.

¹³⁴ Kalousek: *Právo* 76 f.

¹³⁵ Kalousek: *Právo* 92—101.

¹³⁶ Kalousek: *Právo* 97 f.

¹³⁷ Kalousek: *Právo* 104 zitiert hier Grotii Hugonis: *De iure belli ac pacis*, lib. I, cap. III, § VII.

¹³⁸ Kalousek: *Právo* 105 f.

hof als höchste Instanz über den städtischen Gerichten gemeinsame Organe der böhmischen Krone waren. Nach dem König sei das wichtigste gemeinsame Organ der Krone die böhmische Hofkanzlei gewesen, die nach der Schlacht am Weißen Berge zu einem vollständigen Ministerium der Krone geworden sei, da der König durch diese Behörde bis zum Jahre 1749 die gesetzgebende, administrative und richterliche Gewalt ausgeübt habe. Die weiteren gemeinsamen Belange waren die Verteidigung, die internationalen Verträge, die Generallandtage und das Einwohnerrecht. Den Generallandtag sämtlicher Länder der böhmischen Krone stützt Kalousek durch das Privilegium Karls IV. vom 27. September 1355, erwähnt jedoch auch manchen Widerstand, den diese Generallandtage in den Nebenländern der Krone hervorriefen und die Könige zur Ausfertigung von Privilegien zwangen, die den Nebenländern ihre Entscheidung oder vielmehr Mitentscheidung sicherten¹³⁹. Auch die bereits erwähnten hegemonischen Tendenzen des böhmischen Landtages gegenüber den Nebenländern waren einer häufigen Einberufung der Generallandtage nicht förderlich. Die Generallandtage, die ihren Höhepunkt während der ständischen Revolution in den Jahren 1619—20 erreichten, verflüchtigten sich nach der Schlacht am Weißen Berge zu Krönungslantagen. Das gemeinsame Einwohnerrecht der höheren Stände — das Inkolat — erhielt sich bis zum Jahre 1848¹⁴⁰.

Besonders hebt Kalousek die Pflicht des böhmischen Landtages, die Einheit der böhmischen Krone zu schützen, hervor. Hier geht er vom Majestätsbrief des Königs Wladislaw vom 12. November 1499 über das Verbot der Veräußerung der Krongüter aus, der in die Landesordnungen aufgenommen wurde und nach dessen Bestimmungen der böhmische Landtag bei der Abtretung sowohl der Lausitz im Jahre 1635 als auch Schlesiens im Jahre 1745 von der böhmischen Krone um Zustimmung vom Herrscher angegangen wurde. Auch diese Tatsachen bieten dem Verfasser den Beweis, daß die böhmische Krone selbst nach der Schlacht am Weißen Berge kein Eigentum (Patrimonium) der Dynastie geworden, sondern wie früher ein fideikommissarischer Staat geblieben sei¹⁴¹, in dem die Dynastie nur der einstweilige Nutznießer, der dauernde Eigentümer und ständige Mitbesitzer aber die Nation selbst geblieben ist.

Bei den Erörterungen über den erblichen oder wählbaren Charakter des „böhmischen Reiches“ (říše)¹⁴² findet Kalousek, daß die Königswahl und Erblichkeit nebeneinander bestanden und sich gegenseitig einschränkten¹⁴³. Ka-

¹³⁹ Kalousek: Právo 127 beruft sich hier auf den Deutschliberalen D'Elvert: Vereinigung 58 und den diesem sich nähernden Chlumecy: Verfassung 37.

¹⁴⁰ Baxa: Inkolát.

¹⁴¹ Kalousek: Právo 159; der Eötvössche Begriff der politischen Nation — die eventuell aus mehreren Nationen zusammengesetzt ist — beeinflusst Kalousek sehr stark.

¹⁴² Der tschechische Ausdruck „říše“ (Reich) wurde immer für das alte römische und römisch-deutsche Reich, nie jedoch für das Königreich oder die Krone Böhmen gebraucht.

¹⁴³ Kalousek: Právo 160.

lousek sieht in der Geschichte der Erbfolge oder Wählbarkeit des Thrones Beweise für seine These von dem freiheitlichen Geist¹⁴⁴ und dem gleichzeitig konservativen Charakter der böhmischen Verfassung¹⁴⁵ in der Vergangenheit, obwohl ihm die Geschichte der Absetzung König Sigismunds durch die Hussiten eine gewisse Verlegenheit bereitet¹⁴⁶. Nach der Schlacht am Weißen Berge entfiel die Annahme des Königs¹⁴⁷, trotzdem sei aber das Recht der Stände der Krone Böhmen geblieben, den König nach dem Aussterben der Dynastie zu wählen, wie auch das Verbot der Veräußerung von Kronsgütern, also die wesentlichen Eigenschaften des fideikommissarischen Staatswesens. Die pragmatische Sanktion brachte als Neuerung die Untrennbarkeit der habsburgischen Länder sowie die Verpflichtung, diese Einheit zu verteidigen¹⁴⁸. Sollte, meint Kalousek, die herrschende Dynastie im Mannesstamm aussterben, dann müßten die Länder der böhmischen Krone zur Thronbesteigung des nächsten Erben aus dem weiblichen Stamme ihre Zustimmung neu aussprechen, denn in der Erweiterung der etwaigen Erben überstieg die pragmatische Sanktion das Ausmaß des für einen fideikommissarischen Staat Möglichen¹⁴⁹.

Ganz folgerichtig betrachtet Kalousek die wesentlichen Bestimmungen der Verfassung auf der Grundlage des Vertrages, der zwischen dem König und der Nation abgeschlossen wurde, nach dessen neuer Bestätigung der König angenommen und gekrönt wurde und — in den Nebenländern — nach der Erbhuldigung die Regierung ergriff. Die Nation benützte nach Kalousek dieses Mittel, um sich nach den bitteren Erfahrungen mit den ersten fremdstämmigen Königen zu sichern¹⁵⁰.

Bei der Betrachtung der böhmischen und mährischen Verfassung vor dem Umsturz durch die Schlacht am Weißen Berge wird zwischen dem unbegrenzten und dem begrenzten Bereich der königlichen Macht unterschieden, die eine Folgerung des beiderseitigen Vertrages zwischen König und Nation sei. Kalousek hebt die fortschrittliche Kraft, die die von den Königen (selbst vom schwachen Wladislaw) verbotenen Kreistage darstellten¹⁵¹, hervor. Sehr wichtig für die Entfaltung der ständischen Freiheiten sei die Bewilligung der Steuern¹⁵². Dabei betont er die schweren Opfer an Steuern, die die böhmische Krone für die Verteidigung von Ungarn im 16. und 17. Jahr-

¹⁴⁴ Kalousek: Právo 206.

¹⁴⁵ Kalousek: Právo 222.

¹⁴⁶ Kalousek: Právo 170 f.

¹⁴⁷ Kalousek: Právo 229.

¹⁴⁸ Kalousek: Právo 240 ff.

¹⁴⁹ Kalousek: Právo 245 ff. Kalousek erwähnt (S. 246) die Unmöglichkeit der Thronbesteigung des Hauses Wittelsbach oder Wettin im Falle des praktisch undenkbaren Aussterbens des Mannesstammes des Hauses Habsburg-Lothringen (im Jahre 1871). Sein Argument ist jedoch politisch, modern nationalistisch, nicht juristisch.

¹⁵⁰ Kalousek: Právo 248.

¹⁵¹ Kalousek: Právo 294, 309 ff. Es handelt sich um das am 14. Juni 1494 in Kaschau herausgegebene Patent.

¹⁵² Kalousek: Právo 314—321.

hundert gebracht hat; dafür verdiene sie eine der ungarischen Krone ebenbürtige staatsrechtliche Stellung¹⁵³.

Bei der Schilderung des Gesetzgebungsrechtes betont Kalousek, daß der König selbst keine Normen herausgeben konnte, daß sich dagegen die Stände durch einige Landtagsbeschlüsse das Normsetzungsrecht ohne die königliche Sanktion zusprachen¹⁵⁴; die Stände hatten das Recht der Gesetzesinitiative. Das Kriebsrecht gehörte dem König im Einvernehmen mit den Ständen, denn der König konnte bereits nach dem Inaugurationsdiplom König Johanns vom 25. Dezember 1310 die Stände ohne ihre Zustimmung nicht zur Stellung des Landesaufgebots außerhalb des Landes zwingen¹⁵⁵.

Zur Darstellung der Verwaltung in den Städten und auf dem Land übergehend, schickt Kalousek voraus, daß die Regierung in Böhmen und Mähren gewissermaßen einer parlamentarischen Regierung ähnlich gewesen sei und in ihrer Entwicklung zu dieser Form immer mehr hinzielte. Diese Schilderung entspricht zwar im allgemeinen den Tatsachen, verklärt jedoch manche Begebenheiten und beachtet nicht die Tatsache, daß in der jagellonischen Zeit, in der das ständische Element absolut vorherrschend war, eine gewisse, dann freilich überwundene Gefahr eines Bürgerkrieges vorhanden war (1517)¹⁵⁶.

Kalousek findet ein Analogon zum modernen Ministerrat in dem in der böhmischen Hofkanzlei versammelten königlichen Rat, der aus den obersten Landesbeamten und sämtlichen Beisitzern des Landrechtes bestand¹⁵⁷. Die Hofkanzlei hatte zwei Expeditionen gehabt: eine tschechische für Böhmen und Mähren, eine deutsche für Schlesien und die Lausitz. Die Verantwortung, besonders die des Hofkanzlers, war formell und materiell so breit, ähnlich wie die der anderen königlichen Räte, daß der Grundsatz der englischen Verfassung: „The king cannot do any wrong“ materiell tatsächlich galt¹⁵⁸. Die Verantwortung der königlichen Räte fand ihren Niederschlag in dem Amtseid, der die obersten Landesbeamten und Beisitzer des Landrechtes nicht nur zur Treue gegenüber dem Könige, sondern auch gegenüber den Ständen und der ganzen Gemeinschaft des Königreiches Böhmen verpflichtete¹⁵⁹.

Besonders werden von Kalousek die Kautelen gegen eine etwaige Fremdherrschaft hervorgehoben, die sich sowohl in der Forderung, daß nur Einheimische Ämter im Lande bekleiden dürfen, als auch im beharrlichen Drängen der Stände, den Herrscher zum ständigen Aufenthalt in Prag zu bewegen, äußerte. Dabei war das eigentlich bürokratische Element in der Verwaltung

¹⁵³ Kalousek: *Právo* 319. Dieses politische Argument wurde von den Verteidigern des böhmischen Staatsrechts später öfters wiederholt u. zw. auch mit einer Spitze gegen die zisleithanischen passiven Länder. Man versuchte, mit dieser Beweisführung die Änderung der negativen Einstellung der Deutschböhmen zum böhmischen Staatsrecht zu erreichen.

¹⁵⁴ Kalousek: *Právo* 336, 342 f.

¹⁵⁵ Kalousek: *Právo* 344, 351.

¹⁵⁶ Kalousek: *Právo* 345, 351.

¹⁵⁷ Kalousek: *Právo* 375 ff., 383.

¹⁵⁸ Kalousek: *Právo* 377 f.

¹⁵⁹ Kalousek: *Právo* 377 ff.

fast gar nicht vorhanden. Abschließend analysiert er die Gründe des Niederganges des demokratischen Elementes im gesellschaftlichen Leben des Landes, der nach der Niederlage der hussitischen Radikalen im Jahre 1434 begonnen habe und der später in der Unterjochung des Bauerntums unter Wladislaw Jagello besiegelt wurde. Der Bürgerstand sei durch die Niederwerfung des Versuches einer Revolte gegen Ferdinand I. im Jahre 1547 verarmt und in seiner Selbstverwaltung stark beschnitten worden. So habe sich die ständische Verfassung durch die Unterdrückung der repräsentativen und demokratischen Kräfte einer oligarchischen Verfassung genähert¹⁶⁰.

In der Übersicht der Geschichte des böhmischen Staatsrechts in den Jahren 1620—1848 befaßt sich Kalousek sehr eingehend mit der landesherrlichen verfassungsmäßigen Revolution nach 1620, ohne dabei, ähnlich wie alle tschechischen und die Mehrheit der deutschen Historiker und besonders Rechtshistoriker, einen Vergleich mit den üblichen brutalen Methoden der Niederwerfung und Bestrafung von ständischen Revolten anderswo zu ziehen und sich mit der ihnen folgenden revolutionären Neuordnung von oben zu befassen¹⁶¹. Die Absicht Ferdinands II. und seiner deutschen Minister — Kalousek unterschätzt den Einfluß der romanischen Berater Ferdinands II. —, die Rechtsverwirkung durchzusetzen und zu begründen¹⁶², wird breit dargelegt. Dabei wird erinnert, wie man vor dem Königreich, ja vor den böhmischen Räten des Kaisers die revolutionären verfassungspolitischen Absichten verborgen¹⁶³ und sogar formell die Absicht, einen „verfassungsrechtlichen Staatsstreich“ durchzuführen, im Jahre 1623 geleugnet habe¹⁶⁴.

Trotz der revolutionären Oktroyierung der VL und dem revolutionären Umsturz der Verfassung von Böhmen und Mähren habe Ferdinand II. durch die Bestätigung der böhmischen Privilegien vom 29. Mai 1627 sowie der mährischen Privilegien vom 26. Juni 1628 das Staatsrecht und die Unabhängigkeit, Einheit und Selbstberechtigung der böhmischen Krone als eines besonderen Staates vollkommen anerkannt¹⁶⁵. Kalousek geht soweit, daß er beide Bestätigungen so versteht, als ob der König sich das *ius legis ferendae* bloß für das Privatrecht (und dies noch mit Ausnahmen) reserviert hätte und den Ständen das Recht der Zustimmung bei der Gesetzgebung im Bereiche des öffentlichen Rechtes (und einiger Stücke des Privatrechts) zuerkannt hätte¹⁶⁶. Nun schildert er das Steuerbewilligungsrecht, das freilich durch die

¹⁶⁰ Kalousek: *Právo* 383 ff.

¹⁶¹ Diese Revolutionen und Staatsstreich von oben waren im Zeitalter des barocken Absolutismus sehr zahlreich, selbst wenn wir uns auf die etwa mit der Schlacht am Weißen Berge gleichzeitigen Ereignisse unter Philipp IV. von Spanien, Ludwig XIII. von Frankreich sowie dem großen Kurfürsten beschränken, ohne die Taten der ständischen revolutionären Gegenseite in England zu verfolgen.

¹⁶² Kalousek: *Právo* 398 f., 410 f., 431 f., 441 ff.

¹⁶³ Kalousek: *Právo* 402, 406, 408 ff. und 433.

¹⁶⁴ Durch eine formelle Relation in die Landtafel im Jahre 1623; Kalousek: *Právo* 415 ff.

¹⁶⁵ Kalousek: *Právo* 454; Toman: *Staatsrecht* 42 f., 224.

¹⁶⁶ Kalousek: *Právo* 461 ff. zitiert nach P. Chlumecky: *Verfassung* 13.

Einführung von indirekten Steuern ohne Zustimmung des Landtages praktisch stark eingeengt wurde¹⁶⁷. Dabei behielten die Stände die Befugnis, bestimmte Gefälle oder Adminicula vorzuschreiben. Der Erlös dieser Gefälle wurde bereits im 17. Jahrhundert im sogenannten Domestikalfond gesammelt, aus dem verschiedene Stände- und Landesbedürfnisse gedeckt wurden. Der Domestikalfond war den absolutistischen Versuchen und Gelüsten der Regierung ausgesetzt, doch gelang es den Ständen, ausgenommen in der Zeit Josephs II., diesen Fond in ihren Händen zu behalten¹⁶⁸. Weiter wird die unter Joseph I. begonnene Arbeit an der Ausarbeitung einer neuen Landesordnung, die eine teilweise Rechtskontinuität mit der Zeit vor der Schlacht am Weißen Berge klar hervortreten läßt, jedoch im Entwurf stecken blieb, hervorgehoben¹⁶⁹.

Kalousek schildert dann die durchgreifende verwaltungsrechtliche Revolution Maria Theresias im Jahre 1749 sowie ihre und ihres Sohnes Joseph II. absolutistische Reformen, welche die böhmischen Länder mit Österreich vereinigten und etwas später auch Galizien eingliederten. So gelangt er zur Thronbesteigung Leopolds II. im Jahre 1790, die Bestrebungen der Stände der böhmischen Länder ausgelöst habe, die früheren Zustände wiederherzustellen¹⁷⁰. Bereits am 9. März 1790 wählte der böhmische Landtag den verstärkten Landesausschuß, der vor allem dem Zweck dienen sollte, die notwendigen Bittschriften aufzusetzen. Die Stände wurden sodann durch das königliche Reskript vom 1. Mai 1790 aufgefordert, ihre schriftlichen Gutachten über drei Fragen einzureichen:

1. über die Neueinführung der früheren Steuern sowie über die Umwandlung der Robot in eine geldliche Abgabe;
2. über die Erneuerung der ständischen Verfassung;
3. über ihre Forderungen betreff der unlängst herausgegebenen bürgerlichen und Strafgesetze, sowie politischen und kameralen Verordnungen.

Die Abfassung dieser Schriften unternahm Freiherr von Macneven, der drei sogenannte Desiderienschriften niederschrieb.

Den Desiderien der Stände kam die Regierung in gewissem Umfang entgegen. Sie setzte das Jahr 1764 fest, über das man bei der Restauration der früheren verfassungs-, verwaltungs- und finanzrechtlichen Zustände nicht zurückgehen sollte. Daher wurden die Bestrebungen der Stände, teilweise sogar die Wiederherstellung der Zustände vor der Schlacht am Weißen Berge zu erlangen, verworfen. So mißlangen auch die Bestrebungen¹⁷¹, den Artikel A 3 der Landesordnung vom Jahre 1564 wieder herzustellen, nach dem die königliche Macht durch Landesrechte und Privilegien beschränkt ist, die der König daher nicht einseitig verändern kann. In der dritten Desiderienschrift wurde

¹⁶⁷ Kalousek : Právo 489.

¹⁶⁸ Kalousek : Právo 488, 503 f., 508, 520.

¹⁶⁹ Kalousek : Právo 493 ff.

¹⁷⁰ Kalousek : Právo 510 f.

¹⁷¹ Kalousek : Právo 527; Toman : Staatsrecht 192, 201, 220 f.

die Forderung hervorgehoben, die tschechische Sprache in den Gymnasien der tschechischen Gegenden einzuführen und diese Sprache mit allen Mitteln zu pflegen¹⁷². Die Regierung machte in dieser Hinsicht wenige Zugeständnisse. Die Kriege mit Frankreich ließen jede Änderung im politischen Bereich zurückstellen und auch nach 1815 war man in Wien wenig geneigt, Reformen durchzuführen. So kann man sich auch die Steuerpolitik der Regierung in dieser Zeit erklären¹⁷³. Kalousek kommt nun über die neuerwachte ständische Opposition bis zum Jahre 1848 und damit zum Kabinettschreiben vom 8. April 1848. Im Schlußwort¹⁷⁴ wird dann nochmals die Bedeutung der Krönung hervorgehoben. Diese liefere einen Beweis für das Fortdauern des Elementes der Königswahl und der Annahme des Königs, bestätige die Einheit der Länder der böhmischen Krone sowie die Souveränität dieser Krone und besonders den beiderseitigen Vertrag zwischen König und Nation. Diese Verpflichtungen habe — so schließt Kalousek — der noch lebende Kaiser Ferdinand als König Ferdinand V.¹⁷⁵ von Böhmen im Jahre 1836 auf sich genommen und sie gelten also auch für Franz Joseph I. weiter.

Kalousek hat sein umfangreiches Buch am St. Wenzels-Tag 1871 der Öffentlichkeit übergeben, in einer Zeit, in der die Wogen der staatsrechtlichen Hoffnungen sehr hoch gingen.

Zusammenfassend beurteilt, spiegelt sich die Zeit um 1870 sehr oft in Kalouseks Buch: So in den Abschnitten, die gegen die Habsburger, ihren Absolutismus und ihre zentralisierenden Tendenzen gerichtet sind¹⁷⁶; manchmal in dem Hereintragen der Vorstellungen der Gegenwart in die Vergangenheit, bei der Stellungnahme zum stehenden Heer¹⁷⁷, zur Realisierung etwaiger Möglichkeiten der pragmatischen Sanktion und seiner Einstellung zum deutschen Bund¹⁷⁸, obwohl sich im letzten Falle selbst die erwähnte Deduktion vom 18. Februar 1847, auch nach Kalousek¹⁷⁹, auf die Bundesakte und Wiener Schlußakte beruft.

So hat sich Kalousek einer historischen Beweisführung bedient und zwar in der Art, daß seine Methode manchmal hart daran grenzt, aus in der Vergangenheit geltenden Prinzipien Konsequenzen für die Gegenwart zu ziehen. Trotzdem hat er diese Prinzipien für die Gegenwart nicht formuliert, was ihn in einen gewissen Gegensatz zur berühmten Methode Deáks, die vor ihm als Ideal galt, bringt. Ein direktes Ziehen von Schlüssen und Folgerungen für die Ausgleichsentwürfe vom Jahre 1871 ist kaum wahrscheinlich, obwohl Kalousek bereits vorher eine stark gekürzte Fassung seines Buches herausge-

¹⁷² Kalousek : Právo 533 ff.

¹⁷³ Kalousek : Právo 563.

¹⁷⁴ Kalousek : Právo 586—591.

¹⁷⁵ Kaiser Ferdinand I. starb erst im Jahre 1875 in Prag und wurde trotz seiner persönlichen Unzulänglichkeit tschechischerseits als der letzte gekrönte (1836) König von Böhmen gefeiert. Bilder aus Böhmen. Leipzig 1876, S. 154 f.

¹⁷⁶ Kalousek : Právo 25, 27, 63, 345, 382, 548.

¹⁷⁷ Kalousek : Právo 345.

¹⁷⁸ Kalousek : Právo 63 f.

¹⁷⁹ Kalousek : Právo 576 f.

geben hatte. So bleibt das konkret Moderne etwas entfernt. Wenn man nun die Vorwürfe, die noch vor kurzem gegen Kalousek erhoben wurden¹⁸⁰, prüft, kann man wohl kaum sagen, daß er das Vorhandensein des deutschen Elementes in den Ländern der böhmischen Krone nicht beachtet hätte. Er befaßt sich freilich nicht näher mit dem Stadt-, Bauern- und Bergrecht, was ihm die Notwendigkeit nationalpolitischer Schlußfolgerungen für den damaligen Ausgleich geboten hätte. Man kann auch nicht sagen, daß er dem föderalistischen Aufbau¹⁸¹ des böhmischen Staatswesens, der vielfach durch die Vermischung der Nationalitäten bedingt war, nicht Rechnung getragen hätte. Kalousek erfaßt zwar die Stellung des deutschen Elementes, bezeichnet sie jedoch manchmal nicht ganz richtig als dem alten böhmischen Staatsrecht widersprechend. So hat er ein umfangreiches Werk geliefert, das trotz seiner Gründlichkeit für das Fundament des Programms oder gar der Verfassungsgesetzgebung seiner Zeit zu historisierend war. Daraus erklären wir uns auch, daß in seinem Werk nur ganz schwache Anklänge für ein etwaiges Nationalitätenrecht in Böhmen vorhanden sind.

Die ersten Taten des Ministeriums Hohenwart. Die bedeutendsten Mitglieder des Ausgleichskabinetts Hohenwart, Graf Karl Hohenwart selbst und Professor Albert E. Schäffle¹⁸², waren föderalistisch gesinnt. Hohenwart hatte be-

¹⁸⁰ Stanka, Rudolf: Zum böhmischen Staatsrecht. Mitteilungsblatt des Forschungsinstitutes für Fragen des Donaupraumes 2 (August 1955) 24.

¹⁸¹ So Stanka 24: „Man könnte den Bau der böhmischen Krone partikularistisch nennen.“

¹⁸² Graf Hohenwart war Minister des Innern und Vorsitzender des Ministerrates (nicht direkt Ministerpräsident), Schäffle war Handelsminister und mit der Verwaltung des Ackerbauministeriums betraut. Von den beiden tschechischen Ministern war nur der Kultus- und Unterrichtsminister, Josef Jireček, Anhänger des böhmischen Staatsrechtes, nicht jedoch Professor Karl Habietinek. Sehr bald abseits, wenn nicht geradezu dagegen, stand der zentralistische Josephinist Freiherr Ludwig von Holzgethan. Dagegen verfolgten die Linie des Kabinetts der Landesverteidigungsminister Generalmajor Freiherr von Scholl und der später ernannte galizische Landsmannminister Ritter Kasimir von Grocholski. Über das Kabinett Hohenwart: Wien, Verwaltungsarchiv, Lagebericht, wahrscheinlich im Spätsommer 1871 von Hohenwart und Schäffle verfaßt.

Fischer, Eric: New Lights on German-Czech Relations in 1871. Journal of Modern History 14 (1942) 185 f.; Czedik, Alois Freiherr von: Zur Geschichte der österreichischen Ministerien 1861—1916. Bd. 1. Wien 1917, S. 185; Rosler: Ministerium 32; Ruso: Schäffle 65 ff.; Schenk-Sudhof: Hohenwart 45; Spitz, Georg H.: Graf Hohewart's Fundamentalartikel und sein Kampf mit Beust. Rückblick bis zur Bildung des Ministeriums Hohenwart. Phil. Diss. Wien 1924, S. 45; Büchsel: Fundamentalartikel 24 f.

Über Hohenwart selbst Fischer: New Lights 181 f.; Ders.: The Negotiations for a National Ausgleich in Austria in 1871. Journal of Central European Affairs 2 (1942) 136, 139 f.; Büchsel: Fundamentalartikel 11; Schäffle: Leben II, 10 f.; Schönborn, Friedrich Graf: Biographisches Jahrbuch und Deutscher Nekrolog. Bd. 4, S. 90; Rogge, Walter: Österreich von Világos bis zur Gegenwart. Bd. 3. Leipzig-Wien 1873, S. 391 ff.; Schenk-Sudhof: Hohenwart 2 ff.; Denis, Ernest: La Bohême depuis la Montagne-Blanche. Paris 1903, Bd. 2, S. 527 f.; Penížek, Josef: Von einem toten Ausgleich. Österreichische Rundschau 33 (1912) 257.

reits im März 1870, als er als Ministerkandidat für die Regierung Potocki in Betracht gezogen wurde, eine Denkschrift über die „Innere Politik“ ausgearbeitet, deren Gedanken bereits in den geschilderten, von Helfert organisierten, Wiener Konferenzen in das Konferenz-Elaborat übernommen wurden. Weiter gab Graf Hohenwart in seinem Schreiben vom 26. Juni 1870¹⁸³ an den damaligen Statthalter von Böhmen, den Fürsten Alexander von Dietrichstein-Mensdorff, ein gedrängtes Bild seiner Gedanken. Hohenwart lehnte in beiden Schriftstücken und in einer besonderen Denkschrift¹⁸⁴ die Einführung direkter Wahlen für den Reichsrat, als „dem österreichischen Staatsprinzip zuwiderlaufend“¹⁸⁵, ab. Der Reichsrat ist nach Hohenwart nicht für eine Verfassungsänderung kompetent, denn die Landtage üben dieses Recht (durch die Wahl der Reichsratsabgeordneten) als Mandatare ihrer Länder, aus. Hohenwart geht freilich, um seine Ansicht zu stützen, nicht weiter als zum Oktoberdiplom zurück.

Vom Gesichtspunkt des böhmischen Staatsrechtes gesehen, entspräche diese Delegation der Reichsratsabgeordneten aus den Landtagen dem böhmischen Staatsrecht nur dann, wenn die ganze böhmische Delegation im Reichsrat — gebunden an die ihr vom Landtag gegebenen Weisungen — als eine Einheit abstimmen könnte, ohne befürchten zu müssen, von den Vertretern anderer, nichtböhmischer Länder überstimmt zu werden. Ansonsten befürwortete die Denkschrift Hohenwarts in dem Abschnitt über die „Innere Politik“ die Erweiterung der Autonomie der Landtage und ganz besonders die Entfaltung der Selbstverwaltung in den Bezirken, sowie die Wählbarkeit des Bezirksvorstandes. Hohenwart verlangte jedoch ausdrücklich sowohl die Durchführung dieser Reformen im Rahmen der bestehenden zisleithanischen Verfassung, als auch deren relativ gleichmäßige Durchführung in allen Kronländern, um die etwaige Begehrlichkeit einzelner Nationen, weitgehendere Forderungen aufzustellen, im Keime zu ersticken. Es ist also offenbar, daß der Vorsitzende des neuen Ministeriums, Graf Hohenwart, am Anfang seiner Ministertätigkeit nicht entschlossen war, im Rahmen der zisleithanischen Rechtsordnung eine Sonderrechtsordnung (das böhmische Staatsrecht) anzuerkennen, geschweige denn ein stark abgesondertes Staatswesen *sui generis* aufzubauen.

Von Schäffle stammt — abgesehen von den drei anderen nicht erhaltenen Denkschriften — ein Spezialprogramm, das Richtlinien für die Arbeit des Ministeriums Hohenwart enthielt¹⁸⁶. Dieses Programm empfahl vor allem die Verabschiedung des Haushaltes und die Einberufung der Landtage, denen Gesetzentwürfe eines Nationalitätengesetzes — in Ausführung von Art. 19 des

¹⁸³ Text: Molisch, Paul: Briefe zur deutschen Politik in Österreich von 1848—1918. Wien-Leipzig 1934, S. 148—151.

¹⁸⁴ Wien, Verwaltungsarchiv, Hohenwart Nachlaß. Über die Kompetenz des Reichsrates bezüglich der Wahlreform (von Hohenwart selbst geschrieben).

¹⁸⁵ Molisch: Briefe 151.

¹⁸⁶ Dieses Spezialprogramm wurde am 21. November 1870 dem Kaiser übergeben. Wien, Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Geheimakten der Kabinettskanzlei, Karton 18. Abgeschrieben bei Russo: Schäffle 163—167.

Staatsgrundgesetzes Nr. 142/1867 — und eines Gesetzes zur Revision der Landtags-Wahlordnung vorgelegt werden sollten. Sollte nun der Reichsrat die Steuerbewilligung verweigern, dann wären sowohl der Reichsrat als auch die Landtage aufzulösen. Man sollte ganz verfassungsmäßig vorgehen. Die Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung nach § 11 des Staatsgrundgesetzes Nr. 141/1867 sollte nicht direkt eingeengt werden, da die vorbereitete Einräumung des Gesetzvorschlagsrechts der Landtage dem Reichsrat an gesetzgebender Autonomie reell mehr gewähre, als — wie Schäßle meint — irgendwelche ohnehin zu endlosen Zuständigkeitsstreitigkeiten hinführende Abspaltung von der erwähnten Reichsgesetzgebungszuständigkeit je zu gestatten vermöchte. Im einzelnen könnte man allerdings einige Detailregelungen aus der normativen Reichsgesetzgebung in die ausführende Landesgesetzgebung übertragen.

Außerdem sollte man eine Autonomie in folgenden Bereichen gewähren:

- 1) Verantwortlichkeit der Statthalter vor den Landtagen für Einhaltung der Landesgesetze, Berufung von Länderkommissionen in den Rat der Krone.
- 2) Krönungspakte (welche ein Symbol vollzogener Ausgleichs seien, nicht aber ein Mittel für unsichere Experimente).

Beide Zugeständnisse könnten zwar innerhalb der näher bezeichneten Grenzen eingeräumt werden, müßten jedoch als wirksamstes und äußerstes Gegenanerbieten für eine allseitige Anerkennung des Verfassungsrechtes in *Reserve gehalten* werden. Der Statthalter sollte lediglich rechtlich verantwortlich sein, nicht jedoch im Geiste parlamentarischer Parteiregierung den Landtagen gegenüber¹⁸⁷. Die Kompetenz der Länderminister dürfe die Gesamtfunktion einzelner — zisleithanischer — Ressortministerien (Inneres, Justiz, Unterricht usw.) nicht ganz absorbieren, sondern nur die autonome Landesgesetzgebung und Landesverwaltung zum unmittelbaren Objekte und die Reichsverwaltung der Kronländer zum Gegenstand der Mitwirkung haben. Die Länderminister könnten an den Ministerratssitzungen mit Stimmrecht teilnehmen. Vereinigungen von Landtagen oder Statthaltereien mehrerer Kronländer zu je einem einzigen Kollektivorgan, außer für Krönungsakte, blieben ausgeschlossen.

Weiter empfahl Schäßle zahlreiche volkswirtschaftliche und soziale Reformen, wie eine Eisenbahn-Tarifreform, ein Genossenschaftsgesetz, Ausdehnung des Bahn- und Telegraphennetzes, Hebung der Urproduktion wirtschaftlich zurückgebliebener Länder, Reform des Hypothekenrechtes, des Grundbuchwesens und einiger Teile des Obligationsrechtes, eine Behandlung der Arbeiterfrage nach den in den industriell fortgeschrittensten Ländern bewährten Grundsätzen und Erfahrungen, eine strengere Einhebung der Einkommen-

¹⁸⁷ Dies entsprach der sehr kühlen Einstellung des Kaisers Franz Joseph I. zum parlamentarischen Regierungssystem. — *Fellner, Fritz: Kaiser Franz Joseph und das Parlament. Materialien zur Geschichte der Innenpolitik Österreichs in den Jahren 1867—1873. Mitteilungen des österreichischen Staatsarchivs, Bd. 9. Wien 1956, S. 341—47. Büchsel: Fundamentalartikel 31; die Hypothese von Büchsel wird von Kalousek: Právo 351 bestätigt.*

steuer sowie eine Reform der Zucker- und Branntweinbesteuerung im Einklang mit Ungarn.

In der Schulpolitik sollten die neuen konfessionellen Gesetze taktvoll durchgeführt werden und für jede bedeutende Nationalität eigene Kulturmittelpunkte innerhalb des Reiches entwickelt werden, um der ausländischen Propaganda nachdrücklich zu begegnen. Zuletzt befürwortete Schöffle eine auswärtige Politik der Monarchie, die auf die gleichmäßige Freundschaft zu allen auswärtigen Staaten aufgebaut wäre, da jede einseitige Freundschaft der Monarchie auf bestimmte Nationen im Inneren der Monarchie abstoßend wirke.

Vom Gesichtspunkt des böhmischen Staatsrechtes ist dieses Spezialprogramm Schöffles äußerst aufschlußreich. Die Tatsache, daß die Krönungsakte als Symbol eines festen und wohl auch klar umgrenzten Ausgleiches, nicht jedoch als Mittel zu unbegrenzten Experimenten, und zusammen mit der juristischen Verantwortlichkeit der Statthalter dem Landtag gegenüber als äußerste Gegenangebote für die definitive Anerkennung der geltenden Verfassung betrachtet werden, beweist, daß der sozialreformerische Föderalist Schöffle zurückhaltend zum böhmischen Staatsrecht eingestellt war¹⁸⁸. Weiter wollte Schöffle die Krönungs-Pacta conventa klar umschreiben und in die zisleithanische Rechtsordnung einfügen, so daß die etwa reformierten österreichischen Verfassungsgesetze den böhmischen Verfassungsgesetzen (einer etwa reformierten Landesordnung und etwaigen anderen in den Krönungspakt eingefügten qualifizierten Gesetzen) übergeordnet wären und die erwähnten böhmischen Gesetze ihre Rechtskraft von den österreichischen Verfassungsgesetzen ableiten würden. Der Vorbehalt gegen die Krönungspakte, sie nicht als Mittel für Experimente zu betrachten, ist wohl gegen mangelhaft umschriebene Krönungspakte gerichtet, nach denen man etwa in der Art der Deklaration von 1868 die Ausklammerung der böhmischen Verfassungsgesetze aus der zisleithanischen Verfassung und infolgedessen die Koordination des böhmischen mit dem zisleithanischen Rechtssystem versuchen könnte¹⁸⁹.

Materiell ist der Umfang der Zugeständnisse des Schöffleschen Programmes vom Gesichtspunkt der böhmischen staatsrechtlichen Forderungen ziemlich eng. Die Erweiterung der gesetzgebenden Autonomie der Landtage wurde von Hohenwart übernommen. In den Ländern sollte sich aber kein parlamentarisches Regierungssystem entwickeln. Die Länderminister sollten keine allzu breite Kompetenz bekommen, die das zisleithanische Ministerium und seine Mitglieder kompetenzmäßig ausschalten würde. Grundsätzlich beharrt

¹⁸⁸ Schöffle: *Leben I*, 170, 182, 187; *Ders.*: *Kapitalismus und Sozialismus mit besonderer Rücksicht auf Geschäfts- und Vermögensformen*. Tübingen 1870, S. 295; Büchsel: *Fundamentalartikel* 12 ff.; Mogi, Sobei: *The problem of Federalism II*, London 1931, 641—654; *Ruso*: Schöffle 27 f.

¹⁸⁹ Wenn man diesen Gesichtspunkt kritisch wertet, kann man Schöffle kaum als einen Politiker mit mangelhaften Kenntnissen des österreichischen Problems erklären, wie dies Büchsel: *Fundamentalartikel* 11 ff., 71 f. tut. Sein Programm ist sicher über-optimistisch angehaucht, doch nicht ignorantisch zu nennen.

also Schäfte bei der mariatheresianischen österreichisch-böhmischen Verwaltungsvereinigung von 1749. Besonders wichtig ist die Ablehnung der Vereinigung der Landtage oder der Statthaltereien der böhmischen Krone zu einem einzigen Kollektivorgan — Generallandtag oder Länderministerium für die ganze böhmische Krone mit Ausnahme des in dieser Hinsicht mehr formellen Krönungsaktes. Die Beschränkung der Verfassungsreform auf die einzelnen Kronländer widersprach der Doktrin vom böhmischen Staatsrecht und näherte sich mutatis mutandis dem Verfassungszustand bei der letzten Königskronung im Jahre 1836.

In seinen ersten öffentlichen Erklärungen trat das Ministerium Hohenwart der Frage einer weitgehenden Erweiterung einer Länderautonomie fast noch zurückhaltender gegenüber. Diese Richtung wurde ihm freilich bereits durch das kaiserliche Ernennungshandschreiben vom 4. Februar 1871 vorgeschrieben, in dem der Kaiser „auf dem Boden der von Mir gegebenen Verfassung stehend“¹⁹⁰ diesem das Fortsetzen der Bemühungen, alle zisleithanischen Völker zu einer gemeinsamen verfassungsmäßigen Tätigkeit zu vereinigen, empfahl. Das Regierungsprogramm¹⁹¹ wiederholte diesen Gedanken auf der Basis der Verfassung, deren Kontinuität nicht unterbrochen werden könne, ohne den ganzen öffentlichen Rechtszustand in ein Chaos aufzulösen. Die Regierung wollte den Namen einer wahrhaft österreichischen Regierung verdienen. Weiter wollte die Regierung durch eine Reihe von Vorlagen an den Reichsrat und an die Landtage die Autonomie erweitern. Dabei sollten direkte Wahlen in allen Landtagsgruppen eingeführt und das aktive Wahlrecht ausgedehnt werden. Am 8. Februar 1871¹⁹² erließ Hohenwart auch ein Rundschreiben an die Länderchefs, in dem, ebenso wie im Regierungsprogramm, die Notwendigkeit der Herrschaft des Gesetzes sowie die Unparteilichkeit hervorgehoben wurden. So kann man diese ersten öffentlichen Erklärungen für absolut auf dem Boden der zisleithanischen Rechtsordnung stehend erklären. Die Erwähnung der Versöhnlichkeit gegenüber Vertretungen, die der Vergangenheit angehören, sowie die Gewährung eines freien und weiten Spielraumes allen berechtigten Eigentümlichkeiten kann man nicht als eine etwaige Anerkennung des böhmischen Staatsrechtes betrachten. Erwähnenswert wäre zuletzt das Versprechen der gleichmäßigen intensiven Pflege der Interessen aller Volksstämme.

Im konkreten Bereich legte Hohenwart dem Abgeordnetenhaus am 25. April 1871 einen Gesetzentwurf vor, wodurch im Nachhange zu den §§ 11, 12 und 13 des Grundgesetzes Bestimmungen über die Reichsvertretung vom 21. Dezember 1877 erlassen werden sollten. Dieser Gesetzentwurf, der den früher geformten Ideen Hohenwarts genau entspricht¹⁹³, gab den Land-

¹⁹⁰ Text: Kolmer: Parlament II, 112; der Kaiser versicherte in der Ministerrats-sitzung vom 7. Febr. 1871 den Ministern sein volles Vertrauen und er werde „wenn es zum Kampfe kommt, das Ministerium nicht im Stiche lassen“; Rosler: Ministerium 33.

¹⁹¹ Text: Kolmer: Parlament II, 113—114.

¹⁹² Wien, Verwaltungsarchiv, Nachlaß Hohenwart, Fasc. I, Nr. 88.

¹⁹³ Text: Kolmer: Parlament II, 130—131; dazu Büchsel: Fundamentalarti-

tagen das Recht, in Angelegenheiten, die nach § 11 des erwähnten Gesetzes dem Reichsrate vorbehalten und in § 5 des gegenwärtigen Gesetzes nicht ausgenommen sind, Gesetzesvorschläge zu beschließen, die sodann mit Zustimmung des Reichsrates und nach erfolgter Sanktion des Kaisers für das betreffende Land Gesetzeskraft erlangen sollten (§ 1). Der Reichsrat hätte sich bei diesen Verhandlungen auf die Prüfung zu beschränken, ob das vom Landtage vorgeschlagene Gesetz mit den Interessen des Reiches vereinbar sei oder nicht und hiernach dem Gesetzesvorschlag im ganzen seine Zustimmung zu erteilen oder diesen abzulehnen (§ 3). Ein solches Gesetz könnte nur durch die Reichsgesetzgebung aufgehoben werden. Dieser Gesetzentwurf beließ also die Entscheidung ganz eindeutig der Reichsgesetzgebung und konkretisierte eigentlich nur den § 19 der Landesordnung. Da nach den §§ 2 und 6 nur die Regierung diese Gesetzesvorschläge dem Reichsrate übergeben sollte, bot dieser Gesetzentwurf eigentlich eine breit interpretierte Durchführung der Prinzipien des § 19 der Landesordnungen von 1861. Dem böhmischen Staatsrecht näherte sich dieser Entwurf keineswegs, denn die Landtage bekamen lediglich das Recht, Gesetze vorzuschlagen, über die dann definitiv Vertreter nichtböhmischer Länder mitentschieden. Der Gesetzentwurf wurde von der verfassungstreuen Mehrheit des Abgeordnetenhauses am 9. Mai 1871 abgelehnt. Graf Hohenwart, dessen weitere Gesetzentwürfe über die Erweiterung der Autonomie Galiziens im Sande verlief¹⁹⁴, stand trotz aller Zurückhaltung einer feindlichen Parlamentsmehrheit gegenüber und mußte auf seinen ursprünglichen Plan, die Vertreter des verfassungstreuen Großgrundbesitzes und etwa auch einige weitere Rechtsliberale für die Regierungsmehrheit zu gewinnen, verzichten¹⁹⁵. Dadurch wurde er mehr zu den Rechtsparteien gezogen — also auch zu den radikalen Föderalisten, den Tschechen und den Tirolern — und aus seiner „Zentrumsstellung“ herausgedrängt.

Die ersten Ausgleichsverhandlungen. Die direkten Verhandlungen zwischen dem Ministerium Hohenwart und den Tschechen begannen in der ersten

kel 27 f.; Rosler: Ministerium 52 f.; Rogge: Österreich III, 410 f.; Ruso: Schäffle 79 ff.; Schenk-Sudhof: Hohenwart 47 ff.; Spitz: Fundamentalartikel 53.

¹⁹⁴ Kolmer: Parlament II, 135; der Text der Vorlage über die Erweiterung der Landesautonomie von Galizien daselbst S. 135—137; dazu daselbst S. 137 ff.; Büchsel: Fundamentalartikel 28; Rosler: Ministerium 53; Ruso: Schäffle 80 ff.; Schenk-Sudhof: Hohenwart 50 f.

¹⁹⁵ Hohenwart hoffte etwa ein Viertel bis ein Fünftel der Verfassungspartei zu gewinnen. Zu diesem Zwecke wurde die von Hohenwart zumindest stark beeinflusste Broschüre „Die Verfassungspartei und das Ministerium Hohenwart. Eine politische Studie.“ Wien 1870, herausgegeben.

Hohenwart: Tagebuchaufzeichnungen 24; Fischer: New Lights 185 f.; Ders.: Negotiations 136 f., 143 f.; Ruso: Schäffle 65 ff., 75, 78, 87, 136 f.; Schenk-Sudhof: Hohenwart 41 f., 45 f., 60, 69; Büchsel: Fundamentalartikel 27 f.

Stanislaus Smolkas Brief an Rieger vom 14. März 1871. Text: Heidler: Listaf I, 200; Schäffle: Leben II, 222 f.

Märzhälfte 1871. Die Verhandlungen wurden von seiten der Regierung vom Grafen Hohenwart und von Schäßfle¹⁹⁶ geführt, während die anderen Minister fast gar nicht dazu herbeigezogen wurden und daher auch über diese wenig wußten. Tschechischerseits führten die Verhandlungen fast ausschließlich der Graf Clam, Rieger und der Vertreter Mährens, Pražák, in Wien. Da sich die Verhandlungen ziemlich in die Länge zogen, kam Schäßfle am 15. Mai 1871 inoffiziell nach Prag, wo er auch andere tschechische Führer traf. Schäßfle sandte das Ergebnis seiner Prager Verhandlungen am 18. Mai 1871¹⁹⁷ in einer Denkschrift an den Kaiser. Dank den Randnoten des Kaisers bietet diese Denkschrift ein sehr aufschlußreiches Bild der Einstellung Schäßfles zum Ausgleichsproblem sowie zum böhmischen Staatsrecht.

Schäßfle lehnte danach die tschechische Forderung absolut ab, den Reichsrat durch Streik auch der Polen und anderer Föderalisten ganz zum Stillstand zu bringen, da die Tschechen den Eintritt in den Reichsrat zum Zwecke der legalen Abänderung der Dezemberverfassung im Sinne des staatsrechtlichen Radikalismus der Deklaration ablehnten und mit ihrem Absentismus die Ungültigkeit der Dezemberverfassung beweisen wollten. Im Laufe der Verhandlungen mit Schäßfle hätten jedoch die Tschechen den „Nebel des böhmischen Staatsrechtes“ in konkrete Forderungen aufgelöst und zu einem durchführbaren Programm zerteilt.

Sowohl die staatsrechtlich radikalen Adeligen als auch die national radikalen Jungtschechen und die Alttschechen fügten sich dem von Schäßfle betonten Standpunkt des Kaisers, nur auf verfassungsmäßigem Wege die Verfassungsgesetze zu ändern und erklärten sich zum Zwecke der Verfassungsrevision unter bestimmten Bedingungen bereit, im Reichsrat zu erscheinen. Die Alttschechen wollten im Reichsrat nur abstimmen, nicht diskutieren. Weiter verlangten sie ein feierliches, wohlwollendes Manifest des Kaisers,

¹⁹⁶ Wien, Verwaltungsarchiv, Nachlaß Hohenwart, Biographie S. 25; R u s o : Schäßfle 78 f., 116 f.; S c h e n k - S u d h o f : Hohenwart 53 ff., 60 ff.; T o b o l k a : Dějiny II, 239 f.

¹⁹⁷ Text: Wien, Verwaltungsarchiv, Nachlaß Hohenwart, Fasc. I Nr. 89 und B ü c h s e l : Fundamentalartikel Anhang B, 81—93;

Schäßfle war bei den Verhandlungen das treibende Element. B ü c h s e l : Fundamentalartikel 29; C z e d i k : Geschichte I, 236; D e n i s : Bohême II, 528; T o b o l k a : Dějiny II, 233; Wien Verwaltungsarchiv, Hohenwart: Autobiographie (wohl 1881 geschrieben), S. 29.

Eine Erklärung dafür, weshalb Hohenwart, der erfahrene hohe österreichische Beamte, der das Nationalitätenproblem bis zur italienischen Irredenta kennen gelernt hat (Fiume 1859, Trient 1863) den Schwaben Schäßfle bei den Verhandlungen mit den Tschechen so stark „schalten und walten“ ließ — obwohl er seinen Optimismus gar nicht teilte (Hohenwart: Biographie 26 f.) —, ist nicht leicht. Der von Penžek in seinem Artikel „Von einem toten Ausgleich“ geäußerten Meinung, Hohenwart sei weich und von einer gewissen Passivität gewesen, widerspricht die Energie, mit der Hohenwart die bereits halb verlorene Sache des böhmischen Ausgleichs im Oktober 1871 verteidigte. Eher ist anzunehmen, daß Hohenwart, politisch mit den Tschechen wenig übereinstimmend und eine Linie der „Zentrumsstellung“ anstrebend, dem den Tschechen nächstehenden Schäßfle freie Hand ließ.

das beide Völker ansprechen sollte und dadurch sowie durch administrative Maßnahmen bei der staatsrechtlich radikalen Stimmung der tschechischen Bevölkerung diese für den Reichsrat gewinnen sollte¹⁹⁸. Drittens sollte das Programm der ganzen staatsrechtlichen Aktion genau ausgearbeitet und von beiden Partnern gutgeheißen werden.

Clam verlangte im Namen des Adels, daß die neuen Verfassungsgesetze auch vom Standpunkt des historischen Rechtes besiegelt würden. Zu diesem Zwecke schlug Rieger vor, vor der Krönung etwa den Landtag vom Jahre 1847 zum Krönungsakte einzuberufen, um so alle späteren Normen durch diese „althistorische Sanierung“¹⁹⁹ in das alte böhmische Recht juristisch einzufügen. Dies hätte die Rezeption der revidierten österreichischen und zisleithanischen Verfassungsnormen bedeutet und folgerichtig gesehen auch die rechtliche Gleichstellung des zisleithanischen mit dem böhmischen Rechtssystem. Dazu betonten die Tschechen die Gefahren der Verzögerung des Ausgleiches²⁰⁰ und die Bereitwilligkeit, für ein Nationalitätengesetz nach dem Wunsch der Deutschen zu stimmen.

Im konkreten besprach man die Anerkennung aller unter dem bisherigen Verfassungszustand zustande gekommenen Gesetze und die Hinnahme oder Ratihabition des ungarischen Ausgleiches, inbegriffen die Staatsschuldenregelung. In dieser Frage betonten bisher sowohl der staatsrechtliche Adel als auch die Alttschechen die Gleichberechtigung der Krone Ungarns und Böhmens. Dies hätte, logisch betrachtet, zum Trialismus geführt, der dem ungarischen und zisleithanischen Ausgleichsgesetze vom Jahre 1867 widersprach²⁰¹. Die Tschechen, die in ihrer Abneigung gegen den Dualismus, der nach ihrer Meinung zur Personalunion führen mußte, in Schöffle einen überzeugten Freund fanden²⁰², wollten den böhmischen Ausgleich auch dazu benutzen, um durch dieses Beispiel allmählich auch die unbefriedigten ungarischen Slawen für die Überwindung des Dualismus zu gewinnen. Ebenso wie Schöffle betrachteten sie den Umfang der Zuständigkeit der gemeinsamen Organe nicht als genügend und wollten diesen die Kompetenzfülle laut Art. II des Oktoberdiploms gewähren. Indessen sahen sowohl Clam als auch Rieger die Notwendigkeit ein, die dualistische Ordnung von 1867 anzuerkennen, insofern eben der Ausgleich mit Ungarn faktisch und rechtlich dauern werde. Die Gegenstände des Zoll- und Handelsbündnisses mit Ungarn sollten als enger Bestandteil der Reichsgemeinschaft gesichert werden.

Zu diesen sowohl grundsätzlichen als auch praktisch wesentlichen Probleme-

¹⁹⁸ Bereits Denis ist der Meinung gewesen, das böhmische Staatsrecht sei zum tschechischen Dogma geworden. *La Bohême* II, 523.

¹⁹⁹ Offenbar wollte man die Kontinuität im Sinne der kanonistischen „*Sanatio matrimonii in radice*“ nach dem ungarischen Muster erneuern.

²⁰⁰ Gegen diese Linie verstießen die tschechischen Führer allerdings sehr stark, wie es ihnen eben tschechische Autoren: *F o ř t*, Josef: *Ven z přítmi* [Heraus aus dem Halbdunkel]. Prag 1905, S. 157 und besonders *Penfzek*: *Ausgleich* 261, vorhalten.

²⁰¹ Diese Lösung wäre *de lege ferenda* überhaupt lebensunfähig.

²⁰² *B ü c h s e l*: *Fundamentalartikel* 31; *S c h ö f f l e*: *Leben I*, 204 ff.

men nahm selbst der reservierte Kaiser Franz Joseph in seiner bündigen Art in seinen Randbemerkungen Stellung²⁰³.

Nach den tschechischen Forderungen würden einer zisleithanischen Vertretung, die an Stelle des Reichsrates treten würde, folgende Belange obliegen: Handels- und Staatsverträge, die Militärgesetzgebung, insbesondere Rekrutenbewilligung, alle Gegenstände, die gegenwärtig zwischen Ungarn und Zisleithanien gleichartig behandelt werden: Geld, Münze, Zettelbank, Gewerbeprivilegien, geistiges Eigentum, Kommunikationsanstalten, Maß und Gewicht, Wechselrecht, Handelsrecht und Seerecht sowie Fremdenpolizei, Volkszählung, Freizügigkeit zwischen den Kronländern. Dazu waren die Tschechen bereit, für die nächsten acht Jahre auf die jährliche Rekrutenbewilligung zu verzichten, da die Ausführung des auf 10 Jahre erlassenen Wehrgesetzes von 1868 lediglich als der Exekutive überlassen erklärt wurde. Das Reichsgericht sollte durch ein Schiedsgericht mit engerer Kompetenz ersetzt werden.

Wenn man diese Zuständigkeiten mit dem § 11 des Staatsgrundgesetzes 141/1867 vergleicht²⁰⁴, so würden von der Zuständigkeit des Reichsrates in die Zuständigkeit des böhmischen Landtages übergehen:

- a) Diejenigen Bestimmungen betreff Vorspannleistung und Bequartierung, welche die „Schlagfertigkeit und Einheit der Armee“ etwa nicht beeinträchtigen.
- b) Die Staatsschulden sollten nach einem auf die gegenwärtige Steuerleistung begründeten Schlüssel auf die Kronländer verteilt werden. Die direkte Besteuerung sollte dem böhmischen Landtage obliegen. Der durch indirekte Steuern und Gebühren nicht gedeckte zisleithanische Bedarf sollte auf

²⁰³ Der Kaiser erklärte die Hoffnungen auf die Anziehungskraft eines reformierten Zisleithaniens auf die ungarischen Slawen für falsch und empfahl in diesem Falle Vorsicht. Die etwaige Wiederherstellung des Artikels II des Oktoberdiploms (für das Gesamtreich) betrachtete er als Illusion, notierte zur etwaigen Revision des Ausgleiches von 1867 „dies werde und kann ich nie dulden“, und betonte — wohl an die tschechische Adresse — die Notwendigkeit der vollkommenen Annahme des ungarischen Ausgleichs ohne Hintergedanken. Diese Gedanken des Kaisers sind wohl nicht so sehr durch die josephinistische Erziehung und den Kult der Tat Maria Theresias von 1749, als vielmehr durch die Bindung des ungarischen Krönungseides und den nach den Erfahrungen von 1859 und 1866 resignierten psychologischen Zug zu erklären. Dabei war Franz Joseph zu großen Zugeständnissen den Tschechen gegenüber bereit. In dem ersten, dem Schlusse des Reichsrates folgten Ministerrat hat er den Ministern erneut seine Unterstützung zugesichert und seine Ansprache mit den Worten geschlossen: „Es gibt kein Rückwärts mehr“. So Sch äffle : Leben II, 10. In einer Note an Hohenwart schreibt der von Hohenwart tagtäglich informierte Kaiser: „Geben Sie den Tschechen zu verstehen, daß wir gewillt sind, ihnen bis aufs äußerste entgegenzukommen“ (Schenk-Sudhof : Hohenwart 64). Dabei war der Kaiser keineswegs extrem föderalistisch gesinnt und stets gewillt, in Bezug auf die Wahrung der Länderrechte nur so weit zu gehen, als die äußere Machtstellung und die Gemeinsamkeit der Länder der Monarchie dadurch nicht gefährdet wurde. So Fellner : Kaiser 344; Denis : La Bohême 527; Fellner weist darauf hin, daß der Kaiser eher konservativ als föderalistisch gesinnt war (Fellner : daselbst).

²⁰⁴ Text: Bernatzik : Verfassungsgesetze 394—397.

Kronländer quotiert werden; die Zentralgewalt hätte die Exekutionsbefugnis gegen die Kronländer.

- c) Teile der Gewerbe- und Medizinalgesetzgebung.
- d) Die Unterrichtsgesetzgebung.
- e) Die konfessionelle Gesetzgebung.
- f) Die Justizgesetzgebung sowie die Gesetzgebung über Vereine, Versammlungen und Presse mit Ausnahme der Gesetzgebung über Wechsel-, Handels- und Seerecht. Dabei sollte jedoch die Gleichartigkeit des Zivil- und Strafrechtes durch eine Justizgesetzgebungs-Kommission gewahrt werden. Böhmen erhält einen höchsten Gerichtshof.
- g) Die Gesetzgebung über die Organisation der Gerichts- und politischen Verwaltungsbehörden.

Schäffle berichtet auch über die tschechische Abneigung gegen einen Reichsrat und gegen den Parlamentarismus überhaupt²⁰⁵. Die Tschechen wollten der zisleithanischen Delegation auch noch die Zisleithanien verbliebenen gesetzgebenden Befugnisse übertragen. Der Reichsrat sollte höchstens für die Länder außerhalb Böhmens fungieren, wobei das Herrenhaus noch Funktionen eines Staatsgerichtshofes bekommen sollte. Weiter sollte der böhmische Landesminister als Fachminister für Justiz, Kultus und Unterricht sowie Inneres fungieren, wogegen für ganz Zisleithanien gemeinsam das Finanz-, Handels- und Landesverteidigungsministerium fortbestehen sollten. Im Verhältnis Böhmens zu Mähren und Schlesien nahmen die Tschechen den einschlägigen Teil des Planes Schäffles von 1870 an.

Die nach Schäffles Denkschrift der zisleithanischen Gemeinschaft verbliebenen Belange, die infolge der Anerkennung des ungarischen Ausgleiches als gemeinsame zisleithanische Angelegenheiten anerkannt werden mußten²⁰⁶, erschienen den radikalen Staatsrechtlern unter den Tschechen als ein großes Zugeständnis, ja Opfer. Die militärischen, außenpolitischen und handelspolitischen Zugeständnisse an Zisleithanien hingen mit dem ungarischen Ausgleich eng zusammen und wurden tschechischerseits nicht als ein zu großes Opfer betrachtet, mit Ausnahme der früher erwähnten Verträge über die Gebietsänderungen. Die Zuteilung der später entstandenen Rechtsgebiete, wie des Handelsrechtes, wurde nicht als großer Verlust betrachtet. Sehr charakteristisch war das versteifte Beharren der Tschechen auf der Errichtung des einzigen Landesministeramtes (Landeskanzleramtes), was wiederum die historisierenden Ausgangspunkte dieser Einstellung beweist.

Zu dieser Zeit, am 20. Mai 1871, schlossen die Vertreter der drei tschechischen Richtungen^{206a} in Prag ein Übereinkommen über die Frage der Lega-

²⁰⁵ Büch sel: Fundamentalartikel 89 ff.

²⁰⁶ Krofta, Kamil: Malé dějiny československé [Kleine tschechoslowakische Geschichte]. 2. Aufl. Prag 1937, S. 92 f.; Fořt: Přítomí 138 ff.; Fischer: New Lights 188; Czedik: Geschichte I, 202; Tobolka: Dějiny II, 249.

^{206a} Die dritte Richtung bildeten die staatsrechtlich orientierten Großgrundbesitzer, die jedoch nicht in ihrer Gesamtheit als rein tschechisch betrachtet werden können.

lität des Landtages²⁰⁷. Da der jetzige nach der Vorschrift der Februarverfassung organisierte Landtag als ein provisorisches und nicht rechtmäßiges Gebilde betrachtet würde, sollte er den Ausgleich mit der Krone nur vorbereiten. Er sollte eine neue Landtagswahlordnung beschließen, nach der jedoch nur die Kurien der Landgemeinden und Städte (die Kurie der Vertreter der Handelskammern wollte man aufheben) gewählt werden sollten, während an die Stelle der Kurie des Großgrundbesitzes der historische Landtag vor 1848 und dazu die 12—15 Vertreter des nichtadeligen Großgrundbesitzes nach dem Patent vom 8. April 1848 treten sollten. Diese drei Gruppen würden dann über die Annahme der definitiven Verfassung und des definitiven Ausgleichs beschließen. Darauf sollte die Krönung folgen. Nach dieser sollte die nach der reformierten Wahlordnung neu gewählte Kurie des Großgrundbesitzes an Stelle des historischen Landtages und damit der definitive Landtag ins Leben treten.

Dieses Abkommen ist ein typischer Kompromiß zwischen einer historisch traditionellen Auffassung des böhmischen Staatsrechts, wie sie Graf Clam-Martinic prägte, und der demokratischen, sehr freien Interpretation der staatsrechtlichen Prinzipien der Jungtschechen. Hätte man den Weg der historisch-rechtlichen Kontinuität verfolgt, dann wäre es folgerichtig gewesen, daß vor der Krönung nur der historische Landtag vom Jahre 1847 sein nachträgliches Placet abgibt; denn das Mitstimmen der reformierten Landgemeinden und Städtekurien, die von einem für nicht berechtigt betrachteten Landtag geschaffen würden, wäre widerrechtlich.

Im konkreten hatten die Tschechen vor Beginn der offiziellen Verhandlungen eine sehr optimistische Vorstellung von dem Umfang des Erreichbaren gehegt. Dies war besonders beim optimistisch veranlagten Rieger der Fall, der offenbar in den ersten Junitagen 1871 ein Memorandum an Hohenwart gerichtet hatte²⁰⁸. Dieses Memorandum gibt im ganzen die staatsrechtlichen Argumente Kalouseks wieder und betont den Willen der Tschechen, den ungarischen Ausgleich im ganzen Umfang anzuerkennen, insofern das Selbstbestimmungsrecht der (doppelnationalen) böhmischen Nation beachtet wird. Der Reichsrat als parlamentarische Vertretung wird abgelehnt und gegen ihn der Typus eines delegierten Vertretungsorganes, das mit den Delegationen anderer Länder paktieren, verhandeln und kurienweise abstimmen soll, hervorgehoben. Ein Parlament in Zisleithanien müsse bei der Mehrsprachigkeit des Staates zur Verkümmern jeder Sprache führen, deren Gebrauch und Pflege von der Gesetzgebung sowie vom parlamentarischen und anderen politischen Leben ausgeschlossen wäre. Wenn die persönliche Abstimmung im zisleithanischen Vertretungskörper stattfinden sollte, müßte sie der Steuerkraft und Bevölkerungszahl der vertretenen Kronländer entsprechen^{208a}.

²⁰⁷ Text: *Zeithammer*: Geschichte II, 12—13.

²⁰⁸ Text: *Heidler*: *Listář* I, 223—229 mit dem Datum Wien, 25.—30. Mai 1871; wurde etwas abgeändert bei *Traub*, Hugo: *ČČH* 22 (1916) 124—134 abgedruckt.

^{208a} Diese beiden Prinzipien (Steuerkraft und Bevölkerungszahl) waren in ihrer letzten Konsequenz nicht miteinander zu vereinbaren.

Rieger berührt in diesem Zusammenhang auch die ziemlich selten erwähnte und gar nicht betonte ökonomische oder genauer gesagt steuerpolitische Seite der böhmischen staatsrechtlichen Forderungen. Die Länder der böhmischen Krone sollten fernerhin nicht gezwungen werden, zu Ressorts beizutragen, die von nichtböhmischen Ländern autonom verwaltet würden. Dies sollte jedoch nicht die zurückgebliebenen Reichsgenossen von der nach ihrem eigenen Ermessen zu gestaltenden Hilfe der Krone Böhmen gegenüber ausschließen. Diese nicht ganz folgerichtige Ausdrucksweise Riegers zielt zweifellos gegen die steuerschwachen Länder Zisleithaniens, in erster Linie gegen Galizien, aber auch gegen die Karstländer, besonders Dalmatien. Hier äußerte sich die Schwäche der Bündnisfähigkeit der böhmisch-staatsrechtlich orientierten tschechischen Föderalisten, die nur bis zu einem bestimmten Grade bei ihren Forderungen mit der Unterstützung der Polen und Südslawen rechnen konnten, da diese stets darauf bedacht waren, für ihren finanziellen Bedarf einen gesamt-zisleithanischen Zuschuß (der zum großen Teile aus den böhmischen Ländern kam) zu bekommen²⁰⁹.

Rieger, der im Gegensatz zu Clam darauf bedacht war, die Verbindung zwischen den Ländern der böhmischen Krone durch den Ausgleich zu stärken und zu sichern, regte in dieser Denkschrift aus einem stark historisierenden Ausgangspunkt den Generallandtag der böhmischen Krone²¹⁰ nicht nur zur Krönung an, wie es andere Vorschläge und historische Begründungen befürworteten, sondern auch zur Regelung der Allodifikation der böhmischen Kronlehen, Veräußerung eines Gebietsteiles der Krone, Änderung des Lehensverhältnisses oder der Rückgewinnung der sächsischen Lausitz. Die Verwaltung aller drei Länder der Krone sollte der Hofkanzlei obliegen. Unter dem höchsten Hofkanzler sollten drei Vizekanzler stehen, die mit Rücksicht auf die Kronländer und Nationen ernannt werden sollten.

Rieger fühlte die Problematik des Bestrebens, bei einem konservativ-föderalistischen Ausgleich die Mitglieder des Herrenhauses durch die Aufhebung dieser Kammer zu kränken. Daher schlug er vor, die erblichen Mitglieder mit Zustimmung einzelner Landtage als Virilisten den Landtagen zuzuteilen, oder dem Herrenhause nur eine Ehrenfunktion zu gewähren. Im ganzen lassen Riegers Vorschläge ihre enge Bedingtheit durch die historische Staatsrechtslehre durchblicken. Ihre ganz modern ausgerichteten Teile sind nicht fest umrissen (z. B. Herrenhaus). Die nationale Proportion ist nur angedeutet, nicht jedoch durchdacht umrissen (Vizekanzler).

Graf Hohenwart benachrichtigte den Ministerrat am 5. Juni über die bisherigen Verhandlungen im allgemeinen und erhielt von diesem die Vollmacht, mit den Tschechen offiziell zu verhandeln²¹¹. Er schlug den tschechischen Unterhändlern vor, aus dem umfangreichen Ausgleichsmaterial die wichtigsten prinzipiellen Punkte in einem Gesetzentwurf, ähnlich wie es im Gesetz-

²⁰⁹ Dies war besonders bei den Polen der Fall. Kolmer: Parlament II, 30; Wierer: Föderalismus 99.

²¹⁰ Chlumecky: Verfassung 61.

²¹¹ Rosler: Ministerium 61; Tobolka: Dějiny II, 240.

entwurf über die Erweiterung der Landesautonomie Galiziens zusammengestellt wurde, zusammenzufassen und diesen Gesetzentwurf in den Reichsrat, in den die Tschechen eintreten sollten, einzubringen, und einen Minister ohne Portefeuille für Böhmen mit der gleichen Stellung wie den Minister ohne Portefeuille für Galizien ernennen zu lassen. Nach der Annahme des Gesetzentwurfes im Abgeordnetenhaus mit tschechischer Hilfe sollte die Verfassung umgebildet werden²¹².

Hier erschien also in ziemlich scharfen Konturen das Problem der Taktik bzw. der Opportunität; zuerst Reichsrat oder Landtag? Das bot freilich wiederum eine rechtlich grundsätzliche Parallele: Sollte man die Ausgleichsnormen juristisch zuerst in die zisleithanische oder in die aufzubauende böhmische Rechtsordnung einfügen? Es scheint, daß der Weg über den Reichsrat nicht nur den Ministern, sondern auch Pražák als der sicherere, geringeres Aufsehen hervorrufende erschien. Trotzdem betrat man den durch die radikale Deklaration von 1868 psychologisch bedingten, von Clam und Rieger beharrlich geforderten Weg. Offenbar siegte hier das verführende Beispiel des ungarischen Ausgleiches vom Jahre 1867²¹³. Dabei ist freilich noch daran zu erinnern, daß die formellen Bestimmungen für die Verfassungsänderung im Reichsrat laut § 15 des Staatsgrundgesetzes Nr. 141/1867 bloß eine Zweidrittelmehrheit in jedem Hause des Reichsrates verlangten, während der § 38 der Landesordnung nicht nur die Zweidrittelmehrheit, sondern auch noch das Quorum der Anwesenheit von Dreivierteln aller Abgeordneten für die Verfassungsänderung vorschrieb. Da nun eine mehr als ein Viertel aller Landtagsabgeordneten zählende Minderheit — konkret in Böhmen die Deutschen — das verfassungsmäßige Verabschieden der Verfassungsänderung vereiteln konnte, war die paradox anmutende Situation gegeben, daß man die Legalisierung des erreichbaren Maximums des böhmischen Staatsrechtes eher im zisleithanischen Reichsrat als im böhmischen Landtag durchsetzen konnte.

*Die Entwürfe der Fundamentalartikel*²¹⁴. Graf Clam übernahm nun bei den zu verfassenden Entwürfen die Redaktion der verfassungsrechtlichen Bestimmungen, die nach ungarischem Muster Fundamentalartikel genannt wurden, sowie der Entwürfe des königlichen Reskriptes an den böhmischen Landtag, der Adresse des Landtages an den König, des Majestätsbriefes und des Aktionsprogrammes. Rieger übernahm die nähere Ausarbeitung des von Schäffle vorbereiteten Nationalitätengesetzes, die Regierung schließlich die Ausarbeitung der Landtagsordnung. Daher erhielten die verfassungsrechtlichen und verfassungspolitischen Texte, die der Regierung am 21. Juni vorgelegt wur-

²¹² H o h e n w a r t : Autobiographie 27 f.; dazu K a m e n f ě k : Paměti I, 63 f. Die Tschechen hätten damals 40 von 203 Mitgliedern des Abgeordnetenhauses erlangt.

²¹³ F o r t : Přítomí 157 hält den tschechischen Führern besonders vor, daß sie dem madjarischen Muster im Jahre 1871 „blind“ gefolgt seien.

²¹⁴ Wir gebrauchen hier den Ausdruck „Fundamentalartikel“ als eine nicht ganz genaue und richtige „pars pro toto“, da die Fundamentalartikel der wichtigste Entwurf waren, in dem alle anderen Ausgleichsentwürfe in nuce enthalten waren.

den, eine relativ radikale staatsrechtliche Form und einen Inhalt²¹⁵ derselben Art.

Der Entwurf der Fundamentalartikel²¹⁶ beginnt mit einer historischen Einführung, die bis zur pragmatischen Sanktion zurückgreift und das Oktoberdiplom betont, die These von der mangelhaften Berufung des jetzigen böhmischen Landtages wiederholt und die Notwendigkeit hervorhebt, daß die Länder der böhmischen Krone sowohl dem ungarischen Ausgleich als auch anderen Staatsakten beipflichten. Grundsätzlich also verlangt die Einführung die Gleichberechtigung der Kronen Böhmens und Ungarns.

Im einzelnen war in dem Entwurf vorgesehen, daß Böhmen jene Angelegenheiten, welche durch den ungarischen Gesetzesartikel XII/1867 als gemeinsam erklärt worden sind, als solche anerkennt (Art. I). Weiter werden die Bestimmungen über die Delegationen anerkannt, wobei jedoch die auf Böhmen entfallenden Delegierten unmittelbar durch den Landtag zu wählen sind (III)²¹⁷. In bestimmten Fällen sollen die Delegierten Böhmens bei der Abstimmung eine Kurie bilden (IV) und mit dem ungarischen Reichstage sollen Verhandlungen eingeleitet werden, damit Böhmen „eine seiner Würde, seinem Gewichte und seiner Bedeutung angemessene Stellung eingeräumt werde“ (V). Im finanziellen Bereich anerkennt Böhmen das Abkommen über die Beitragsleistung zum gemeinsamen Aufwand und über das Zoll- und Handelsbündnis für die Dauer, auf welche diese abgeschlossen wurden, wobei die angekündigten Verhandlungen zu einer Abänderung des Bündnisses ehestens eingeleitet werden mögen (VI). Böhmen erklärt sich bereit, mit einer Quote an dem Aufwand für die gemeinsamen Angelegenheiten teilzunehmen (X). Weiter kennt Böhmen das gemeinsame Ministerium an (VII), wobei es dem Kaiser anheimgegeben bleibt, den Beratungen des gemeinsamen Ministeriums Vertreter der Landesministerien beizuziehen (VIII). Die eifersüchtig vom Kaiser gehütete Befugnis über die Leitung, Führung und innere Organisation der gesamten Armee wurde anerkannt (IX).

Nach dem zweiten Teile, in dem die Befugnisse Böhmens gegen jene Zisleithaniens abgegrenzt werden, gehören alle nicht als gemeinsam erklärten Angelegenheiten grundsätzlich der Legislative des Landtages, bzw. der Verwaltung des Landesministeriums an (XI). Besonders interessant durch die Ausdrucksweise ist der Artikel XII, der etwa an die Diktion des Oktoberdiploms erinnert und der den staatsrechtlichen Standpunkt äußert: „Nachdem es jedoch außer jenen als gemeinsam erklärten Angelegenheiten allerdings noch solche gibt, deren gemeinsame Behandlung im Interesse der Monarchie und im Interesse der einzelnen Königreiche und Länder, wenn nicht unbedingt notwendig, so doch ratsam und höchst wünschenswert ist, so erkennt das

²¹⁵ Büch sel: Fundamentalartikel 38 f.; Sch äff le: Leben II, 7 f.; Zeithammer: Geschichte II, 14.

²¹⁶ Text: Zeithammer: Geschichte II, 15—21.

²¹⁷ Dies würde bedeuten, daß der Landtag in Zukunft 15 Delegierte zu wählen hätte, während bisher von den böhmischen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses zehn und vom Herrenhause fünf Delegierte bestimmt wurden.

Königreich Böhmen die Notwendigkeit an, auch für die Behandlung dieser Angelegenheiten Vorsorge zu treffen²¹⁸.“

Für zisleithanisch gemeinsame Angelegenheiten erklärte Art. XIII vor allem jene, welche nach dem § 2 des Staatsgrundgesetzes 146/1867 nach gleichen, von Zeit zu Zeit zu vereinbarenden Grundsätzen zu behandeln sind, weiter Angelegenheiten, welche mit den oben angeführten in Zusammenhang stehen und zwar:

1. Die Gesetzgebung über Monopole und Regalien.
2. Die Gesetzgebung über Telegraphen-, Post- und Eisenbahnwesen.
3. Die Gesetzgebung über Privilegien, Maße und Gewichte sowie über Marken- und Musterschutz.
4. Die Gesetzgebung über Handelsrecht, Wechselrecht und Seerecht.
5. Jene das Militärwesen betreffenden Angelegenheiten, durch welche die Einheit und Schlagkräftigkeit des Kriegsheeres bedingt ist.
6. Finanzangelegenheiten, insoweit diese den Aufwand für die Verwaltung der hier angeführten Angelegenheiten betreffen.

Die Gesetzgebung in den angeführten Angelegenheiten, insofern nicht durch das Abkommen mit Ungarn eine andere Einrichtung getroffen wird, soll auf eine von den zisleithanischen Kronländern gewählte Deputation oder auf die von denselben gewählte Delegation vertragsmäßig übertragen werden (XIV). Die Verwaltung dieser Angelegenheiten wäre an ein zisleithanisches Ministerium, das wie im Memorandum Schöffles aus drei Fachministern und den Chefs der Landesministerien bestehen würde, zu übertragen (XV). An dem zur Verwaltung dieser Angelegenheiten notwendigen, durch die Deputation (Delegation) festzustellenden Aufwande wird Böhmen durch eine zu vereinbarende Quote analog dem Art. X teilnehmen (XVI). Weiter war Böhmen bereit, in Bezug auf Staatsbürger- und Heimatrecht, Paßwesen, Fremdenpolizei, Volkszählung, geistiges Eigentum, Anerkennung von Zeugnissen und akademischen Würden und endlich auf Pflichten und Rechte der Kronländer untereinander mit den übrigen Kronländern Abkommen zu treffen, um eine gewisse Einigkeit der Gesetzgebung über diese Belange zu erhalten (XVII).

Nach dem Entwurf erklärte sich Böhmen schließlich bereit, zur Vereinbarung dieser Fundamentalartikel sowohl mit dem ungarischen Reichstage als auch mit den Vertretungen der übrigen Kronländer durch Deputationen — unter Vorbehalt der Ratifikation durch seinen legalen Landtag — in Verhandlungen einzutreten (XVIII). Zuletzt sollte die Dezemberverfassung laut Art. XIX durch die Annahme und Sanktion dieser Fundamentalartikel für Böhmen aufgehoben werden, während die anderen Gesetze als faktisch geltend anerkannt werden sollten, insofern sie nicht auf verfassungsmäßigem Wege, also nach den Fundamentalartikeln abgeändert würden.

Im Entwurf des Aktionsprogramms vom 20. Juni 1871²¹⁹ wird die Eröff-

²¹⁸ Ähnlich klingt der Abs. 2 des Art. III; Text: Bernatzik: Verfassungsgesetze 226—227.

²¹⁹ Text: Zeithammer: Geschichte II, 21—22.

nung des böhmischen Landtages durch ein entgegenkommendes kaiserliches Reskript, das in passender Weise das böhmische Staatsrecht anerkennen soll, vorbereitet. Das Reskript soll durch eine Adresse mit beigelegten Entwürfen der Fundamentalartikel vom Landtag beantwortet werden. Dann soll der bereits erwähnte Krönungslandtag einberufen werden, der mit einer Thronrede eröffnet wird und dem die vom bisherigen provisorischen Landtage ausgearbeiteten Entwürfe zur Annahme vorgelegt werden. Nach der Annahme der Entwürfe soll der vom König auszustellende Majestätsbrief verkündet werden, welcher die Grundlage des Königseides bilden soll und in dem die Ausgleichsgesetze aufgenommen und qualifiziert sanktioniert werden sollen. Darauf soll die Huldigung folgen und der Hofkanzler sowie über seinen Vorschlag die böhmische Regierung ernannt werden. Am Tage nach der Huldigung soll die Krönung stattfinden, worauf der Krönungslandtag geschlossen und der ordentliche Landtag einberufen werden soll. Mähren und Schlesien sollen zur Teilnahme am Huldigungs-Landtag und der Ausstellung des Reverses, durch das die Selbständigkeit dieser Länder nicht präjudiziert werde, aufgefordert werden. Sämtliche Punkte des Aktionsprogramms sollten ein untrennbares Ganzes bilden und sowohl die Regierung sollte sich für deren Sanktion einsetzen als auch die tschechischen Vertreter für deren Annahme durch den böhmischen Landtag. Dabei wollten die tschechischen Vertreter für wesentliche Konzessionen in den Fundamentalartikeln nur dann eintreten, wenn ihnen die Einberufung des Krönungs-Landtages und die Erlassung des entworfenen Majestätsbriefes zugesichert würde.

Graf Clams rechtlich-historischer Ausgangspunkt in allen von ihm ausgearbeiteten Entwürfen ist die Gleichberechtigung der Krone Böhmens und Ungarns. In Anbetracht der Deklaration von 1868 wäre daraus eigentlich die Forderung eines trialistischen Umbaus der Verfassung der Gesamtmonarchie die logische Folgerung gewesen. Der rigide Staatsrechtler Clam stand jedoch vor der Tatsache des legalisierten ungarischen Ausgleiches vom Jahre 1867 und seiner dualistischen Ausdrucksweise von den „übrigen Ländern S. Majestät“²²⁰. Diese Tatsache ließ für Böhmen nur eine subdualistische Lösung übrig, da für einen Trialismus weder die Madjaren und Deutschliberalen noch die föderalistischen Verbündeten der Tschechen (Polen, Alpendeutsche) entschlossen waren und da der Kaiser und seine Regierung die Notwendigkeit des verfassungsmäßigen Weges stets hervorgehoben hatten. Daher versuchte Clam die subdualistische Lösung mit trialisierend anmutender Redeweise annehmbarer darzulegen und darüber hinaus — wie aus den einzelnen Bestimmungen des Entwurfes zu ersehen ist — manch trialistische oder mindestens trialisierende Bestimmung in den Entwurf aufzunehmen. Aus dieser Einstellung erklären wir uns bereits die einleitenden Worte fast zu jedem

²²⁰ Es wäre hervorzuheben, daß der ungarische Gesetzesartikel XII/1867, § 5 (Text: Bernatzik: Verfassungsgesetze 332—333) sogar von diesen übrigen Ländern sagt, sie wären früher absolutistisch regiert gewesen. Man wiederholte gewissermaßen die Redeweise der ungarischen Gesetze von 1790—91, daß Ungarn nicht „ad normam aliarum provinciarum“ regiert werden soll.

Fundamentalartikel „das Königreich Böhmen . . . erkennt“, „ . . . erklärt sich bereit . . .“, „ . . . anerkennt“.

Wenn wir nun einzelne Bestimmungen analysieren, sehen wir die Forderung der Gleichberechtigung beider Kronen klar im Art. I, sowie im Art. V, in denen man die direkten Verhandlungen mit Ungarn rechtlich sichern will, geäußert. Das äußere staatsrechtliche Prestige wird auch bei den Bestimmungen über den finanziellen Ausgleich gewahrt (Art. VI, X), in denen man die eigentlich trialistische Quote übernimmt. Bezeichnend für die Fundamentalartikel sind die nicht wenigen nichtjuristischen politischen, sowohl ideologischen als auch praktischen Erwägungen, die freilich in den Gesetzen der früheren, ständischen sowie der barock-absolutistischen Zeit und in geringerem Ausmaß auch noch in aufklärerischen Normen ebenfalls vorkommen, um dann im Oktoberdiplom ihren letzten österreichischen Niederschlag zu finden und die in dem ungarischen Gesetzesartikel XII/1867 besonders zahlreich waren. Diese Erwägungen sind besonders im Art. XII enthalten, der eigentlich äußerlich widerrufliche Konzessionen der im Sinne der Deklaration vom Jahre 1868 abgelehnten zisleithanischen staatlichen Einheit in trialisierender Redensart zu bieten scheint. Eine Folge des im Art. XII betonten radikal-staatsrechtlichen Prinzips, das die Einfügung der böhmischen Krone in ein nichtungarisches Staatswesen eigentlich ablehnt, ist der Art. XIII, der bestrebt ist, als zisleithanisch-gemeinsame Angelegenheiten nur diejenigen anzuerkennen, die mit den mit Ungarn gemeinsamen Angelegenheiten in Verbindung stehen. Daher werden in den einleitenden Sätzen bestimmte Angelegenheiten als notwendige Folge des ungarischen Ausgleiches — fast entschuldigend — dargestellt.

Die Gesetzgebung für die zisleithanischen Länder soll wiederum in trialisierendem Sinne auf die zisleithanische Delegation oder gar Deputation übertragen werden, in der man kurienweise abstimmen sollte²²¹. Sehr charakteristisch ist die Vorschrift des Art. XIV, dem sich auch Art. XVI und XVIII nähern, daß diese Kompetenz auf die Delegation oder Deputation *vertragsmäßig* übertragen werden soll. Damit wird die Selbständigkeit Böhmens zweimal (Kurie, Vertrag) unterstrichen. Man wollte hierdurch sicherstellen, daß kein wirklicher Ansatz zu einem zisleithanischen Parlament, das man doch bei einer subdualistischen Lösung nach dem Muster der Vertretung Kroatiens im ungarischen Reichstag hätte ertragen können, gebildet wird. Selbst die notwendige Einheitlichkeit in der Gesetzgebung in manchen Belangen (Art. XVII) sollte vertraglich, also trialisierend, nicht jedoch parlamentarisch (subdualistisch) garantiert werden. Ganz besonders offensichtlich kommt die trialistische staatsrechtliche Einstellung des Grafen Clam im Art. XVIII zum Vorschein, nach dem die böhmische Deputation auch mit dem ungarischen Reichstag — also trialisierend — verhandeln sollte. Der Vorbehalt der Rati-

²²¹ Das würde praktisch bedeuten, daß der Standpunkt der tschechischen Mehrheit als Standpunkt der ganzen böhmischen Delegation gelten würde, während das Votum der deutschböhmischen Minderheit keine praktische Bedeutung in den Delegationen hätte.

fikation dieser Verhandlungen durch den böhmischen Landtag ist ganz unzweideutig radikal staatsrechtlich und direkt trialistisch, denn hier werden der böhmische Landtag und der ungarische Reichstag als koordinierte Körper aufgefaßt. Der Art. XIX über die Beseitigung der Dezemberversfassung übernimmt in radikaler Weise die ungarische rechtliche Einstellung nicht nur zu den gesamtösterreichischen Staatsgrundgesetzen aus den Jahren 1848—1865, sondern auch die ungarische Qualifikation aller anderen in der eben erwähnten Zeit erlassenen Gesetze als bloß faktisch geltende Normen. Der Entwurf des staatsrechtlichen Aktionsprogrammes bietet ein sehr deutliches Bild des verwickelten Charakters des Programmes. Die drei verschiedenen Landtage (provisorischer, Krönungs-, definitiver) sprechen am besten dafür. Dabei übergeht das Programm vollkommen die Wahrscheinlichkeit des möglichen Auszuges der deutschen Minderheit aus dem böhmischen oder mährischen Landtage, deren Folgen vom legalen Standpunkt ebenso schwierig sein konnten, wie eine eventuelle ablehnende Haltung Schlesiens. Dies waren Möglichkeiten, die bei der langen parlamentarischen Absenz der Tschechen durchaus im Bereich des wahrscheinlichen lagen²²² und kaum durch den Beschluß eines Krönungslantages zu beheben gewesen wären.

Die tschechischen Vorschläge wurden, besonders vom Grafen Hohenwart, als sehr radikal betrachtet²²³ — Schäffle nahm die tschechischen Entwürfe entgegenkommender an —, und die Verhandlungen mit den staatsrechtlich unnachgiebigen Tschechen, besonders mit dem Grafen Clam²²⁴, drohten mehrmals zu scheitern. Erst nach dem Ende der Session des Reichsrates (am 10. Juli) bekamen die drei tschechischen Unterhändler am 1. August die Gegenvorschläge der Regierung.

Nach diesen Gegenvorschlägen wäre nach der Eröffnung des böhmischen Landtages ein kaiserliches Reskript²²⁵ an diesen zu richten, das die reservierte Anerkennung des böhmischen Staatsrechtes aussprach: „ . . . erkennen wir gerne die Rechte dieses Königreiches an und werden diese Anerkennung mit Unserem Königeide erneuern. Wir können Uns aber dem entgegen auch nicht den feierlichen Verpflichtungen entziehen, die Wir Unseren übrigen Königreichen und Ländern gegenüber durch Unser Diplom vom 20. Oktober 1860, sowie durch die Staatsgrundgesetze vom 26. Feber 1861 und vom 21. Dezember 1867, endlich den Unserem Königreiche Ungarn geleisteten Krönungseid eingegangen sind.“ Weiter folgt die Aufforderung an den Landtag, das Ausgleichswerk „im Geiste der Mäßigung und Versöhnung“ zu beraten und den Reichsrat zu beschicken, um den Verfassungstreit verfassungsmäßig zu

²²² Das Faktum der achtjährigen Dauer der Absenz der Tschechen vom Reichsrat sowie das sich immer schärfer gestaltende Verhältnis zwischen Regierung und Verfassungspartei beweisen — so glauben wir —, daß unsere Erwägungen projiziert in den Frühling und Sommer 1871 keine „vaticinatio ex eventu“ sind.

²²³ Hohenwart: Biographie 29 f.; Büchsel: Fundamentalartikel 40 f.

²²⁴ Hohenwart: Biographie 25 f., 28 f.; Penfík: Ausgleich 257 f.; Tobolka: Dějiny II, 242; dieser hält Clam, kaum mit Recht, für gemäßigter als Rieger.

²²⁵ Text: Zeithammer: Geschichte II, 23—25.

beenden. Zuletzt wird betont, daß die Regierung dem Landtag eine neue Landtagswahlordnung und ein Gesetz zum Schutze beider Nationalitäten vorzulegen hat.

Dieser Entwurf eines Reskriptes ist deshalb wichtig, da er den Standpunkt des Kaisers und der Mehrheit der Regierung²²⁶ zum Ausgleich sowie besonders zum böhmischen Staatsrecht in einer gedrängten Form ausspricht, die dann auch später veröffentlicht wurde²²⁷. Nun ist vor allem interessant, was in erster Linie nach diesem Entwurf gelten soll. Die Worte „Wir können Uns . . . nicht entziehen“ deuten ganz klar darauf hin, daß die Staatsgrundgesetze von 1860, 1861 und besonders 1867, sowie die durch den ungarischen Krönungseid gesicherten ungarischen Verfassungsgesetze, besonders der praktisch wichtige G. A. XII/1867 die primär geltenden Normen sind. Allerdings können diese Verfassungsnormen abgeändert werden, jedoch nur auf verfassungsmäßigem Wege. Im Rahmen dieses Gesetzes gelten die Normen des böhmischen Staatsrechtes, deren Anerkennung nun mit dem Krönungseid erneuert werden soll. Dies bedeutet grundsätzlich, daß die erwähnten böhmischen Ausgleichsvorschriften ihre juristische Geltung von der zisleithanischen Rechtsordnung ableiten, da sie in diese eingefügt werden. Das Reskript wäre also weder mit der Deklaration von 1868 noch mit zahlreichen erwähnten inhaltlich trialisierenden oder gar trialistischen Bestimmungen in den Entwürfen des Grafen Clam zu vereinbaren, ja es war ihnen vielfach entgegengesetzt.

Dieses Reskript sollte vom Landtag mit einer Adresse beantwortet werden, die die staatsrechtliche Einstellung zur Legalität des Landtags wiederholen sollte und deren Beilage die Fundamentalartikel sein sollten. Der Entwurf der Fundamentalartikel der Regierung²²⁸ erklärt die Zustimmung Böhmens zum ungarischen Ausgleich (I) und erkennt damit die beiden Ausgleichsgesetze an (II) unter der Bedingung der Wahl der böhmischen Delegierten durch den Landtag (III). Böhmen erkennt die Abkommen über die finanzielle Beitragsleistung zu dem gemeinsamen Aufwand im Umfang des Art. VI des Entwurfes von Clam sowie die Abkommen über die Gebarung der konsolidierten Staatsschuld (IV) an. Im zisleithanischen Bereich wiederholt Art. V den Art. XI, der Art. VI den Art. XII von Clam. Der Umfang der gemeinsamen zisleithanischen Angelegenheiten wurde durch den Art. VII gegenüber dem Clamschen Art. XIII ganz beträchtlich erweitert, da man noch für gemeinsam erklärte (Art. VII C):

1. Die Prüfung und Genehmigung jener Staatsverträge, die das Reich oder dessen Teile belasten oder eine Gebietsänderung derselben zur Folge haben.

²²⁶ Mit Ausnahme von Finanzminister Holzgethan.

²²⁷ Der Text des definitiven Reskriptes vom 12. September 1871: Bernatzik: Verfassungsgesetze 1091—1092; Srb: Dějiny 329—330; Zeithammer: Geschichte II, 53—55; dazu Rosler: Ministerium 78, 81, 84 ff.; Ruso: Schäffle 114; Schäffle: Leben II, 33; Schenk-Sudhof: Hohenwart 72f.; Wertheimer, Eduard von: Graf Julius Andrássy. Sein Leben und seine Zeit. 1. Bd. Bis zur Ernennung zum Minister des Äußeren. Stuttgart 1910, S. 570.

²²⁸ Text: Zeithammer: Geschichte II, 25—28.

2. Die Gesetzgebung über Staatsbürger- und Heimatrecht, über Paßwesen und Fremdenpolizei sowie über die Volkszählung.
3. Die Gesetzgebung über das Strafrecht.
4. Die Gesetzgebung über jene Gegenstände, welche sich auf Pflichten und Verhältnisse einzelner Länder untereinander beziehen.
5. Änderung des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, über das Reichsgericht, über die richterliche Regierungs- und Vollzugsgewalt.
6. Die Gesetzgebung betreffend die Form der gemeinsamen Angelegenheiten.

Böhmen erklärte weiter seine Zustimmung, daß, sofern nicht durch das Abkommen mit Ungarn eine andere Einrichtung getroffen wird, die Gesetzgebung in den im Art. VII angeführten Angelegenheiten durch die vereinigten Deputationen der Landtage der zisleithanischen Kronländer und durch ein durch den Kaiser berufenes Herrenhaus ausgeübt werde (VIII). Böhmen wird im Rate der Krone durch einen Minister, dem die oberste Verwaltung des Königreiches überwiesen wird, vertreten. Um eine legale Vertretung von Böhmen zu erzielen, müssen in Verbindung mit den nach der neu entworfenen Wahlordnung zu wählenden, auch die bisherigen staatsrechtlichen Vertreter zu einem Krönungslandtage berufen werden.

Der Entwurf der Fundamentalartikel der Regierung ist vor allem bestrebt, jede Änderung der Bestimmungen des ungarischen Ausgleichs zu vermeiden. Lediglich die direkte Wahl der böhmischen Delegierten durch den Landtag widerspricht dem Ausgleichsgesetz § 19 des G.A. XII/1867 und Nr. 146/1867. Die trialisierende Ausdrucksweise wird etwas verengt beibehalten, jedoch ist in dem Entwurf der Regierung keine materiell trialisierende Vorschrift vorhanden, denn die erwähnte Vorschrift über die Wahl der Delegierten ist unzweifelhaft dualistisch und entspricht dem erwähnten kroatischen Muster. Die heikle Frage der Anerkennung des gemeinsamen Ministeriums mit etwaiger Beteiligung der Landesminister sowie die Frage der Armee und der Quoten werden von dem ministeriellen Entwurf der Fundamentalartikel fallen gelassen. Vom Gesichtspunkt des böhmischen Staatsrechtes ist die Erweiterung der Zuständigkeit Zisleithaniens im Art. VII C wichtig: Besonders das Zuteilen der Genehmigung der Staatsverträge über Gebietsänderungen (1), weiter die Gesetzgebung über die Verhältnisse einzelner Kronländer untereinander (4) sowie die Form der gemeinsamen Angelegenheiten (6) widersprechen gänzlich den staatsrechtlichen Prinzipien. Mit sehr verschleierte Redewendungen werden die von den Anhängern des Staatsrechtes so angefeindeten beiden Kammern des Reichsrates durchgesetzt. Zuletzt wird im Art. IX, Abs. 2 die staatsrechtliche Forderung der Mitwirkung der ständischen Landtagsmitglieder von 1847 angenommen. Dies würde juristisch bedeuten, daß man die von den Staatsrechtlern heiß ersehnte rechtshistorische Kontinuität doch zugelassen hätte und daß die verabschiedeten Ausgleichsgesetze zwar nicht, wie es die staatsrechtlichen Radikalen, besonders Graf Clam mit seinem Vorschlag, erreichen wollten, nur in der selbständigen böhmischen

Rechtsordnung legalisiert wären, sondern daß sie in beiden Rechtsordnungen der zisleithanischen sowie der böhmischen, deren Unabhängigkeit von der zisleithanischen allerdings auch nach den Entwürfen der Regierung zweifelhaft wäre, inartikulierte und rezipiert wären.

Weiter schlug die Regierung einen die Adresse des böhmischen Landtages beantwortenden Entwurf des kaiserlichen Reskriptes²²⁹ vor, der die oft besprochenen Gedanken wiederholte und zur Wahl der Reichsratsabgeordneten aufforderte. Gleichzeitig damit wäre der Landtag zu schließen und der Reichsrat einzuberufen, dem die Regierung einen Gesetzentwurf, betreffend die Änderung des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867 über die Reichsvertretung, vorlegen sollte²³⁰. Danach wäre die staatsrechtliche Stellung Böhmens zu den anderen Kronländern auf der Grundlage der vom böhmischen Landtage beschlossenen Fundamentalartikel zu ordnen. Der Krönungslandtag²³¹ sollte mit einer Thronrede eröffnet werden und ihm die Fundamentalartikel, ein Gesetzentwurf über die Krönung und die Landtags-Wahlordnung vorgelegt werden. Darauf würde der Majestätsbrief ausgefertigt²³², der diese drei verabschiedeten Entwürfe sowie die Landesordnung und das Nationalitätengesetz für die Könige von Böhmen als unwiderrufliche Staatsgrundgesetze verkünden würde. Weiter versprach der Kaiser als König von Böhmen im Majestätsbrief, die volle Souveränität der böhmischen Krone und den unzertrennlichen Verband der zu ihr gehörigen Länder zu erhalten, zu schätzen und zu wahren. Danach sollte die Huldigung und einen Tag später die Krönung stattfinden. Gleichzeitig mit der Einberufung des Krönungslandtages sollte Mähren und Schlesien zur Teilnahme an dem Huldigungslandtag aufgefordert werden, um zu erscheinen oder sich vertreten zu lassen unter Ausstellung des Reverses über die Selbständigkeit dieser Länder.

Die beiderseitige Revision der Entwürfe. Die drei tschechischen Vertreter berieten über die Gegenvorschläge der Regierung und faßten am 2. August folgende Beschlüsse²³³: Sie schlugen vor allem eine äußerlich stärkere Anerkennung des böhmischen Staatsrechtes im Eröffnungsreskript an den böhmischen Landtag und die Betonung der Berufung der ständischen Vertreter in den Krönungslandtag vor. In Bezug auf die Fundamentalartikel waren sie bereit, im Art. Iff. die ungarischen Ausgleichsbestimmungen in den Kontext aufzunehmen. Der Art. IX des Entwurfes der Regierung sollte geändert werden. Die Verwaltung in Böhmen soll in allen Ressorts, die nicht zu den gemeinsamen Angelegenheiten des Reiches gehören, durch die Landesregierung in Prag ausgeübt werden, welche im Gesetzgebungsbereiche des Landtages

²²⁹ Text: Zeithammer: Geschichte II, 28.

²³⁰ Text: Zeithammer: Geschichte II, 29.

²³¹ Der Krönungs-Landtag war nun (um den 1. August 1871) im Frühjahr 1872 zu erwarten, also nicht, wie Rieger allzu optimistisch meinte, um den St. Wenzelstag 1871. — Tobolka: Dějiny II, 240.

²³² Text: Zeithammer: Geschichte II, 29—31.

²³³ Text: Zeithammer: Geschichte II, 32—36.

auch für die Beachtung der Landesgesetze dem Landtage gegenüber verantwortlich sein soll. Die oberste Leitung der Landesregierung führt der Hofkanzler, der das Haupt der Regierung der böhmischen Kronländer bildet, zugleich Minister des Kaisers ist und in dem zisleithanischen Ministerrate Sitz und Stimme hat. Die Chefs der Landesregierungsbehörden für die einzelnen Ressorts ernennt der Kaiser über Vorschlag des Hofkanzlers. Jeder derselben sowie der Hofkanzler muß Angehöriger eines Landes der böhmischen Krone sein.

In dem zweiten Reskript, das die Adresse des Landtages an den Kaiser beantworten sollte, sollte der Wille des Kaisers ausgesprochen werden, die staatsrechtlichen Verhältnisse Böhmens und der böhmischen Kronländer untereinander ihrer definitiven Regelung entgegenzuführen. Da nun der Kaiser auch den nichtböhmischen Ländern Schutz und Sicherheit gewähren muß, sollte er den böhmischen Landtag auffordern, den Reichsrat aus Solidarität zu diesen Ländern zu beschicken. Darauf sollte der Landtag, wenn durch die Wahlen in den anderen Landtagen die Zweidrittel-Mehrheit im Abgeordnetenhaus garantiert erscheinen würde, die Wahl der Abgeordneten unter Erlassen einer neuen Adresse sowie einer Resolution vornehmen. Beide Erklärungen sollten den staatsrechtlichen Standpunkt und das Vertrauen auf das königliche Wort hervorheben.

Beim Eintreten in den Reichsrat sollten die böhmischen Abgeordneten eine Erklärung über die Begrenzung ihres Mandates abgeben. Zur vorbereiteten Vorlage der Regierung²³⁴ für den Reichsrat erklärten die tschechischen Vertreter, man müßte die korrespondierenden Fundamentalartikel anderer Landtage ebenfalls in die Regierungsvorlage aufnehmen, weiter müßte ein Gesetzentwurf über die Behandlung der im Art. XII des tschechischen Entwurfes der Fundamentalartikel angeführten Angelegenheiten vorgelegt werden, welcher das Staatsgrundgesetz über die Reichsvertretung ersetzen sollte. Darauf sollte der Reichsrat geschlossen und der Krönungslandtag einberufen werden²³⁵. Diesem Krönungslandtag sollte das Nationalitätengesetz und die neue Landesordnung vorgelegt werden. Diese beiden Vorlagen sollten auch im Majestätsbrief garantiert werden, aus dem die Erwähnung der Februar- und Dezembervfassung entfallen sollte. Schließlich behielten sich die Tschechen vor, in die vorbereitete Landesordnung die Bestimmung einzureihen, daß die Ordnung der Verhältnisse der böhmischen Kronländer untereinander durch Verhandlungen der Deputationen der Landtage dieser Länder zu erfolgen habe. In der Landtagsadresse sollte der König gebeten werden, diese Verhandlungen einzuleiten.

Die Beschlüsse der tschechischen Unterhändler tendierten ziemlich stark zu einer Neuregelung des Verhältnisses zwischen den drei böhmischen Ländern,

²³⁴ Text: Zeithammer: Geschichte II, 35.

²³⁵ Die Tschechen machten die Sicherung der Kontinuität der böhmischen staatsrechtlichen Rechtsordnung notwendigerweise kompliziert. Sie trugen der Tatsache nicht genügend Rechnung, daß die Ungarn durch ihre Beharrlichkeit im Widerstand die Sache einfacher lösen konnten.

zwischen denen sämtliche österreichischen Verfassungen und die zisleithanische Verfassung von 1867 keine besonderen Beziehungen kannten. Dies ist umso merkwürdiger, da einer der Unterhändler, Pražák, im Landtag von 1848 die Verbindung Mährens mit Böhmen abgelehnt hatte²³⁶. Der Herrscher und die Landtagsdeputationen sollten diese Verbindung anbahnen, während der Hofkanzler sie administrativ verbinden sollte. In dieser Hinsicht setzte sich Rieger gegenüber Clam durch, der ebenso wie seine Standesgenossen lediglich die Sonderstellung Böhmens anstrebte²³⁷. Sehr charakteristisch sind diese Beschlüsse in Bezug auf die Frage des Eintrittes in den Reichsrat. Der Reichsrat war nach der Deklaration und anderen radikal staatsrechtlichen Schriften, wie bereits gesagt, für den staatsrechtlichen Standpunkt als Vertretung der zisleithanischen Einheit unannehmbar. Da jedoch das Votum des Reichsrates für die Sanktion der Fundamentalartikel und anderer Vorlagen von der Regierung als *conditio sine qua non* bezeichnet wurde, entschlossen sich die Tschechen, diesen Eintritt möglichst durch eine Adresse, Resolution und Erklärung²³⁸ zu begründen und zugleich abzuschwächen. Es sollte erklärt werden, daß dieser Eintritt das böhmische Staatsrecht nicht präjudizieren solle. Für einen radikalen Staatsrechtler waren alle diese Erklärungen freilich Verlegenheitslösungen. Zuletzt wollten die tschechischen Vertreter ihre Teilnahme lediglich auf die Abstimmung im Reichsrat beschränken, was keine geringe Gefahr für unvorhergesehene parlamentarische Konstellationen mit sich brachte.

Dabei haben die drei tschechischen Vertreter praktisch in nicht geringem Ausmaß zur Verzögerung der Verhandlungen dadurch beigetragen, daß sie die Zahl der Ausgleichsgeszentwürfe nicht nur um das Nationalitätengesetz, sondern besonders um den Entwurf einer Landesordnung sowie eines neuen Gesetzes über die Reichsvertretung vermehrten; denn besonders die beiden letzten Entwürfe mußten auf eine zähe Opposition stoßen²³⁹. Das Ansinnen endlich, auch analoge Fundamentalartikel anderer ausgleichswilliger Kronländer in die Ausgleichsvorlage der Regierung aufzunehmen, drohte die Verabschiedung dieser Vorlage in unabsehbare Länge zu ziehen.

²³⁶ Die Tschechen in Mähren machten von 1848 über 1861 und 1867 eine Entwicklung durch, die durch die allmähliche Übernahme des tschechischen staatsrechtlichen Programms charakterisiert ist. Dabei kam es zur vollkommenen Übernahme des tschechischen Programms erst verhältnismäßig viel später.

Hýsek, Miloslav: *Dějiny t. zv. moravského separatismu* [Die Geschichte des sogenannten mährischen Separatismus]. *Časopis Matice moravské* 33 (1909) 156 ff.

²³⁷ Dies ist so zu erklären, daß die Stände früher und der Hochadel noch in späterer Zeit in der Krone Böhmen eher das zentrifugale, im König eher das zentripetale Element sahen.

²³⁸ Die Erklärung bildet das zunächst nicht verwirklichte Vorbild der staatsrechtlichen Erklärungen, die dann von 1879 bis zum Ende der Monarchie bei der Eröffnung des Reichsrates abgegeben wurden.

²³⁹ Zeithammer: *Geschichte* II, 57 ff.; Penfžek: *Ausgleich* 260 f.; Rieger befolgte kaum den Ratschlag des polnischen Führers Smolka (Brief vom 27. Juli 1871), „das Eisen zu schmieden, so lange es heiß ist“. Heidler: *Listář* I, 231—233; Pražák sah übrigens diese Verzögerungen sehr ungern.

Sehr interessant war der Vorschlag der Regierung vom 3. August 1871 über den finanziellen Ausgleich, zu dem die tschechischen Vertreter eine Stellungnahme über die Grundlage des finanziellen Ausgleiches abgaben²⁴⁰. Böhmen sollte nach dem Regierungsvorschlag zu den zisleithanischen Finanzen alljährlich in 12 monatlichen Raten den Beitrag zahlen, der dem Durchschnitt der in den Jahren 1868, 1869 und 1870 aus Böhmen bezogenen Einkünfte gleichkäme. Davon wäre jedoch vorweg der Betrag abzuziehen, der — nach dem gleichen dreijährigen Durchschnitt — den in Böhmen bestrittenen Ausgaben für jene Verwaltungszweige entspricht, die in Zukunft aus der Reichs- in die Landesverwaltung übergehen. Zur Deckung dieses Beitrages wären zuerst die Zisleithanien verbleibenden, in Böhmen eingehenden indirekten Steuern, Stempel und Gebühren zu verwenden. Die von Böhmen zu entrichtende Quote sollte sich im selben Prozentsatz vermehren oder vermindern, in dem sich die Ausgaben für die Gesamtmonarchie und für Zisleithanien vermehren oder vermindern.

Die tschechischen Vertreter schlugen dazu vor, die Art der Aufbringung dieser Quote sei der Bestimmung der Landeslegislation zu überlassen: eine Norm, die genau der alten Steuerbewilligung der böhmischen Stände entsprach. Die Ermittlung der Quote solle durch eine landtägliche Deputation erfolgen, welche mit der Regierung und mit den übrigen Kronländern in Verhandlung zu treten hätte (III). Die Quote sollte beim Budget für 1873 zur Geltung kommen (V). Sollten die Deputationen sich 1872 nicht einigen, so würde die Bestimmung der Quote für das nächste Jahr dem Kaiser zustehen (VII).

Nach dem finanziellen Vergleich verhandelte man am 6. August über die Organisierung der Regierung²⁴¹, wobei die Tschechen besonders die Wahrung eines angemessenen Stimmenverhältnisses unter den im zisleithanischen Ministerrat vertretenen Landesministern verlangten²⁴². Am 8. August legte Hohenwart den Regierungsentwurf der Landtagswahlordnung, der dann am 14. und 16. August behandelt wurde, vor. Weitere Verhandlungen wurden über den von Rieger und Schäffle verfaßten Entwurf des Nationalitätengesetzes geführt. Schließlich wurde ein Gesetz über den Delegiertenkongreß, den Senat und die böhmische Landesordnung sowie der Text des kaiserlichen Antwortskriptes auf die Adresse des Landtages besprochen. Sogar die Krönungsordnung und der dem Majestätsbrief entsprechende Krönungs Eid²⁴³ wurden vorbereitet. Durch diese relativ große Anzahl von Gesetzentwürfen wurden die oben erwähnten, zu erwartenden Schwierigkeiten bei einer Verabschiedung in den gesetzgebenden Körpern vergrößert. Es scheint, daß sich weder die beiden Minister, noch die drei tschechischen Vertreter richtig vergegenwärtigten, daß die ziemlich komplizierten Fundamentalartikel und die einzelnen

²⁴⁰ Text: Zeithammer: Geschichte II, 36—39.

²⁴¹ Text: Zeithammer: Geschichte II, 39—41.

²⁴² Zeithammer: Geschichte II, 40.

²⁴³ Die beiden die Krönung betreffenden Entwürfe scheinen von Prof. Anton Gindely bearbeitet worden zu sein, sie sind einstweilen unauffindbar.

in sie eingefügten Gesetzentwürfe die Gefahr von untereinander nicht harmonisierenden Normen brachten, was bei organisatorischen Gesetzen besonders bedenklich war.

Inhaltlich sollte das Gesetz über den Delegiertenkongreß²⁴⁴ das Abgeordnetenhaus des Reichsrates in einen Delegiertenkongreß verwandeln, der eine etwas verengere Zuständigkeit als das bisherige Abgeordnetenhaus erhielt. Die Wahl der Kongreßabgeordneten durch die Landtage sollte durch Landesgesetze geregelt werden. Der Senat, das bisherige Herrenhaus, sollte aufhören, die zweite Kammer des Reichsrates zu bilden²⁴⁵. Dadurch wäre der Reichsrat dem Namen nach und zu einem erheblichen Teile auch der Funktion nach beseitigt worden. Man entsprach hier den Staatsrechtlern, besonders dem staatsrechtlichen Adel, der das Herrenhaus ablehnte. So kam man der staatsrechtlichen Forderung der Befreiung der Krone Böhmen von der gesetzgebenden Macht der Vertreter anderer Länder mindestens äußerlich entgegen. Dies war umso mehr der Fall, als nach dem Entwurf über den Senat die Senatoren fast genau nach dem Proporz der Bevölkerung und der Steuerkraft vom Kaiser aus einzelnen Kronländern ernannt werden sollten²⁴⁶.

Neben diesen für den Reichsrat bestimmten Vorlagen bietet der Entwurf der böhmischen Landesordnung²⁴⁷ einen sehr klaren Niederschlag der zusammengefaßten Prinzipien des böhmischen Staatsrechtes. In scharfem Gegensatz zu der Landesordnung von 1861 wurde dieser Entwurf in Abteilungen eingeteilt: I. von dem Königreiche, II. von den Ländern der Krone Böhmen, III. von der Krönung, IV. von dem Landtage, V. von der Gesetzgebung, VI. von der Regierung und VII. allgemeine Bestimmungen. Laut § 1 ist das Königreich Böhmen mit den der Krone Böhmen inkorporierten Ländern ein staatsrechtlich selbständiges Glied des unter der Herrschaft der Dynastie Habsburg-Lothringen vereinigten Reiches und als solches und kraft seiner eigenen Souveränität von keinem der übrigen Königreiche und Länder abhängig. Es können ihm ohne seine Zustimmung keinerlei staatsrechtliche oder verfassungsrechtliche Verpflichtungen auferlegt werden. Diese radikale Bestimmung schließt eigentlich, logisch durchdacht, die Existenz sowohl eines gesamtstaatlichen Gesetzgebungskörpers, als auch einer gesamtstaatlichen Regierung aus.

Das Königreich Böhmen ist unteilbar und unveräußerlich, es darf von diesem ohne Zustimmung seiner Vertretung nichts abgetrennt, veräußert oder dauernd belastet werden, noch dürfen völkerrechtlich bestehende Ansprüche desselben aufgegeben werden. Diese Bestimmung des § 2 versucht, das Privilegium König Wladislaws vom 12. November 1499 sowie die Bestimmungen des Wiener Kongresses über den sächsischen Teil der Lausitz modern umzuprägen. Aber auch die pragmatische Sanktion sowie die Untrennbarkeit und

²⁴⁴ Text: Zeithammer: Geschichte II, 41—44.

²⁴⁵ Text des Gesetzentwurfes über den Senat Zeithammer: Geschichte II, 44—48.

²⁴⁶ Dies war früher nicht der Fall gewesen; der Schlüssel bei Zeithammer: Geschichte II, 48.

²⁴⁷ Text: Zeithammer: Geschichte II, 48—53 (verfaßt von Clam).

unteilbare Einheit aller Länder der Dynastie und das freie Wahlrecht des böhmischen Landtages im Verein mit den beiden anderen Landtagen der Krone Böhmen in dem praktisch ganz ausgeschlossenen Falle des Aussterbens der Dynastie in männlicher und weiblicher Linie werden durch den § 3 bestätigt.

Von den böhmischen Kronländern betont § 5 des Entwurfes ihre untrennbare Verbundenheit und Unabhängigkeit voneinander. Der Versuch, die mährischen Vorbehalte sowie die schlesische Ablehnung durch diese Bestimmung zu beschwichtigen, wurde noch durch Dispositionen über die Vereinbarungen zwischen den Kronländern und der Teilnahme an dem Krönungslandtag vervollständigt. Die Krönung wurde durch die §§ 6 und 7 geregelt, nach denen der König mit vollendetem 14. Lebensjahr volljährig werden sollte. Hier wurde die Bestimmung des alten böhmischen Rechtes ohne Rücksicht auf ihre Unzweckmäßigkeit wieder herzustellen versucht.

Die Befugnisse des Landtages wurden erweitert auch um das Recht des Landtages, die Anwesenheit eines Regierungsvertreters zu verlangen (§ 17)²⁴⁸, die Landesregierung in allen Dingen, die in ihren Wirkungskreis fallen, zu interpellieren und die Verwaltungsakte der Regierung der Prüfung zu unterziehen (§ 18). Die Delegierten sowohl für die Delegation als auch für den Delegiertenkongreß sollten von dem Landtage immer auf ein Jahr — nach einem nationalen Proporz, der freilich nicht genau war — gewählt werden (§ 24). Die Landesordnung sollte auch durch die bisher fehlende Vorschrift über die provisorischen Normen, analog dem § 14 des Staatsgrundgesetzes Nr. 141/1867, ergänzt werden. Wenn in der Zeit, in der der Landtag nicht versammelt ist, in einer zur Legislation des Landtages gehörenden Angelegenheit die dringende Notwendigkeit einer Anordnung eintritt, so kann dieselbe durch königliche Verordnung unter Verantwortung der Landesordnung erlassen werden, insoferne dadurch keine Abänderung der Landesordnung oder der Landesgrundgesetze und keine Veränderung des Landesvermögens erfolgt. Eine solche Verordnung ist bei dem nächsten Zusammentritte des Landtages durch die Regierung zu rechtfertigen (§ 26). Zum Dienste in den königlichen Behörden in Böhmen sollten nur Angehörige des Landes oder eines der Länder der Krone Böhmen zugelassen werden (§ 32). Zuletzt wurden die Bestimmungen der Landesgrundgesetze dadurch gesichert, daß alle königlichen Beamten sowie auch alle bei den im Lande befindlichen kaiserlichen (also sowohl gemeinsamen als auch zisleithanischen) Behörden angestellten Beamten auf die Landesordnung und auf die Landesgrundgesetze zu vereidigen waren (§ 33).

Die letzte Beratung zwischen Regierung und Tschechen fand am 21. August 1871 statt. Inzwischen wurde der böhmische Landtag mit dem kaiserlichen Patent vom 1. August für den 14. September 1871 einberufen. Zu dieser Zeit wurden noch die letzten Versuche Hohenwarts unternommen, von den tschechischen Vertretern einige Änderungen oder Abschwächungen zu erreichen.

²⁴⁸ Das analoge Recht des Oberstlandmarschalls laut § 37 der Landesordnung von 1861 war schwächer.

Diese ziemlich zusammenhanglosen Versuche waren die Folge der zu langen Dauer der Verhandlungen. Diese war auch die Ursache dafür, daß die Vorschläge immer mehr in die Öffentlichkeit durchsickerten und nicht nur die zu erwartende Opposition der Verfassungstreuen, sondern auch der Madjaren hervorriefen, sowie Befürchtungen mancher deutschkonservativ und katholisch orientierter Kreise. Ganz besonders trat hier der ungarische Ministerpräsident, Graf Andrassy, hervor, der, von Hohenwart über die Fundamentalartikel informiert, zuerst einige wenige Punkte beanstandete, um dann später seine Opposition zu verbreitern und zu vertiefen²⁴⁹. Hohenwart forderte vor allem die Beseitigung aller Bestimmungen über die Deputationen des böhmischen Landtages, um jeden Anschein einer trialisierenden oder gar trialistischen Bestimmung zu vermeiden. Hohenwart ging jedem Schein von Trialismus auch praktisch aus dem Wege, indem er die wiederholten Forderungen der Tschechen, mit der ungarischen Regierung direkt zu verhandeln, abwies²⁵⁰. Dazu forderte er die Auslassung der Wörter „Gesamtmonarchie“ und „reichsgemeinsam“, die durch die Wörter „Monarchie“ und „für die ganze Monarchie gemeinsam“ ersetzt werden sollten. Auch der Titel Hofkanzler sollte entfallen und dem Titel „Minister für Böhmen“ oder „Landesminister“ weichen²⁵¹. Aus allen Forderungen ist die vom Kaiser strikt gewünschte dualistische Linie ersichtlich, die in Terminologie, Bestimmungen und praktischer Verhandlungsweise die Vertreter des böhmischen Landtages in das subdualistische Schema einzwängen wollte.

Graf Clam machte im Einvernehmen mit Rieger gewisse Zugeständnisse, er erklärte jedoch am 15. September entschieden, man könne nicht so weit gehen, um zu verwehren, daß in den nicht zur ungarischen Krone gehörenden Ländern das Königreich Böhmen seinen selbständigen Platz einnehme²⁵². Hohenwart mußte aber im schon angedeuteten Sinne die Streichung der Wahl der böhmischen Mitglieder der Delegation aus den Mitgliedern des Delegiertenkongresses²⁵³ und die Beseitigung jeder Erwähnung über die Länder der böhmischen Krone verlangen, um den Protest Schlesiens zu vermeiden. Weiter wurde von Hohenwart sehr viel an der Fassung der beiden königlichen Reskripte an den böhmischen Landtag beanstandet. Darauf antworteten Clam und Rieger mit der Erklärung vom 27. September, die das Postulat der Sicherung der böhmischen Krone aufgab, sonst jedoch entschieden den staatsrechtlichen Standpunkt unterstrich und die Unterordnung Böhmens unter Vertreter anderer Länder ablehnte²⁵⁴. Trotzdem versuchte Hohenwart, den Tschechen noch weitere Zugeständnisse abzurufen²⁵⁵.

²⁴⁹ Zeithammer: Geschichte II, 58; Wertheimer: Andrassy I, 569 ff.

²⁵⁰ Zeithammer: Geschichte II, 62, 67.

²⁵¹ Zeithammer: Geschichte II, 60—61.

²⁵² Text des Briefes: Zeithammer: Geschichte II, 61—66.

²⁵³ Zeithammer: Geschichte II, 74.

²⁵⁴ Text: Zeithammer: Geschichte II, 76—79.

²⁵⁵ Zeithammer: Geschichte II, 79—80, 84—85.

Die definitiven Entwürfe im Landtag. Der böhmische Landtag wurde am 14. September eröffnet, das kaiserliche Reskript vom 12. September verlesen, und die Regierungsentwürfe der Landtagswahlordnung und des Nationalitätengesetzes vorgelegt. Das Reskript entsprach inhaltlich dem früheren Entwurf²⁵⁶. Die 71 verfassungstreuen Deutschen verließen am 16. September den Landtag mit der Erklärung, daß das Reskript Böhmen außerhalb die Verfassung stelle²⁵⁷. Dadurch wurde die Erreichung des Quorums zur Änderung der Landesordnung laut § 38 verhindert. Das Reskript und die Entwürfe wurden einer dreißiggliedrigen Kommission zur Verhandlung übergeben²⁵⁸. Der Landtag vertagte sich und trat erst am 9. Oktober 1871 wieder zusammen, um die Berichte der Kommission entgegen zu nehmen. Am 10. Oktober nahm der Landtag die Fundamentalartikel, die beiden Regierungsvorlagen und die Adresse einstimmig an²⁵⁹.

Die Adresse entfaltete die Worte des kaiserlichen Reskriptes und bot eine zusammengedrückte Fassung der böhmischen staatsrechtlichen Doktrin sowie der aus ihr gezogenen Forderungen²⁶⁰. Die Adresse bedauerte den Abzug der Vertreter der deutschen Wahlkreise und verlangte vom Kaiser, die neue beschlossene Wahlordnung für den Krönungslandtag provisorisch zu oktroyieren²⁶¹. Hier bereits zeigte sich die Lücke, die durch den Auszug der Deutschen im verfassungsmäßigen Charakter der Verfassungsrevision klar erschien.

²⁵⁶ Aus dem Text des Reskriptes wurde eine vereinbarte, das böhmische Staatsrecht zu intensiv anerkennende Stelle ausgelassen: „Es stand Unserem Sinne fern, die staatsrechtliche Stellung der Krone Böhmen, welche Unsere a. d. Vorfahren wiederholt feierlich anerkannt haben, beeinträchtigen zu wollen.“ Zeithammer: Geschichte II, 61.

²⁵⁷ Wiener Zeitung, 17. September 1871; Büchsel: Fundamentalartikel 56; Kazbunda, Karel: Ke zmaru českého vyrovnání [Zum Mißlingen des böhmischen Ausgleiches]. ČCH 37 (1931) 519 f.; Kameníček: Paměti I, S. LI, II, S. 106; Kolmer: Parlament II, 176 ff.; Spitz: Fundamentalartikel 64 f., 76; Srb: Dějiny 334; Tobolka: Dějiny II, 248; Traub, Hugo: Poslední český pokus o vyrovnání s Rakouskem [Der letzte tschechische Versuch um den Ausgleich mit Österreich]. Brünn 1919, S. 39 f.

Brief Clams an Hohenwart und Hohenwarts Brief an den Statthalter in Prag, Graf Bohuslav Chotek, vom 18. September 1871. Zeithammer: Geschichte II, 65—66, 69—70.

²⁵⁸ Die Kommission bestand also aus Tschechen und staatsrechtlichen Adeligen.

²⁵⁹ Generalberichterstatter für alle Entwürfe war Rieger. Spezialberichterstatter waren: Graf Heinrich Jaroslav Clam-Martinić für die Fundamentalartikel, Rieger für das Nationalitätengesetz, Anton Ottokar Zeithammer für die Landtags-Wahlordnung, Graf Richard Clam-Martinić (der jüngere Bruder von H. J. Clam) für die Adresse. Zeithammer: Geschichte II, 86.

²⁶⁰ Text: Kolmer: Parlament II, 186—190; Srb: Dějiny 335—340.

²⁶¹ Kolmer: Parlament II, 190; Srb: Dějiny 339—340. — Über die unzureichende Mehrheit siehe die Erklärung von Clam und Rieger. Zeithammer: Geschichte II, 77; auch hier erscheint der tschechischen staatsrechtlichen Mehrheit das Beispiel der Oktroyierung von neuen Landtags-Wahlordnungen für Siebenbürgen vom 15. Juni 1862 und 1. September 1865 als Beispiel. Darüber Bernatzik: Verfassungsgesetze 311 f.

Die definitive Fassung der Fundamentalartikel²⁶² erklärt in der Vorrede den nachträglichen Beitritt Böhmens zu dem ungarischen Ausgleich von 1867 in Form eines Grundgesetzes, das die Stellung Böhmens zu den Ländern der Krone Ungarn und zu anderen zisleithanischen Kronländern ordnet. Die Bestimmungen des ungarischen Ausgleiches werden in den Art. I—VIII übernommen. Während im Gegensatz zu dem ersten Entwurf des Grafen Clam die meisten Bestimmungen des zisleithanischen Ausgleichsgesetzes Nr. 146/1867 ohne Änderung übernommen wurden, blieben doch einige nicht unwesentliche Abweichungen bestehen. Nach Art. IV wählte der böhmische Landtag in die zisleithanische Delegation aus seiner Mitte 15 Delegierte und 8 Ersatzmänner (dem entsprachen bisher 10 Delegierte im Abgeordnetenhaus) und 5 wurden aus der Zahl von 20 Delegierten zugefügt, die bisher vom Herrenhaus ohne Rücksicht auf die Kronländer gewählt worden waren. Auch der Anteil an den Ersatzmännern wurde für Böhmen stark vergrößert, da die böhmischen Abgeordneten bisher zwei Ersatzmänner wählten, während vom Herrenhaus zehn Ersatzmänner ohne Rücksicht auf Kronländer gewählt wurden. So haben alle Forderungen beider Minister, von der direkten Wahl durch den Landtag Abstand zu nehmen, nichts erreicht. Man blieb tschechischerseits bei der direkten Wahl durch den Landtag.

Böhmen trat dem Abkommen über die Bestreitung des Aufwandes für gemeinsame Angelegenheiten bei, begrenzte jedoch die Geltung dieser Bestimmungen bis zum letzten Dezember 1877, eine Bestimmung, deren zeitliche Begrenzung freilich auch nur als vorübergehend bestehender Wille, die Quote zu zahlen, aufgefaßt werden konnte. Bezüglich des Handelsbündnisses mit dem Königreiche Ungarn entfiel der Beisatz, daß die mit Art. XXII dieses Abkommens²⁶³ in Aussicht gestellten Verhandlungen ehestens eingeleitet werden mögen; es blieb jedoch die Bestimmung, daß das Handelsbündnis für die Dauer, auf welche dasselbe geschlossen wurde, anerkannt werden sollte (Art. VIII). Besonders wäre hervorzuheben, daß die Ausdrucksweise: „das Königreich Böhmen erkennt . . . anerkennt . . . tritt bei“ im definitiven Text geblieben ist.

Die das Verhältnis Böhmens zu den anderen zisleithanischen Kronländern betreffenden Bestimmungen wurden genauer abgefaßt; so lautete der grundsätzliche Art. IX (früher XI) „alle das Königreich Böhmen betreffenden Angelegenheiten, welche nicht als allen Königreichen und Ländern der Monarchie gemeinsam (Art. I) erklärt worden sind, gehören grundsätzlich der Gesetzgebung des böhmischen Landtages, bzw. der Verwaltung der böhmischen Landesregierung an.“ Weil es aber außer den als der ganzen Monarchie gemeinsam erklärten Angelegenheiten noch solche gibt, deren gemeinschaftliche Behandlung im Interesse der Monarchie und im Interesse der Königreiche

²⁶² Text: Wiener Zeitung, 8. Oktober 1871; Bernatzik: Verfassungsgesetze 1097—1108; Czédik: Geschichte I, 549—555; Kolmer: Parlament II, 191—197; Schöffle: Leben II, 213—228; Srb: Dějiny 341—347; Traub: Pokus 47—56; Zeithammer: Geschichte II, 87—98.

²⁶³ Bernatzik: Verfassungsgesetze 570.

und Länder selbst ratsam und wünschenswert ist, übrigens auch in den von dem Königreiche Böhmen angenommenen Übereinkommen mit dem Königreiche Ungarn gewisse Gegenstände als solche bezeichnet worden sind, welche zwar nicht gemeinsam, doch nach gleichen, von Zeit und Zeit zu vereinbarenden Grundsätzen verwaltet werden sollen, erkennt der Landtag das Bedürfnis an, für die Behandlung solcher Angelegenheiten eine Vorsorge zu treffen (X).

Die beiden grundsätzlichen Artikel IX und X bedeuten eigentlich keine Annäherung der tschechischen Vertreter an den Standpunkt der Minister; mit anderen Worten, der staatsrechtliche Standpunkt und *nota bene* der entschiedene Ton wurde zugunsten des zisleithanischen Standpunktes nur wenig geschwächt. Lediglich der Ausdruck „alle das Königreich Böhmen betreffenden Angelegenheiten“ bedeutet gegenüber der allgemeinen Redeweise des Art. XI eine Verengung. Im Art. X nahm man zwar Abstand von der Diktion, von den „nicht unbedingt notwendigen Angelegenheiten“, doch bleibt die Zuständigkeit des böhmischen Landtages als grundsätzliches *Prius* (Art. IX) und die Anerkennung der Existenz der gemeinsamen Belange bietet äußerlich den Eindruck einer nach Belieben widerruflichen Konzession.

Den typischen Charakter einer Folge langer Verhandlungen tragen die komplizierten²⁶⁴ taxativ aufgezählten zisleithanisch-gemeinsamen Angelegenheiten laut Art. XI, der als solche erklärt:

1. Die kommerziellen Angelegenheiten, speziell die Zollgesetzgebung, die Gesetzgebung über Handels-, See- und Wechselrecht, über Maße und Gewichte, über Erfindungspatente, über Marken- und Musterschutz, über den Schutz geistigen Eigentums sowie über Zettelbanken, sofern diese in der ganzen Monarchie nach gleichen Grundsätzen behandelt werden.
2. Die Gesetzgebung über die mit der industriellen Produktion in enger Verbindung stehenden indirekten Abgaben sowie über Monopole, Regalien, Stempel und Gebühren. Die Gesetzgebung über Stempel und Gebühren darf jedoch das Gesetzgebungsrecht des Landtages in Justizangelegenheiten weder beirren noch beeinträchtigen.
3. Die Feststellung des Münzwesens und des Geldfußes.
4. Die Verfügungen bezüglich jener Kommunikationsanstalten (Eisenbahn, Post, Telegraph, Schifffahrt), von welchen durch den für diese gemeinsamen Angelegenheiten zu bestellenden Vertretungskörper erkannt wird, daß sie das Interesse der ganzen Monarchie oder mehrerer Länder derselben berühren oder daß welche mehrere Länderverwaltungsgebiete verbinden; ferner die Gesetzgebung und Verwaltung über Telegraphen-, Post-, Eisenbahn- und Schifffahrtswesen, soweit sich dieselbe auf die oben angeführten gemeinsamen Kommunikationsanstalten und deren Betrieb bezieht und sofern das Festhalten gleicher Grundsätze beim Betrieb der Kommunikationsmittel notwendig ist, um deren gleichmäßige — den militärischen und

²⁶⁴ Fořt : Přítmi 139 ff.; Penříek : Ausgleich 262—267; Ruso : Schäffle 98, 116 ff.

kommerziellen Bedürfnissen sowie den Anforderungen der Sicherheitspolizei entsprechende — Benützung allseitig zu gewährleisten.

5. Die Feststellung des Wehrsystems, ferner jene Angelegenheiten, welche sich auf die Art und Weise sowie auf die Ordnung und Dauer der Militärflicht beziehen, insbesondere die wiederkehrende Bewilligung der Anzahl der auszuhebenden Mannschaft für das stehende Heer und die Ersatzreserve unter Festhalten des Maßstabes der Bevölkerungsziffer bei deren Aufteilung, in Bezug auf Vorspannleistung, Verpflegung und Einquartierung des Heeres, die Bestimmung der Bezüge des Heeres und der dafür aus dem Militärärar zu leistenden Vergütung; endlich alle jene Gesetze, welche zur Erhaltung der Einheit und Schlagfertigkeit des Heeres erforderlich sind, als: die Gesetze über die Evidenzhaltung der Urlauber und Reservisten, über die Versorgung der Unteroffiziere, über Pferde-Konskription, das Militärstrafgesetz usw. Wenn es sich um Änderung in dem Maßstabe der Aufteilung der auszuhebenden Mannschaft handeln sollte, so ist hierzu die Zustimmung des Landtages notwendig. Einer weiteren Regelung bleibt jedoch vorbehalten, welche, die Landwehr betreffenden, Angelegenheiten der Gesetzgebung oder Verwaltung des Landes vorbehalten werden sollen.
6. Im Bereich der Finanzen:
 - a) Das Staatsschuldenwesen, namentlich die Gebarung und Kontrolle der bestehenden Übereinkommen mit dem Königreiche Ungarn, ferner die Zustimmung zur Kontrahierung einer neuen Anleihe in jenen Fällen, in denen es sich in Durchführung des mit dem Königreiche Ungarn bestehenden Übereinkommens um Aufnahme einer gemeinsamen Anleihe zur Deckung des Aufwandes für die der Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten handelt, und in den Fällen, wo eine gemeinsame Anleihe mit dem Königreiche Ungarn zur Deckung dieses Aufwandes nicht beschlossen wird, die Entscheidung, ob dieses Erfordernis durch quotale Aufteilung oder durch eine gemeinschaftliche Kreditoperation zu decken ist, endlich die Zustimmung zur Aufnahme einer schwebenden Schuld zur zeitweisen Deckung außerordentlichen Finanzaufwandes; doch darf der Betrag derselben den vierten Teil des ordentlichen Ausgaben-Budgets des betreffenden Jahres nicht übersteigen.
 - b) Das unbewegliche gemeinsame Staatsvermögen unbeschadet des Eigentums — oder sonstiger Rechtsansprüche der Königreiche und Länder.
 - c) Die Veranschlagung der Auslagen für die Verwaltung der im gegenwärtigen Artikel angeführten Angelegenheiten, der Deckung derselben und die Rechnungslegung darüber. Endlich wird aus gewichtigen Rücksichten auch
7. die Gesetzgebung über Staatsbürgerschaft, über Aufenthalt und zeitweise Niederlassung von Ausländern diesen Angelegenheiten beigezählt.

Wenn man diesen umfangreichen Art. XI zusammenfaßt, sieht man, daß gewisse konkrete Zugeständnisse dem Bereich Zisleithaniens gemacht wur-

den, wenn auch die Forderung der Minister, das Eisenbahnwesen überhaupt, die Justizgesetzgebung und auch die direkte Besteuerung Zisleithanien zu belassen, von den Tschechen nicht erfüllt wurde²⁶⁵. Der Bereich der Zuständigkeit der nichtungarischen Länder wäre eigentlich an sich weder gering noch ungenügend für die Lebensfähigkeit von Gesamt-Zisleithanien gewesen²⁶⁶. Jedoch war die Umschreibung der zisleithanischen Bereiche durch die Teilung der Kompetenz über einzelne Bereiche zwischen Böhmen und Zisleithanien viel zu kompliziert und unübersichtlich.

Die Tschechen gaben, wie bereits erwähnt, in Bezug auf das zisleithanische Parlament nach. Nach Art. XII war Böhmen in Würdigung des im Art. X anerkannten Bedürfnisses zu einem Abkommen mit den übrigen zisleithanischen Kronländern bereit, daß, sofern nicht durch eine freie Vereinbarung eine andere Anordnung getroffen wird, Böhmen den Abschluß eines Abkommens — im Sinne der in Art. IX angeführten Angelegenheiten — einem Kongreß von durch die Landtage zu wählenden Delegierten übertragen werde²⁶⁷. Dieses vom staatsrechtlichen Gesichtspunkt große Zugeständnis wurde freilich wiederum als vorübergehend hervorgehoben, um die Preisgabe des Prinzips äußerlich zu verdecken.

Die im Art. XI aufgezählten Angelegenheiten wurden, wiederum im Sinne des Art. X, einem zisleithanischen Ministerium übertragen. Die Aufzählung der Ressortminister in diesem Ministerium ließen die Tschechen, von den Ministern gedrängt, fallen, setzten jedoch ihre frühere Forderung durch, daß die Hofkanzler und eventuell denselben gleichgestellte Länderminister, unter Wahrung eines angemessenen Stimmenverhältnisses, ebenfalls Mitglieder des Ministeriums werden sollten. Der böhmische Hofkanzler war zur Durchführung der im Delegiertenkongreß beschlossenen Gesetze, soweit hiezu die Mitwirkung der ihm unterstehenden Organe notwendig wäre, verpflichtet. Diesem Hofkanzler sollte die oberste Verwaltung der Landesgesetzgebung angehörenden Angelegenheiten zustehen und er allein sollte auch die ministerielle Verantwortung für diesen Bereich tragen (XIII).

In finanzieller Hinsicht sollte Böhmen laut Art. XIV zu dem nach Art. XI, 6 c von dem Delegiertenkongreß veranschlagten ungedeckten Aufwandserfordernis für die in diesem Artikel aufgezählten Angelegenheiten, zu welchen der auf die zisleithanischen Kronländer entfallende Anteil an dem ungedeckten Erfordernis für die der ganzen Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten hinzuzurechnen ist, mit einer prozentualen Quote beisteuern, welche durch

²⁶⁵ Tobolka: Dějiny II, 275.

²⁶⁶ Schäffle: Leben II, 19; Schäffle sagt mit Recht: „Das zisleithanische Österreich blieb im Notwendigen unvergleichlich einheitlicher, als das Deutsche Reich, die Schweiz, die Vereinigten Staaten von Amerika es heute noch sind.“ Er trägt jedoch weder dem komplizierten unübersichtlichen Charakter der Umschreibung der Kompetenzen, noch dem Mangel an gesetzgebenden Organen mit höchster Kompetenz in Zisleithanien, die eben um 1899 (als Schäffle seine Lebenserinnerungen schrieb) in USA, Deutschland und der Schweiz vorhanden waren, Rechnung.

²⁶⁷ Czedik: Geschichte I, 200; Denis: La Bohême II, 529; Fořt: Přítmi 136; Tobolka: Dějiny II, 252—256.

Vereinbarung auf dem Wege landtäglicher Deputationen zu ermitteln sein wird. Auf gleichem Wege wird die von Böhmen zur allgemeinen Staatsschuld zu leistende Quote zu vereinbaren sein. Von den entfallenden Quoten ist jener Ertrag an Stempeln und Gebühren in Abschlag zu bringen, welcher in Böhmen eingeht. Die Quoten sind in 12 Monatsraten als ein im voraus zu zahlender Betrag der Landeseinkünfte abzuführen. Die Art der Aufbringung dieser Quoten ist der Bestimmung der Landesgesetzgebung überlassen.

Laut Art. XV sollte eine landtägliche Deputation unter Vermittlung der Regierung mit Deputationen der übrigen Königreiche und Länder in Verhandlung zu treten haben, um

- a) die im vorhergehenden Artikel erwähnten Quoten zu ermitteln und
- b) zu vereinbaren, ob der Ertrag der unter gemeinsamer Verwaltung stehenden indirekten Steuern von dem gemeinsamen Aufwande im Ganzen hinweg abzuziehen und nur das nach Abschlag derselben sich ergebende ungedeckte Erfordernis nach Quoten aufzuteilen, oder ob der in jedem einzelnen Lande eingehende Ertrag jener Steuern der Quote des betreffenden Landes zuzurechnen ist. Die Ermittlung der Quoten hat derart zu erfolgen, daß dieselben bei der Finanzgebarung des Jahres 1873 zur Geltung kommen und daß die ermittelten Quoten bis zum Ablauf des mit dem Königreiche Ungarn über die Beitragsleistung zu dem gemeinsamen Angelegenheiten bestehenden Übereinkommens, d. i. bis zum letzten Dezember 1877, zu gelten haben.

Für das Finanzjahr 1872 werden der Landesregierung von den Finanzbehörden jene Beträge zur Verfügung gestellt, welche nach dem Voranschlag für dieses Jahr auf die in die Landesverwaltung übergehenden Angelegenheiten pro rata temporis entfallen. Insolange die Deputationen zu keiner Vereinbarung über die Quoten gelangen, bestimmt der Kaiser den Anteil, nach welchem die einzelnen Länder zu dem gemeinschaftlichen Aufwande beizutragen haben, jedoch immer nur für das nächstkommende Jahr und nach Anhörung des Senats. Bis zum Zustandekommen jener Vereinbarung wird der Ertrag an den unter gemeinsamer Verwaltung stehenden indirekten Steuern von dem Gesamtaufwande in Abschlag gebracht.

Um nun dem Bedürfnis einer nach Möglichkeit breiten Einheit in der Gesetzgebung in Zisleithanien zu entsprechen, erklärte sich Böhmen nach Art. XVI bereit, in Bezug auf das Heimatrecht, Paßwesen, Fremdenpolizei, Volkszählung, Gegenseitigkeit in Vollstreckung richterlicher Urteile und in Anerkennung von akademischen Würden und Zeugnissen öffentlicher Unterrichtsanstalten, endlich in Bezug auf die Gesetzgebung über die Form der Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten mit den übrigen Kronländern Übereinkommen zu treffen.

Zu diesem Zwecke sollen Deputationen der Landtage zusammentreten, welche die Art und Weise der Behandlung dieser Gegenstände zu vereinbaren haben. Diese Bestimmung entsprach den Forderungen der böhmischen staatsrechtlichen Doktrin, da die Entscheidung über diesen ansonsten wenig geeig-

neten Modus zur Schaffung der einheitlichen Gesetzgebung böhmischen Organen überlassen wurde.

Nach Art. XVII wurde zur Erledigung bestimmter, zur Verhandlung in den eigenen Vertretungskörpern sich weniger eignender Angelegenheiten ein Senat, der keine zweite Kammer bildete und eine eigene unabhängige Körperschaft war, gebildet. Der Senat sollte (auch nach dem Gesetzentwurf über den Senat)²⁶⁸ zur Hälfte aus erblichen, zur anderen Hälfte aus solchen Mitgliedern bestehen, die über Ternavorschlag der Landtage vom Kaiser auf Lebensdauer zu ernennen wären; die einzelnen Kronländer mußten im Verhältnis Ihrer Bedeutung vertreten sein. Dazu sollten noch, wie bisher im Herrenhause, auch die volljährigen Prinzen der Dynastie sowie die Erzbischöfe und Bischöfe fürstlichen Ranges darin ihren Platz haben.

Als Gegenstände des Wirkungskreises dieser Körperschaft wurden erkannt:

1. Die Prüfung und Genehmigung von Staatsverträgen, welche das Reich oder einzelne Teile desselben belasten, oder eine Gebietsänderung desselben zur Folge haben, oder einzelnen Staatsbürgern Lasten auferlegen.
2. Die Behandlung jener Gegenstände, welche sich auf Pflichten und Verhältnisse der einzelnen Länder untereinander beziehen, und die Entscheidung daraus entstehender Streitigkeiten, sobald eines der betreffenden Länder eine solche Entscheidung anruft.
3. Entscheidungen von Fall zu Fall über Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem Delegiertenkongreß und den Landtagen auf der Grundlage der Fundamentalgesetze über die dem Delegiertenkongreß übertragenen Angelegenheiten.
4. Die Beratung und Beschlußfassung über Anträge auf Änderung der Fundamentalgesetze über die dem Delegiertenkongreß zugewiesenen Angelegenheiten aus eigener Initiative, auf Anregung der Landtage oder der Regierung.
5. In den nach Art. XV vorgesehenen Fällen die Begutachtung der von den Ländern zur Deckung des Finanzerfordernisses zu tragenden Anteile.
6. Die Jurisdiktion in Fällen von Ministeranklagen wegen Verletzung der Gesetze in den dem Delegiertenkongresse zugewiesenen Angelegenheiten; endlich
7. die gutachtliche Äußerung über die im Art. XI aufgezählten Angelegenheiten von Fall zu Fall, so oft der Kaiser ein Gutachten verlangt.

Zuletzt wurde noch in allen die staatsrechtliche Stellung des Königreiches oder der Krone Böhmen betreffenden Angelegenheiten die Zustimmung des böhmischen Landtages vorbehalten.

Der Art. XVII sowie der Gesetzentwurf über den Senat verwandelten das bisherige Herrenhaus in ein Organ, das nur ganz wenige normsetzende Befugnisse bekam (Nr. 1 und 4) und hauptsächlich als ein begutachtendes Organ sowie als ein Gericht für besondere Fälle entscheiden sollte. Wenn es auf den

²⁶⁸ Text: Zeithammer: Geschichte II, 44—48.

ersten Blick schien, daß die Tschechen ein Zugeständnis machten, indem sie der Bildung oder Umformung einer Kammer, die auch über Gebietsänderungen und Änderungen der Fundamentalgesetze (Nr. 1 und 4) mitentscheiden sollte, zustimmten, dann bewies der letzte Satz des Art. XVII, nach dem der böhmische Landtag zu allen die staatsrechtliche Stellung der Krone Böhmen betreffenden Angelegenheiten seine Zustimmung geben müsse, daß man tschechischerseits — trotz der klar zu vernehmenden Gegenstimmen nicht nur aus Mähren, sondern auch aus Schlesien — starr auf dem Standpunkt des Privilegiums König Wladislaws vom 12. November 1499 beharrte.

Nach Art. XVIII konnten Änderungen an diesen ein Landesgrundgesetz Böhmens bildenden Fundamentalartikeln nur mit Zustimmung des Landtages von Böhmen erfolgen; wenn in dieser Richtung oder in Durchführung dieser Fundamentalartikel Deputationsverhandlungen mit anderen Kronländern notwendig würden, sollte Böhmen durch eine von seinem Landtage unmittelbar gewählte Deputation vertreten werden.

Die Bestimmung des Art. XVIII machte also jede Änderung der Fundamentalartikel von der Zustimmung des böhmischen Landtages abhängig. Bei der Rezeption der Fundamentalartikel als ein zisleithanisches Gesetz, die in Anbetracht der durchgreifenden Änderungen nicht nur der böhmischen Landesverfassung, sondern auch der zisleithanischen Verfassung sehr wichtig war, sollte dagegen nach dieser Vorschrift die Befugnis der erwähnten Deputation im Delegiertenkongreß ziemlich beschränkt sein. Diese Bestimmung machte die Hoffnungen Hohenwarts und Schöffles²⁶⁹, vom Reichsrat eine Revision der Fundamentalartikel zu erreichen — mit anderen Worten die in ihnen vorhandenen Elemente des böhmischen Staatsrechts gewissermaßen zu verdrängen —, ziemlich problematisch, da man tschechischerseits zumindest bei stärkeren Änderungen des Textes der Fundamentalartikel wohl wieder zur Abstinenz gegriffen hätte.

Eine gewisse Verlegenheit bereitete sowohl der Regierung als auch den tschechischen Führern die Revision der Landtags-Wahlordnung²⁷⁰. Hier erwarteten selbst sozialistische Arbeiter und viele Kleinbürger von Minister Schöffle eine breite Demokratisierung des Wahlrechtes, während die Jungtschechen und einige Alttschechen ungen Abgeordnete des Großgrundbesitzes im Landtag sahen. Die politische Realität — das Bündnis sowohl des Mini-

²⁶⁹ Hohenwart: Biographie 30; Schöffle: Leben II, 13—27; Büchsel: Fundamentalartikel 40 ff.; Czédik: Geschichte II, 203; Fischer: Negotiations, 143; Ruso: Schöffle 99; Schenk-Sudhof: Hohenwart 70 f.; Schüßler, Wilhelm: Das Verfassungsproblem im Habsburger-Reich. Stuttgart 1918, S. 124; Tobolka: Dějiny II, 260, 271 f.; Zeithammer: Geschichte II, 120.

Als solche „loyal vorbehaltenen Modifikationen“ gibt Schöffle (Leben II, 19—20) u. a. an: Die Beibehaltung der Namen „Abgeordnetenhaus“ und „Herrenhaus“, die Erklärung auch der direkten Steuern als zisleithanisch-gemeinsam und die Vermeidung der Quoten, die Übertragung der Fortbildung des Zivil-, Straf- und Prozeßrechtes sowie gewisser einheitlicher Grundeinrichtungen der Justiz- und Verwaltungsorganisation an den Senat.

²⁷⁰ Tobolka: Dějiny II, 244 f.

steriums Hohenwart als auch das der Tschechen mit dem staatsrechtlichen böhmischen Adel und die polnischen, alpendeutschen und karstländischen Konservativen und das zahlenmäßige Gewicht des Großgrundbesitzes in jedem Landtag — führte jedoch dazu, daß die Regierung von den vom Grafen Hohenwart bei der Beratung im August 1870 in Wien geäußerten Ideen ausging und unter Leitung Hohenwarts²⁷¹ für 10 Länder (3 der böhmischen Krone) Entwürfe von Landtags-Wahlordnungen ausarbeiten ließ. Der Entwurf der böhmischen Landtags-Wahlordnung ließ die Großgrundbesitzerkurie mit 70 Abgeordneten bestehen, teilte jedoch diese nach der Steuerleistung in drei Wahlkörper. Der erste Wahlkörper mit höchster Steuerleistung wählte 20, der zweite mit mittlerer 40 und der dritte mit den Wählern der niedrigsten Steuerleistung 10 Abgeordnete. Anstatt der 15 Vertreter der Handels- und Gewerbekammern sollten acht Vertreter der Großindustrie in den Landtag kommen. Während die Städtekurie ihre 72 Abgeordneten behielt, bekamen die Landgemeinden anstatt 79 nun 106 Abgeordnete (zusammen 263 Abgeordnete). Nun wäre es für den verfassungstreuen Adel mit seinen zahlreichen Anhängern unter den kleineren Großgrundbesitzern, die größtenteils auch noch Staatsbeamte waren, unmöglich gewesen, den konservativen Adel, der sich vorwiegend aus den größeren Großgrundbesitzern zusammensetzte, bei der Wahl zu schlagen, um so die Mehrheit im böhmischen Landtag für die verfassungstreuen Liberalen zu sichern.

Der böhmische Nationalitätenschutz-Gesetzesentwurf. Der Gesetzesentwurf zum Schutz des gleichen Rechtes der tschechischen und deutschen Nationalität im Königreiche Böhmen²⁷² verkündete vor allem das gleiche Recht des tschechischen und des deutschen Volksstammes in allen Beziehungen des öffentlichen und bürgerlichen Rechtes in Böhmen sowie die Achtung, Wahrung und Pflege ihres nationalen Eigenlebens und insbesondere ihrer Sprache (§ 1). Dadurch wurden beiden Stämmen nicht nur die üblichen individuellen subjektiven Rechte, sondern auch die kollektiven Anrechte garantiert. Infolgedessen dürfen Angehörige der einen Nationalität wegen ihrer Abstammung

²⁷¹ Die Entwürfe wurden vom Ministerialrat Gustav Kubin ausgearbeitet. Tobolka: Dĕjiny II, 244; Rosler: Ministerium 72, 74.

²⁷² Text des vom Landtag angenommenen Entwurfes: Bernatzik: Verfassungsgesetze 1093—1097; Kolmer: Parlament II, 173—175; Srb: Dĕjiny I, 331—334; Zeithammer: Geschichte II, 98—103.

Text der Regierungsvorlage: Kameníček: Paměti I, 228—233; dazu Schäffle: Leben II, 203; Büchsel: Fundamentalartikel 42—53; Czedik: Geschichte I, 194; Fischer: New Lights 190; Ders.: Negotiations 139; Hantsch, Hugo: Die Geschichte Österreichs. 2. Bd. 2. Aufl. Graz-Wien-Köln 1953, S. 411; Hugelmann, Karl G.: Das Nationalitätenrecht des alten Österreich. Wien-Leipzig 1934, S. 298 f.; Kaindl, Raimund F.: Böhmen. Zur Einführung in die böhmische Frage. Leipzig 1919, S. 72; Kazbunda, Karel: Pokusy rakouské vlády o české vyrovnání. ČCH 27 (1921) 361; Rogge: Österreich III, 458 f.; Ruso: Schäffle 100—107; Schüller: Verfassungsproblem 128; Tobolka: Dĕjiny II, 245 ff.; Weber, Ottokar: Albert Schäffle und die Fundamentalartikel. Deutsche Arbeit 5 (1905/06) 13 f.

und Sprache weder durch Gesetze, noch durch behördliche Verfügungen, noch bei Benützung jeder Art öffentlicher, durch allgemeine Landesmittel erhaltener Anstalten ungünstiger behandelt werden als Angehörige des anderen Volkstammes unter gleichen Umständen. Dies gilt insbesondere vom aktiven und passiven Wahlrecht für öffentliche Vertretungskörper, von der gleichmäßigen Zulassung zu öffentlichen Ämtern und Würden bei gleicher Befähigung, von der gleichmäßigen Berücksichtigung bei Abgrenzung der Verwaltungs- und Gerichtssprengel, von der Verhandlungssprache öffentlicher Behörden und Anstalten und des Verkehrs der Einwohner mit denselben sowie von der gleichmäßigen Gewährung öffentlicher Mittel und Anstalten zur Ausbildung (§ 2). Die Prinzipien des § 1 werden hierdurch konkret gefaßt und sogar Schritte zur finanziellen nationalen Proportion getan.

Die Gleichberechtigung beider Sprachen in Böhmen sollte sich darin äußern, daß die Landesgesetze in beiden Sprachen vorgelegt, beschlossen und kundgemacht werden. Bei den Verhandlungen des Landtages kann man sich beider Landessprachen bedienen. Alle Mitteilungen der Regierung sowie alle Anträge, Beschlüsse und Protokolle werden in beiden Landessprachen geführt und veröffentlicht. Der Vorsitzende des Landtages und sein Stellvertreter müssen beider Sprachen mächtig sein (§ 3).

Die Verwaltungs-, Gerichts- und Wahlbezirke sollen möglichst aus Gemeinden einer Nationalität bestehen (§ 4). Die Amtssprache der Gemeinde wird durch die Gemeindevertretung bestimmt. Wird dagegen von Gemeindevahlberechtigten eine Einwendung erhoben, so ist die Amtssprache durch Abstimmung der wahlberechtigten Mitglieder mit absoluter Mehrheit festzustellen. Wenn in einer Gemeinde eine nationale Minderheit von wenigstens einem Fünftel der Wahlberechtigten vorhanden ist, so hat hier die andere Sprache insofern in den Amtsgebrauch zu treten, daß die Gemeindeglieder sich ihrer in der Vertretung bedienen können, daß alle öffentlichen Kundmachungen auch in derselben zu erlassen und daß im Verkehr der Gemeindeorgane mit den Parteien Eingaben auch in dieser Sprache anzunehmen und zu verbescheiden sowie auf Verlangen Protokolle aufzunehmen sind. Die Anwendung beider Sprachen hat in der Landeshauptstadt Prag unter allen Umständen zu gelten (§ 5).

Ähnlich ist die Amtssprache in den Bezirken geregelt. Die Sprache der Mehrheit der Bevölkerung eines Bezirkes ist auch die Amtssprache der Bezirksvertretung. Wenn sich im Bezirke auch nur eine Gemeinde der anderen Nationalität befindet, so ist ihre Sprache nach Maßgabe des § 5, Abs. 2 zum Amtsgebrauche zuzulassen (§ 6). Die Amtssprache der Bezirksvertretung hat auch als Amtssprache der Bezirksbehörden und Gerichte zu dienen. Doch ist hier auf Begehren der Parteien die andere Landessprache insofern zuzulassen, als in derselben Eingaben anzunehmen, zu verbescheiden und in Protokolle aufzunehmen sind (§ 7). Im Verkehr untereinander bedienen sich gleichgestellte Behörden ihrer eigenen Amtssprache; ebenso untergeordnete im Verkehr mit Vorgesetzten. Kaiserliche und königliche Zivilbehörden geben ihre Erlässe an untergeordnete Behörden in der Sprache der letzteren. Als Amts-

sprache aller kaiserlichen und königlichen Zivilbehörden, deren Wirkungskreis sich über das ganze Land erstreckt, sollen gleichmäßig die tschechische und deutsche Sprache angewandt werden. Die für das ganze Land bestellten landesfürstlichen und autonomen (Gemeindeausschüsse, Bezirksausschüsse und Landesauschuß) Behörden sowie die für die Rechtsprechung in höherer Instanz berufenen Gerichtshöfe müssen so zusammengesetzt sein, daß bei denselben in beiden Sprachen verhandelt werden kann (§ 8)²⁷⁸.

Sehr umstritten war und blieb jahrzehntelang das Prinzip des § 9: „Bei landesfürstlichen Behörden in Böhmen darf niemand als Konzeptbeamter oder Richter angestellt werden, der nicht beider Sprachen in Wort und Schrift mächtig ist. Insolange sich in Böhmen im öffentlichen Dienste Beamte vorfinden, die nur einer Sprache mächtig sind, ist dafür zu sorgen, daß dieselben nur bei solchen Behörden verwendet werden, wo ihre Sprache die Amtssprache ist. Autonome Behörden sind verpflichtet, Vorsorge zu treffen, daß die Anwendung der Sprache der Minderheit (§§ 5 und 6) nach dem Gesetze vollständig zur Durchführung gelangen können“ (§ 9).

Die wohl wichtigste Neuerung des Gesetzes war die Vorschrift: „zum Schutz des gleichen Rechtes beider Nationalitäten wird der Landtag in nationale Kurien eingeteilt“ (§ 10). Die nationalen Kurien werden in folgender Weise gebildet: Die Vertreter der Stadt- und Landgemeindebezirke gehören der Kurie der Nationalität ihrer Wahlbezirke an. Die Vertreter sprachlich gemischter Bezirke, die Vertreter des Großgrundbesitzes und der Großindustrie sowie die Virilisten haben beim Eintritt in den Landtag die Wahl, ob und in welche Nationalkurie sie eintreten wollen; jedoch dürfen jene Vertreter des Großgrundbesitzes, die selbst einen Großgrundbesitz haben, nur in jene Kurie eintreten, in deren Sprachgebiet ihr Großgrundbesitz gelegen ist. Die Nationalkurien haben sich nach Zusammentritt des Landtages zu konstituieren und ihren Obmann zu wählen. In der Geschäftsordnung des Landtages sind die nötigen Bestimmungen zu treffen, damit die Kurie die ihr zustehenden Rechte ausüben kann (§ 11).

Die Institution der Nationalkurie bot auch einen bedeutenden Ansatz zur finanziellen Autonomie. Jede Nationalkurie kann bei der jeweiligen Budgetabstimmung verlangen, daß der darin für Schul- und Unterrichtszwecke festgesetzte Gesamtaufwand — sofern er nicht für beiden Nationalitäten gemeinsame Anstalten bestimmt ist — im Verhältnis des Steuerertrages aus den Bezirken jeder Nationalität für Bildungsanstalten ihrer Sprache verwendet wird. Im selben Verhältnis kann sie den Ertrag der diesem Zweck gewidmeten Fonds, falls sie keine bestimmte besondere Widmung haben, beanspruchen. Es bleibt jeder Nationalkurie unbenommen, für Bildungsanstalten ihrer Sprache eine besondere Umlage auf die Bezirke und Gemeinden ihrer Nationalität zu beschließen. Die Ausübung der den Kurien in den vorstehenden Absätzen eingeräumten Rechte ist gesetzlich zu ordnen. Im Geiste dieser Bestimmung ist auch

²⁷⁸ Mit Unrecht sieht Büchsel: Fundamentalartikel 50 darin die Dekretierung der tschechischen inneren Amtssprache.

nationalen Minderheiten in Bezirken und Gemeinden durch das Gesetz die Gewähr zu bieten, daß sie aus den zu Bildungszwecken bestimmten Bezirks- und Gemeindeeinkünften den verhältnismäßig auf sie entfallenden Teil der Mittel erhalten, oder durch besondere Umlagen oder aus anderen eigenen Mitteln — unter Beobachtung der Landesschulgesetze — für Gründung und Leitung von Anstalten zur Ausbildung der Jugend ihrer Nationalität in der eigenen Sprache Sorge tragen können (§ 12).

Jede nationale Kurie kann verlangen, daß Bestimmungen eines Gesetzentwurfes, welche den Gebrauch der Sprache im öffentlichen Leben, bei Behörden und in solchen Bildungsanstalten, welche nicht ausschließlich der anderen Nationalität gewidmet sind (§ 12), betreffen, nach der zweiten Lesung im Landtage noch einer Abstimmung nach Nationalkurien unterzogen werden. Nach einer solchen Abstimmung gilt jede Bestimmung als abgelehnt, gegen welche die absolute Mehrheit einer Kurie gestimmt hat. Dies gilt insbesondere auch für die zur weiteren Ausführung dieses Gesetzes zu erlassenden Gesetze (§ 13).

Bemerkenswert ist auch der Ansatz zur nationalen Proportion bei den Wahlen. Bei der Wahl der Abgeordneten des Landtages in Vertretungskörper, an denen Böhmen mit anderen Kronländern des Reiches teilnimmt, muß mindestens ein Drittel der Gewählten der tschechischen und mindestens ein Viertel der deutschen Nationalkurie entnommen sein (§ 14).

Sehr bemerkenswert war die qualifizierte Sicherung des Nationalitätengesetzes. Nach § 15 wurde das gleiche Recht der beiden Volksstämme unter den Schutz des Krönungseides gestellt und nach § 16 war dieses Gesetz bei jeder Abänderung wie ein Landesgrundgesetz zu behandeln. Jede Änderung desselben bedarf außerdem der Annahme durch beide Nationalkurien des Landtages.

Dieser Gesetzentwurf wurde, unter Berücksichtigung des Siebenbürger Nationalitätengesetzes sowie des vom demokratischen Achtundvierziger Adolf Fischhof ausgearbeiteten Entwurfes eines zisleithanischen Nationalitätengesetzes, von Schäßle und Rieger entworfen²⁷⁴. Der Entwurf Schäßles wurde ziemlich gekürzt, da Rieger die Meinung vertrat, man könne mancher Bestimmung unmöglich durch den Krönungseid einen feierlich qualifizierten Charakter geben, bevor sich diese in der Praxis bewährt habe. Daher wies man in den §§ 12 und 13 des gekürzten Entwurfes auf ausführende Gesetze hin. Der Entwurf wurde vom Ministerrat am 31. August 1871 genehmigt²⁷⁵.

Das Nationalitäten-Schutzgesetz wurde 1871 von den Verfassungstreuen als eine Falle, die die Tschechen den Deutschen gestellt hätten, erklärt²⁷⁶. Selbst gemäßigte Kritiker wie Fischhof griffen besonders zwei Bestimmungen an²⁷⁷.

²⁷⁴ Tobolka: Dĕjiny 245 f.; Büchsel: Fundamentalartikel 43; Charmatz, Richard: Adolf Fischhof. Das Lebensbild eines österreichischen Politikers. Stuttgart-Berlin 1910, S. 265—276.

²⁷⁵ Rosler: Ministerium 79 ff.; Holzgethan stellte sich hier gegen den Ausgleich.

²⁷⁶ Neue Freie Presse, Morgenblatt 17. September 1871; Kaindl: Böhmen 72; Rogge: Österreich III, 458 f.

²⁷⁷ Charmatz: Fischhof 266—268, 270—273.

Es war die Pflicht der volljuristischen Beamten, beide Landessprachen in Wort und Schrift zu beherrschen. Fischhof hielt Rieger vor, diese Vorschrift sei überflüssig und für die deutschen Amtskandidaten gefährlich, da diese erfahrungsgemäß weit weniger das Tschechische beherrschten als ihre tschechischen Kollegen das Deutsche. So würde, meinte Fischhof, diese Vorschrift — die bereits im Jahre 1871 keine geringe Aufregung unter den deutschen Staatsbeamten und Richtern verursachte²⁷⁸ — zur Überflutung des deutsch-böhmischen Gebietes mit tschechischen Beamten führen. Weiter hielt er Rieger die Vorschrift des § 11 vor, die die Abgeordneten des Großgrundbesitzes, die selbst Großgrundbesitzer waren, zwang, in die Kurie einzutreten, in deren Sprachgebiet ihr Großgrundbesitz gelegen war. Der Entwurf schaffe, meinte Fischhof, aus den national vielfach unausgeprägten böhmischen Adeligen Muß-Tschechen und Muß-Deutsche, die sich in „ihrer“ Kurie nicht wohl fühlen und auch von den meisten Mitgliedern der nationalen Kurie ungern in der Kurie gesehen würden. Diese Argumente wurden von der Presse in wesentlich verschärfter Tonart angewandt.

Rieger²⁷⁹ verteidigte den § 9, indem er andeutete, welche Folgen die Ablehnung des leitenden Prinzips des § 9 haben würde, daß die Deutschböhmen im tschechischen Gebiet Böhmens, also im größeren Teil des Königreiches vor Amt und Gericht kein Gehör finden würden: „Nix deutsch“. Das Grundprinzip des § 11 verteidigte Rieger mit dem Hinweis darauf, daß diese Vorschrift keine Tschechen in die deutsche Kurie, sondern einige — vielleicht 30 — Deutsche²⁸⁰ in die tschechische Kurie einfügen würde. Nebenbei war es die Absicht der Gesetzgeber, den nationalen oder vielmehr sprachlichen Gegensatz zwischen dem Adel und seiner ländlichen Umgebung durch die gemeinsame nationale Kurie zu überbrücken. Es wäre noch zu bemerken, daß beide Grundprinzipien, der faktische Sprachenlernzwang für bestimmte angehende Staatsbeamte und das nationale Bekenntnis des landespatriotisch fühlenden Adels bis 1918, ja vielfach in anderer Form noch nachher, jeden nationalen Ausgleich in Böhmen wesentlich belasteten. Es blieb bis 1918 die Schwierigkeit bestehen, ob man sich für Fischhofs Weg entscheiden solle, die Großgrundbesitzer in Mähren und in Böhmen (hier allerdings nur nach den Entwürfen) aus der nationalen Scheidung auszuschalten und dadurch die erwähnten psychologischen Gegensätze zu vergrößern, oder ob man nach Rieger die Landespatrioten zur nationalen, ethnisch-sprachlichen Entscheidung zwingen solle.

Es ist bezeichnend für die Intensität der staatsrechtlichen Gesinnung der Tschechen, daß aus dem Nationalitätengesetz der ursprüngliche § 15 über das Schiedsgericht entfiel. Danach sollte zur Entscheidung über vorkommende Beschwerde bezüglich der Verletzung nationaler Rechte durch öffentliche Organe ein Schiedsgericht paritätisch aus beiden Völkern gewählt werden, des-

²⁷⁸ R u s o : Schäffle 104.

²⁷⁹ C h a r m a t z : Fischhof besonders S. 269.

²⁸⁰ Es handelte sich um konservativ-staatsrechtlich gesinnte, deutsche bzw. deutschsprachige adelige Abgeordnete des Großgrundbesitzes.

sen Vorsitzenden eventuell der König bestimmen sollte. Da die Tschechen den Angehörigen einer dritten nichtböhmischen Nation als Vorsitzenden aus staatsrechtlichen Gründen nicht dulden wollten und andererseits die Regierung dem Kaiser die unangenehme Ernennung ersparen wollte, fiel die ganze Bestimmung²⁸¹. Trotz alledem bleibt dieser Gesetzentwurf ein bedeutendes Werk, das eigentlich in der folgenden Zeit weder durch promulgierte Gesetze noch durch vorbereitete Entwürfe übertroffen wurde.

Mähren und Schlesien. In Mähren trat der neugewählte Landtag, in dem nun die Tschechen mit dem konservativen Adel die Mehrheit hatten²⁸², am 14. September 1871 zusammen. Die verfassungstreuen Deutschen verließen den Landtag mit Protest gegen die Wahlen. Die Regierung beschränkte sich darauf, dem Landtag eine revidierte Landtags-Wahlordnung vorzulegen. Der Landtag nahm am 13. Oktober eine Adresse an den Kaiser an, in der er die Zustimmung zu der böhmischen Ausgleichsaktion und den böhmischen Fundamentalartikeln aussprach, jedoch die Regelung der Verhältnisse der böhmischen Kronländer untereinander durch Verhandlungen der Landtagsdeputationen einleiten wollte. Der Institution des königlich-böhmischen Hofkanzlers als Haupt der Regierung der böhmischen Länder und seiner Verantwortlichkeit gegenüber den drei Landtagen zustimmend, meinte der Landtag, es würde der Bedeutung der Markgrafschaft Mähren entsprechen, wenn an die Seite des böhmischen Kanzlers ein Kanzler berufen würde, dem unter Verantwortlichkeit gegen den Kaiser und den mährischen Landtag vorzugsweise die Angelegenheiten Mährens zur Besorgung übergeben würden. Der Kaiser wurde weiter gebeten, nach Recht und Sitte die Erbhuldigung der Markgrafschaft bei Anwesenheit der Träger des bis 1848 bestandenen Verfassungsrechtes entgegenzunehmen. So wäre also sowohl die Kontinuität mit dem Rechtszustand vor 1848 als auch — besonders durch den vorgeschlagenen mährischen Kanzler — die verhältnismäßig starke Unabhängigkeit von Böhmen gesichert gewesen.

Der schlesische Landtag²⁸³ beschloß mit großer Mehrheit eine Erklärung gegen jede auch nur symbolische Verbindung mit Böhmen und gegen jede Föderalisierung des Reiches.

Der Mißerfolg des Ausgleichsversuches. Die Ausgleichsaktion wurde dadurch, daß sie sich stark in die Länge zog, immer mehr bekannt und daher auch stärker angegriffen. Die selbstverständlichen Gegner — die verfassungs-

²⁸¹ Büch sel : Fundamentalartikel 84 f.; Rog ge : Österreich III, 469; Tobolka : Dějiny II, 247; Zeithammer : Geschichte II, 103 f.

²⁸² 67 von 100 Abgeordneten. Kolmer : Parlament II, 177 f.; Rog ge : Österreich III, 469 f.

²⁸³ Im schlesischen Landtag wurde der nichtdeutsche Teil der Bevölkerung nur durch vier polnische und tschechische Abgeordnete vertreten.

Kolmer : Parlament II, 182; Tobolka : Dějiny 282; Zeithammer : Geschichte II, 104 f.

treuen bzw. deutschliberalen Abgeordneten — hielten am 17. September 1871 in Wien eine Beratung ab, in der sie nicht nur Proteste der Landtage mit verfassungstreuer Mehrheit veranlassen, sondern auch die Madjaren als Gegner der Ausgleichsaktion gewinnen wollten. Hohenwart versuchte die erste Aktion durch den Erlaß vom 20. September an die Landeschefs zu stoppen, indem er diese auf die Einhaltung der Zuständigkeit der Landtage hinwies. Trotzdem beschlossen neben dem erwähnten Schlesischen auch noch der Kärntner, Salzburger, Steiermärkische und der Niederösterreichische Landtag gegen die böhmische Ausgleichsaktion eine Verwahrung. Besonders im Niederösterreichischen Landtag rief der förmlich verhandelte Antrag des Abgeordneten Granitsch für eine Rechtsverwahrung großes Aufsehen hervor, das der Regierung viel zu schaffen machte²⁸⁴. Dagegen sprachen sich die anderen Landtage für den böhmischen Ausgleich aus²⁸⁵. Der Kampf um den böhmischen Ausgleich erfaßte selbstverständlich nicht nur die Zeitungen, sondern auch die Publizistik, wobei sich der Ton sowohl deutschliberalerseits als auch tschechischerseits beträchtlich verschärfte und die Regierung zum Erwägen von außerordentlichen Maßnahmen zwang²⁸⁶. Die Opposition gegen den Ausgleich erfaßte auch die vielfach josephinisch orientierte Beamtenschaft und, was für den Erfolg des Ausgleichs bedenklich war, allmählich auch viele Militärkreise²⁸⁷, die zentralistische Minderheit der deutschen katholisch orientierten Kreise um Kardinal Rauscher²⁸⁸ und schließlich viele an sich konservative Hochadelige, die den Umbau des Herrenhauses in einen Senat ablehnten²⁸⁹. Dagegen war für das Kabinett manche zustimmende Adresse von einigen deutschböhmischen Gemeinden, besonders aus dem Böhmerwald, kein gleichwiegendes politisches Plus²⁹⁰.

Neben dieser Opposition war der Widerstand gewisser Persönlichkeiten für das Ministerium von fataler Bedeutung. Der wohl gefährlichste Gegner des Ministeriums war der Reichskanzler (Außenminister) Graf Beust, der bereits

²⁸⁴ Verwaltungsarchiv, Wien, Ministerratsprotokoll vom 23. September 1871, MRZ 108, KZ 2810 mit Beilagen.

Granitsch hielt im Landtag am 10. Oktober 1871 eine scharfe Rede, in der er den Kaiser direkt angriff. Text: Kolmer: Parlament II, 180—181.

²⁸⁵ Tobolka: Dějiny II, 264 f.

²⁸⁶ Ministerratsprotokoll vom 14. Oktober, MRZ 110, KZ 2814; dazu Kazbunda: Ke zmaru 529 ff.; Schäffles Brief an Rieger vom 10. September 1871 bei Heidler: Listář I, 233; Büchsel: Fundamentalartikel 57; Ruso: Schäffle 115; Über die Aufregung in Wien berichten auch ausländische Diplomaten. Corti: Mensch 453 f.

²⁸⁷ Darüber Landesverteidigungsminister von Scholl, Ministerratsprotokoll vom 23. September 1871, MRZ 108, KZ 2810.

²⁸⁸ Tobolka: Dějiny II, 264; Zeithammer: Geschichte II, 113.

²⁸⁹ Hohenwart: Biographie 34; es ist nicht unwahrscheinlich, daß das Ministerium und der Ausgleich der Mutter des Kaisers, Erzherzogin Sophie, sympathisch waren. Corti: Mensch 454; weiter die weniger sichere indirekte Nachricht: Penížek, Josef: Ausgleichsversuche in Böhmen. Österreichische Rundschau 32 (1912) 408.

²⁹⁰ Ministerratsprotokolle vom 5. Oktober 1871, MRZ 108, KZ 2812; vom 9. Oktober 1871, MRZ 109, KZ 2813; vom 14. Oktober 1871, MRZ 110, KZ 2814.

durch die Ernennung des Ministeriums Hohenwart — die nicht nur ohne, sondern gegen seinen Ratschlag erfolgt war — betroffen wurde und — obwohl kein grundsätzlicher, geschweige denn beharrlicher Zentralist und Unionist — gegen das Ministerium im Auslande wohl auch deshalb durch seinen Sektionschef von Hofmann einen Pressefeldzug begann²⁹¹, weil er sich durch die mangelhafte Benachrichtigung über die Ausgleichsverhandlungen und wohl auch durch bestimmte Formenfragen betroffen fühlte²⁹². Äußerlich kam der Widerstand Beusts gegen das Ministerium bei der Inauguration des Rektors der Wiener Universität am 9. Oktober zum Vorschein und vergrößerte auf beiden Seiten sowohl die Verbitterung als auch das Mißtrauen. Die Gegnerschaft Beusts war jedoch für den Erfolg der Ausgleichsverhandlungen gefährlich, da Beust in Anbetracht des Primates der Außenpolitik bei den politischen Entscheidungen des Kaisers²⁹³ der berufene Mann zum Eingriff von außenpolitischer Seite war. Beust sandte dem Kaiser am 13. Oktober eine Denkschrift²⁹⁴, in der er vor der Opposition der Deutschösterreicher warnte, da diese, trotz der bisher sehr zurückhaltenden Stellungnahme der Regierung des neuen Deutschen Reiches, dort ein verstehendes Echo finden müsse. Er erinnerte an die Versuche der Tschechen und besonders Riegers, mit Napoleon III. anzuknüpfen sowie die österreichische Außenpolitik in der Pontusfrage russenfreundlich zu beeinflussen, während sich Rußland a priori den föderalistischen Versuchen in Österreich feindlich gegenüberstelle, da es das parallele Zustandekommen eines Ausgleiches mit Galizien, das durch seine erweiterte Autonomie bzw. Sonderstellung Russisch-Polen beeinflussen könnte, befürchte. Die Tschechen seien ein Volk ohne außenpolitischen Rückhalt²⁹⁵, das den Ausgleich zur Erschwerung der einheitlichen

²⁹¹ Hohenwart: Biographie 33 f.; Prziбрам, Ludwig Ritter von: Erinnerungen eines alten Österreichers. I. Bd. Stuttgart-Leipzig 1910, besonders S. 304—308; Kazbunda: Ke zmaru 522, 548 f., 570; Schäßfle: Leben I, 224 ff.; Czédik: Geschichte I, 193; Schäßfles Schreiben an Rieger vom 12. Oktober 1871 bei Heidler: Listář I, 236; Spitz: Fundamentalartikel 83 ff., 90; Schenk-Sudhof: Hohenwart 73, 78; Ruso: Schäßfle 72 f., 76 f., 117 f.

²⁹² Dies gibt Pražák ziemlich unumwunden zu. Kamenfček: Paměti I, S. LIII, 196 f.

²⁹³ Büchsel: Fundamentalartikel 1, 5 f., 25; Fořt: Přítmi 146—154; Kazbunda: Pokusy 111; Ruso: Schäßfle 39; Steinacker, Harold: Die geschichtlichen Voraussetzungen des österreichischen Nationalitätenproblems und seine Entwicklung bis 1867. In: Hugelmann: Nationalitätenrecht 59; Zeithammer: Geschichte I, 8.

²⁹⁴ Text: Beust: Drei-Viertel-Jahrhunderte II, 502—510; diese Denkschrift wurde vom Sektionschef Freiherrn Leopold von Hofmann und seinen Mitarbeitern Teschenberg und Prziбрам verfaßt. — Prziбрам: Erinnerungen I, 309; Srb: Dějiny 363—369; dazu Beust: Drei-Viertel-Jahrhunderte II, 463 ff., 497; Czédik: Geschichte I, 207 ff.; Büchsel: Fundamentalartikel 8, 58; Denis: La Bohème II, 532 ff.; Fischer: New Lights 190; Kazbunda: Ke zmaru 532, 537, 539 f.; Ruso: Schäßfle 120; Schäßler: Verfassungsproblem 130; Schenk-Sudhof: Hohenwart 74 f.

²⁹⁵ Die Denkschrift deutet auf die negative Einstellung des offiziellen Rußland und der Panlawisten zum Ausgleichsversuch vom Jahre 1871 hin, die den Einfluß des Ausgleichs auf die Polen in Rußland befürchteten. — Kazbunda: Ke zmaru

Außenpolitik, der durch den Dualismus bereits komplizierten österreichisch-ungarischen Außenpolitik, ausnützen würde. Diese Denkschrift rief beträchtliche Bedenken des Kaisers hervor.

Die ungarische Opposition gegen die Ausgleichsaktion, besonders gegen einige Bestimmungen der Fundamentalartikel, kam erst später zum Vorschein. Der ungarische Ministerpräsident Graf Andrassy hielt sich zuerst zurück und hatte, von Hohenwart und vom Kaiser später informiert und befragt, wohl keine qualifizierten Bedenken geäußert²⁹⁶. Selbst der vereinzelte Putschversuch radikaler kroatischer Staatsrechtler von Rakovica am 9. Oktober gegen die Union mit Ungarn hat keine so starke offizielle Wendung gegen den böhmischen Ausgleichsversuch hervorgerufen, wie die damalige Publizistik annahm²⁹⁷. Allmählich verdichteten sich jedoch die madjarischen Befürchtungen von den slawischen Einflüssen, die von Böhmen nach Ungarn eindringen könnten²⁹⁸, und führten sowohl Andrassy als auch den gemeinsamen Finanzminister, Graf Lonyay, in die Front gegen die Ausgleichsprojekte — besonders gegen den Entwurf des zweiten kaiserlichen Reskriptes an den böhmischen Landtag —, in der sie sich mit dem gemeinsamen Kriegsminister Kuhn als Repräsentanten der erwähnten Militärkreise zusammenfanden. Da nun Österreich-Ungarn im Herbst 1871 die seit dem Fall von Metz am 28. Oktober 1870 im deutsch-französischen Krieg von Beust angefangene Neuorientierung der Außenpolitik bei den Kaisertreffen in Ischl und Salzburg im August und September 1871 verwirklichte, wurden auch einige Aussprüche von Kaiser Wilhelm — im Gegensatz zur Einstellung Bismarcks — trotz der noch immer starken Antipathie der österreichischen Dynastie und Armee gegen Preußen nicht ohne Bedenken aufgenommen²⁹⁹. Der Besuch des sächsischen Kron-

542 f.; Papoušek, Jaroslav: Rusko a český boj státoprávní 1871 [Rußland und der tschechische staatsrechtliche Kampf 1871]. ČCH 34 (1928) 383—388; Riegers Schreiben an seine Tochter Marie vom 14. Februar 1887 bei Heidler: Listář II (1872—1903) 1926, S. 298; Spitz: Fundamentalartikel 100 f.; auch das frührepublikanische Frankreich, geführt vom Feind des Nationalitätenprinzips Thiers und von den legitimistischen Diplomaten beeinflusst, nahm zu den Tschechen eine andere Einstellung ein als das kaiserliche Frankreich früher und das rein republikanische Frankreich später. Tobolka: Dějiny II, 275.

²⁹⁶ Schäffles Brief an Rieger vom 10. September 1871 bei Heidler: Listář I, 233; Büchsel: Fundamentalartikel 66 f.; Denis: La Bohême II, 531; Fischer: New Lights 190; Hohenwart: Biographie 32; Kazbunda: Pokusy 363, 381 ff., 390; Ders.: Ke zmaru 534, 537; Konyi, Emanuel: Beust und Andrassy 1870—1871. Deutsche Revue 15 (1890) 153; Ruso: Schäffle 114; Schenk-Sudhof: Hohenwart 71 ff.; Wertheimer: Andrassy I, 565 f.; Zeithammer: Geschichte II, 58, 87 ff.

²⁹⁷ Neue Freie Presse vom 12. und 20. Oktober 1871. Bei Heidler: Listář I, 233 ff., 243; Kazbunda: Pokusy 377; Ders.: Ke zmaru 540; Rosler: Ministerium 94; Ruso: Schäffle 120; Schenk-Sudhof: Hohenwart 165; Spitz: Fundamentalartikel 101; Traub: Pokus 67; Wertheimer: Andrassy I, 582 ff., 603; Zeithammer: Geschichte II, 87, 115 f.

²⁹⁸ Hohenwart: Biographie 34; Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Nr. 2874/1424, Telegramm Andrassys an Beust vom 20. September 1871.

²⁹⁹ Beust: Drei Viertel Jahrhunderte II, 486, 493, 497, 505 ff.; Corti: Mensch

prinzen Albert, eines Freundes des Kaisers, wirkte sich vielleicht auch ungünstig gegen die Ausgleichsaktion aus.

Im konkreten äußerte sich der allmähliche Umschwung in der Stimmung des Kaisers, der zwar noch immer den böhmischen Ausgleich durchführen wollte, sich jedoch von seiner Anfangsstimmung, in der er dem Ministerium versprochen hatte, es nicht zu verlassen, entfernte, besonders in der Äußerung Hohenwart gegenüber, als dieser ihm den erwähnten Entwurf des zweiten Reskriptes an den böhmischen Landtag vorlegte. Der Kaiser sagte, er gedenke dieses Reskript einem großen Ministerrat unter Beiziehung der gemeinsamen Minister und Andrassy zur Begutachtung vorzulegen und fragte Hohenwart, ob er damit einverstanden sei. Hohenwart, des vollen Vertrauens des Kaisers nicht mehr sicher, wollte — gestützt sowohl auf die mangelnde Zuständigkeit der gemeinsamen Minister und des ungarischen Ministerpräsidenten als auch auf die sichere Zweidrittel-Mehrheit im Abgeordnetenhaus des Reichsrates — nicht ohne Klärung dieser Fragen weitergehen und äußerte keine Bedenken gegen die Absicht des Kaisers³⁰⁰.

So kam bereits am 16. Oktober 1871 der erste vorbereitende gemeinsame Ministerrat unter Beusts Vorsitz zustande³⁰¹. Dieser Ministerrat befürwortete, daß ein etwaiges Reskript an den böhmischen Landtag den Ausgleich mit Ungarn als unzweifelhaft zu Recht bestehend und perfekt erklären solle und daß eine nachträgliche Genehmigung dieses Ausgleiches durch den böhmischen Landtag nicht notwendig sei, daß beide Ausgleichsgesetze lediglich durch den Beschluß der Reichsvertretung beider Reichshälften und die Sanktion des Kaisers geändert werden könnten, und daß den Deutschen die Möglichkeit ihrer ferneren Teilnahme an der Verfassungsrevision im Reichsrate gesichert werden sollte. Der Ministerrat ignorierte nicht nur eine etwaige Rechtskontinuitäts-These mit dem Vormärz, sondern auch die Existenz des böhmischen Staatsrechtes überhaupt.

Nach zahlreichen Audienzen beim Kaiser, den sowohl Hohenwart als auch die gemeinsamen Minister und Andrassy für ihre Linie gewinnen wollten, kam es zum gemeinsamen Ministerrat vom 19. Oktober³⁰², wieder unter Beusts Vorsitz, an dem Hohenwart und nun auch Andrassy teilnahmen. In diesem Ministerrat kritisierte die Mehrheit das Entgegenkommen des Reskriptes vom 12. September 1871 zum tschechischen Standpunkt, vor allem

448 ff.; Fischer: *New Lights* 191; Ders.: *Negotiations* 140—141; Kazbunda: *Pokusy* 376, 379 ff.; Derselbe: *Ke zmaru* 535 f., 541 f.; Prziham: *Erinnerungen I*, 301 f.; Tobolka: *Dějiny II*, 276; kaum richtig: Denis: *La Bohême II*, 531 f.; Fořt: *Přítmi* 141, 154; Heidler: *Listář I*, 213.

³⁰⁰ Hohenwart: *Biographie* 34 f.

³⁰¹ Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, Protokoll des gemeinsamen Ministerrates vom 16. Oktober 1871, RMRZ 119, KZ 2815. Andrassy war noch nicht anwesend. Büchsel: *Fundamentalartikel* 60; Ruso: *Schäffle* 122; Spitz: *Fundamentalartikel* 103 ff.

³⁰² Protokoll des gemeinsamen Ministerrates vom 19. Oktober 1871. RMRZ 120, KZ 3780. Hohenwart: *Biographie* 36 f.; Büchsel: *Fundamentalartikel* 61 f.; Schenk-Sudhof: *Hohenwart* 80 f.; Spitz: *Fundamentalartikel* 107 f.

die Anerkennung des böhmischen Staatsrechtes. Hohenwart hob dagegen die Anerkennung des ungarischen Ausgleiches durch die Fundamentalartikel hervor und bestritt die grundsätzliche Anerkennung des böhmischen Staatsrechtes durch den Passus „eingedenk der staatsrechtlichen Stellung Böhmens“, denn ohne diese könne kein Königreich bestehen, daher sei es auch nicht nötig, diese vermeintliche Anerkennung in einem neuen Reskript einzudämmen. Weiter warf die Mehrheit der Minister dem Reskript vor, daß es sich mit den tschechischen Forderungen identifiziere. Hohenwart warnte davor, den Tschechen dasselbe zu sagen, was man ihnen zehn Jahre lang gesagt hatte, denn dann würde man dasselbe Ergebnis erhalten — ihr Fernbleiben vom Reichsrat. Trotzdem erklärte Hohenwart zum Schluß der Sitzung seine Bereitwilligkeit, den Entwurf des zweiten Reskriptes der zisleithanischen Regierung umzuändern, d. h. dem Standpunkt der gemeinsamen Minister anzunähern.

Nach den beiden vorbereitenden Ministerräten berief der Kaiser zum 20. Oktober zwei große gemeinsame Ministerräte ein³⁰³, von denen sich der erste mit dem zweiten Reskript, der zweite mit den Fundamentalartikeln beschäftigen sollte. Anwesend waren neben den gemeinsamen und den zisleithanischen noch zwei ungarische Minister³⁰⁴. Den Vorsitz führte der Kaiser. Bei dem ersten Ministerrat lagen die Reskriptentwürfe sowohl des gemeinsamen Ministeriums vom 19. Oktober³⁰⁵ als auch der abgeänderte Entwurf des zisleithanischen Ministeriums vom 20. Oktober vor³⁰⁶. Der Entwurf des gemeinsamen Ministeriums übernahm vom ursprünglichen Entwurf des Ministeriums Hohenwart³⁰⁷ den einleitenden Absatz, der das Reskript vom 12. September erwähnt, um im zweiten Absatz die Befriedigung über das Entgegenkommen der Adresse des böhmischen Landtages vom 10. Oktober beträchtlich abzuschwächen und die Erwähnung des Einklanges der „Rechtsansprüche des Landes“ (also der dem böhmischen Staatsrechte entsprechenden Ansprüche) mit der Machtstellung des Reiches gänzlich auszulassen. Der dritte Abschnitt hob in kühlem Ton hervor, daß die gemeinsamen Angelegenheiten beider Reichshälften durch die vom Reichsrat und ungarischen Reichstag beschlossenen und (vom Kaiser) sanktionierten Gesetze geregelt und nur auf verfassungsmäßigem Wege geändert werden, nicht jedoch in den

³⁰³ Abschrift zweier gemeinsamer Ministerratssitzungen vom 20. Okt. 1871. Beust: Drei-Viertel-Jahrhunderte 512; Büchsel: Fundamentalartikel 62 ff.; Kazbunda: Pokusy 388; Ders.: Ke zmaru 538; Rosler: Ministerium 99 ff.; Ruso: Schäffle 122; Schenk-Sudhof: Hohenwart 180 ff.; Spitz: Fundamentalartikel 114—122; Tobolka: Dějiny II, 271, 274; Wertheimer: Andrassy I, 590.

³⁰⁴ Ministerpräsident Graf Andrassy und der Minister am Hoflager Freiherr von Wenckheim.

³⁰⁵ Beilage des Ministerrats-Protokolls vom 20. Oktober 1871, Nr. 2816/11. Text: Büchsel: Fundamentalartikel 97; Kazbunda: Pokusy 387.

³⁰⁶ Text: Büchsel: Fundamentalartikel 96; Kazbunda: Pokusy 386.

³⁰⁷ Beilage des zisleithanischen Ministerrats-Protokolls vom 19. Oktober 1871, Nr. 2813/109. Text: Kazbunda: Pokusy 386; Schäffle: Leben II, 78; Zeithammer: Geschichte II, 85—86.

Bereich der Zuständigkeit eines anderen legislativen Faktors, also des böhmischen Landtages, gezogen werden können. Dieser letzte Untersatz lehnt jede Rezeption der Bestimmungen des ungarischen Ausgleichs durch den böhmischen Landtag ab und drängt daher Böhmen rechtlich in den Rahmen des Dualismus, höchstens des Subdualismus zurück. Dieser Absatz ersetzte den 3. Abs., der von dem Willen des Kaisers sprach, in Genehmigung der ihm vorgelegten Anträge und in Vereinbarung mit dem böhmischen Landtag die staatsrechtlichen Verhältnisse Böhmens mit Zustimmung des Reichsrates definitiv zu regeln. Der 4. Absatz des Entwurfes des gemeinsamen Ministeriums stellt ebenso kühl fest, das Verhältnis Böhmens zu Zisleithanien wäre durch die vom Kaiser erlassenen Grundsätze geregelt gewesen; auch hier könne eine Änderung derselben nur auf verfassungsmäßigem Wege erfolgen. Dieser Absatz ersetzte den Absatz, in dem der Kaiser seine Regentenpflicht betonte, den Rechtsanschauungen und Rechtsansprüchen Böhmens ebenso wie den Rechtsanschauungen und Rechtsansprüchen anderer Kronländer gerecht zu werden. Dieser Absatz des Entwurfes des gemeinsamen Ministeriums widerspricht wohl in schärfster Weise dem böhmischen Staatsrecht, da das Verhältnis Böhmens zu Zisleithanien nur durch die von Franz Joseph erlassenen Normen, also vor allem durch das Oktoberdiplom, die Februar- und Dezemberverfassung, geregelt werden soll. Das böhmische Staatsrecht wird hier vollkommen ignoriert; dies steht im krassen Gegensatz zur älteren Formulierung, die nicht nur Rechtsansprüche, sondern auch Rechtsanschauungen (die aus der böhmischen staatsrechtlichen Doktrin abgeleitet würden) im Rahmen der analogen Forderungen anderer Länder wenigstens grundsätzlich anzuerkennen verspricht³⁰⁸. Im 5. Absatz kommt anstatt der versöhnenden Aufforderung, zur Reichsrats-Eröffnung vom 28. Oktober die Abgeordneten zu wählen, die bloße Aufforderung zur Wahl, da die Regierung dem Reichsrat die geeigneter scheinenden verfassungsmäßigen Vorlagen vorlegen wird. Hier wird also der materielle Inhalt der dem Reichsrat vorzulegenden Vorlagen wohl dem Ermessen des Kaisers und des Ministeriums — ohne Rücksicht auf etwaige Abmachungen mit den Tschechen oder gar auf etwaige Forderungen, die aus der böhmischen staatsrechtlichen Doktrin abgeleitet wären — überlassen. Schließlich wird im 6. Absatz des Entwurfes des gemeinsamen Ministeriums an den gesamtösterreichischen Patriotismus appelliert, während die Erwähnung der Gewährleistung der Rechte Böhmens entfiel; auch hier also ignorierte man das böhmische Staatsrecht.

Der abgeänderte Entwurf des Ministeriums Hohenwart lobt im 2. Absatz den böhmischen Landtag, daß er die unanfechtbare Geltung der Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten anerkennt. Dieser Entwurf übernimmt den 4. Absatz des Entwurfes des gemeinsamen Ministeriums fast unverändert und knüpft die Aufforderung zur Reichsratswahl unmittelbar daran. Endlich wird der 6. Absatz des ursprünglichen Entwurfes des Kabinetts Hohenwart über-

³⁰⁸ So das kaiserliche Manifest vom 20. Oktober 1860, RGBl. Nr. 225. Text: Bernatzik: Verfassungsgesetze 222—223.

nommen. So hat der abgeänderte Entwurf das Bemühen des Landtages, die Rechtsansprüche Böhmens mit der Machtstellung des Reiches in Einklang zu bringen, anerkannt und ganz besonders mit dem königlichen Worte die Garantie der Rechte Böhmens geboten. Der abgeänderte Entwurf des Reskriptes hebt sich vom Entwurf des gemeinsamen Ministeriums noch immer, sowohl im Ton als auch im Inhalt, stark ab.

Beim ersten Ministerrat am 20. Oktober betonte Andrassy die Unantastbarkeit des Ausgleiches von 1867 und ebenso wie Lonyay, daß Böhmen aus der Reihe der „übrigen Länder S. Majestät“ nicht als ein selbständiger Faktor austreten dürfe. Die Ungarn beanstandeten „die Absicht der heilsamen Fortbildung des Ausgleiches“ im Kontext der Fundamentalartikel. Hohenwart verteidigte seine Linie, indem er erklärte, diese Fortbildung wäre allgemein, nicht jedoch nur im Interesse Böhmens angestrebt und hob hervor, daß über die Wahl der Delegationen in den Ausgleichsgesetzen von 1867 nichts gesagt wird, ihre Bestimmung gehöre in die Zuständigkeit des Reichsrates und er sei bereit, eine entsprechende Bestimmung in das Gesetz über den Delegiertenkongreß aufzunehmen. Der Kaiser betonte gegen Ende der Sitzung die Tatsache, daß doch die Absicht vorhanden gewesen sei, endlich eine Verständigung mit Böhmen zustande zu bringen. Nachdem dieser Weg einmal eingeschlagen wurde und nachdem der böhmische Landtag — ob berechtigt oder nicht — den ungarischen Ausgleich, also das ganze bestehende öffentliche Recht der Monarchie, anerkannt habe, müsse genau erwogen werden, ob man diese Anerkennung zurückweisen solle oder nicht. Der Kaiser hielt seine Entscheidung noch zurück, neigte jedoch zum Hohenwartschen revidierten Entwurf des Reskriptes.

Anders wirkte auf den Kaiser wohl der zweite Ministerrat (über die Fundamentalartikel) von demselben Tage. Andrassy beanstandete die Änderung des Abgeordnetenhauses und Herrenhauses als gefährlich für eine Monarchie. Beust betrachtete die Lage der Deutschen als so ungünstig — das Nationalitätengesetz könne daran wenig ändern —, daß die Gefahr bestünde, deutsche Schmerzenskinder zu schaffen³⁰⁹. Kuhn griff die Bestimmung des Art. XI, 5, Abs. 3, die dem Wehrgesetz³¹⁰ widerspreche, an. Lonyay beanstandete den Art. XI, 6b und kritisierte die finanzielle Seite des Ausgleiches. Dies tat in noch schärferer Weise der Finanzminister der Regierung Hohenwart, Holzgethan, der bereits im Ministerrat vom 30. August Abstand von den Ausgleichsverhandlungen der Regierung genommen hatte. Holzgethan erklärte im einzelnen, es werde zwischen direkten und indirekten Steuern unterschieden, gäbe aber kein Kriterium für beide. Aus dieser Bestimmung würde sogleich ein Streit zwischen der Regierung und siebzehn Landtagen entbrennen. Böh-

³⁰⁹ Der Ausdruck „Schmerzensschreie“ stammt im nationalistischen Sinne des Wortes wohl aus der Thronrede des Königs Viktor Emanuel II. vom 18. Januar 1859 „grido del dolore“ *Enciclopedia Italiana*. Bd. XIX. Rom 1933, S. 887.

³¹⁰ Gesetz vom 5. Dezember 1868, Nr. 151 R. G. B. L., womit für die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder die Art und Weise der Erfüllung der Wehrpflicht geregelt wird.

men sei ein aktives Land; Galizien, Bukowina, Tirol, Krain, Istrien und Dalmatien seien dagegen passiv. Sollten sie alle vom Stammlande Niederösterreich erhalten werden? Man trachte danach, Staat und Land in eine bis zur gegenseitigen Kontoführung gesonderte Stellung zu bringen, in der sich Soll und Haben genau ausgleichen. Diese Auffassung hebe den Staat ganz auf. Man möge sich einen Schuldner denken, der Gläubiger von 17 anderen Schuldnern sei; welchen Kredit würde er haben? Schon die bloße Verlautbarung der Bestimmungen der böhmischen Ausgleichsentwürfe habe einen gewaltigen Rentensturz zur Folge gehabt. Die Papierrente sei von 61 auf 56, ja 55 gesunken. Jetzt stehe sie auf 57, weil sie von regierungsfreundlicher Seite gehalten werde. Die Rente sei für die Finanzverwaltung ein unverkäuflicher Artikel geworden, aus dem Ausland sei sie zurückgeströmt. Das Defizit für 1872 belaufe sich auf 50 Millionen Gulden. Kassabestände seien wohl vorhanden, man werde aber mit nicht mehr als 10 Millionen ins neue Jahr gehen. Es sei also für die Deckung von 40 Millionen Vorsorge zu treffen. Andere Deckungsmittel als Rentenreserven bestünden nicht. Bei normalen Verhältnissen hätte man durch Rentenverkäufe Deckung schaffen können, jetzt ginge das nicht, und so sei für 1872 eine Stockung im Staatshaushalt unvermeidlich. Fundamentalartikel und Staatsbankrott seien für ihn gleichbedeutend. Diese Ausführungen Holzgethans beeinflussten wohl den Kaiser sehr nachhaltig. Er schloß die Sitzung, ohne die definitive Entscheidung zu treffen.

Zu diesen Ausführungen Holzgethans wäre zu erwähnen, daß man im Jahre 1878 die Verteilung der direkten Staatssteuern auf den Kopf der Bevölkerung nach einem mehrjährigen Durchschnitt folgendermaßen berechnete³¹¹:

Niederösterreich	12,9	Gulden	Schlesien	4,—	Gulden
Oberösterreich	5,5	Gulden	Kärnten	3,5	Gulden
Salzburg	5,2	Gulden	Krain	3,3	Gulden
Böhmen	5,1	Gulden	Galizien	1,95	Gulden
Mähren	4,9	Gulden	Tirol und Vorarlberg	1,8	Gulden
Steiermark	4,—	Gulden	Bukowina	1,8	Gulden
Küstenland	4,4	Gulden	Dalmatien	1,5	Gulden

Dieser Unterschied in der Steuerkraft verschiedener (noch dazu national verschiedener) Kronländer spielte bei den staatsrechtlichen Auseinandersetzungen eine mitentscheidende Rolle. Der tschechische staatsrechtliche Radikalismus wurde auch vom Bestreben getragen, die Zuschüsse für die passiven Kronländer abzuschaffen, während der zurückhaltende Föderalismus der Polen durch die Befürchtung mitbestimmt wurde, bei einem streng föderalistischen Umbau Zisleithaniens auf die bereits gewohnten Zuschüsse der steuerkräftigen Kronländer verzichten zu müssen.

³¹¹ Beer, Adolf: Der Staatshaushalt Österreich-Ungarns seit 1868. Prag 1881, S. 110 ff., besonders 112; die Ausführungen Holzgethans wurden begreiflicher Weise von den Gegnern des Ausgleiches besonders verbreitet. So Beust: Drei-Viertel-Jahrhunderte 512; und besonders Rogge: Österreich III, 483.

Der Kaiser, der irrtümlich annahm, die Tschechen würden auch nach der Beantwortung der Adresse des böhmischen Landtages durch ein in der Tonart kühles und inhaltlich wenig versprechendes Reskript in den Reichsrat eintreten, um selbst die inhaltlich eingeschränkten Ausgleichsentwürfe zu verabschieden³¹², beräumte nun einen zisleithanischen Ministerrat unter seinem Vorsitz für den 21. Oktober an³¹³, der den nach den Ergebnissen und Wünschen des ersten Ministerrates vom 20. Oktober neu abgeänderten Entwurf des Reskriptes des zisleithanischen Ministeriums³¹⁴ besprechen sollte. Dieser Entwurf erwähnte das Versprechen der Revision der Stellung Böhmens, wie im Reskript vom 25. August 1870, um der — wie es die Minister wohl selbst empfanden — geschwächten Lage des Ministeriums Hohenwart mit dem Hinweis auf den Start der Ausgleichsverhandlungen unter einem anderen Kabinett (Potocki) moralisch zu helfen. Nach einer Anerkennung des Entgegenkommens der Adresse des böhmischen Landtages wurde die Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten gegenüber der früheren Abänderung durch sanktionierte Gesetze bestimmter betont und die Tatsache, daß die Vorschläge des Landtages über die Stellung Böhmens in Zisleithanien nur verfassungsmäßig geregelt werden können, entschiedener formuliert. Nach der Aufforderung zu den Wahlen in den Reichsrat folgt die Erwartung, daß der Landtag sich seiner schweren Verantwortung nicht entziehen würde, indem alle Völker der Monarchie in dem kaiserlichen Worte die volle Gewährleistung ihrer Rechte erblickend demselben rückhaltlos vertrauen können. Im Ministerrat vom 21. Oktober griff Holzgethan die wenigen Redewendungen, die den Anschein einer vorherigen Zustimmung des Kaisers zu den Ausgleichsentwürfen hervorriefen, an und verlangte ihre Streichung. Der Kaiser, obwohl sich die Entscheidung noch reservierend, neigte sichtbar zum Entwurf des Reskriptes der gemeinsamen Minister und entschied die Aufnahme des Absatzes über die Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten³¹⁵ aus dem erwähnten Entwurf in den Entwurf des zisleithanischen Ministeriums. Es wäre noch zu erwähnen, daß selbst der Entwurf des Reskriptes des Ministeriums Hohenwart durch neue und immer neue Abänderungen den Charakter einer psychologisch ansprechenden Proklamation verlor. Endlich kennt die dritte abgeänderte Fassung des Reskriptes das böhmische Staatsrecht eigentlich nicht mehr an, wenn sie auch in nuce verspricht, gewisse materielle Einrichtungen des böhmischen Staatsrechtes, etwa auf Grund der Vorschriften der zisleithanischen Rechtsordnung, zu rezipieren.

Kaiser Franz Joseph verkündete im nächsten zisleithanischen Ministerrat vom 22. Oktober³¹⁶ seine Entscheidung für das Reskript der gemeinsamen

³¹² Auch Andrassy, Beust und Lonyay nahmen dies an oder täuschten vor, dies anzunehmen.

³¹³ Ministerrats-Protokoll vom 21. Oktober 1871, MRZ 113, KZ 2818. Büchsel: Fundamentalartikel 65; Rosler: Ministerium 104f.; Ruso: Schäffle 123; Spitz: Fundamentalartikel 122 f.

³¹⁴ Text: Büchsel: Fundamentalartikel 97—98.

³¹⁵ Jireček nannte diesen Absatz wohl mit Recht dozierend.

³¹⁶ Ministerrats-Protokoll vom 22. Oktober 1871, MRZ 114, KZ 2819. Vormittags

Minister, betonte jedoch den Willen, die tschechischen Führer zu neuen Verhandlungen nach Wien einzuladen, um sie sowohl auf ihre schwere Verantwortung als auch auf die günstige parlamentarische Mehrheit hinzuweisen. In dieser Entscheidung erscheint uns der Kaiser als der nüchterne Spätjosephinist, der den ideologischen und besonders den irrationalen Komponenten der Ausgleichsaktion nur wenig Verständnis entgegenbrachte. Der Kaiser beriet zuerst die grundsätzlichen Fragen: Der Krönungseid sollte sich nicht auf bereits durch Eid bekräftigte Normen (den ungarischen Ausgleich bei der Krönung im Jahre 1867) beziehen. Dabei wurde die Methode des Verabschiedens der böhmischen Ausgleichsentwürfe besprochen; Holzgethan lehnte jedes vorausgehende Paktieren mit den Tschechen ab³¹⁷, die Fundamentalartikel sollten nur als Wünsche des böhmischen Landtags in den Reichsrat eingebracht werden, während andere Minister von den Fundamentalartikeln die Artikel über den ungarischen Ausgleich nicht in den Reichsrat, ja manche bloß einen Gesetzentwurf über den Senat und den Delegiertenkongreß und deren Zuständigkeit einbringen wollten. Man setzte sich auch darüber auseinander, wer die Sichtung der Entwürfe, die dem Reichsrat vorgelegt werden oder nicht, durchführen sollte. Einige ungeeignete Bestimmungen sollten aus den Entwürfen entfernt werden. Die Minister nahmen an der Aussprache teil, obwohl ihre Hoffnung auf das Erscheinen der Tschechen im Reichsrat geschwunden war. Dann wurden die Einzelfragen der Fundamentalartikel besprochen. Über die Wahl der Delegierten wurde bestimmt, man müsse die Wahl der Delegierten durch die böhmischen Mitglieder des Delegiertenkongresses anordnen. Weiter wurde die Namensänderung des Reichsvertretungskörpers verworfen, da der Ausdruck „Delegiertenkongreß“ und „Abgeordnetenhaus“ eigentlich dasselbe bedeuten. Ziemlich zäh stritt man über den Senat. Der alte Name „Herrenhaus“ wurde wieder aufgenommen, während man um die Terna-Vorschläge der Landtage für die ernannten Mitglieder lange stritt; besonders Holzgethan bekämpfte diese als dem Wesen eines Herrenhauses widersprechend. Der Kaiser legte auf die direkte Ernennung keinen Wert. Nun kam die Zuständigkeit des Landtages über die Änderungen der Rekrutenkontingent-Verteilung auf die Tagesordnung. In dieser Frage wurde beschlossen, diese aus den Fundamentalartikeln auszuklamern und daher der Zuständigkeit des böhmischen Landtages zu entziehen. Ziemlich lebhaft war die Diskussion über die Regelung der Quoten und Finanzfragen. Hier kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Holzgethan und Schäffle, der die Gefahren des so stark kritisierten Quotensystems leugnete. Trotzdem nahm hier der Kaiser Holzgethans Standpunkt ein und hielt es für wahrscheinlich, daß die tschechischen Führer sowohl die

empfang der Kaiser noch Andrassy und Beust. Büch sel: Fundamentalartikel 65; Rosler: Ministerium 106; Ruso: Schäffle 123 f.; Spitz: Fundamentalartikel 122 f.

³¹⁷ Holzgethan wollte offensichtlich die ganze Ausgleichsaktion zum Scheitern bringen, wie es besonders das Protokoll vom 22. Oktober 1871 beweist.

Schwierigkeiten des Quotensystems, als auch die Unmöglichkeit von deren Verabschiedung im Reichsrat einsehen würden.

Nach diesem Ministerrat rief Hohenwart die tschechischen Führer nach Wien³¹⁸. Diese trafen ein und vernahmen am 24. Oktober den Entwurf des Reskriptes nach dem Vorschlag der gemeinsamen Minister. Die Tschechen waren zwar auf Schäffles Rat bereit, den Dualismus integral anzuerkennen, allerdings mit dem Vorbehalt, daß dem böhmischen Landtag nicht verwehrt werden sollte, gegenseitig den eigenen Standpunkt zu betonen. Dagegen lehnten die tschechischen Führer den Entwurf des Reskriptes sowie andere Änderungen in den Fundamentalartikeln gänzlich ab. Am nächsten Tag (am 25. Oktober) teilte ihnen die Regierung mit, daß ihre Zugeständnisse als nicht genügend betrachtet würden. Darauf reichten sie dem Ministerpräsidenten eine Denkschrift ein³¹⁹. Die Denkschrift vom 25. Oktober 1871 erklärt alle Entwürfe als eine einzige unteilbare Einheit. Der ursprünglich vereinbarte Reskriptentwurf sollte den Tschechen gewährleistet werden, wenn der böhmische Landtag die Fundamentalartikel annehmen würde. Der gänzlich geänderte Entwurf des Reskriptes bedeute einen Vertragsbruch, der die Verpflichtungen des tschechischen Vertragspartners aufhebe. Das Schweigen des Reskriptentwurfes über die Fundamentalartikel führe zu der Annahme, daß diese nicht mehr die Grundlage der weiteren Verhandlungen bieten. Andererseits biete dieser Entwurf keine Gewähr gegen die Schädigung oder Leugnung der Rechte des Königreiches Böhmen, sondern beinhalte eher deren absolutes Leugnen. Daher stelle dieser Entwurf in der Tat die Aufhebung des Reskriptes vom 12. September dar. Da sich dieser Entwurf ganz auf den Boden der Verfassung stelle, bedeute er eine Kürzung der monarchischen Tätigkeit, und besonders die Aufhebung der durch den Kaiser verkündeten Anerkennung der staatsrechtlichen Entwürfe Böhmens. Die tschechische Nation kehre zum Standpunkt der entschieden bedingungslosen Opposition zurück.

Das Ministerium Hohenwart beschloß darauf, im Ministerrat am 25. Oktober die Demission einzureichen, die allerdings drei Minister nicht einzureichen bereit waren³²⁰. Der Kaiser versuchte noch im Ministerrat am 27. Oktober³²¹, der unter seinem Vorsitz stattfand, die Minister von der Demission abzubringen und nahm, erst nachdem dies vergeblich war und nachdem er

³¹⁸ Schäffle bot am 23. Oktober seine Demission an, die nicht angenommen wurde. Schäffle: *Leben II*, 56 ff., 240; *Tobolka: Dějiny II*, 272 f.

³¹⁹ Text: *Srb: Dějiny* 373—377; *Hohenwart: Biographie* 39; Die Mährer Pražák und Graf Egbert Belcredi waren zu größeren Zugeständnissen bereit. *Büchsel: Fundamentalartikel* 67 ff.; *Ruso: Schäffle* 125; *Schenk-Sudhof: Hohenwart* 85.

³²⁰ Ministerrats-Protokoll vom 25. Oktober 1871, MRZ 116, KZ 3779. Die Demission gaben Hohenwart, Schäffle, Jireček, Habietinek, nicht dagegen der prinzipielle Gegner Holzgethan, Scholl als Militär, sowie Grocholski vom polnischen Standpunkt aus. *Büchsel: Fundamentalartikel* 68 f.; *Rosler: Ministerium* 107 f.; *Ruso: Schäffle* 126 f.

³²¹ Ministerrats-Protokoll vom 27. Oktober 1871, MRZ 117, KZ 3781. *Hohenwart: Biographie* 39; *Büchsel: Fundamentalartikel* 69; *Ruso: Schäffle* 128; *Schäffle: Leben II*, 67, 243; *Spitz: Fundamentalartikel* 127 f.

eingesehen hatte, daß mit einem Eintritt der Tschechen in den Reichsrat nicht mehr zu rechnen sei, die Demission mit Bedauern an. Nun drängten die von Holzgethan bereits angedeuteten budgetären und finanziellen Schwierigkeiten, die gelöst werden sollten, sowie die Notwendigkeit, das zweite Reskript an den böhmischen Landtag gegenzeichnen zu lassen. Nach einem ersten vergeblichen Suchen nach einem liberalen Ministerpräsidenten appellierte der Kaiser an Hohenwart, das Reskript gegenzeichnen³²². Hohenwart verblieb jedoch bei seiner Ablehnung und so mußte Holzgethan selbst das Reskript vom 30. Oktober 1871 an den böhmischen Landtag gegenzeichnen³²³. Dieses Reskript, das im Gegensatz zum ursprünglichen Entwurf der gemeinsamen Minister die Erwähnung von der mangelhaften Kompetenz des böhmischen Landtages (indirekt ausgedrückt) über die gemeinsamen Angelegenheiten, sowie über das Einreichen der geeigneten Vorlagen an den Reichsrat durch die Regierung, fallen ließ, wurde in der Sitzung des böhmischen Landtages vom 8. November von einer radikal staatsrechtlichen Resolution³²⁴ beantwortet. Dadurch wurde der Ausgleichversuch des Ministeriums Hohenwart auch offiziell für gescheitert erklärt³²⁵.

Exkurs. Die Arbeiterbewegung, das Ministerium Hohenwart und das böhmische Staatsrecht. Die böhmischen staatsrechtlichen Bestrebungen bildeten einen sehr wichtigen Bestandteil des Programmes der nationalen Richtung in der tschechischen Arbeiterbewegung. Diese Richtung hatte damals noch das Übergewicht über die rein sozialistische internationale Richtung unter der tschechischen Arbeiterschaft (mit Ausnahme des Bereiches von Brünn), teilte sich jedoch selbst in eine von der alttschechischen Partei abhängige Bewegung — geführt ab 1868 von František Ladislav Chleborád (1839—1911), der den Arbeitern die wirtschaftliche Selbsthilfe predigte und ihnen die politische Betätigung nicht empfahl³²⁶ — sowie in die mit der jungtschechischen Partei verbundene Richtung, in der zunächst viele, die später zum internationalen Sozialismus übergingen, Aufnahme fanden. Die zweite Richtung, die ziemlich unabhängig auftrat und das politische Interesse der Arbeiterschaft aufrüttelte sowie dieser die politische Betätigung empfahl, wurde besonders vom Typographen Jan Bavorský (1841—1891) geführt³²⁷. Auch diese radikalere Richtung lehnte den Internationalismus der sozialistischen Bewe-

³²² Hohenwart: Biographie 39; Büchsel: Fundamentalartikel 69 f.; Andrassy riet dem Kaiser, von Hohenwart die Gegenzeichnung des Reskriptes zu verlangen. Rosler: Ministerium 108; Wertheimer: Andrassy 604 f.

³²³ Text: Kazbunda: Pokusy 387; Schäßfle: Leben II, 50; Srb: Dějiny 381; Zeithammer: Geschichte II, 109.

³²⁴ Text: Kolmer: Parlament II, 201—202; Srb: Dějiny 383.

³²⁵ Die Throneide vom 28. Dezember 1871 erwähnt den Mißerfolg des Ausgleichversuches. Text: Kolmer: Parlament II, 211—213.

³²⁶ Dokumenty k počátkům dělnického hnutí v Čechách [Dokumente zu den Anfängen der Arbeiterbewegung in Böhmen]. 1864—1874. Prag 1961, S. 40—43, 49—57.

³²⁷ Dokumenty 58—61, 151—157; Solle, Zdeněk: K počátkům dělnického hnutí v Praze [Zu den Anfängen der Arbeiterbewegung in Prag]. ČsČH 2 (1957) 676, 681.

gung als eine von Wien kommende, verkappt deutsche Bevormundung ab³²⁸. Die internationale sozialistische Bewegung hatte im tschechischen Bereich einen schweren Stand, da ihr Internationalismus vielfach im besten Falle als Anationalismus aufgefaßt wurde. Die Sozialisten hatten jedoch in einer programmatischen Frage, im Verhältnis zum Föderalismus, ebenfalls keine geringen Schwierigkeiten gehabt, da die tschechische Arbeiterschaft den Föderalismus als Gewähr für ihre bessere wirtschaftliche Stellung betrachtete und da man von nationaler Seite mit der Losung kämpfte, die steuerkräftigen böhmischen Länder würden zugunsten anderer zisleithanischer Länder ausgenützt, wenn nicht ausgesaugt³²⁹. Obwohl die konservativere Richtung Chleboráds gegen die radikalere nationale Bewegung bereits bei dem steigenden Standesbewußtsein der Arbeiter bald schwer zu kämpfen hatte, blieb das Programm der radikalen Richtung trotz einer gewissen Neigung zu manchen sozialistischen Forderungen entschieden staatsrechtlich ausgerichtet und die Versammlung auf der Rohan-Insel bei Prag im Mai 1869³³⁰ hebt als Hauptforderung die Selbständigkeit der Krone Böhmen hervor. Daher nahm der ganze Kampf der Mehrheit der organisierten tschechischen Arbeiterschaft eine unmißverständliche Spitze gegen die Dezemberversfassung und das zentralistische Bürgerministerium an³³¹.

Interessanterweise wurde auch bei der großen tschechisch-deutschen Versammlung am Jeschken, am 7. August 1870, in der tschechischen Resolution an erster Stelle das böhmische Staatsrecht betont, während die deutsche Resolution nur ganz allgemein über die Rechte der Heimat spricht und bezüglich der nationalen Frage ebenso wie die tschechische Resolution die nationale Gleichberechtigung hervorhebt³³².

Der Amtsantritt des Ministeriums Hohenwart brachte allen Richtungen der Arbeiterbewegung sowie den Schichten der kleinen Gewerbetreibenden einen gewaltigen Impuls. Die überwiegende Mehrheit der Arbeiterbewegungen, oder vielmehr alle mehr selbständigen Arbeiterbewegungen, schrieben das allgemeine und gleiche Wahlrecht auf ihr Banner und die erwähnten kleinen Gewerbetreibenden verlangten wenigstens eine gewaltige Senkung des Wahlzensus und daher die Erweiterung der Zahl der Wahlberechtigten. Nun kam ein Ministerium, dessen Mitglied Albert E. Schäffle als Anhänger des allgemeinen Wahlrechts bekannt war und der als wissenschaftlicher Volkswirt wenn nicht als ein Anhänger, so doch als ein zum Sozialismus Neigender betrachtet wurde³³³. Seine Idee, die Herrschaft des liberalen Kapitalismus

³²⁸ Dokumenty 58—61, 67—70, 88—89.

³²⁹ Sehr charakteristisch diesbezüglich ist der polemische Artikel der Wiener „Volksstimme“ vom Jahre 1868 Nr. 4. Text: Dokumenty 90—91.

³³⁰ Dokumenty 92—93, 94—95.

³³¹ Dokumenty 123—126, 129—131.

³³² Dokumenty 177—180, besonders 178.

³³³ Schäffle, Albert E.: Kapitalismus und Sozialismus mit besonderer Rücksicht auf Geschäfts- und Vermögensformen. Vorträge zur Versöhnung der Gegensätze von Lohnarbeit und Kapital. Tübingen 1870, S. 203 f., 276 ff., 295, 653 ff., 728 f.

durch eine politische und besonders soziale Reform zu brechen, war daher bekannt, was seine liberalen Zeitgenossen und Nachfolger zur Annahme führte, Schöffle wolle, bzw. wollte mit Hilfe des politisch rückständigen niederen Mittelstandes die freiheitlichen Institutionen stürzen³³⁴ oder mit Hilfe der Arbeitermassen einen Klassenkampf hervorrufen³³⁵. Selbst Schöffle geneigte Autoren halten diesem und dem Ministerium Hohenwart vor, daß sie nicht zuerst die allgemeine, breite Erweiterung des Wahlrechtes in den Landtagen durchzusetzen versucht hatten.

Diese Urteile gewinnen jedoch einen kühleren Charakter, wenn wir uns den Anfang des Ministeriums Hohenwart ansehen. Das antretende Ministerium erließ am 7. Februar eine Amnestie für alle im Hochverratsprozeß verurteilten Führer der Sozialdemokraten, die wieder freigelassen wurden³³⁶. Wie es scheint, ist diese Amnestie auf die Anregung Schöffles zurückzuführen³³⁷. Diese Amnestie rief große Hoffnungen unter den sozialistischen Arbeitern hervor. Daher wurde am 27. Februar auf einer großen Versammlung der Wiener Arbeiter eine Resolution beschlossen, die in Anbetracht der inneren politischen Streitigkeiten in Österreich zur Stärkung des Staatsverbandes das allgemeine direkte Wahlrecht, die Gewähr des Vereins- und Versammlungsrechtes sowie die volle Pressefreiheit verlangte und die Haltung der Sozialdemokratie zur Regierung von der Erfüllung dieser Resolution abhängig machte³³⁸. Obwohl Schöffle den Sozialisten privat zeitgemäße Reformen nach dem Verabschieden des Budgets in Aussicht gestellt hatte, blieben die Sozialdemokraten im Sinne dieser Resolution abwartend³³⁹.

Die staatsrechtliche Aktion der Regierung bedeutete für die internationalistischen Sozialisten und für viele nichtslawische Gewerbetreibende eine Enttäuschung³⁴⁰. Dazu ist freilich vor allem an Zusammensetzung, Lage und die rechtlichen Grenzen des Ministeriums Hohenwart zu erinnern. Das Kabinett war nicht im geringsten einheitlich. Wir haben zur Genüge die Sonderstellung Holzgethans sehen können, während man die anderen Minister mit Ausnahme Schöffles (von damals) konservativ nennen kann³⁴¹. So stand Schöffle mit seinem sozialen und politischen Programm (außerhalb des staatsrechtlichen Programms) ziemlich isoliert da. Dazu darf man nicht die Vorschrif-

³³⁴ Kolmer: Parlament II, 168 f.

³³⁵ Rogge: Österreich III, 450 ff.

³³⁶ Schöffle: Leben I, 225; Ruso: Schöffle 69; Spitz: Fundamentalartikel 50; Charmatz: Österreichs innere Geschichte von 1848—1907. Bd. 1. Leipzig 1912, S. 107; es handelte sich um Oberwinder, Most, Scheu und Pabst u. a.

³³⁷ Schöffle: Leben I, 225 leugnet dies freilich in einem Lebensalter (etwa 68 Jahre), in dem er viel konservativer, auch dem Sozialismus gegenüber, geworden ist. Dazu Ruso: Schöffle 69.

³³⁸ Text: Dokumenty 187.

³³⁹ Ruso: Schöffle 70.

³⁴⁰ Ruso: Schöffle 87 f.

³⁴¹ Fischer: Negotiations 135 betrachtet Scholl als einen Liberalen, Holzgethan als einen konservativen Josephiner. — Ders.: New Lights 185; Spitz: Fundamentalartikel 119.

ten über die qualifizierte Mehrheit und das Anwesenheitsquorum in den Landesordnungen vergessen, wenn es sich um nur unter speziellen Voraussetzungen abzuändernde Normen, wie es die Landtags-Wahlordnungen waren, handelte. Die Gewinnung einer qualifizierten Mehrheit im Feuer der nationalen Kämpfe sowie der Auseinandersetzungen zwischen den verfassungstreu-liberalen und katholisch-konservativen und zuletzt der Befürchtungen der Vertreter der Großgrundbesitzer, daß eine größere Erweiterung des aktiven Wahlrechts zustande kommen könnte, wäre damals auch für ein den staatsrechtlichen Fragen gegenüber viel zurückhaltenderes Ministerium Hohenwart unmöglich gewesen³⁴².

Schlußbetrachtung. Wenn wir nun die Geschichte des böhmischen Staatsrechtes in ihrer ersten Phase übersehen, bemerken wir vor allem, daß seine rechtlichen qualifizierten Verfassungsgesetze überwiegend durch Normen sekundärer Art faktisch aufgehoben worden waren und nicht mehr galten. In bestimmten Zeitspannen wurden diese Normen — unter Joseph II. und dem Kübeckischen Absolutismus — sogar als nichtexistent betrachtet und auch in anderen Perioden höchstens ab und zu formell anerkannt. Sicher gab es solche Perioden auch in der Verfassungsgeschichte anderer analoger Staatsgebilde, so z. B. in der Krone Ungarn, die lange Zeit sogar gebietlich geteilt wurde, deren Teile von den herrscherlichen Zentralbehörden faktisch aus dem Verband der Krone gelockert wurden und die dieselben absolutistischen Perioden wie die freilich jüngere Krone Böhmen mitmachte.

Jedoch besteht hier ein sehr wichtiger faktischer Unterschied zwischen beiden Kronen. Die Anhänglichkeit der ungarischen Stände an ihre avitische Verfassung und die Bereitwilligkeit, daraus auch die letzten Konsequenzen abermals zu ziehen, findet nur eine ziemlich schwache Parallele böhmischerseits. Der sozial in Ungarn so wichtige und verfassungspolitisch des öfteren überwiegende Stand, die Gentry, die, durch die rechtliche Stellung der Komitate gestützt, die Befugnis der Steuer- und Rekrutenverweigerung ausübte, findet in der Krone Böhmen kein Analogon, weder in dem nach der Schlacht am Weißen Berge sozial und wirtschaftlich zusammengeschrumpften Kleinadel noch in den politisch nicht berechtigten Freisassen, von dem strengen Verbote der Kreistage gar nicht zu sprechen. Die Gentry — einerlei wie man sie in der modernen Zeit beurteilen mag — bot dem Hochadel bald einen Halt, bald eine entschlossene Opposition, die der altkonservative Teil der Magnaten mindestens in den Jahren 1860—65 zur Genüge kennenlernte.

In Böhmen fehlte jedoch dem Hochadel jene beständige Entschlossenheit sowohl im Landespatritismus als auch in der Verteidigung der Verfassungsrechte, die in Ungarn doch ungemein stärker — selbst wenn wir bestimmte

³⁴² Dies ist nicht unhistorisch gemeint, sondern wir setzen hier die wohl ursprünglich von Hohenwart selbst gewünschte „Zentrumslinie“ voraus. Doch eben zu dieser Linie war die Unterstützung der großen Mehrheit der Abgeordneten des Großgrundbesitzes notwendig. Diese Mehrheit war wenig wahlreformfreundlich im demokratischen Sinne.

Opportunisten nicht außer Acht lassen — vorhanden war. Die adelige Verteidigung des böhmischen Staatsrechtes war in Böhmen zu stark mit den politischen Führerpersönlichkeiten — sowohl im Vormärz, als besonders nach 1860 in der Zeit von H. J. Clam-Martinic — verbunden.

Im ethnisch-nationalen Bereich mit ständiger Rücksicht auf den sozialen Hintergrund hatten die Länder der böhmischen Krone eine starke bürgerliche, ja sogar kapitalistische Schicht, die in ihren sozialen Spitzen lange deutsch und deutschsprachig blieb, obwohl sich die wenigen tschechisch gesinnten Großbürger und besonders die zahlreichen Mittelbürger sowohl 1848/49 als auch ab 1861 eifrig politisch betätigten und die Führung der tschechischen Nation übernahmen. Da nun der Hochadel überwiegend landes-patriotisch, sprachlich zum großen Teil doppelsprachig blieb, kam es zur Zusammenarbeit, nie jedoch zur Verschmelzung beider Schichten und politischen Lager. Dazu standen in Böhmen noch die Deutschböhmen unter der Führung ihrer Bürgerschicht, gestützt vom zentralistisch-verfassungstreuen Adel und von der Mehrheit der höheren josephinisch orientierten Beamten-schaft, in einer sozial-wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Stellung mit der sich die Auseinandersetzung für die Tschechen schwierig gestaltete. Mit diesem deutschböhmischen Block kann man die Stellung der nichtmadjarischen „Nationalitäten“ in Ungarn (ohne Kroatien-Slawonien), mit Ausnahme der Siebenbürger Sachsen und gewissermaßen vielleicht der Serben, auch deshalb nicht vergleichen, weil sich auch der nichtmadjarisch-stämmige Hochadel in Ungarn stets sprachlich und politisch madjarisch betätigte.

Die Lösung der nationalen Frage im Rahmen des Verfassungsproblems war daher im modernen konstitutionellen Staat nicht leicht, wenn wir bedenken, daß es außerhalb Böhmens auch im späteren Zisleithanien viele national nicht ausgeprägte ethnische Gruppen gab. Trotzdem war der Kremser Verfassungsentwurf vom Jahre 1848—49 ein beachtliches und vielversprechendes, demokratisch zustande gekommenes Werk. Dieser Entwurf konnte auch nicht die Fragen der Verbindung Zisleithaniens mit der ungarischen Krone lösen, in der ein ethnisch-nationaler Bürgerkrieg tobte. Abgesehen von Lombardo-Venetien hätten die Madjaren wohl auch nie ohne wirklichen Zwang ein gemeinsames Reichsparlament im Sinne der für das Gesamtreich oktroyierten Märzverfassung hingenommen.

Nach dem Absolutismus und nach dem Krieg von 1859 gab man sich der Überzeugung hin, daß die Restaurierung der ständischen Verfassungen sowohl dem Kaiser das als notwendig betrachtete breite Minimum an Macht als auch den Konservativen ihre Institutionen sowie den Gläubigern des Staates die vermeintlichen konstitutionellen Garantien bieten werde. So griff der Kaiser ideell zu Eötvös' und praktisch zu Szécsens konservativen Gedanken, die in erster Linie dem ungarischen Staatsrecht und der Praxis des ungarischen politischen Lebens (sowohl im Reichstag als in den Komitaten) auf den Leib geschrieben waren. Schwierig gestaltete sich diese Frage unter den erwähnten Voraussetzungen in Böhmen, wo die lange Zeit des Absolutismus und besonders des Josephinismus als Ideologie vieles gleichschaltete und vieles in

anderem Lichte erscheinen ließ. So sind die ersten Schritte zur Ausprägung des böhmischen staatsrechtlichen Programms in seiner zweiten Phase sowohl von der früheren Bürgerschicht als auch vom Führer des Volkes von 1848—49, Palacký, nur sehr zögernd unternommen worden, obwohl die vom liberalisierenden Ministerium Schmerling erlassene Landtags-Wahlordnung und die verstärkte Stellung des deutschen Bürgertums ein Bündnis der Tschechen mit dem konservativen Adel geradezu herausforderten. Andere Möglichkeiten bestanden für die Tschechen nicht.

Die Möglichkeit eines Ausgleiches oder eher des konkreten Modus vivendi in konkreten Fragen war freilich nicht ganz verloren, wie eben die Annahme des Antrages, den Kaiser zu bitten sich krönen zu lassen, durch Vertreter beider Nationen gezeigt hat. Die Bedenken des Kaisers, sich nur in Böhmen krönen zu lassen, indem doch die Situation in Ungarn im Jahre 1861 eine Krönung ohne weitgehende Zugeständnisse verfassungsrechtlicher Art unmöglich machte, haben diesen psychologisch bei der tschechischen Bevölkerung so günstig und bei der deutschböhmischen Bevölkerung damals mindestens noch nicht ungünstig beurteilten feierlichen Staatsakt vereitelt. Später teilten sich die politischen Linien beider Völker und die Krönungsbegehren vom Jahre 1865 und 1870—71 gehen nur von tschechischer Initiative aus. Dazu hatte der spätjosephinistisch orientierte und persönlich nüchterne Kaiser Franz Joseph für die Krönungen überhaupt wenig persönliche Begeisterung gehegt. Die psychologische Bedeutung der Krönung darf nicht unterschätzt werden; denn der späteren tschechischen Generation — auch außerhalb Böhmens — erschien ein Kaiser, der wohl in Ungarn, aber nicht in Böhmen gekrönt wurde, vielfach als ein fremder, wenn nicht gar ein unrechtmäßiger Herrscher. Es ist verwunderlich, daß in den kritischen Ministerräten vom Oktober 1871 keiner der Minister, auch die beiden tschechischen nicht, auf diese psychologische Gefahr hinwies.

Die Ausgleichsentwürfe haben sicher das Traditionsgebundene übermäßig betont und breit geregelt und dabei die sozialen Belange der breiten Massen gar nicht berücksichtigt. Der einseitige Kult des Staatsrechtes war bei der ganzen Agitation unter den breiten Massen so starr, daß nach dem Mißlingen des Ausgleichs sowohl die Alttschechen als auch die Jungtschechen die mindestens nicht aussichtslosen Anfänge einer nationalen Arbeiterbewegung viel lauer als vor 1871 betrieben; dies und ein gewisser Prestigeverlust waren wesentliche Mitursachen für das spätere vollständige Fiasko der nationalen tschechischen Arbeiterbewegung.

Es ist wichtig, zusammenfassend festzustellen, weshalb die böhmischen Ausgleichsentwürfe keinen Erfolg erzielten. Man kann sagen, daß der böhmische Ausgleichsversuch hauptsächlich wegen seiner formaljuristischen Teileigenschaften, die als Fehler aufgefaßt wurden, gescheitert ist. Die wirklichen inhaltlichen Fehler der Bestimmungen, die wegen ihrer komplizierten und schwerfälligen Dispositionen später auch von tschechischen und tschechenfreundlichen Verfassern kritisiert wurden, haben eigentlich — auch in den Ministerrats-Sitzungen — eine relativ geringere Rolle gespielt.

Dabei ist es jedoch notwendig zu betonen, daß der Föderalismus in Österreich nicht nur aus ethnisch-nationalen Gründen empfehlenswert und heilsam gewesen wäre, sondern auch die verschiedene wirtschaftliche Struktur — bereits der drei zisleithanischen Ländergruppen — ihn gefordert hat. Schon der persönliche Aufwand für die Staatsbediensteten konnte in Böhmen nicht derselbe wie in Galizien oder Dalmatien sein, da die Wirtschafts- und damit die Steuerkraft eine ganz verschiedene Entlohnung der Staatsbediensteten erforderte.

Sonderbar mutet den Beobachter auch die Verteidigung der Ausgleichsentwürfe in den Ministerräten im Oktober 1871 an: Der nicht staatsrechtlich orientierte konservative Hohenwart, der die Ausgleichsverhandlungen nicht gerne bis zu den letzten Konsequenzen führte, verteidigte die Entwürfe gut und elastisch³⁴³, dagegen schwieg der optimistische Kämpfer Schöffle allzu oft, während die beiden tschechischen Minister im ärgsten Kampfe überhaupt schwiegen. Dabei müssen wir freilich betonen, daß hinter dem Ministerium Hohenwart trotz allen damaligen und späteren optimistischen Hoffnungen und Illusionen, besonders Schöffles und Riegers, keine genügend geschlossene politische Macht stand; die lose Koalition von Föderalisten vieler Völker und Schattierungen wäre wohl für eine verhältnismäßig beschleunigte Verabschiedung einiger Regierungsvorlagen geeignet, nicht jedoch für eine längere Zeit erfordernde gesetzgebende föderative Reform Zisleithaniens. Der Kampf mit der liberalen Mehrheit in den Jahren 1873—1879 hat Hohenwart erst die schwere Aufgabe gelehrt, eine mehrnationale Regierungskoalition zum „eisernen Ring“ zusammenzuschweißen und zu führen, was er dann in den Jahren 1879—1896 tat. In den nach 1871 folgenden Jahren wird im Rahmen des eine lebensfähige Reichsreform ausschließenden Dualismus zwischen den einzelnen Völkern immer erbitterter gekämpft, so daß sich die pessimistische Prognose des Landesverteidigungsministers des Kabinetts Hohenwart, Generalmajors von Scholl, im Ministerrat vom 25. Oktober 1871, zu erfüllen schien. Eine Verschärfung der Gegensätze trat ein, obwohl sich im Reichsrat die Parteien abwechselten, wobei nur die Polen bis 1918 beharrlich opportunistisch blieben, während die 1871 den Linksdemokraten nahestehenden Jungtschechen, die den konservativ-aristokratischen Charakter mancher Ausgleichsbestimmung im Jahre 1871 eigentlich ablehnten, taktisch nach rechts vorrückten³⁴⁴.

Trotz der bedenklichen Redaktionsfehler in den Ausgleichsentwürfen vom Jahre 1871 war dieser Ausgleichsversuch keine unbedeutende Episode. Bereits die madjarische Linke von Koloman Tisza über Helfy bis zum beharrlichen

³⁴³ Aus den Quellen ist absolut nicht zu ersehen, warum Beust Hohenwarts Verteidigung matt nennt. Dagegen scheinen besondere psychologische Gründe Schöffle und den Staatsrechtler Jireček gehemmt zu haben. Habietinek war bekanntlich kein Anhänger des böhmischen Staatsrechts.

³⁴⁴ Kazbunda: Ke zmaru 565 ff.; Ríha, Oldřich: O národním hnutí a národnostní otázce 1848—1918 [Über die nationale Bewegung und die nationale Frage 1848—1918]. ČsČH 2 (1954) 59 f.

Emigranten Lajos Kossuth kritisierte den negativen Eingriff Andrássys und Lonyays als einen Eingriff in eine fremde staatsrechtliche Sphäre, dem einmal ein tschechischer Eingriff in die fremde staatsrechtliche Sphäre (ungarische) folgen werde³⁴⁵. Die verdrießliche, resignierte Einstellung des Kaisers Franz Joseph nach 1871 zum böhmischen Staatsrecht ist bei der beharrlichen Bestrebung des Kaisers, den restringierten Ausgleich im Jahre 1871 durchzusetzen, erklärlich und begreiflich. Dagegen ist Beusts Ironie sowohl gegenüber dem Mangel an auswärtigen Verbindungsmöglichkeiten der Tschechen als auch gegen deren passive Opposition nach dem mißlungenen Ausgleich ein typischer Beweis sowohl für die statische Einstellung Beusts zur außenpolitischen Lage als auch für dessen frivoles Urteil über die Stärke ethnisch-nationaler Gesinnung. Der mißlungene Ausgleich schwächte, auf lange Sicht betrachtet, nicht nur die Vertreter der entschieden staatsrechtlichen Linie von damals — die Altschechen —, was offenbar wurde, als später die Sprachfrage besonders aktuell wurde, sondern er rief auch ein allmähliches, bis in die Gegenwart wirkendes Entfremden gegenüber den konservativen Formen und Kräften hervor³⁴⁶.

³⁴⁵ Czedik: Geschichte I, 209 f.; Kolmer: Parlament II, 198, 203; Srb: Dějiny 377—380; Traub, Hugo: Andrassy a politické dějiny říše habsburské od r. 1848 [A. und die politische Geschichte des Habsburger Reiches seit 1848]. Časopis Matice Moravské 36 (1912) 444.

³⁴⁶ Bezeichnenderweise sagte der alte Arbeiterführer Josef Hybeš (geb. 1850) im tschechoslowakischen Senat am 16. Dezember 1920: „Eigentlich haben wir eine republikanische Partei gegründet, [denn in einer Zeit,] als sich vielleicht 90—98 % des tschechischen Volkes auf einen gekrönten König freuten, waren wir Sozialdemokraten die ersten Republikaner . . .“ Text: Hybeš, Josef: Výbor z článků a projevů [Auswahl aus den Artikeln und Reden]. Prag 1956, S. 368.